

Leben und Werk von Leo Trotzki

Richard Brenner:

TROTZKI: EINE EINFÜHRUNG

	Seite 02
Einführung: Trotzki's Rolle in der Geschichte	Seite 02
Kapitel 1: Aus dem Gefängnis an die Macht	Seite 03
Kapitel 2: Permanente Revolution	Seite 09
Kapitel 3: Brot, Land und Frieden	Seite 12
Kapitel 4: Der Bürgerkrieg	Seite 14
Kapitel 5: Stalins Aufstieg	Seite 18
Kapitel 6: Trotzki und die Weltrevolution	Seite 25
Kapitel 7: Der Kampf gegen den Faschismus	Seite 28
Kapitel 8: Die Vierte Internationale	Seite 35
Kapitel 9: Das Übergangsprogramm	Seite 40
Kapitel 10: Das Leben ist schön...	Seite 43

Leo Trotzki:

DER TODESKAMPF DES KAPITALISMUS UND DIE AUFGABEN DER 4. INTERNATIONALE (DAS ÜBERGANGSPROGRAMM)

Seite 46

Einführung

Trotzkis Rolle in der Geschichte

Seit Beginn der Zivilisation ist die Geschichte der Menschheit vom permanenten Kampf zwischen Klassen geprägt. Die Besitzenden und die Habenichtse kämpfen um die Kontrolle des gesellschaftlichen Reichtums. Dieser Konflikt geht manchmal schleppend und verbissen vor sich, dann wieder bricht er offen aus: in Rebellion, Bürgerkrieg oder Revolution.

Von den Reichen und Mächtigen wird diese geschichtliche Wahrheit zu verschleiern versucht. Ihre Art der Geschichtsschreibung reduziert die historische Entwicklung auf eine Abfolge von Taten „großer Männer“. Wir hören von den Pharaonen im alten Ägypten, ihren Tempeln, Grabstätten und Pyramiden, die unter ihrer Herrschaft errichtet wurden. Doch die Menschen, die sie erbaut haben, werden nicht erwähnt; nichts wird berichtet über ihre Kämpfe um Entlohnung mit Geld oder Getreide, die oft zurückgehalten wurden, damit Priester und Pharaonen sie in ihren Tempeln und Kornspeichern horten konnten. Viel wird erzählt über die Eroberungen von Julius Caesar und den römischen Kaisern, wenig aber erfährt man über den großen Sklavenaufstand unter Spartakus, dessen Sklavenheer einst große Teile Italiens kontrollierte.

Die Geschichte der modernen Welt ist ebenso vom Klassenkampf geprägt. Das heutige Gesellschaftssystem, der Kapitalismus, hat sich nicht gemächlich und friedvoll entwickelt, sondern war Ergebnis von blutigen Kriegen und großer Revolutionen. Die Vorfahren unserer gegenwärtigen Herrscher mussten zuerst die Herrschaft des alten landbesitzenden Adels angreifen und stürzen. Im britischen Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts und in der Französischen Revolution 1789-1793 schlugen die Vertreter der aufstrebenden Kapitalistenklasse, des Bürgertums, den absolutistischen Königen Charles I. und Ludwig XIV. die Köpfe ab und führten neue Gesetze ein, die dem Kapitalismus zum Durchbruch verhalfen.

Aber die Geschichte brachte nicht nur die Kapitalisten an die Macht. Die moderne Industrie gebar eine neue Klasse: die Arbeiterklasse, das Proletariat. Diese riesige und wachsende Klasse, die sich in den großen Fabriken konzentrierte, konnte ihren Lebensunterhalt nur dadurch bestreiten, dass sie ihre Arbeitskraft für Lohn verkaufte. Schlecht behandelt, zu langer, menschenunwürdiger Arbeit für einen Hungerlohn gezwungen, ohne elementare demokratische und Menschenrechte, nahmen diese modernen LohnsklavInnen einen bis heute andauernden Kampf gegen die Kapitalisten auf, der fortbestehen wird, solange es Kapi-

talismus gibt.

Das britische Proletariat gründete die erste demokratische politische Bewegung dieser neuen Klasse: die Chartisten. 1842 führten sie in Newport einen Generalstreik und einen bewaffneten Aufstand durch, bei dem erstmals in der Geschichte vom Hissen roter Fahnen berichtet wurde. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schickten sich britische ArbeiterInnen an, Massengewerkschaften aufzubauen, um Lohn und Arbeitsbedingungen zu verteidigen, oft gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer.

Die deutschen ArbeiterInnen gingen noch einen Schritt weiter. Sie gründeten 1875 die erste politische Massenpartei, die zum Sturz des Kapitalismus antrat. Als Ziel verfolgte sie ein neues System, das auf der Abschaffung der Lohnsklaverei und des Profits fußt und der Konkurrenz durch Kooperation ersetzt – mit einem Wort: Sozialismus. Diese Partei der Sozialdemokratie organisierte unter Einfluss der kommunistischen Ideen von Marx und Engels ArbeiterInnen in jedem Lebensbereich, behauptete sich gegen Verfolgung und Verbot ihrer Partei durch die Regierung während des „Sozialistengesetzes“ unter Kanzler Bismarck und wurde sowohl zur größten politischen Partei Deutschlands wie auch zum Eckpfeiler einer starken internationalen Vereinigung der sozialistischen Arbeiterparteien: der 2. Internationale.

In Frankreich war die Arbeiterbewegung durchdrungen von der Tradition der bürgerlichen Revolution von 1789. Aber wenig mehr als 80 Jahre später stand Paris vor der Bewährungsprobe einer Revolution, die sich gegen die Bourgeoisie selbst richtete. 1871 erhoben sich die ArbeiterInnen von Paris, bewaffneten sich und errichteten die erste Arbeiterregierung überhaupt: die Pariser Kommune. Sie wurde nach einer Belagerung durch Kräfte, die kapitalistisches „Recht und Gesetz“ durchsetzten, im Blut ertränkt. Trotzdem war die Kommune aber ein Beweis dafür, dass das Proletariat eine revolutionäre Klasse ist, die nicht nur bereit ist, heldenmütige Opfer zu bringen, sondern auch zum Aufbau einer neuen Gesellschaft fähig ist, einer Gesellschaft ohne Kapitalisten, BerufspolitikerInnen und BürokratInnen.

Die Einsicht in den Klassenkampf ist entscheidend für das Verständnis des Auf und Ab der Geschichte, ihrer Gefahren und Verheißungen. Anstelle einer formellen Abfolge von HerrscherInnen, Feldherren und Päpsten können wir die Wirkung der Volksmassen auf die Geschichte untersuchen.

Unser besonderes Augenmerk gilt den scharfen Interessenkonflikten zwischen den Klassen und den Kämpfen um Entlohnung, Nahrung, Wohnung, Freizeit und politische Macht.

Dieser Klassenkampf ist die entscheidende Triebkraft der Geschichte. Er treibt SklavInnen, sich gegen ihre Herren, das Bürgertum, sich gegen den Adel, und ArbeiterInnen dazu, sich gegen die Bourgeoisie aufzulehnen. Er taucht das große Geschehen von Unterdrückung und Widerstand, von Barbarei und Menschlichkeit in ein neues Licht. Die „großen Männer“ der Geschichte fassen ihre Entschlüsse nur scheinbar unabhängig; in Wahrheit beschränkt sich deren Handlungsfreiheit auf den jeweiligen Stand der Klassenkämpfe. Marx schrieb darüber:

„Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber nicht aus freien Stücken; nicht sie selbst haben die Umstände geschaffen, sondern unter den unmittelbar gegebenen und vorgefundenen Umständen gehandelt, denen sie direkt ausgesetzt sind.“

Damit soll die wichtige Rolle Einzelner in der Geschichte nicht geleugnet werden. Eine Klasse hat weder Hände zur Arbeit noch ein Gehirn zum Denken; sie setzt sich aus Millionen von Einzelwesen zusammen. In einer Regierung oder einer politischen Bewegung entscheiden die obersten KlassenvertreterInnen, wie den Klasseninteressen entsprechend zu handeln ist.

In seiner revolutionären Vergangenheit verfügte das Bürgertum über wahrhaft revolutionäre Führer wie Cromwell und Robespierre, die alles den Fortschritt Hemmende aus dem Weg räumten und die revolutionäre Zerstörung der Monarchie und des Feudalsystems anführten. Sie verdanken ihren Platz in der Geschichte ihrem kompromisslosen Kampf für die Interessen der aufstrebenden Klasse.

Auch die Arbeiterbewegung hat solche herausragenden Persönlichkeiten vorzuweisen. Eine ihrer Größten ist Leo Trotzki, der an der Spitze des bislang erfolgreichsten ArbeiterInnenkampfes der Geschichte stand. Im Oktober 1917 war er in Petrograd (Sankt Petersburg), der Hauptstadt des russischen Reiches, Vorsitzender des Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten (russ.: Sowjet). Unter seiner Leitung wurde der bewaffnete Aufstand zum Sturz der kapitalistischen Regierung durchgeführt, die Geheimpolizei und der Staatsapparat aufgelöst und stattdessen ein Staat etabliert, der auf von den ArbeiterInnen und Arbeitern selbst gewählten Delegierten beruhte. Dieses Ereignis sollte den Lauf der Geschichte ändern.

Anders als die Pariser Kommune über-

lebte die russische Revolution länger als nur ein paar Monate. Doch auch sie war unmittelbar bedroht. Armeen aus 14 kapitalistischen Staaten, darunter Deutschland, Britannien und Japan, marschierten im revolutionären Russland ein und kämpften an der Seite der „weißen Armeen“, die von der alten herrschenden Klasse ergebene russischen Generälen zusammengestellt worden waren. Trotzki nahm den Aufbau der neuen Roten Armee aus den erschöpften und kriegsmüden Bauern und Arbeitern Russlands in Angriff, einer Armee, wie es sie weder vorher noch danach gegeben hat. Sie widersetzte sich den Weißen und besiegte sie schließlich.

Anders als engstirnige PolitikerInnen bürgerlichen Typs schaute Trotzki über die Landesgrenzen hinweg auf die Arbeiterbewegungen Deutschlands, Britanniens, Frankreichs, Chinas und des Ostens. Er rief sie zur Hilfe für die Sowjetrepublik durch Abrechnung mit den Kapitalisten in ihren eigenen Ländern auf. Dieser Internationalismus war ein wesentlicher Bestandteil von Trotzkis politischer Anschauung.

Weil die ArbeiterInnen der westlichen Staaten dem russischen Beispiel nicht mit

eigenen siegreichen Revolutionen folgen konnten, blieb Russland isoliert und wurde zurückgeworfen. Eine wachsende Schicht, eine Kaste von Bürokraten begann, ihre eigenen Interessen über die internationale Revolution und die Arbeiterklasse zu stellen. Ab 1923 warnte Trotzki vor diesem Abgleiten in bürokratische Diktatur und Nationalismus in Russland. Er sagte dem kommenden Diktator Stalin ins Gesicht, er sei „der Totengräber der russischen Revolution“.

In einer großen Unterdrückungskampagne wurden Hunderttausende aufopferungsvoller Kommunisten durch Stalin und seine Gehilfen inhaftiert, gefoltert und ermordet. Trotzki war der einzige führende russische Revolutionär, der den Kampf gegen dieses blutige Regime, das sich die politische Macht im ersten Arbeiterstaat der Welt durch Lüge und Gewalt aneignete, nicht aufgab.

Trotzki wurde in die Verbannung geschickt, zunächst in den abgelegenen sowjetischen Osten. Dann wurde er in die Türkei ausgewiesen, über Norwegen, Frankreich schließlich nach Mexiko getrieben. Doch wo immer er sich auch aufhielt, stets führte Trotzki einen furchtlosen Feldzug gegen den Stalinismus, gegen dessen Preisgabe

der Ziele und Ideale der Revolution von 1917 und dessen Irreführung der kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt.

Er scharte jene KommunistInnen, die in Opposition zum Stalinismus standen und sich noch der revolutionären Sache verschrieben hatten, in einer neuen Weltpartei der sozialistischen Revolution, der 4. Internationale, um sich. Seinem kämpferischen Leben wurde erst durch einen vom Stalinismus gedungenen Mörder, der Trotzki mit einem Eispickel erschlug, am 19.8.1940 in seinem mexikanischen Exil ein Ende gesetzt.

Die Beschäftigung mit Trotzkis Leben ist weder ein Rückfall in die Geschichtstheorie von den „großen Männern“ noch ein Kult um Trotzkis Person, in Anlehnung an den vom ihm so verachteten Kult um Stalin.

Die trotzkistische Bewegung der Gegenwart trägt seinen Namen nicht, weil wir in der Vergangenheit befangen sind, sondern weil wir für die Zukunft kämpfen. Leo Trotzki war ein Revolutionär. Wir studieren sein Leben, seine Taten und Schriften, weil wir uns ebenfalls der Revolution verschrieben haben.

Kapitel 1

Aus dem Gefängnis an die Macht

Trotzki wurde 1879 als Lew Dawidowitsch Bronstein in einem Land mit brodelnden Konflikten geboren. Das Russland des 19. Jahrhunderts war rückständig. Anders als Westeuropa oder die USA breitete sich die moderne Industrie erst gegen Ende des Jahrhunderts aus. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bestand aus armen Bauern mit oftmals alttümlichen Wirtschaftsmethoden.

Bis 1861 bestand die Leibeigenschaft, ein mittelalterliches System, wonach die Bauern Eigentum der Landbesitzer waren und mit dem Land selbst verkauft oder gekauft wurden. Obgleich diese Leibeigenschaft aufgehoben war, als Trotzki aufwuchs, waren die 20 Millionen ehemaligen Leibeigenen bei den GrundbesitzerInnen als Folge des Landkaufs zu Wucherpreisen hoch verschuldet. Für viele unterschied sich das jetzige kaum vom früheren Leben, und sie konnten oftmals weniger Land bebauen als zur Zeit der Leibeigenschaft.

Das politische Gefüge Russlands war für die Entwicklung eines modernen kapitalistischen Landes genauso ungeeignet. Die zahlenmäßig kleine Bourgeoisie verfügte über keine echte politische Vertretung, alle Macht lag in der Hand des Zaren und der Sippschaft von Priestern, Generälen und Adeligen an seinem Hof.

Es gab weder Parlament noch Organisa-

tionsfreiheit für politische Parteien. Zeitungen und Literatur wurden zensiert. Juden wurden per Gesetz verfolgt, und sie waren regelmäßigen Pogromen ausgesetzt. Den vielen verschiedenen Nationalitäten im Zarenreich wurde das Recht auf Unabhängigkeit und auf eine eigene Sprache in Schulwesen und Öffentlichkeit verwehrt. Aber es lag ein Wandel in der Luft. Der Kapitalismus breitete sich im Eiltempo in Russland aus. In Trotzkis erstem Lebensjahrzehnt versechsfachte sich die Anzahl der Metallarbeiter; 1914, als der Erste Weltkrieg ausbrach, gab es bereits 5 Millionen Arbeiter.

Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung lag zwar mit 3% immer noch weit unter dem Westeuropas, aber die ArbeiterInnen konzentrierten sich auf eine Handvoll Großunternehmen, die mit dem Geld ausländischer Kapitalisten aufgebaut worden waren. Trotz ihrer geringen Größe war das soziale Gewicht des russischen Proletariats ungleich größer. So groß, dass es die Macht übernehmen konnte, wenn es wollte.

Lew Dawidowitsch wurde nicht in eine Arbeiterfamilie hineingeboren. Sein Vater war ein wohlhabender Bauer in der Ukraine. Trotzki schrieb in seiner Autobiographie: „Meine Kindheit erscheint mir nicht wie eine sonnige Wiese, als welche sie einer kleinen Minderheit vorkommt, aber auch nicht

wie eine dunkle Höhle aus Hunger, Gewalt und Elend, die sie für die Mehrheit ist. Meine war die graue Kindheit einer unteren Mittelschichtfamilie; ich habe sie verbracht in einem Dorf in einem abgelegenen Winkel, wo die Natur großzügig ist, die Verhaltensweisen, Ansichten und Interessen aber beklommen und eng.“

Der junge Trotzki war fasziniert von Literatur und Wissenschaft und froh, diesem erdrückenden Dorfleben entrinnen und auf die Oberschule nach Odessa, der größten Stadt Südrusslands, gehen zu können. Obwohl er sich in der Schule auszeichnete, bekam er bald Schwierigkeiten.

Er war angewidert von den kleinkarierten Einschränkungen und Ungerechtigkeiten, dem Hass der religiösen Instanzen auf Juden und Katholiken. Als ein Lehrer einen Mitschüler schikanieren wollte, organisierte er einen Protest, indem die Schulklasse aufstand und dem Lehrer ihr Missfallen kundtat.

Bei der nachfolgenden Bestrafung verrieten ihn einige Mitschüler und zeigten mit dem Finger auf ihn. Dieses Ereignis hatte Lews Mut und Führungsqualität bewiesen. Sein weiteres Schicksal lehrte ihn die Wertschätzung sorgfältiger Planung wie das Ausmaß der Rachsucht der Autoritäten. Schüler Bronstein wurde der Schule verwiesen.

Ein junger Revolutionär

Mit 17 war der Student Trotzki in revolutionäre Agitation verstrickt. Sein Vater kam, um ihm dies auszureden, und als dies nicht fruchtete, drohte er ihm mit dem Entzug finanzieller Zuwendung, um des Sohnes Unterwürfigkeit zu erreichen: „Entweder unterlässt du dieses Treiben und arbeitest, oder du kannst nicht mehr von meinem Geld leben“, erklärte er.

Bei vielen StudentInnen hätte dies gewirkt. Aber weder elterliche Drohungen noch Armut schreckten Leo ab. Seine Familie, wie zahllose zuvor und danach, verhöhnte ihn als Weltverbesserer. Aber Trotzki 'gewöhnte sich dies nicht ab', sondern machte es tatsächlich.

Er tat sich mit einer kleinen Gruppe junger Leute, hauptsächlich StudentInnen, zusammen, die sich im Schuppen eines radikalen Gärtners namens Schwigowski versammelten. Dort tranken sie gemeinsam und diskutierten bis in die Nacht politische Themen. Die meisten seiner MitstreiterInnen waren Populisten.

Die Populisten-(Narodniki-)Bewegung hatte den Zarismus seit Jahrzehnten mit unterschiedlichen Methoden bekämpft. Manche glaubten, dass die Masse der Bauernschaft die Kraft zur Veränderung Russlands hätte. Hunderte von jungen Idealisten hatten ihre Universitäten und komfortablen Wohnungen verlassen und waren aufs Land gezogen, um mit der Botschaft von Demokratie und Freiheit „unters Volk zu gehen“. Fast alle wurden verhaftet.

Andere Populisten verloren ganz und gar die Geduld mit den Massen und versuchten, sie durch individuellen Terrorismus, durch Anschläge und die Ermordung der verhassten Unterdrücker zum Widerstand zu provozieren.

Allen gemeinsam war eine Geringschätzung der winzigen russischen Arbeiterklasse und der Marxisten wegen ihrer 'wissenschaftlichen' Theorien von der proletarischen Revolution als wirklichkeitsfremd und dogmatisch.

Der junge Trotzki war der gleichen Meinung. Marxismus, mit seiner Betonung auf Klasse und Ökonomie, klang zu kalt und grau, um die Vielschichtigkeiten der Welt zu erklären. Er brachte einmal einen Trinkspruch auf das neue Jahr aus:

„Ein Fluch auf alle Marxisten und auf alle, die Dürre und Härte in alle Lebensbeziehungen bringen wollen.“

Aber die Ereignisse sollten Trotzki schließlich doch zum Marxismus führen.

Viele begnügen sich mit Reden. Die Zahl der 'Revolutionäre', die nie über große Worte in Cafes und Kneipen hinauskommen, ist unüberschaubar. Trotzki war keiner von ihnen. Der Titel eines Bildes war sein Motto: 'Glaube ohne Tat ist Tod'. 1897, mit 18 Jahren, stürzte er sich in die aktive Politik und kam mit Arbeiterinnen und Arbeitern der Stadt Nikolajew zusammen.

Unter primitiven Bedingungen erstellten

Trotzki und seine Genossen Flugblätter, die in den größeren Fabriken verteilt wurden und die Arbeitsbedingungen sowie die Habgier der Unternehmer anprangerten. Die ArbeiterInnen wurden ermuntert, zu geheimen Studiengruppen zu kommen und über die Veränderung der Welt zu debattieren. Ende 1897 hatte die Südrussische Arbeiterunion bereits 200 Mitglieder.

Gefängnis und Verbannung

Die Machthaber waren aufgeschreckt und hatten wenig Lust, sich auf eine Diskussion einzulassen. Im Januar 1898 wurde Trotzki verhaftet. Das war seine erste Verurteilung. Schrecklich einsam, ohne Bücher und Schreibzeug, versuchte er sich durch das Verfassen von Gedichten in Gedanken auch geistig beweglich zu halten, während er in seiner winzigen Zelle auf und ab ging. Seine Erleichterung über die Verlegung in ein größeres Gefängnis in Odessa war groß, denn dort gab es eine Gefängnisbücherei, Besuche waren erlaubt, und er erlernte die geheime Gefangenen-sprache: Klopfzeichen. Durch Lesen von Bibelübersetzungen brachte er sich selbst Französisch und Deutsch bei und begann ein ernsthafteres Studium des Marxismus.

Seine Aktivität in Nikolajew hatte in ihm bereits das Bewußtsein der Bedeutung der Arbeiterklasse bestärkt; nun fand er in den Werken des italienischen marxistischen Schriftstellers Labriola anstelle der 'Dürre und Härte' eine Geschichtstheorie, die reale Aussicht auf einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft bot.

Im Gefängnis heiratete Trotzki Alexandra Sokolowskaja, eine engagierte Marxistin aus dem Nikolajewer Zirkel, mit der er ständig Argumente ausgetauscht hatte. Zusammen wurden sie für 4 Jahre nach Sibirien verbannt. In dieser trostlosen, abgesehenen Gegend blieb er aktiv, schrieb, studierte den Marxismus und erörterte mit anderen politischen Gefangenen Probleme. Sein Verständnis des Marxismus und seine Zugehörigkeit zu ihm wurden fester.

Er tritt gegen den Populismus und die Taktik des individuellen Terrors. Der Zar, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten waren zu stark, als dass sie von einer Handvoll waghalsiger Kämpfer gestürzt werden konnten; hierfür bedurfte es der Aktion von Massen. Weit entfernt, die Massen zum Handeln aufzustacheln, blieben isolierte Attentate unwirksam, verwirrten die Bewegung und ließen die Massen in Passivität. Stattdessen musste eine ArbeiterInnenpartei mit Massenbasis in der Industrie aufgebaut werden. Dies war der einzige Weg zu Freiheit und Sozialismus.

Schon 1898 hatten sich in Minsk VertreterInnen von Arbeiterorganisationen zur Gründung einer marxistischen politischen Partei, der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR) versammelt.

1902 erhielt Trotzki Exemplare der Zeitung Iskra („Der Funke“), die von Marxisten im Ausland herausgegeben wurde, sowie eine Ausgabe von Was Tun, einer von W. I. Lenin verfassten Streitschrift.

Diese Veröffentlichungen lehnten den individuellen Terrorismus ab, argumentierten allerdings auch leidenschaftlich gegen die 'Ökonomisten' in den Reihen der marxistischen Bewegung, die die neue Partei ausschließlich auf die Unterstützung von in ganz Russland aufflammenden Streiks für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen beschränken wollten. Die Iskra plädierte für eine zentralisierte politische Partei und eine gesamtrussische Parteizeitung. Sie trat für einen politischen, über gewerkschaftliche Forderungen hinausreichenden Kampf ein, der die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zum Sturz des Zarismus und zum Engagement für den Sozialismus führen sollte. Die Aufgabe der Partei lag nicht darin, den spontanen Ideen der Massen nachzulaufen, sondern deren einzelnen Kämpfe zu koordinieren, sie mit größeren, weitreichenderen Zielen zu verbinden und sie zu führen. Trotzki schrieb 1901 in Sibirien einen Aufsatz mit einer ähnlichen Sichtweise.

Die Revolutionäre organisierten sich. Für die Verbannten in Sibirien konnte das nur eines bedeuten: Flucht. Als Trotzki Bedenken äußerte, Frau und Kind zurückzulassen, stellte Sokolowskaja die Zukunft der Revolution über ihre persönlichen Schicksale und erklärte ihm: „Du musst.“ Er besorgte sich einen gefälschten Pass, zum ersten Mal unter dem Namen Trotzki, so hieß einer seiner Aufseher. Versteckt auf einem Heuwagen entkam er und traf sich unterwegs mit anderen Iskra-AnhängerInnen. Man riet ihm, Russland zu verlassen. Er wandte sich zunächst nach Wien und Zürich, später dann nach London und traf dort Führer der SDAPR und die Herausgeber der Iskra.

Trotzki und Lenin

Trotzki hatte in Gefängnis und Verbannung vieles gelernt, aber keine guten Manieren. Er schreckte gleich nach Ankunft in der Morgendämmerung Lenin in dessen Haus durch heftige Schläge gegen die Tür aus dem Schlaf. Seine Gastgeber waren noch nicht ganz aufgestanden, schon überfiel Trotzki sie mit einem ausführlichen Bericht über die Lage in Russland, während Natalia Krupskaja, Lenins Ehefrau, seine Droschke bezahlen musste.

Trotzki erinnerte sich später, dass Lenin ihn auf einen langen Spaziergang durch London mitnahm, „um sich kennenzulernen und ihn einer Prüfung zu unterziehen. Und die Prüfung erstreckte sich auf die ganze Dauer des Rundgangs...“

Lenin fand die Talente des Neuankömmlings schnell heraus. Trotzki's Artikel erschienen sofort in der Iskra und Lenin wie andere befürworteten die feste Aufnahme des Neulings in den Redaktionsstab. Widerstand kam hier von Seiten des Gründungsvaters

des russischen Marxismus, Georgi Plechanow. Er war gegen den Aufstieg neuer Kräfte innerhalb der Partei, die enger mit der Bewegung in Russland verbunden waren. Persönliche Beweggründe wie Konkurrenz und Groll können eine gefährliche Rolle in der Politik spielen, aber das war nicht Trotzki's einzige Erfahrung hiermit.

Diese kleinlichen Spannungen wurden jedoch bald noch durch einen parteiinternen Konflikt in den Schatten gestellt. Der 2. SDAPR-Kongress trat im Juli 1903 zusammen, zunächst in Brüssel, dann in London, um polizeilicher Verfolgung zu entgehen. Trotzki nahm als Abgeordneter der sibirischen Organisation und fester Anhänger der Iskra-Politik teil.

Auf dem Kongress spaltete sich die Partei in zwei Fraktionen, die Bolschewiki (Mehrheit) unter Führung von Lenin und die Menschewiki (Minderheit) unter Lenins früherem Verbündeten Martow. Die Spaltung vollzog sich entlang Lenins Bekämpfung des 'Ökonomismus' und seinen Parteaufbauplänen mit disziplinierten Mitgliedern unter Anleitung von Parteigremien.

Die Menschewiki ihrerseits legten Wert auf fortgesetzte Zusammenarbeit mit den Ökonomen und der jüdischen Arbeiterorganisation „Der Bund“. Trotzki lehnte den Alleinvertretungsanspruch des Bundes für die jüdische Arbeiterklasse, den die Partei akzeptieren sollte, ab. Trotzki argumentierte, dass viele andere jüdische GenossInnen wie er selbst in Opposition zur Linie des Bundes stehen und sich trotzdem als RepräsentantInnen des jüdischen Proletariats betrachteten.

Die ÖkonomenInnen und der Bund bevorzugten ebenso wie die Menschewiki eine losere und weniger disziplinierte Mitgliederstruktur. Die Menschewiki siegten zwar bei der Abstimmung über die Mitgliedsfrage, aber nachdem die Ökonomen und der Bund den Kongress verlassen hatten, verfügte Lenin über eine knappe Mehrheit und war entschlossen, sie zu nutzen.

Die Partei unterstützte Lenins Vorschlag, zwei ältere Mitglieder aus der Iskra-Redaktion zu entfernen und das Gremium auf Plechanow, Lenin und Martow zu beschränken: eine klare Mehrheit für Lenins Linie. Martow war außer sich, weigerte sich in die Redaktion zu gehen und missachtete damit die Wünsche des Kongresses. Der Kongress endete in einem Durcheinander. Martows Menschewiki und Lenins Bolschewiki waren heillos zerstritten. Aber bald nach dem Kongress wechselte Plechanow die Fronten, er wollte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, dass es zum dauerhaften Bruch mit den langjährigen Weggefährten gekommen war.

Trotzki stand damals auf Seiten der Menschewiki, was er später als ersten politischen Fehler sehr bedauerte. In seiner Autobiographie schrieb er:

„Mein ganzes Wesen lehnte sich gegen diese erbarmungslose Absägung der Al-

ten auf, die endlich bis an die Schwelle zu einer organisierten Partei herangekommen waren. Aus dieser meiner Empörung über seine Haltung ergab sich der Bruch mit Lenin auf dem zweiten Kongress. Sein Verhalten schien mir unzulässig, schrecklich und empörend zugleich. Es war aber dennoch politisch richtig, folglich auch notwendig, aus dem Blickwinkel der Organisation. Der Bruch mit den Alten, die in der vorbereitenden Epoche verharren, war auf jeden Fall unvermeidlich. Lenin hatte dies früher als die anderen erkannt. ... Ich zählte mich zu den Zentralisten. Aber es steht außer Zweifel, dass ich mir damals keine klare Rechenschaft darüber abzugeben vermochte, welch strenger und gebieterischer Zentralismus für eine revolutionäre Partei erforderlich sein würde, um eine Millionenmasse in den Kampf gegen die alte Gesellschaft zu führen.“

Die Menschewiki entwickelten sich zu einer antirevolutionären Partei. Lenin sah diese Möglichkeit früher als jeder andere. Trotzki hatte im Gegensatz dazu Riesenrespekt vor den älteren Redaktionsmitgliedern; er glaubte wie Plechanow, dass eine Abspaltung nur schlecht sein könne und Einheit stets gut. Hierin stellte er organisatorische und sogar persönliche Belange über politische Prinzipien. Als die Menschewiki Hoffnungen in die kapitalistischen Liberalen zu setzen begannen und sie gegen Kritik in Schutz nahmen, zog sich Trotzki im September 1904 aus ihrer Fraktion wieder zurück, schloss sich aber nicht den Bolschewiki an, sondern trat für die Einheit um jeden Preis ein. In den nächsten 14 Jahren spielte er darum eine oft negative und hinderliche Rolle in der Partei.

Die Generalprobe

Während der Revolution von 1905 spielte Trotzki eine führende Rolle. Am 23.1.1905 erschien er im Iskra-Büro in Genf, wo Martow ihm die neusten Nachrichten über die Arbeiterproteste gegen den Zaren in der Hauptstadt Sankt Petersburg übermittelte.

Die Berichte waren dramatisch. DemonstrantInnen hatten versucht, dem Zaren eine Bittschrift zu überbringen, worauf seine Truppen das Feuer auf die Menge eröffneten und Tausende niedermähten. Dieses furchtbare Massaker ging als Blutsonntag in die Geschichte ein.

Russland befand sich in Aufruhr. Die Revolution war gewiss nicht mehr fern. Trotzki reiste heimlich nach Sankt Petersburg, wo er Kontakt zu beiden Fraktionen der SDAPR aufnahm. Kurz darauf musste er nach Finnland fliehen, nachdem seine zweite Frau Natalja während der Maikundgebungen verhaftet worden war. Trotzki kehrte erst im Oktober wieder nach Russland zurück, als die Drucker- und Eisenbahnerstreiks sich im Land auszubreiten begannen. Die ArbeiterInnen forderten den 8-Stunden-Tag und stellten auf Anregung der Menschewiki auch politische Losungen nach Parlaments-

wahlen und Redefreiheit auf.

Die Regierung gab nach und bot einen Vergleich an, was die Arbeiter als Beweis der eigenen Stärke und der Schwäche des Zaren werteten. Ein Parlament wurde zugestanden, aber ohne Wahlrecht für ArbeiterInnen. Rede- und Versammlungsfreiheit wurden allerdings gewährt. Die ArbeiterInnen jubelten.

Aber Trotzki ließ sich nicht täuschen. Auf einer Massenversammlung am 18.10.1905 mahnte er zu Misstrauen gegen den Zaren und zur Verteidigung der Freiheiten durch unmittelbare Aktion. Er schrieb in einer revolutionären Zeitung: „Uns ist die Versammlungsfreiheit gegeben worden, aber unsere Zusammenkünfte werden von Truppen umzingelt. Uns ist Redefreiheit gewährt worden, aber die Zensur bleibt unangetastet. Uns ist Studienfreiheit gegeben worden, aber die Universitäten sind von Truppen besetzt. Uns ist persönliche Immunität gegeben worden, aber die Gefängnisse quellen vor Gefangenen über... uns ist eine Verfassung gegeben worden, aber die Autokratie bleibt. Alles ist gegeben worden, und nichts ist gegeben worden.“

Trotzki steigerte rasch seinen Einfluss bei der Sankt Petersburger Arbeiterschaft durch seine Rolle im Rat der Arbeiterdeputierten (Sowjet), der am 13.10. zusammengekommen war. Im Sowjet vertrat ein Sprecher jeweils 500 ArbeiterInnen. Der Petersburger Sowjet veröffentlichte einen Aufruf zum Generalstreik. Er gewann an Autorität, weil er wirklich alle Arbeiterorganisationen, Streikbetriebe, Parteien und Gewerkschaften einschloss. Da seine Abgeordneten jederzeit von den ArbeiterInnen, die sie gewählt hatten, abrufbar waren, spiegelte der Sowjet direkt die Stimmung unter den Massen wider.

Die bolschewistischen FührerInnen - Lenin selbst war nicht anwesend - beargwöhnten den Sowjet als Rivalen der Partei. Dieses Sektierertum schwächte ihre Rolle sehr. Trotzki lähmte diese Konstellation jedoch nicht. Er stürzte sich in die Arbeit im Sowjet, entwarf Aufrufe und Erklärungen, schrieb für dessen Zeitung und sprach in seinem Namen.

Im November bekundeten auch einfache Soldaten ihre Sympathie für die ArbeiterInnen. Die Bauern fing an zu revoltieren und forderten Land. Trotzki war überzeugt, dass die Kampagne um den 8-Stunden-Tag nicht ohne den Sturz der Regierung zu gewinnen war. Er stellte die Losung '8 Stunden und ein Gewehr' auf. Unter Trotzki's Einfluss stimmte der Sowjet für die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands.

Aber dieser ließ sich nicht verwirklichen; die Streiks in Sankt Petersburg flauten ab, die Truppen schienen sich loyal zu verhalten. Aber in Moskau hatten die Bolschewiki - nun unter Einfluss Lenins - einen solchen Aufstand vorbereitet. Soldaten hatten sogar Delegierte zum Stadtsowjet entsandt. Lenin schrieb an die Kampfverbände der Partei im

Oktober:

„Die Verbände können von beliebiger Stärke sein, angefangen bei 2 bis 3 Leuten. Sie müssen sich so gut es geht bewaffnen mit Gewehren, Revolvern, Bomben, Messern, Schlagringen, Knüppeln, kerosingetränkten Lappen als Feuerzünder, Seilen oder Strickleitern, Schaufeln zum Barrikadenbau, Patronen aus Kollodiumwolle, Stacheldraht, Nägel gegen Kavallerie usw.“

Die RevolutionärInnen kämpften tapfer, aber am 17.12.1905 waren sie besiegt. Trotzki wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, wo er sich in einer mutigen und trotzigem Rede weigerte, den Aufstand zu verdammen. Auf den Anklagevorwurf, der Sowjet hätte die Erhebung organisiert, erklärte er:

„Wenn Sie mir erzählen, dass die Pogrome, Morde, Brandschatzungen und Vergewaltigungen... die Regierungsform des russischen Reiches sind, werde ich mit der Anklage übereinstimmen, dass wir uns im vergangenen Oktober und November gegen diese Regierungsform des russischen Reiches direkt und unverzüglich bewaffnet haben.“

Trotzki wurde in lebenslange Verbannung nach Sibirien geschickt. Er war damals 26. Doch binnen Monatsfrist war er wieder entflohen. Allerdings sollte er nach Russland erst wieder 1917 zurückkehren, als die Revolution erneut über das Land brauste.

Gegen den Nationalismus

Im europäischen Exil traf Trotzki die Spitzen der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Wie unterschieden sie sich doch von den russischen Revolutionären! Sie waren vollkommen an friedliche Bedingungen angepasste Leute, die durch den allmählichen Ausbau ihrer Positionen bei Wahlen und im Parlament an die Macht kommen wollten. Sie führten ein angenehmes bürgerliches Leben.

Trotzki war abgestoßen von ihrem 'unverhüllten Chauvinismus, ihrer Prahlerei als Kleinbesitzer, ihrem heiligen Erschrecken vor der Polizei, ihrer Niedertracht gegen Frauen'. Als Trotzki gegen einen Artikel in der Zeitung der österreichischen Sozialdemokratie mit rassistischen Schmähungen gegen die Serben anging, ließ die Parteiführung die Angelegenheit unter Hinweis auf die angebliche Uninteressiertheit der ArbeiterInnen an Außenpolitik unter den Tisch fallen. Am Vorabend des 1. Weltkriegs widerstand die österreichische Partei nicht dem Gift des Nationalismus, das ganz Europa in ein Schlachthaus verwandeln sollte. Trotzki bemerkte dazu:

„Sie schrieben über Krieg und Revolution in ihren Mai-Manifesten, aber nahmen sie niemals ernst; sie erkannten nicht, dass bereits der riesige Soldatenstiefel der Geschichte über dem Ameisenhaufen schwebte, in dem sie selbstvergessen umherliefen. 6 Jahre danach erfuhren sie, dass Außenpolitik sogar für Österreich-Ungarn existierte.“

Auch die große deutsche sozialdemokra-

tische Partei war nicht das, wofür sie gehalten wurde. Trotzki begann sich zu fragen, ob die große Hoffnung des internationalen Sozialismus in den kommenden Jahren nicht sogar zum Hindernis für die Revolution werden könnte.

Doch er gelangte damals noch nicht zur Konsequenz der Schlussfolgerungen Lenins. Trotz seiner wachsenden Erkenntnis über den antirevolutionären Charakter des Menschewismus zog Trotzki weiter gegen die Spaltung in der russischen Partei zu Felde und äußerte auf dem 5. SDAPR-Kongress: „Wenn ihr glaubt, daß eine Spaltung unvermeidlich ist, so wartet wenigstens bis Ereignisse und nicht bloße Entschlüsse euch entzweien.“

Tatsächlich: auf Druck der Basis schlossen die beiden Fraktionen 1910 ihre extremen Flügel aus; die Bolschewiki trennten sich von den Ultralinken, die für einen völligen Wahlboykott eintraten, und die Menschewiki von ihrem rechten Flügel, den 'Liquidatoren'. Diese waren gegen jede Revolution eingestellt, wollten die SDAPR als Untergrundorganisation auflösen und eine legale Partei in neuem liberalen Gewand aufbauen. Aufgrund der Differenzen in wesentlichen Fragen kam es danach zu keiner wirklichen politisch-organisatorischen Einigung beider Fraktionen. Die Revolution von 1917 offenbarte vollends die Unüberbrückbarkeit dieser Differenzen: Bolschewiki und Menschewiki gehörten zu entgegengesetzten Lagern.

Unterdessen hatten die russischen ArbeiterInnen klare Zeichen gesetzt, dass von internen Debatten zum praktischen Handeln übergegangen werden musste. Streiks häuften sich, und die Jahre der Reaktion gingen zu Ende. Am 4.4.1912 wurden 500 Bergleute verletzt oder getötet, als Truppen Streikende der Lena-Goldgruben unter Beschuss nahmen. Zu dieser Zeit hatte Lenin schon eine Konferenz einberufen, auf der sich die Bolschewiki als vollkommen eigenständige Partei erklärten. Sie stürzte sich in die Arbeit in den Massen und vergrößerte ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung. 1914 verfügten die Bolschewiki über 2800 ArbeiterInnengruppen in Russland, demgegenüber standen nur 600 der Menschewiki.

Im Sommer 1912 beging Trotzki einen schweren politischen Fehler. Unter Missachtung politischer Grundsätze lud er zu einem Treffen in Wien ein, dem 'August-Block'. Er umschloss alle Fraktionen außer den Bolschewiki und reichte von den Ultralinken bis zu den rechtsten Liquidatoren. Das einzige Bindeglied dieser buntscheckigen Gesellschaft waren ihr Hass oder ihre Ablehnung der Bolschewiki. Der Block zerbrach und stiftete nichts als Verwirrung.

Trotzki erkannte später den Grundzug seines Fehlers:

„Politisch hatte ich mit den Menschewiki in allen Grundfragen Differenzen, aber auch mit den ultralinken Bolschewiki ... In der allgemeinen Tendenz der Politik stand ich den

Bolschewiki weit näher. Aber ich war gegen das Leninsche Regime, weil ich noch nicht verstehen gelernt hatte, dass eine festgeschweißte zentralisierte Partei notwendig ist, um ein revolutionäres Ziel zu verwirklichen. Daher formte ich diesen episodischen Block aus heterogenen Elementen, der sich gegen den proletarischen Flügel der Partei richtete ... Lenin unterzog den August-Block einer gnadenlosen Kritik und die härtesten Schläge galten mir. Er wies nach, dass, sofern ich weder mit den Menschewiki noch mit den Ultralinken politisch übereinstimmte, meine Politik Abenteuertum war. Das war streng, aber wahr.“

Nach dem Scheitern dieser Initiative reiste Trotzki auf den Balkan, der genau wie heute ein brodelnder Kessel von Nationalismus, Unterdrückung und Krieg war. In einer Reihe von glänzenden Berichten für die sozialistische Presse fing er die Schrecken des Krieges und den 'Anblick von zu Opfern verdammt Menschen' ein. Seine Artikel machten Front gegen Antisemitismus, religiöse Dumpfheit und den Krieg selbst. Aber er riet den Opfern von Unterdrückung nie, die Waffen niederzulegen. Er unterschied jedes Mal zwischen reaktionären Kriegen um Profit und dem gerechtfertigten Widerstand von Nationen, denen grundlegende Freiheiten verwehrt wurden.

Verglichen mit dem, was folgen sollte, war das Gemetzel auf dem Balkan nur ein kleines Scharmützel. Im August 1914 zertraten Militärstiefel den europäischen Ameisenhäufel. Als der 1. Weltkrieg begann, wurden die europäischen Völker von einem Taumel patriotischer Gefühle erfasst. Darauf war Trotzki eingestellt; er hoffte nur, dass diese Stimmung bald wieder umschlagen würde.

Aber nichts konnte ihm den Schock ersparen, der durch die Einreihung der sozialdemokratischen Parteien ins Lager ihrer kapitalistischen Feinde, ihre Unterstützung des Kriegstreibens und die Hetze ihres eigenen Arbeiteranhangs in die Schlächterei ausgelöst wurde. Die 2. Internationale lebte nur dem Namen nach weiter.

Von allen größeren europäischen sozialistischen Parteien blieben nur die Bolschewiki den internationalistischen Grundsätzen treu. Im Juli 1915 begann sich Trotzki zu fragen, ob dies mit der Geschichte der inneren Auseinandersetzungen in der SDAPR und der folgenden Spaltung zusammenhing. Im September 1915 wurde im schweizerischen Zimmerwald ein Treffen von Internationalisten anberaumt. Lenin drängte auf eine revolutionäre Politik. Er trug die Losung 'Verwandelt den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg' vor und rief zu einer neuen, dritten Internationale auf. Aber Trotzki's Formel wurde angenommen, die nur einen Frieden ohne Annexionen oder Schadensersatzansprüche von Siegerstaaten an Besiegte sowie das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen über die eigene Zukunft vorsah.

Wie isoliert müssen sich jene wenigen

Internationalisten in dieser finsternen Zeit vorgekommen sein. Ein Witzbold bemerkte, dass alle Internationalisten der Welt in ein paar Kutschen gepasst hätten. Aber die schwachen Kräfte, die gegen den blutigen Strom schwammen, wurden durch die Revolutionsflut nach dem Krieg um so stärker.

Revolution

In Russland war der Zarismus bis ins Mark verfault. Zar Nikolaus hörte mehr auf die Einflüsterungen eines verrückten Priesters namens Rasputin als auf seine Minister. Erniedrigt und geschwächt durch die aufeinanderfolgenden Niederlagen im Krieg gegen Deutschland verloren die Adeligen und liberalen Kapitalisten nun die Geduld mit dem Monarchen. Die kriegsmüden Soldaten desertierten scharenweise. Auf dem Land und in den Städten stieg die Unzufriedenheit offen aus - der Zar wurde gestürzt.

Am 8. März (am 23. 2. nach dem alten russischen Kalender), dem Internationalen Frauentag, strömten Massen von Arbeiterfrauen auf die Straße und verlangten nach Brot. Am nächsten Tag streikten die Textilarbeiterinnen und - ohne auf die Führer zu warten - entsandten fliegende Streikposten zu den riesigen Metallfabriken und riefen ihre Klassenbrüder zu Unterstützung auf. Der Ruf nach Brot wurde bald übertönt durch den Schrei nach Ende der Monarchie und des Krieges. Die Polizei löste die Kundgebungen auf, während sich die Armee und die Kosaken als Eliteeinheit des Zaren als nicht so zuverlässig erwiesen. Trotzki beschrieb, wie es vornehmlich Frauen gelang, die Soldaten zu gewinnen:

„Sie gehen auf die Schützenketten kühner als Männer zu, erfassen die Gewehre, flehen, ja befehlen 'runter mit den Bajonetten, schließt euch uns an'. Die Soldaten sind aufgereggt, beschämt, tauschen ängstliche Blicke aus, zaudern; einer von ihnen entschließt sich zuerst, und dann heben sich die Bajonette schuld bewusst über die Schultern der anrückenden Menge. Die Schranke ist geöffnet, ein freudiges und dankbares 'Hurra' durchzittert die Luft. Die Soldaten werden umringt. Überall Argumente, Vorwürfe, Aufrufe - die Revolution macht einen weiteren Schritt voran.“

Innerhalb von Tagen übertraf die Revolution die Ereignisse von 1905. Der Zar dankte ab, und eine provisorische Regierung mit bürgerlichen Ministern, denen sich bald Menschewiken und Populisten unter dem irreführenden Namen Sozialistische Revolutionäre Partei (Sozialrevolutionäre) angeschlossen, wurde errichtet. Aber dies war nicht die einzige Macht im Land. Eingedenk der Lehren von 1905 schickten sich die Arbeiterinnen, Arbeiter und Soldaten an, die Sowjets wiedereinzuführen, diesmal jedoch auf einer breiteren und dauerhafteren Grundlage als damals.

Auf der einen Seite stand die neue Re-

gierung der Kapitalisten, die ihre Existenz nur der Rebellion der Arbeiterklasse verdankte, auf der anderen Seite befand sich der Sowjet, eine Organisation der Arbeitermacht. Der Sowjet organisierte sogleich die Lebensmittelversorgung, errichtete seine eigene bewaffnete Miliz und sicherte die Pressefreiheit durch den Boykott aller Zeitungen, welche die Regierungszensur hin nahmen.

Diese Doppelmacht konnte nicht von Dauer sein. Trotzki verstand das:

„Entweder wird die Bourgeoisie den alten Staatsapparat dominieren, ihn für ihre Zwecke etwas ummodellieren, wovon die Sowjets nichts haben werden - oder die Sowjets werden die Grundlagen für einen neuen Staat legen und nicht nur den alten Regierungsapparat auflösen, sondern auch die Herrschaft jener Klassen, denen er gedient hat.“

Da die Kapitalisten noch an der Macht waren, war der Kampf noch längst nicht zu Ende. Lenin befand sich noch im Exil; andere bolschewistische Führer wie Stalin und Kamenjew liefen den Ereignissen hinterher, klammerten sich an alte Losungen, welche die Revolution selbst schon überholt hatte. Wie die Menschewiki auch glaubten sie, dass die Revolution aufhören müsse, weil eine moderne bürgerliche Demokratie errichtet worden war. Sie schrieben in der bolschewistischen Zeitung Prawda: „Jetzt zählt nicht der Sturz des Kapitalismus, sondern der Sturz der Autokratie und des Feudalismus.“

Die Geschichte hatte der Arbeiterklasse eine ausgezeichnete Gelegenheit gegeben, die Revolution durch die Machtübernahme der Sowjets selbst zu vollenden. Aber erfolgreiche Revolutionen gehen nicht automatisch vonstatten. Sie brauchen eine Führung. Für den Sieg der sozialistischen Revolution waren bewusste Entscheidungen und Aktionen vonnöten.

Es gab drei Voraussetzungen für den endgültigen Erfolg der Bolschewiki: zunächst Lenins Rolle. Bei seiner Rückkehr nach Russland brüskierte er ein Begrüßungskomitee der Menschewiki, die ihn um Unterstützung für die provisorische Regierung baten. Stattdessen erklärte er, dass die Revolution nicht vorbei sei, dass die Arbeiter kein Vertrauen in die neue Regierung setzen sollten und dass alle Macht an die Sowjets fallen sollte. Eine solche Regierung würde Russland aus dem Krieg herausführen, den Bauern Land geben und die Kontrolle über die Fabriken den ArbeiterInnen selbst übergeben. Diese Argumente wurden in Lenins berühmten 'April-Thesen' vorgetragen.

Doch auch Lenins enormer Einfluss in der bolschewistischen Partei hätte allein nicht ausgereicht. Zunächst wollten die anderen bolschewistischen Führer Lenins Rat nicht folgen. Aber die Arbeiter- und Soldatenmassen verloren das Vertrauen in die provisorische Regierung. In Kronstadt, einer Petrograd (Sankt Petersburg) vorgelagerten

Hafenstadt, erklärte der Ortssoowjet: „Die einzige Macht in Kronstadt ist der Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten“. In der militanten Hochburg Wyborg -ebenfalls in der Nähe Petrograds gelegen - verkündeten die Arbeiter einer Maschinenfabrik: „Die einzige Macht im Land müssen die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sein, die wir mit unserem Leben schützen wollen.“

Diese Unterstützung durch die Massen war die zweite Bedingung für den Sieg der Revolution. Die Kompromissler in der bolschewistischen Führung wurden durch Lenins revolutionäre Argumente und die Entschiedenheit der Parteibasis in die Länge genommen.

Der dritte lebenswichtige Faktor betraf Trotzki's Rolle. Er kam Anfang Mai nach Russland zurück und begab sich sofort zum Treffen des Petrograder Sowjets, der unter der Leitung von Menschewiki und Sozialrevolutionären stand, die die provisorische Regierung unterstützten. Sie wollten seine Anwesenheit ignorieren, aber die großen Tage von 1905 waren nicht vergessen. Nach Rufen aus der Versammlung wie „Trotzki! Wir wollen den Genossen Trotzki hören!“ durfte er sprechen. Er trat gegen eine Unterstützung der Regierung auf und rief den Sowjets zu, die gesamte Macht selbst zu übernehmen, mit Worten, die Lenins Position stark ähnelten. Im Sommer schlossen sich Trotzki und seine kleine Anhängerschar den Bolschewiki an.

Trotzki's große Begabung für öffentliche Auftritte verband sich nun unmittelbar mit der Stärke und dem Einfluss von Lenins hochorganisierter revolutionärer Massenpartei. Er sprach auf vielen Versammlungen in Fabriken, in Sälen und auf Plätzen der Stadt und hielt seine Zuhörerschaft in Bann, was ein Beobachter wie folgt beschrieb: „der kraftvolle Rhythmus seiner Rede, seine laute, nimmermüde Stimme, der bemerkenswerte Zusammenhang und die literarische Fertigkeit seiner Ausdrucksweise, sein Einfallsreichtum, die beißende Ironie, sein hohes Pathos, seine strenge Logik, klar wie polierter Stahl“ bewirkten das.

Trotzki's blendender Erfolg als Redner bestand in der Fähigkeit, die tiefsten Bedürfnisse und Wünsche seiner Zuhörerschaft zu erfassen und auszudrücken und sie in klarer und dramatischer Sprache mit der Notwendigkeit einer Revolution zu verbinden.

Alle Macht den Sowjets!

Die Regierung, nunmehr ein Bündnis aus Menschewiki, Sozialrevolutionären und kapitalistischen Ministern, verbot eine für Juni geplante bolschewistische Demonstration. Stattdessen veranstaltete sie einen offiziellen Marsch in der Hoffnung, damit ein Ventil zu schaffen. Aber während des Marsches übernahmen die Arbeiter zum Entsetzen der Regierung mit großem Eifer die Losungen der Bolschewiki, besonders die Rufe 'Nieder mit den zehn kapitalistischen Minis-

tern' und 'Alle Macht den Sowjets'.

Viele Bolschewiki, besonders in der militärischen Abteilung der Partei, glaubten nun, dass es an der Zeit sei, die Macht von der provisorischen Regierung zu übernehmen. Aber auf dem ersten allrussischen Rätekongress im Juni verfügten die Sozialrevolutionäre über 285, die Menschewiki über 248 und die Bolschewiki lediglich über 105 Abgeordnete. Die Zeit für eine bolschewistische Machtübernahme war noch nicht reif, sie wusste die Mehrheit der russischen Arbeiterklasse noch nicht hinter sich.

In Sankt Petersburg, das inzwischen wieder Petrograd hieß, hatten Wut und Entschlossenheit der revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten den Siedepunkt erreicht. Gegen den Rat von Lenin, Trotzki und des leitenden Zentralkomitees der Bolschewiki führten sie Anfang Juli eine bewaffnete Demonstration durch. Die Parteiführer versuchten noch, den Schaden zu begrenzen, aber umsonst.

Die Partei zog es vor, zu kämpfen und lieber an der Seite der revolutionären ArbeiterInnen eine Niederlage zu erleiden, als sich von ihnen zu isolieren und beteiligt sich deshalb auch an diesem Kampf. Am 5.7.1917 erreichten regierungstreue Truppen Petrograd und die Konterrevolution verrichtete ihr blutiges Werk. Die revolutionären ArbeiterInnen wurden in der ganzen Stadt zurückgeschlagen und verhaftet. Die Hauptquartiere der Bolschewiki wurden besetzt und zerstört. Trotzki landete erneut im Gefängnis.

In den auf diese „Julitage“ folgenden Monaten geriet Russland durch die reaktionäre provisorische Regierung immer tiefer in die Krise. Auf dem Land besetzten Bauern immer mehr Güter der früheren BesitzerInnen. Die Disziplin in der Armee brach zusammen. Doch der Bolschewismus hatte trotz seiner Schwächung weiterhin Zulauf in den Fabriken.

Im Wissen, dass es so nicht weiter gehen konnte, verloren nun die Offiziersränge die Geduld mit der Regierung der gemäßigten „Sozialisten“. Eine Militärdiktatur, so glaubten sie, wäre die richtige Antwort. Dann würden sie all die Revolutionäre und jüdischen 'Störenfriede' hinwegfegen und den rechtmäßigen Zaren aller Russen gottgewollt zurück auf seinen Thron bringen.

Kerenski, der Regierungschef, stand im Zentrum der Kritik. Er wollte selber das Kriegsrecht verhängen, doch der Armeebefehlshaber General Kornilow hatte andere Vorstellungen. Er setzte seine Truppen auf Petrograd zur Vorbereitung eines Staatsstrechs in Marsch.

In blinder Panik gab die Regierung den Befehl zur Verteidigung von Petrograd. Aber ohne den Rückhalt durch die revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten hatten sie keine Chance, und sie wussten das auch. Eine Gruppe von Seeleutevertretern besuchte Trotzki im Gefängnis und befragte ihn, ob sie gemeinsam mit Kerenski gegen

den Putsch vorgehen oder beide zu stürzen versuchen sollten.

Trotzkis Antwort war ein gutes Beispiel für revolutionären Wirklichkeitssinn. Er riet ihnen, sich zuerst gegen Kornilow zu wenden, um hernach um so leichter Kerenski stürzen zu können.

Die Bolschewiki kamen aus ihren Verstecken wieder hervor und die Sowjets veröffentlichten einen Aufruf zur bewaffneten Verteidigung der Revolution. Die Arbeiter boykottierten alles, was den Putsch begünstigt hätte. Kornilows Truppen konnten weder Eisenbahn- noch Telegrafensystem benutzen. Bewaffnete Arbeiter zogen Kornilows verwirrte und widerwillige Mannschaften auf ihre Seite. Die Revolte brach fast ohne Gewalteinsetz zusammen.

Wie Trotzki vorausgesagt hatte, war die Wirkung auf Kerenski und die gemäßigten Sozialisten gleichermaßen erschütternd. Die provisorische Regierung erschien schwach und unentschlossen. Sie hatte die Revolution an den Rand des Ruins gebracht. Hatten sich Kerenski und seine kapitalistischen Verbündeten mit Kornilow nicht noch kurz vor dem Putschversuch abgesprochen? Und hatten die Bolschewiki nicht schon lange davor gewarnt?

Im September sammelten die Bolschewiki überall weiter neue AnhängerInnen in den landesweiten Sowjets. Während der vergangenen Monate der Revolution hatte sich auch eine bedeutende Verschiebung der Kräfte auf dem Lande, unter der Bauernschaft ergeben. Unzufrieden mit der Blockierung der Landreform und der Weiterführung des Krieges unter provisorischer Regierung Kerenskis wurden sie immer zahlreicher zu Unterstützern der konsequent revolutionären Politik der Bolschewiki. Ohne diese Unterstützung der Millionen Bauern wäre der Sieg und die Verteidigung der Revolution unmöglich gewesen.

Am 23.9. wurde Trotzki erneut zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets gewählt. Lenin warb emsig innerhalb der Partei für eine sofortige bewaffnete Machtübernahme. Doch zunächst traf er bei der Mehrheit der anderen bolschewistischen Führer auf Ablehnung.

Der bewaffnete Aufstand

Trotzki hingegen befürwortete eine Erhebung. Scharfsinnig hielt er die Organisation des Aufstands unter dem Kommando der Sowjets als die beste Methode zur Machteroberung und -sicherung. Der Petrograder Sowjet nahm diesen Vorschlag an: „Wenn die provisorische Regierung unfähig ist, Petrograd zu verteidigen, muß sie entweder Frieden schließen (mit Deutschland) oder den Platz räumen für eine anderes Regime.“ Der Sowjet richtete unter Trotzki's Leitung einen militärischen Revolutionsausschuss ein, um die Machtübernahme vorzubereiten.

Am 22. 10. waren die Vorbereitungen nahezu abgeschlossen. Auf einer Massen-

kundgebung, die vom Sowjet veranstaltet wurde, forderte Trotzki die versammelten Tausenden ArbeiterInnen und Soldaten auf, die Revolution bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Am nächsten Tag wagte er sein Leben, als er ohne Geleitschutz eine Zusammenkunft der Soldaten auf der Festung Sankt Peter und Paul besuchte, deren Loyalität zum Sowjet zweifelhaft schien. Nach einer Rede vor den versammelten Soldaten kehrte er mit dem Bericht zurück, dass sie nur den Befehlen des militärischen Revolutionsausschusses gehorchen und ihre 100.000 Gewehre ganz in den Dienst der Revolution stellen würden.

Während der Nacht und des Morgens vom 24. auf den 25.10. übernahmen die Sowjetverbände die Kontrolle über alle Schlüsselstellungen der Stadt: Bahnhöfe, Lebensmittellager, Telefonzentrale, Kraftwerke, Postämter, Brücken und Straßenkreuzungen. Widerstand wurde nicht geleistet - die Truppen der Regierung waren in Auflösung begriffen. 10 Uhr vormittags des 25.10. verkündete der militärische Revolutionsausschuss:

„Die provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs des Petrograder Arbeiter- und Soldatendeputiertenrates übergegangen...“

An jenem Abend traf sich der 2. allrussische Sowjetkongress in Petrograd. 60 % der Abgeordneten waren Bolschewiki. Martow erklärte im Namen der Menschewiki-Fraktion, dass eine gemeinsame Regierung aus Vertretern aller sozialistischen Parteien unter Einschluss der menschewistischen Hauptströmung und der rechten Sozialrevolutionäre, die gegen Sowjetmacht und für sofortige Verhandlungen mit der abgesetzten provisorischen Regierung waren, gebildet werden sollte. Trotzki erhob sich und erwiderte in einer seiner berühmtesten und dramatischsten Ansprachen:

„Die Massen des Volkes folgten unserem Banner, und der Aufstand war siegreich. Und nun wird uns gesagt: widerruft euren Sieg, macht Zugeständnisse, Kompromisse. Mit wem? Ich frage: mit wem sollten wir Kompromisse machen? Mit diesen elenden Gruppen, die uns im Stich gelassen haben oder die diesen Vorschlag machen? Aber nach allem haben wir ein vollständiges Bild von ihnen. Niemand in Russland ist mehr mit ihnen.“

Ein Kompromiss soll, wie zwischen zwei gleichwertigen Seiten, den Millionen von Arbeitern und Bauern, die auf diesem Kongress vertreten sind, zugemutet werden, den sie, und das nicht zum ersten und letzten Mal, verschachern wollen, wenn es die Bourgeoisie für geeignet ansieht. Nein, hier ist kein Kompromiss möglich. Denen, die uns verlassen haben und denen, die uns so etwas einreden wollen, müssen wir sagen: ihr elenden Bankrotteure, eure Rolle ist ausgespielt; geht, wohin ihr gehört: in den Mülleimer der Geschichte!“

Zum ersten Mal in der Geschichte hatten

Arbeiterinnen und Arbeiter selbst den Staat in die eigenen Hände genommen. Allerdings ein Staat neuen Typs, unter ihrer unmittelbaren Kontrolle und zu einem neuen Zweck. Die Oktoberrevolution bewies die grenzenlose Energie und Schöpferkraft der Arbeiterklasse sowie die Notwendigkeit einer fest organisierten revolutionären Partei zur Führung im Kampf um die Macht.

Entgegen den feigen Argumenten der Menschewiki und Reformisten aller Schattierungen stellte sich heraus, dass es beim Sturz einer privilegierten Minderheit für die arbeitende Mehrheit keine Alternative zur Gewalt geben kann. Die Revolution zeigte der ganzen Welt, dass Arbeitermacht

und Sozialismus keine bloßen Träume oder blutleeren Theorien sind, sondern die zwingende Konsequenz aus jahrhundertlangen Kämpfen.

Mit nur 38 Jahren an der Spitze der revolutionären Massen, als Mitglied der ersten siegreichen Arbeiterregierung, hatte die Oktoberrevolution Trotzki aus einem unbekanntem, isolierten Agitator in einen mächtigen Führer eines proletarischen Staates gemacht.

Trotzki war nun auf dem Höhepunkt seines Einflusses angelangt, aber er gab sich nicht mit dem Erreichten zufrieden; seine revolutionäre Laufbahn war noch längst nicht beendet. Seine bedeutendsten Ausei-

inandersetzungen lagen noch vor ihm.

Weiterführende Literatur:

Leo Trotzki, *Mein Leben*, Berlin 1990

Isaac Deutscher, *Trotzki I – Der bewaffnete Prophet 1879 – 1921*, Stuttgart 1972

Leo Trotzki, *Die russische Revolution 1905*,

W. I. Lenin, *Was tun?*, LW Bd. 5, S. 355-551, Berlin 1955

Leo Trotzki, *Geschichte der russischen Revolution*.

Kapitel 2

Permanente Revolution

Die Theorie der permanenten Revolution ist einer der Hauptbeiträge Trotzki zum Marxismus. Wie viele bedeutende Theorien wird sie oft völlig missverstanden.

Rechte Kräfte sagen manchmal, sie sei der Aufruf zu einer niemals endenden Reihe von Revolutionen. Das hieße, Trotzki wären verantwortungslose Geistesranke, welche die Gesellschaft in einem aufrührerischen Dauerzustand ohne Ruhepause halten wollten.

Frühere Kritiken verfolgten einen anderen Kurs. Stalin und seine Anhänger traten gegen die „menschewistische“ Theorie der permanenten Revolution auf und meinten, es wäre eine „Beleidigung für den Marxismus, sie eine marxistische Theorie nennen zu wollen“.

Was hat es also mit der permanenten Revolution auf sich, und warum wurde sie zu einer gleichermaßen wichtigen Frage für Anhänger wie Gegner?

Die Theorie der permanenten Revolution befasst sich mit zwei Hauptfragen: zunächst mit der Rolle der Arbeiterklasse bei Revolutionen in 'rückständigen' Ländern, als zweites mit dem internationalen Charakter der sozialistischen Revolution.

Die bürgerliche Revolution

In den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts fragten sich Plechanow und seine kleine Gruppe russischer MarxistInnen, welche Art Revolution auf Russland zukomme. Ihre Antwort lautete: eine bürgerliche. Diese Anschauung wurde von allen russischen SozialdemokratInnen geteilt, von den Bolschewiki über die Menschewiki bis hin zu Trotzki selbst.

Eine bürgerliche Revolution? Für SozialistInnen in industriell entwickelten kapitalistischen Ländern klingt der bloße Gedanke

wie ein begrifflicher Widerspruch. Heute ist die Bourgeoisie die herrschende Klasse. Revolution wäre das Letzte, was sie wollte. Die Minderheit aus Bankiers und Industriellen besitzt den gesellschaftlichen Reichtum und kontrolliert den Staat, nutzt die ungewählte Macht von Gerichten, Armee, Polizei und Zivilverwaltung, um ihr Eigentum und ihre Privilegien zu schützen.

Auf der ganzen Welt greifen sie zu drastischen Maßnahmen - Bürgerkrieg, Diktatur und Faschismus eingeschlossen -, um Revolutionen zu verhindern.

Aber das war nicht immer so. Als es seine eigene Macht erst errichten musste, blieb dem Bürgertum keine andere Wahl als Revolution.

Die Französische Revolution 1789 kann als klassisches Beispiel gelten. Sie fegte die alte landbesitzende Klasse und die Monarchie hinweg und bahnte den Weg für die Entwicklung des modernen Kapitalismus. Die Bourgeoisie ermunterte die Volksmassen, Bauern und arme Stadtbewohner, sich zu erheben und für 'Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit' zu kämpfen.

Aber als König und Adel dann gestürzt worden waren, wurden die Armen von den bürgerlichen Revolutionären im Stich gelassen und blieben ohne reale Macht und wahrnehmbare Rechte.

Die Kapitalisten hatte ihre Revolution gemacht, nun sollte die verarmte Bevölkerung sich beruhigen und an die Arbeit gehen... für die Kapitalisten.

Zur Jahrhundertwende war Russland noch so rückständig, dass es noch nicht einmal eine bürgerliche Revolution erlebt hatte. Es gab kein Parlament und keine Redefreiheit; selbst die Kapitalisten verfügten über kein Stimmrecht. Das Land gehörte dem alten Adel. Die vielen Nationen unter russischer Herrschaft besaßen keinerlei Recht, um über die eigene Zukunft zu be-

stimmen. Der russische Zarismus war die konservativste Kraft in Europa, förderte die Konterrevolution und stellte sich gegen die Demokratie, wo er nur konnte.

Marxisten waren sich darin einig, dass die kommende Revolution bürgerlich sein würde. Darunter verstanden sie, dass der Aufstieg des Kapitalismus in Russland die Grundlage für den Zarismus unterhöhlen und ihn zum Einsturz bringen würde. Das Hauptziel der Revolution würde die Ausräumung der Hindernisse für die kapitalistische Entwicklung sein: Zarismus, fehlende Demokratie und das altmodische Feudalsystem in der Landwirtschaft. Sie glaubten, dass eine solche Revolution als Mittel für die Schaffung einer Grundlage - der modernen bürgerlichen Demokratie - für eine spätere sozialistische Revolution gegen den Kapitalismus notwendig sei.

Lenin gegen die Menschewiki

Die Spaltung der SDAPR 1903 lenkte die Aufmerksamkeit auf eine Frage, welche die unterschiedlichen Fraktionen entzweite. Die kommende Revolution sei bürgerlich, aber welche Kraft, welche Klasse in der Gesellschaft, sollten sie anführen?

Die Menschewiki gaben eine einfache Antwort. Die Revolution war bürgerlich, demzufolge würde sie vom Bürgertum geführt werden, nichts logischer als das.

Die SDAPR sollte dementsprechend ein Bündnis mit den Parteien suchen, die die liberalsten Teile der Kapitalistenklasse darstellten, denn diese würden ja die Revolution anführen. Wenn die Bourgeoisie einmal den Zaren gestürzt hätte, wäre der Weg frei für eine friedvolle Ausbreitung des Kapitalismus in Russland. Die Arbeiterklasse würde mit fortschreitendem Kapitalismus allmählich wachsen und erstarken. Schließ-

lich würden die Arbeiter den Kapitalismus selber stürzen und den Sozialismus aufbauen. Aber das war Zukunftsmusik.

Lenin hatte eine andere Sichtweise. Er war sich bewusst, dass die Bourgeoisie in den zurückliegenden Jahrzehnten eine weit weniger heldenhafte Rolle als in ihrer revolutionären Vergangenheit gespielt hatte. Während der Revolution in Deutschland 1848 hatten die Kapitalisten z.B. nicht die Monarchie ausgehebelt, sondern einen Kompromiss mit den Landbesitzern und dem König ausgehandelt, der diesen die Möglichkeit beließ, die revolutionären ArbeiterInnen und Bauern niederzuhalten.

Seit 1789 hatte sich viel verändert. Den Kapitalisten stand nun eine industrielle Arbeiterklasse gegenüber, um die sie sich sorgen mussten. Die Gefahr einer Revolution von unten schreckte sie weit mehr als das Überleben der Monarchie und der Landbesitzer.

Lenin fasste diese Differenz zwischen Bolschewiki und Menschewiki folgendermaßen zusammen:

„Unsere Revolution ist eine bürgerliche, deshalb müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen - das sagen die nichtsnutzigen Politiker aus den Reihen der Liquidatoren. Unsere Revolution ist eine bürgerliche, sagen auch wir Marxisten. Deswegen müssen die Arbeiter dem Volk die Augen über den Betrug der bürgerlichen Politiker öffnen, es lehren, diesen nicht zu glauben und stattdessen der eigenen Kraft, Solidarität und den eigenen Waffen zu vertrauen.“

Die Bourgeoisie war nicht vertrauenswürdig und feige. Sie wollte nicht einmal ihre eigene Revolution durchführen. Stattdessen müssten die Arbeiter sich nur auf sich selbst verlassen und ihre eigenen Organisationen aufbauen. Da sie noch eine Minderheit der Bevölkerung in Russland darstellten, würden sie Bundesgenossen brauchen. Die würden sie unter den Millionen armer land- und freiheitsdurstiger Bauern finden.

Das Proletariat sollte die Bauernschaft in den Kampf für Demokratie führen. Nur so, argumentierte Lenin, könnte der Zarismus gestürzt und eine demokratische Republik aufgebaut werden. Die neue Regierung wäre keine normale bürgerlichen, sondern eine „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“.

Ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung

Trotsky teilte Lenins feindselige Haltung gegen die Liberalen und betonte auch die Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution. Aber er ging noch einen Schritt weiter.

Der Vorbote von Trozky's neuer Theorie erschien 1905. Er schrieb ein Pamphlet über den Blutsonntag und den Anfang der Revolution im Januar des Jahres. Der machtvolle Generalstreik zeigte, dass die Arbeiterklasse die revolutionärste Kraft in Russland war. Aber in der Einführung zu Trozky's Schrift

erschien ein neuer Gedanke:

„Jetzt kann niemand mehr leugnen, dass der Generalstreik das wichtigste Kampfmittel ist ... Man muss nur hinzufügen, dass die Revolution in Russland eine demokratische Arbeiterregierung an die Macht bringen könnte.“

Diese Zeilen wurden von Parvus verfasst, der gemeinsam mit Trotzki 1905 und 1906 die Grundlagen der späteren Theorie der permanenten Revolution erarbeitete. Die bürgerliche Revolution in Russland würde unter anderen Umständen als die 'klassischen' bürgerlichen Revolutionen wie in Frankreich stattfinden.

Der Schlüssel zum Verständnis lag in der Theorie der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung. Ihr liegt eine viel einfachere Idee zugrunde als es scheint. Die eingeborenen Amerikaner z. B., die in Berührung mit den weißen Kolonialsiedlern kamen, tauschten ihre Bogen und Pfeile schließlich gegen Gewehre ein, ohne das Schießpulver selbst nochmals erfinden zu müssen. Auf diese Art können moderne Technologien neben vielen Strukturen einer wirtschaftlich weniger entwickelten Gesellschaft existieren.

So war es auch in Russland. Der russische Kapitalismus hatte sich schneller entfaltet als die russische Kapitalistenklasse. Die großen Zentren der modernen Industrie waren aus Anleihen und Investitionen der westeuropäischen Bourgeoisien bezahlt.

Dieser Prozess verlief ebenfalls äußerst ungleichmäßig. Die neue Arbeiterklasse war in sehr großen Fabriken und Unternehmen konzentriert, aber die russische Bourgeoisie war auffällig schwach und hatte nur sehr lose Verbindungen mit dem Rest der Gesellschaft. Die Monarchie und der Staat nahmen sich soviel vom Reichtum, dass sie die Kapitalistenklasse an Größen- oder Machtzuwachs hinderten. Von dieser durfte man keine Führung der Revolution erwarten.

Die Idee der kombinierten und ungleichzeitigen Entwicklung war nützlich; sie erklärte, wie Russland eine bürgerliche Revolution ohne revolutionäre Bourgeoisie bevorstehen konnte.

Die Ereignisse von 1905 hatten die Macht der Arbeiterklasse demonstriert. Der Generalstreik, die Sowjets und der bewaffnete Aufstand bewiesen zweifelsfrei, dass das Proletariat die führende Rolle in der Revolution spielen würde. Aber was würde nach dem Sturz des Zaren geschehen? Ein österreichischer Sozialistenführer hatte Trotzki geraten, sich darüber keine Sorgen zu machen, denn die Russen müssten sich um die Alltagsgegenwart genug sorgen. Aber Trozky's Stärke als revolutionärer Denker lag im Blick sowohl für die großen Zukunftsfragen wie für die Gegenwartsaufgaben.

Die permanente Revolution

Die ArbeiterInnen mussten eine Regierung bilden. Die ersten Schritte dieser revolutionären Regierung würden der Vollendung der bürgerlichen Revolution, der Abschaffung der Monarchie, der Gewährung von Freiheit für unterdrückte Nationalitäten und der offiziellen Anerkennung des Rechts auf Land für die Bauern gewidmet sein. Aber sollten die ArbeiterInnen dann die Erhaltung des kapitalistischen Systems gewährleisten? Trotzki verneinte dies. Die Arbeiterregierung musste einen Schritt weiter gehen und besondere sozialistische Maßnahmen ergreifen.

In seinem Pamphlet 'Ergebnisse und Perspektiven' gab Trotzki ein erklärendes Beispiel. Die SDAPR mobilisierte für einen Arbeitstag von höchstens 8 Stunden, wofür ArbeiterInnen auf der ganzen Welt immer noch kämpfen. Eine innerhalb des kapitalistischen Systems erfüllbare Forderung, was Marxisten eine demokratische Reform nennen. Was würde geschehen, wenn sich einige Unternehmer weigerten, sie durchzuführen - übrigens ein sehr wahrscheinliche Folge?

Wenn die ArbeiterInnen für einen 8 Stunden-Tag streiken würden, müsste eine Arbeiterregierung auf ihrer Seite stehen. Wenn die Unternehmer ihre Haltung noch immer nicht ändern würden, müsste eine Arbeiterregierung ihre Geschäfte übernehmen und sie im Interesse der Arbeiterklasse fortführen.

Die Regierung musste „die Enteignung (Konfiszierung) der geschlossenen Fabriken und die Organisierung der Produktion auf sozialistischer Grundlage“ vornehmen. Sie musste das Land organisieren, um die Bedürfnisse der Arbeiter statt der Gier der Kapitalisten zu stillen.

Die einzige Alternative wäre die Beschränkung der Revolution auf rein kapitalistische Maßnahmen, das hieße sich auf die Seite der Unternehmer zu schlagen. Die Arbeiterregierung müsste dann die Arbeiter angreifen. Das würde, so Trotzki, „die Sozialdemokratie von Anfang an kompromittieren“.

Lenins Idee von der 'demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauern' war zu vage. Sie hob zwar korrekt hervor, dass die Arbeiter das Volk zum Sturz des Zarismus führen sollten, aber erklärte nicht genau, welche Aufgaben den Arbeitern nach der Machtergreifung bevorstünden. Trozky's Position war klarer umrissen:

„...die demokratische Revolution wächst unmittelbar hinüber in die sozialistische Revolution und wird somit zu einer permanenten Revolution.“

Die Ereignisse von 1905 bekräftigten seine Auffassung:

„Nicht die Opposition der liberalen Bourgeoisie, nicht die elementaren Erhebungen der Bauernschaft oder die terroristischen

Akte der Intelligenz, sondern der Arbeiterstreik zwang den Zarismus zum ersten Mal in die Knie. Die revolutionäre Führerschaft des Proletariats enthüllte sich als unbezweifelbare Tatsache. Ich hatte das Gefühl, die Theorie der permanenten Revolution hatte ihre erste Prüfung erfolgreich bestanden.“

Lenin übernahm Trotzki's Theorie nicht, die ein Schlag gegen alles, was russische Marxisten jahrzehntelang vertreten hatten, zu sein schien. Er tat die permanente Revolution als 'absurd links' ab. Aber er pochte auf die Führungsrolle der Arbeiter und den Kampf gegen die liberalen Feiglinge in der Revolution und erkannte sogar, dass die Arbeiter die Führung in der revolutionären Regierung anstreben sollten. Er argumentierte:

„Man kann sich nicht in einem Kampf engagieren, ohne zu erwarten, die Position einzunehmen, für die man kämpft.“

1917 handelte Lenin getreu diesen Worten. Als die Menschewiki eine Koalitionsregierung mit kapitalistischen Ministern eingingen, trat er dagegen und für die völlige Machtübergabe an die Arbeiter- und Soldatenräte ein. Die bürgerliche provisorische Regierung weigerte sich, selbst die bürgerliche Revolution durchzuführen. Es oblag schließlich der neuen Sowjetregierung, den Bauern Land zu geben und demokratische Rechte in der Praxis durchzusetzen. Wie von Trotzki vorhergesagt, blieb die Arbeiterregierung nicht dabei stehen. Angesichts der Sabotage seitens der Privateigentümer übernahm sie nach und nach die Industrie und stellte sie unter Arbeiterkontrolle.

Anfang 1917 wollten einige Führer der bolschewistischen Partei, darunter Stalin, Lenins alte Losung zwecks Unterstützung der Partei für die provisorische Regierung heranziehen. Lenin entgegnete:

„Wer jetzt nur von der 'revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft' spricht, hat den Kontakt zum Leben verloren, ist kraft dieses Umstandes praktisch zum Kleinbürgertum gegen den proletarischen Klassenkampf übergegangen und sollte ins Museum der 'bolschewistischen' vorrevolutionären Antiquitäten überstellt werden.“

Obwohl Lenin in seinen Schriften nie ausdrückliche Zustimmung zur These der permanenten Revolution äußerte, bewies seine Praxis 1917, dass er ihre Schlussfolgerungen teilte. Sofort nach der Machtübernahme im Oktober erklärte er vor dem Sowjetkongress, dass die bolschewistische Regierung „nun zum Aufbau der sozialistischen Ordnung voranschreiten“ würde. Adolphe Joffe, 1917 ein bolschewistischer Führer, erwähnte kurz vor seinem Lebensende, dass Lenin ihm 1919 gesagt hätte, Trotzki habe in der Frage der permanenten Revolution recht behalten.

Russland und die Weltrevolution

Die russische Revolution rief nicht nur bei den Kapitalisten, sondern auch bei den reformistischen Feinden der Revolution in den sozialdemokratischen Parteien überall Wutausbrüche hervor. Plechanow selbst verkündete, dass „gegen die Bolschewisten jedes Mittel recht sei“.

In ihren Einwänden gegen die bolschewistische Revolution gebrauchten die Menschewisten und andere Sozialdemokraten die Sprache des Marxismus, aber sie verliehen ihr einen besonderen rechten Drall.

Der Marxismus lehrt, dass der Sozialismus nur auf der Grundlage der modernsten und fortgeschrittensten Entwicklungen aufgebaut werden kann. Wenn der gesellschaftliche Reichtum gleich verteilt werden soll, muss auch genug vorhanden sein. Der Kapitalismus würde die Bedingungen schaffen für den Fortschritt zum Sozialismus mit Hilfe einer modernen industriellen Ökonomie, der neuesten Technologie und einer großen Arbeiterklasse.

Russland besaß wenig davon. Die Menschewiki zogen daraus den Schluss, dass die Bolschewiki mit der Machtergreifung einen Fehler begangen hatten. Die Arbeiter hätten warten sollen, bis der Kapitalismus Russland weiterentwickelt hätte. Sie dachten, dass die sozialistische Revolution zuerst in den 'zivilisiertesten' Ländern Westeuropas und nicht in einem landwirtschaftlich geprägten Hinterland wie Russland ausbrechen müsste.

Trotzki glaubte niemals, dass Russland den Sozialismus allein aufbauen könne. Er nahm an, dass der Sozialismus auf den Errungenschaften der fortgeschrittensten kapitalistischen Volkswirtschaften fußen müsse, wies aber scharf die antirevolutionären Schlussfolgerungen der Menschewiki zurück. Trotz Russlands Rückständigkeit war es die russische Arbeiterklasse, die als erste die Chance zur Machtergreifung hatte und sie auch wahrnahm. Die Aufgabe bestand nun darin, die Revolution auf andere Länder auszudehnen.

Der Sturz der mächtigen Kapitalisten in Deutschland, Frankreich und Britannien würde die ärgste Bedrohung für das Überleben der russischen Arbeiterrepublik beseitigen. Eine Föderation von Arbeiterstaaten würde Russlands Isolation und Rückständigkeit überwinden helfen.

Dies war das zweite wesentliche Element in der Theorie der permanenten Revolution. Die Revolution in einem rückständigen Land wie Russland war nur der erste Schlag der sozialistischen Weltrevolution. Ohne sie konnte die Revolution in Russland nicht lange überleben. Wie Trotzki dazu:

„Die Eroberung der Macht durch das Proletariat vollendet die Revolution nicht, sondern eröffnet sie nur ... Die sozialistische Revolution beginnt in der nationalen Arena, sie entfaltet sich international und erfüllt sich auf Weltebene. So wird sie zur

permanenten Revolution in einem neueren und erweiterten Wortsinn, sie erhält ihre Vollendung erst in dem endgültigen Sieg der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten.“

Die Menschewiki meinten, kurz gesagt: weil der Sozialismus nicht in Russland allein aufgebaut werden könne, hätten die russischen Arbeiter die Macht nicht an sich reißen und sozialistische Maßnahmen durchführen dürfen. Im Gegensatz dazu sagten Trotzki und Lenin: da der Sozialismus nicht in Russland alleine aufgebaut werden könne, sollten die russischen Arbeiter die Macht übernehmen und danach streben, die sozialistische Revolution auf dem ganzen Erdball zu ermutigen und auszubreiten.

Trotzki's Theorie hatte die Ereignisse von 1917 vorausgeahnt. Arbeiterinnen und Arbeiter hatten sich als die Führer der bürgerlichen Revolution erwiesen. Die Revolution war auch nicht in ihrer kapitalistischen Etappe steckengeblieben, dem Februar folgte der Oktober, und der Kampf um Frieden, Land und Demokratie führte unmittelbar zum Kampf für den Sozialismus.

Lenins Vorgehen und die Politik der Bolschewiki bestätigten Trotzki. Die bolschewistischen Führer hatten die Bedeutung der Sowjets als Grundlage für eine Arbeiterregierung erkannt, sie änderten die Parteipolitik und führten sie zur Macht in einer zweiten, sozialistischen Revolution.

Die Geschichte selbst hatte den Wert und die Gültigkeit von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution nachgewiesen.

Weiterführende Literatur:

Leo Trotzki, Die permanente Revolution, Ffm. 1969

Kapitel 3

Brot, Land und Frieden

Viele Menschen sind heute zurecht misstrauisch gegen Regierungen und Politiker aller Art und fragen sich, ob die Bolschewiki sich nicht ein angenehmes Leben gemacht haben, nachdem sie vom Untergrundkampf zu Macht und Einfluss gelangt waren.

Aber während der ersten Jahre der russischen Revolution, als die Sowjetdemokratie und der revolutionäre Unternehmungsgeist der Massen sich auf dem Höhepunkt befanden, trafen die Bolschewiki auch Vorkehrungen gegen Bürokratie, Privilegien und Machtmissbrauch.

Gegen 'Postenjagd und Karrierismus' (Engels) erhielten die Mitglieder des Rates der Volkskommissare, d. h. die von den Sowjets gewählte Regierung (die unspektakuläre Bezeichnung Kommissar entspricht dem Rang eines Staatsministers) den Durchschnittslohn eines Facharbeiters. Alle arbeitenden Menschen sollten Waffen tragen, so dass die Revolution gegen jede Bedrohung von innen oder außen geschützt werden konnte und einflussreiche Generäle oder Würdenträger daran gehindert werden konnten, selbst die Macht zu übernehmen.

In den kapitalistischen „Demokratien“ werden Parlamente gewählt, indem die Wahlberechtigten alle 4 bis 5 Jahre ihr Kreuz auf den Stimmzettel gesetzt haben. Aber die Sowjets bezogen ihre Autorität aus den regelmäßigen Massenversammlungen in Fabriken und Landwirtschaftsbetrieben ganz Russlands.

Anders als Parlamentsabgeordnete heute konnten die Sowjetabgeordneten jederzeit von den ArbeiterInnen, die sie gewählt hatten, wieder abberufen und ersetzt werden. Sowjets auf Ortsebene entsandten Delegierte zu höheren regionalen und zum allrussischen Sowjet. So versetzte das Sowjetsystem die arbeitende Bevölkerung in die Lage, Kontrolle über jeden Aspekt des politischen Lebens und jede Entscheidungsfindung auszuüben. Es war eine Regierung der Arbeiterklasse und der bäuerlichen Mehrheit, keine Regierung einer winzigen bürgerlichen Minderheit.

In allen Lebensbereichen verfolgten die Bolschewiki ein Programm der Befreiung. Den lange durch den Zarismus unterdrückten nationalen Minderheiten wurde volle Freiheit gewährt, v. a. das Recht auf nationale Selbstbestimmung bis zu und einschließlich des Rechts auf Errichtung eines eigenen souveränen Staates. Die den großrussischen Chauvinismus begünstigenden Privilegien wurden abgeschafft.

Frauen, die unter dem alten Regime so lange in mittelalterlicher Knechtschaft gehalten worden waren, wurden zum Kampf für ihre eigene Befreiung mobilisiert und

mit den materiellen Mitteln dafür ausgestattet, so mit staatlicher Kinderfürsorge, massiven Bildungsprogrammen und Gesetzesänderungen, die sie als gleichberechtigte Bürgerinnen akzeptierten.

Gesetze gegen Homosexualität, die in vielen sogenannten ‚zivilisierten‘ westlichen Gesellschaften heute noch bestehen, wurden abgeschafft. Künstler, befreit von der Tyrannei staatlicher Zensur, wurden zu Experimenten und zu Versuchen, sich ein Massenpublikum zu erobern, ermuntert. Viele sind heute noch erstaunt über die schöpferische Kraft, die in Russland nach der Oktoberrevolution hervorbrach und sich in auch in Film, Theater, Literatur und Malerei äußerte.

Obwohl die neue Regierung viele revolutionäre Maßnahmen auf dem weiten Feld des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens einführte, wurde die russische Revolution v. a. berühmt durch die Losung 'Brot, Land, Frieden'. Auf diesem Gebiet erreichten die Bolschewiki etwas, was die Kapitalisten des Westens nie von einer Regierung erwartet hätten. Sie hielten ihr Versprechen.

Brot

Der Krieg und die ruinöse Politik des Zaren und Kerenskis hatten die russische Wirtschaft in einem zerrütteten Zustand zurückgelassen. Diese Schwierigkeit konnte nicht über Nacht behoben werden. Zur Verbesserung der Ernährung mussten die Bolschewisten den Reichen und Spekulanten die Kontrolle über die Nahrungsversorgung entreißen und den hungernden Massen übertragen.

Nur 3 Tage nach ihrer Machtübernahme erließ die neue Sowjetmacht eine Verfügung, wonach die Nahrungsversorgung unter Kontrolle der örtlichen Vertretungen gestellt werden sollte. 4 Tage später wurden die Arbeiter ermutigt, Unternehmens- und Fabrikkontrolle an ihren Arbeitsplätzen auszuüben. Sie sollten alle Geschäftsunterlagen und Konten prüfen, um zu durchkreuzen, dass die Reichen sich weiter auf Kosten der Arbeiter versorgen.

Die Beschlüsse der Fabrikausschüsse wurden für verbindlich erklärt. Die Regierung schaffte außerdem alle „Geschäftsgeheimnisse“ ab, so dass die Unternehmer die Bevölkerung nicht länger über die Versorgungslage belügen konnten.

Auf allen Gebieten ermunterte die Regierung größtmögliche Eigeninitiative von unten. Lenin erklärte dazu:

„Kein Parlament hat jemals irgendwo der revolutionären Bewegung die leiseste Unterstützung zuteil werden lassen, die

Sowjets aber blasen in das Feuer der Revolution und sagen den Leuten eindringlich: 'Kämpft, nehmt alles in die eigenen Hände, organisiert euch!'"

Die Massen antworteten lebhaft auf diese Herausforderung. Vor der Revolution verfolgte das zaristische Regime in bezug auf Nahrungsmittel und Nachschub eine Beschlagnahmepolitik, die ihren Kriegsanstrengungen diente. Diese Praxis wurde unter der Sowjetmacht fortgesetzt, aber mit 3 einschneidenden Unterschieden.

Die Sowjets beschafften Versorgungsgüter, um das Volk zu ernähren und nicht den imperialistischen Krieg zu verlängern. Zweitens, die Beschaffung wurde vom Volk selber durchgeführt und nicht von Polizei und Soldateska des Zaren. Enteignet wurden schließlich nicht die Normalbürger, sondern die Reichen.

Überall in Russland nahmen die Sowjets die Lebensmittel den keine Not leidenden Kaufleuten ab; sie stürmten deren Häuser mit der selben Rücksichtslosigkeit, die vor dem gegen die Armen angewendet worden war. Sie beschlagnahmten nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Bettzeug, Winterkleidung, Schuhwerk. Die Obdachlosen wurden in den geräumigen Zweit- und Drittwohnsitzen der Reichen untergebracht. All dies war jetzt gesetzlich und wurde vom Sowjetregime gefördert. Die Arbeiter waren nun die Herrscher Russlands, und sie mussten ernährt und gekleidet werden sowie eine Wohnung haben.

Frieden

Die Bolschewiki handelten, um Russlands Leiden in dem blutigen imperialistischen Krieg, der schon fast 4 Jahre wütete, zu beenden. Der allererste Erlass des Sowjetkongresses war ein Anschlag auf die Fundamente der kriegstreibenden kapitalistischen Regierungen von Britannien, Deutschland und Frankreich:

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, erichtet durch die Revolution vom 24. und 25. 10. und gestützt auf die Sowjets, lädt alle kriegführenden Nationen und ihre Regierungen zu unverzüglichen Verhandlungen für einen gerechten und demokratischen Frieden ein.“

Die neue Regierung erklärte, dass es keine Gebietseroberungen geben solle und dass keine Nation in einem anderen Staat gegen ihren Willen verbleiben solle.

Für die Kapitalisten war das schon schlimm genug. Aber es sollte noch ärger kommen! Der Sowjetstaat setzte alle Geheimabkommen des Zaren mit ihren Kriegverbündeten Britannien und Frankreich außer Kraft. Er veröffentlichte alle

künftigen diplomatischen Verhandlungen und Vereinbarungen, nichts wurde vor dem Volk verheimlicht.

Bald kam die Wahrheit über die wirklichen Beweggründe für den Krieg heraus. Die Bolschewisten beschlagnahmten und veröffentlichten alle Dokumente mit den Geheimklauseln der russischen Kriegsallianz und listeten die Eroberungen fremder Gebiete auf, die dem Zaren von seinen Mitimperialisten versprochen worden waren.

Die Friedenserklärung der Bolschewiki war so vernünftig wie möglich unter diesen Vorzeichen. Wenn sich die deutsche und die alliierten Regierungen weigern würden, Zugeständnisse zu machen und den Krieg zu beenden, wäre den Arbeitern weltweit klar, wer verantwortlich für das fortdauernde Abschachten in den Schützengraben war.

Die Hauptkriegsverbündeten des Zaren, Britannien und Frankreich, schäumten vor Wut bei dem Gedanken an einen Separatfrieden Russlands mit Deutschland. Ihr Blut erstarrte, als am 7. 11. 1917 Trotzki über Rundfunk alle am Krieg hauptbeteiligten Länder zu unverzüglichen Verhandlungen über ein allgemeines Friedensabkommen aufrief.

Die deutschen Kapitalisten und Generäle waren nur zu bereit zum Verhandeln. Sie sahen eine Chance, ihre Armeen von der Ostfront abzuziehen und nach Westen zu schicken, um den Stellungskrieg in den Schützengraben Frankreichs und Belgiens aufzubrechen. Aber als Imperialisten waren sie natürlich nicht bereit, die demokratischen Bedingungen der russischen Revolutionäre anzunehmen: keine Gebietsanschlüsse, keine Zahlungen von besiegten Ländern an die Sieger und Selbstbestimmungsrecht aller Völkerschaften.

Die Friedensverhandlungen begannen in Brest-Litowsk im Dezember 1917. Vor Trotzki's Anknüpfung versuchten die Imperialisten durch die üblichen Spielchen, üppiges Mahl, viel Wein und Schmeicheleien, die sowjetische Abordnung zu beeindrucken und zu kaufen. Aristokraten und Generäle tauschten Artigkeiten mit den Sowjetvertretern aus - Arbeitern, Soldaten, Bauern und hartgesotteten Revolutionären, darunter die Witzenkaja, die nicht nur als Frau aus der ausschließlich männlich besetzten Gesellschaft herausstach, sondern auch als ehemalige Terroristin einen der Kriegsminister des Zaren getötet hatte.

Dann erschien Trotzki. Er bereitete dieser verlogenen Freundlichkeit ein sofortiges Ende. Von Stund an nahm die russische Delegation ihre Mahlzeiten getrennt ein, es gab keinen Anlass zur Verbrüderung mit diesen Feinden der Arbeiterklasse, und sie wurden auch als solche behandelt. Der österreichische Außenminister kam nicht umhin, seinem Tagebuch diesen Stimmungsumschwung anzuvertrauen: „Der Wind schien sich völlig gedreht zu haben.“

Allen Schmeicheleien und Drohungen gleichermaßen unzugänglich verteidigte

Trotzki das Recht der Sowjets, an die deutschen Soldaten Flugblätter mit Aufrufen zur revolutionären Erhebung zu verteilen. Er beharrte zum Entsetzen der Generäle und Adeligen auf Öffentlichkeit der Verhandlungen statt der üblichen Verschleierungstaktiken.

Er lenkte ständig die Aufmerksamkeit auf die Eroberungs- und Anschlusspolitik der deutschen und österreichischen Regierung und forderte, alle Nationen sollten über ihre eigene Zukunft selbst entscheiden. Als der deutsche General Hoffmann das Sowjetregime der Gewaltherrschaft bezichtigte, erwiderte Trotzki:

„Bis zum gegenwärtigen Augenblick hat es keine anderen Spielarten von Regierungen in der Geschichte gegeben. Das wird immer so sein, solange die Gesellschaft aus feindlichen Klassen besteht. Aber unsere Aktionen erstaunen und alarmieren die Regierungen anderer Länder, weil wir, statt die Streikenden zu verhaften, die Unternehmer verhaften, die Aussperrungen organisieren, weil wir, statt die landfordernden Bauern zu erschießen, die Gutsbesitzer und Offiziere verhaften und erschießen, die auf die Bauern zu feuern versuchen.“

Die Deutschen waren entschlossen, die härtesten Bedingungen auszuhandeln. Sie weigerten sich, ihre Truppen von den besetzten Gebieten auch nur einen Millimeter zurückzuziehen. Bis Januar 1918 blieben die Gespräche ergebnislos. Die Bolschewiki standen vor der scheußlichen Wahl, den deutschen Forderungen nachzugeben und Land an die Imperialisten abzutreten oder den Krieg fortzusetzen, den sie ja versprochen hatten zu beenden.

Sie waren gespalten über die mögliche Antwort. Lenin befürwortete einen schnellstmöglichen Frieden, während Bucharin und andere für einen revolutionären Krieg waren. Trotzki entschied sich weder für die eine noch die andere Lösung, sondern schlug vor, die Verhandlungen so lange es ging hinauszuziehen in der Hoffnung, dass die Revolution in Deutschland und Österreich rasch ausbrechen und die Isolation Sowjetrusslands beenden würde.

Der Streit wurde von den verschiedenen Lagern der Bolschewiki in dieser Frage sehr offen und auch öffentlich geführt. Schließlich setzte sich Trotzki's Mittelposition durch.

Zurück in Brest-Litowsk umriss Trotzki den sowjetischen Standpunkt wie folgt:

„Wir können die Unterschrift der russischen Revolution nicht unter einen Friedensvertrag setzen, der Unterdrückung, Leid und Unglück für Millionen menschliche Wesen bringt.“

Russland würde den Krieg ohne Friedensvertrag beenden. Die Armee würde demobilisiert werden. Etwas Derartiges hat es weder vor- noch nachher gegeben. „Unerhört!“ tönte es laut von General Hoffmann. Die Delegierten verließen in erstarrtem Schweigen den Verhandlungsort und kehrten nach

Hause zurück.

Trotzki betrachtete dies als Triumph. Doch während er sich noch auf dem Heimweg nach Petrograd befand, erhielten deutsche Truppen den Befehl zum Vorrücken auf russisches Gebiet.

Lenin hatte recht behalten. Durch die Verzögerung beim Friedensschluss würde sogar noch mehr durch die Revolution befreites Gebiet verloren gehen. In ihrem erschöpften Zustand war von der russischen Armee keine Fortsetzung des Krieges zu erwarten. Mitte Februar hatten die Deutschen Dwinsk eingenommen und schickten sich an, die ganze Ukraine zu erobern.

Am 18. 2. war Trotzki's Position nicht länger haltbar. Er schloss sich Lenins Haltung an. Die Sowjetregierung bat um ein Friedensangebot.

Die deutschen Bedingungen waren erschreckend, viel schlimmer noch, als Lenin sie erwartet hatte. Russland musste sich aus Finnland und der Ukraine zurückziehen sowie Lettland und Estland an Deutschland abtreten. Eine wichtige Lehre musste in harter Form verarbeitet werden: Revolutionäre können nicht aus Prinzip alle Kompromisse ablehnen.

Allerdings besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen einem Verräter, der ohne Not die Rechte oder Interessen der Arbeiter preisgibt, und einem Realisten, der die zeitweilige Stärke des Feindes anerkennen muss.

Sowjetrussland büßte im Frieden von Brest-Litowsk viel ein. Aber der Arbeiterstaat überlebte. Binnen Monaten wurde Lenin durch den Lauf der Ereignisse sogar mehr als erhofft bestärkt. Der deutsche Imperialismus hatte seine wahren Absichten enthüllt, die Eroberung und die Inbesitznahme von Gebieten ebenso wie die Missachtung der Rechte kleinerer Nationen. Aber unter der deutschen Besatzung leisteten die Bauern der Ukraine und des südlichen Russlands Widerstand und banden die deutschen Heeresverbände.

Im November 1918 war der Krieg beendet und die Revolution brach in Deutschland aus. Der Kaiser wurde gestürzt und Russland von den Fesseln des Friedensvertrages von Brest-Litowsk befreit.

Trotzki bewies abermals seine revolutionäre Integrität, indem er seinen Fehler zugab. Er erklärte dies öffentlich auf einem Sowjettreffen am 3. 10. 1918:

„...zur Stunde, als viele von uns, mich eingeschlossen, im Zweifel waren, ob es für uns zulässig wäre, den Frieden von Brest-Litowsk zu unterzeichnen, behielt nur Genosse Lenin hartnäckig mit erstaunlicher Voraussicht und gegen unsere Opposition seine Meinung, dass wir darüber hinwegkommen müssten bis zur Revolution des Weltproletariats. Und nun müssen wir eingestehen, dass wir unrecht hatten.“

Die Idee der Unfehlbarkeit von Autoritäten gehört zur katholischen Kirche und zu kapitalistischen Diktaturen. Sie hat kei-

nen Platz in der revolutionären Bewegung. Selbst in großen Krisenzeiten sehen wirklich große Arbeiterführer wie Trotzki Fehler ein und lernen daraus.

Land

Das Versprechen von Land, Brot und Frieden wurde durch sofortige Maßnahmen umgesetzt. Am 26. 10., nur einen Tag nach der Revolution, gaben die Bolschewiki einen Erlass heraus, der zuvor mit Erklärungen hunderter Bauernsowjets in ganz Russland vorbereitet worden war.

Der erste Absatz dieses neuen Gesetzes fasste den tiefgreifenden Wandel, der vorgeschlagen wurde, zusammen:

„Das Recht der Grundbesitzer auf Landeigentum ist künftig entschädigungslos

abgeschafft.“

Dies war auch Teil des Programms der Sozialrevolutionäre. Aber sie hatten sich geweigert, ihn durchzuführen. Die Bolschewiki taten dies ohne Umschweife.

Ursprünglich wollten die Bolschewiki die Aufteilung der großen Ländereien unter den Bauern vermeiden, um eine großangelegte Kollektivlandwirtschaft als Teil der sozialistischen Planwirtschaft entwickeln zu können.

Aber sie wussten, wann Kompromisse unvermeidlich waren, ohne die sozialistischen Ziele preiszugeben. Die Grundbesitzer waren durch die gewaltsame Bewegung von unten auf dem Land gestürzt worden. Die Aufteilung der großen Güter in hunderttausende kleine Landflächen hatte bereits

begonnen.

Also änderten die Bolschewiki ihre Politik und erkannten die Landnahmen offiziell an. Lenin erklärte:

„Die vorige Regierung versuchte die Agrarfrage durch ein Abkommen mit der alten starren Bürokratie des Zaren zu lösen. Statt das Problem zu bewältigen, griff die Bürokratie einfach die Bauern an ... So wollen nun die Bauern die Landfrage selber lösen. Lasst keine Änderung ihrer Pläne zu! ... die Hauptsache für sie ist die feste Versicherung, dass es keine Grundbesitzer mehr geben wird und dass sie sich anschicken können, ihr Leben selbst zu organisieren.“

Auf die Art konnte sich das neue Arbeiterregime des Rückhaltes der Millionen Bauern versichern.

Kapitel 4

Der Bürgerkrieg

Heute, nachdem der Stalinismus zusammengebrochen ist und die Verbrechen der Kremlbürokratie wohlbekannt sind, setzen die Kapitalisten und ihre Propagandisten alles daran, die Wahrheit über Trotzki und die frühen Jahre der Sowjetrepublik zu verschleiern. Sie wollen den ArbeiterInnen und der Jugend glauben machen, dass nicht nur der Stalinismus, sondern auch der Kommunismus und die Revolution besiegt seien.

Bürgerliche Autoren, Akademiker und Journalisten behaupten, Lenin und Trotzki hätten Stalins Herrschaft den Weg geebnet, und die Anfangsjahre der Sowjetrepublik hätten bereits alle Keime des Stalinismus in sich getragen.

Hat Trotzki immerhin nicht den roten Terror verteidigt, haben die Bolschewiki nicht Russlands „erstes demokratisch gewähltes Parlament“, die verfassunggebende Versammlung, aufgelöst? Sie haben alle anderen Parteien verboten, und nur sie selbst blieben dann als einzige politische Macht in Russland übrig. Was unterscheidet dies wirklich vom Einparteien-Staat unter Stalin und dessen Nachfolgern?

Die Antwort ergibt sich aus dem Verhalten der russischen Kapitalisten und Landbesitzer nach ihrem Sturz. Sie weigerten sich ganz einfach, die Entscheidung der Mehrheit zu akzeptieren. Stattdessen zettelten sie einen verzweifelten und gewaltsamen Kampf um die Rückgabe ihres Eigentums und ihrer Macht an. Der Arbeiterstaat musste auf jeden Fall dagegen vorgehen.

Das hatten Marx und Engels gemeint, als sie erklärten, dass es zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine Übergangsperiode geben würde, die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Diese Diktatur würde sich gegen die alten herrschenden Klassen richten, um Sicherheit zu geben, damit die

neue Welt der Freiheit und Gleichheit nicht zerstört werden kann, ehe sie Gelegenheit hat, sich zu entwickeln.

Liberale und Pazifisten reagieren mit Schrecken auf die Tatsache, dass die Bolschewiki Gewalt und Terror gegen die alten herrschenden Klassen eingesetzt haben. „Das macht die Bolschewisten genauso schlimm wie den Zaren!“ zeteren sie. Marxisten antworten darauf:

Nein. Kämpfen allein macht uns nicht so wie die Feinde. Entscheidend ist, wofür man kämpft.“

Wenn ein Sklavenhalter Gewalt gegen eine Person in Ketten gebraucht, und wenn der Sklave später Gewalt einsetzt, um seine Ketten zu zerbrechen und frei von seinem Herrn zu sein, kann nur der schlimmste Heuchler die Hand aufs Herz legen und beide für gleichermaßen böse erklären.

So verhält es sich auch mit dem Kampf zwischen Klassen. Eingekeilt zwischen den beiden Hauptklassen der Gesellschaft mag mancher Angehörige der Mittelschichten wohl erschrocken sein über die Gewalt beider Seiten. Aber die russische Arbeiterklasse machte ihre Revolution, um die Ketten der ökonomischen und politischen Sklaverei der gesamten Menschheit zu zerbrechen. Als die Überbleibsel der alten herrschenden Klassen versuchten, die Revolution zu sabotieren und zurückzudrehen, war den Arbeitern bewusst, dass sie einen erbarmungslosen Kampf für sich und ihre Kinder führen mussten - und das taten sie auch.

Den Feind im eigenen Land schlagen

Der „Rote Terror“ ist nichts anderes als der Kampf zur Niederrückung der Konterrevolution. Er begann spontan auf Initiative von

revolutionären Soldaten, Seeleuten und ArbeiterInnen. In Heer und Flotte behandelten die zaristischen Offiziere die unter ihrem Befehl stehenden jungen Arbeiter und Bauern auf brutalste Weise. Sie stammten aus den Reihen des Adels und der Reichen und zeigten unverhohlen ihren Hass auf die Revolution.

Als die Bolschewisten die Todesstrafe in der Armee abschafften, die die zaristischen Offiziere schonungslos gegen desertierende oder mit ihren deutschen Klassengenossen sich verbrüdernde Soldaten verhängt hatten, forderten diese Offiziere lauthals deren Wiedereinführung. Wo es Offizieren gelang, die bewaffnete Kontrolle von den Soldatenräten zurückzuerobern, verübten sie ein Blutbad an ihrer eigenen Truppe.

Ohne Befehle von der eigenen Regierung abzuwarten, schlugen die Soldaten zurück. Im Don-Gebiet wurden binnen 2 Monaten Anfang 1918 329 Offiziere von ihren eigenen Truppen hingerichtet. Im Hafen von Sewastopol nahmen die Seeleute Rache für die unmenschliche Unterdrückung nach Niederschlagung ihrer Meuterei in der Revolution von 1905. Die Offiziere wurden verhört und wenn sich herausstellte, dass sie während dieser Zeit gedient hatten, wurden sie von Kommandos erschossen.

Zunächst war das bolschewistische Regime gegen Konterrevolutionäre alles andere als streng. In den ersten Wochen der Revolution wurden viele Generäle und hochrangige Offiziere entlassen. Sie vergalteten diese Milde und Vertrauensseligkeit jedoch mit großem Engagement bei der Organisation und Führung der weißen Armeen, die Krieg gegen die Sowjetmacht führten.

Aber die Bolschewiki lernten daraus und reagierten entsprechend.

Im Sommer 1918 schon offenbarte die

Konterrevolution ihr wahres Gesicht. Tschechoslowakische Truppen marschierten in Russland ein, und die Kräfte der alten herrschenden Klassen bemühten sich eifrig, ihre Macht unter diesem militärischen Schutz zurückzuerlangen. Ihr Weg war eine Blutspur. Victor Serge war einer der Schriftsteller, die die Ereignisse des ersten Revolutionsjahres aufzeichneten. Er schrieb über die Stadt Kasan:

„...während die Tschechoslowaken die zurückweichenden Roten verfolgten, streunten Männer mit Waffen und weißen Armbändern durch die Straßen, durchkämten Häuser und verhafteten Verdächtige; ausgerüstet mit vorgefertigten Listen und geführt von Informanten, durchschnitten sie jedem 'Bolschewisten' auf der Stelle die Kehle. Mehrere Tage lang waren die Straßen übersät mit verstümmelten und unbekleideten Leichen. Jeder verwundet aufgefundene Rote wurde getötet. Einigen der Leichen waren ihre Papiere an die Brust geheftet worden. Mit dem Titel 'Kommissar' wurde kenntlich gemacht, warum einem Menschen die Augen ausgestochen waren.“

Ähnliche Grausamkeiten fanden in Simbirsk, Samara und anderen von den Weißen und ihren fremden Helfern 'befreiten' Orten statt.“

Im Dezember hatten die Sowjets die Tscheka gebildet, die außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Sabotage und für Gegenwehr. Ihr Ziel war die Aufdeckung von Verschwörungen und der Kampf gegen die Konterrevolution. Sie war keine gewöhnliche Geheimpolizei. Im März 1918 verfügte sie erst über 150 Mitarbeiter, im wesentlichen Arbeiter und Veteranen der revolutionären Bewegung.

Zunächst ging die Tscheka überraschend mild mit entdeckten Verschwörer- und konterrevolutionären Banden, die sich bewaffnet gegen den Sowjetstaat wandten, um und inhaftierte sie eher als dass sie zu deren Exekution schritt. Von den Tscheka-Angehörigen erwartete man zurückhaltendes Handeln; sie konnten bei unrechtlichen oder sadistischen Übergriffen selbst zum Tode verurteilt werden.

Im Sommer 1918 musste die Tscheka das Ausmaß ihrer Aktivitäten und die Strenge ihrer Maßnahmen gegen die Konterrevolution erweitern. Die Volksratkommissare drohten jedem Helfer der Weißen oder fremden Eindringlingen, jedem Saboteur, Spion oder Beteiligten an rassistischen Pogromen gegen Juden oder andere Nationalitäten mit der Todesstrafe.

Die Tscheka hatte genug zu tun, seit die Konterrevolutionäre ihren Feldzug zur Zerschlagung der Revolution eröffnet hatten. Der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre, der sich 1917 abgespalten hatte, kehrte zu seinen terroristischen Ursprüngen zurück; aber hatten sie einst versucht, den Zaren und seine Minister zu töten, so richteten sie jetzt ihr Mündungsfeuer gegen die Führer des Arbeiterstaates. Spätere Berichte und

Indizien belegen die Verstrickung von britischen und französischen Diplomaten in die Verschwörungen.

Der bolschewistische Agitator Wolodarski war schon hinterhältig ermordet worden. Am 30. 8. starb der Tscheka-Leiter von Petrograd, Moise Uritzki, durch Mörderkugeln. Am selben Tag schoss Fanny Kaplan, eine ehemals anarchistische Sozialrevolutionärin auf Lenin bei einer Werksversammlung - Lenin überlebte mit Schusswunden an Hals und Schulter. Der Versuch eines gleichzeitigen Attentats auf Trotzki schlug fehl, weil er seine Reisepläne in letzter Minute änderte.

Im September schlugen die Sowjets zurück. Victor Serge zitiert aus einem Artikel einer Petrograder Arbeiterzeitung, der die seinerzeitige Stimmung der Massen wiedergibt:

„Hinweg mit der Gefühlsduselei, die sich scheut, unschuldiges Blut zu vergießen! Welcher Bourgeois hat nicht ruiniertes Leben von Arbeiterfrauen und -kindern auf dem Gewissen? Es gibt keine Unschuldigen unter ihnen ... Sie kennen kein Erbarmen; es ist an der Zeit für uns, erbarmungslos zu sein.“

In ganz Russland setzte sich die Tscheka nun gegen den Terror der Bourgeoisie zur Wehr. Hunderte von Finanziers, Fabrikbesitzern, Chefs von großen Industriegesellschaften, Herzögen und Adeligen, Mitgliedern rechter Parteien und Armeeeoffizieren wurden erschossen.

Nach dem September sanken Grad und Geschwindigkeit des roten Terrors erheblich, aber er musste in dem Maße aufrechterhalten werden, mit dem die Kapitalisten Widerstand leisteten.

Jede Revolution, jeder Krieg in der Geschichte erforderte entschiedenstes Vorgehen. Die Kapitalisten selber waren in den heldenhaften Jahren der Französischen Revolution gezwungen gewesen, offene Rechnungen gegen den Feudaladel mit Mitteln des Massenterrors zu begleichen.

Weshalb sollte die Arbeiterrevolution an anderen Maßstäben gemessen werden? In der Verfolgung ihres Ziels - der Befreiung der Menschheit von Lohnsklaverei und Unterdrückung - wäre es das größte Verbrechen, sich selbst zu entwaffnen, sich zu weigern, rücksichtslos gegen einen Feind anzugehen, der in seiner Rücksichtslosigkeit keine Grenzen kennt.

Trotzki zog daraus die Hauptlehre des roten Terrors:

„In einer Revolution ist größere Energie gleichbedeutend mit größerer Menschlichkeit.“

Die verfassunggebende Versammlung

Eine der Hauptforderungen der Februarrevolution 1917 bestand in den Wahlen zu einem unabhängigen Parlament. Nach Jahrhunderten des Zarismus erhoffte das russische Volk das Recht zur Selbstregelung der

eigenen Angelegenheiten. Unter dem Kapitalismus verkörperte eine demokratisch gewählte Versammlung und Regierung die höchste Form der Demokratie. Als die provisorische Regierung unter Kerenski die Ansetzung von Wahlen verschob, forderten die Bolschewisten und die Sowjets ihre alsbaldige Durchführung.

In der russischen sozialistischen Republik gab es eine höhere Form der Demokratie: die Sowjets. Hier konnten die Massen Beschlüsse fassen, die unmittelbar ihr Alltagsleben betrafen. Ihre VertreterInnen waren auf der Stelle ersetzbar. Dies war die Demokratie der Arbeiterklasse und nicht nur die des Geldbeutels.

Die Bolschewiki hielten Wort und führten die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am 12. 11. 1917 durch. Die Sozialrevolutionäre spalteten sich gerade in zwei Flügel, einen linken, der der Sowjetmacht den Rücken stärkte, und in einen rechten, der sie bekämpfte. Zu den Wahlen stellten beide Fraktionen aber noch eine gemeinsame Kandidatenliste auf. Die Arbeiter wählten die Bolschewisten, aber die Bevölkerungsmehrheit in Russland waren Bauern, von denen viele weder Lesen noch Schreiben konnten.

Auf den ersten Blick erzielten die Bolschewiki ein schlechtes Wahlergebnis, sie gewannen 175 Mandate, die Menschewiki nur 16, aber die Sozialrevolutionäre errangen 410 Sitze und damit eine klare Mehrheit.

Die Bolschewiki haben das Zusammentreten der Konstituante nicht einfach verboten und die Wahlen für null und nichtig erklärt, wie bürgerliche Historiker uns vorgaukeln wollen. Aber sie haben klar gemacht, dass die Arbeiterdemokratie nicht gestürzt und ersetzt werden durfte durch die betrügerische Form von Demokratie nach Art kapitalistischer Staaten. Der zentrale Exekutiv Ausschuss der Sowjets stellte bei der ersten Zusammenkunft der konstituierenden Versammlung einen Antrag, wonach alle politische Macht und Regierungsgewalt in Russland von den Arbeiter- und Bauernräten ausgehen müsse.

Als dies von der Versammlung abgelehnt wurde, zogen die Bolschewiki aus, gefolgt von den Abgeordneten der linken Sozialrevolutionäre. Die Konstituante, nun ein Torso aus rechten Sozialrevolutionären und Menschewiki und keinesfalls stellvertretend für die russische Arbeiterklasse und arme Bauernschaft, diskutierte weiter die Fragen von Land und Frieden, ohne den gesellschaftlichen Gesetzen und Verordnungen, die schon verabschiedet waren, etwas wirklich Neues hinzuzufügen. Sie wäre nun ein Organ gewesen, dass gerade die Klasse, die die Revolution wesentlich getragen und ihr zum Sieg verholfen hat, nicht repräsentiert hätte. Wohlweislich wählte die verbliebene Konstituante auch deshalb keine alternative Regierung, denn sie wusste, dass ihr dafür kein angemessener Zuspruch in der Bevölkerung gewiss war.

Eine in Gegnerschaft zum Zarismus einberufene verfassungsgebende Versammlung wäre eine große Errungenschaft gewesen, und deshalb hatten die Bolschewiki dafür gekämpft. Aber dieselbe Versammlung in Anwesenheit der Sowjetmacht, eines unmittelbaren und demokratischen Instruments in Händen der Arbeiter und armen Bauern, war bestenfalls ein Anachronismus, im schlimmsten Fall ein Sammelplatz für die Konterrevolution und die Opposition gegen die Sowjetmacht. Gerade dieser Fall war eingetreten.

Am späten Abend war ein Matrose auf die Rednertribüne gekommen und hatte den Abgeordneten bedeutet heimzugehen, weil die Wachen müde seien. Am nächsten Morgen erklärten die Sowjets die Versammlung für aufgelöst. Dieser Beschluss rief das vorhersehbare Wutgeheul der imperialistischen Mächte hervor, verursachte in Russland selbst aber kaum ein oppositionelles Murren, da das Land ja schon ein demokratisches und von den Massen direkter legitimes Regime als jeder andere Staat der Welt besaß.

Einparteien-Staat?

Anders als die spätere Politik der stalinistischen Parteien in Osteuropa, China und Kuba, verfolgten die Bolschewisten nicht die Absicht, alle anderen Parteien zu verbieten. Sie wollten die weitestmögliche Sowjetdemokratie sicherstellen. Darum unterdrückte das neue Regime nicht alle seine Gegner. Es ermunterte die linken Sozialrevolutionäre zum Eintritt ins Regierungskabinett, die diesem Ruf auch folgten und wichtige Ressorts übernahmen. Die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre hatten weiter das Recht, als Parteien in den Sowjets aufzutreten.

Zu bestimmten Anlässen während des Bürgerkriegs beschnitten die Bolschewiki allerdings das Recht anderer Parteien und schlossen sie zeitweise von den Sowjets aus; und - dies war die Gretchenfrage - zwar dann, wenn die Partei in der Praxis die Kräfte der Konterrevolution und der Weißen unterstützte.

Sowjets sind keine „Quatschbuden“. Sie sind Arbeitsorgane, in denen Bauern, Soldaten und ArbeiterInnen ihre Pläne erörtern und die besten Wege und Methoden festlegen. In Kriegszeiten hieß dies, den Kampf gegen die konterrevolutionären Armeen zu planen. Wenn man bei den Beratungen Kräfte zugelassen hätte, die mit den Weißen paktierten, wäre das gleichbedeutend mit einer Einladung an Spione und Saboteure ins Hauptquartier der eigenen Streitkräfte gewesen.

Deshalb erfolgte der Ausschluß der Menschewiki und der rechten Sozialrevolutionäre auch erst im Sommer 1918, als es mit dem Bürgerkrieg ernst wurde. Wir brauchen hierzu gar nicht die Aussage der Bolschewiki. Die menschewistische Partei verabschiedete 1918 eine Resolution, in der zugegeben wurde, dass etliche ihrer Gruppen örtli-

che Bündnisse mit ehemaligen Kapitalisten und Landbesitzern zum Sturz der Sowjets geschlossen hatten und in vielen Gegenden sogar auf Seiten der Weißen kämpften.

Dieser Ausschluß war nicht auf Dauer oder zur Vorbereitung einer Einparteien-Herrschaft gedacht. Unter dem Einfluss von Lenins und Trotzki's früherem Weggefährten Martow stimmte ein Teil der Menschewiki für direkte Unterstützung des Kampfes der Roten Armee. Daraufhin durften sie als legitimierte Linie und Meinung in den Sowjets ihren Platz einnehmen. Trotzki wies am Ende des Bürgerkriegs sogar eigens mit einem Dankeswort auf ihre Rolle hin.

Zu einer Gelegenheit wurden selbst die linken Sozialrevolutionäre von den Sowjets ausgeschlossen. Sie hatten den Friedensvertrag von Brest-Litowsk abgelehnt und waren unter Protest aus der Sowjetregierung ausgetreten, taten dann allerdings noch einen Schritt darüber hinaus, indem sie den deutschen Botschafter ermordeten, um Deutschland wieder provozierend in den Krieg hineinzuziehen. Als dies fehlschlug, versuchten sie sogar einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung anzuzetteln. Er wurde leicht niedergeschlagen. Als die linken Sozialrevolutionäre danach in einer Abstimmung das Versprechen gaben, niemals mehr gegen die Sowjetregierung die Waffen zu erheben, wurden auch sie wieder in die Sowjets aufgenommen.

Der verzweifelte Charakter des Bürgerkriegs machte Maßnahmen wie diese unvermeidlich. Zeitweise waren die Bolschewiki die einzige legale Partei in den Sowjets, aber ein anderes Vorgehen hätte nur den Weißen und den Feinden der Revolution genützt.

Es war aber nie das Ziel der Bolschewiki, einen Einparteien-Staat zu errichten. Eine solche Behauptung kann nur Verleumdung aus bürgerlichem oder stalinistischem Munde sein.

Kampf gegen den äußeren Feind

1918 und 1919 führten 14 kapitalistische Staaten ihre Armeen gegen Sowjetrußland. Ihr Auftrag: den ersten Arbeiterstaat zu zerstören, die Herrschaft der Kapitalisten wiederherzustellen und die Ausbreitung der Revolution auf ihre eigenen Länder zu verhindern. „Weiße“ Armeen, geführt von dem alten zaristischen Regime ergebenen Generälen, sahen ihre Chance zum vereinten Angriff auf die Revolution.

Für die Sowjetregierung stand außer Frage, dass die besten und engagiertesten Organisatoren zur Abwendung der misslichen Lage herangezogen werden mussten. Das Überleben der Revolution stand auf Messers Schneide. In diesem Bewusstsein wurde Trotzki im März 1918 zum Kriegskommissar berufen.

Seine erste Aufgabe war der Aufbau einer geeigneten Armee zur Verteidigung der Re-

publik. Das war nicht so leicht. 1917 waren die militärischen Kräfte der Revolution noch äußerst schwach. Nur wenige tausend Arbeiter standen als „Rote Garden“ von Petrograd und Moskau unter Waffen. Die reguläre Armee, nach langen Kriegsjahren zermürbt und demoralisiert, bestand im eigentlichen Sinn kaum noch.

Trotzki schrieb dazu später:

„Die Oktoberrevolution löste die Armee des Zaren gänzlich und spurlos auf. Die Rote Armee wurde vom ersten Stein an neu aufgebaut.“

Zunächst versetzte Trotzki die Militärexperten in Erstaunen mit seinem Ruf nach einer Freiwilligenarmee. Das widersprach völlig dem etablierten militärischen Denken - mit solchen Mitteln konnte man doch keine schlagkräftige Armee aufstellen, um die Weißen zu besiegen. Aber Trotzki wusste, dass der Arbeiterstaat eine neue Form von Streitkräften brauchte, die verstanden, wofür sie kämpften, die voller Begeisterung für die Revolution waren und sie verteidigen wollten, und die so operierten, dass die Bevölkerung sehen konnte, dass diese Armee nicht als Eroberer, sondern als Befreier kam.

Der erste Schritt hierzu war der Formierung eines Armeekerns aus revolutionären Arbeitern, die freiwillig kämpften. Trotzki rief die diszipliniertesten Kommunisten zum Eintritt auf. Er verheimlichte nicht, dass sie bereit zum Kämpfen und zum Sterben sein mussten, und fügte hinzu, dass in diesem verzweifelten Kampf „keine leichtgewichtigen Agitatoren brauchbar“ seien.

Danach kam es darauf an, die Bevölkerung aufzurufen und zum Kampf in der Armee zu zwingen. Mit weniger autoritären Methoden hätte die Regierung zweifellos liberaler und demokratischer ausgesehen, aber sie hätte den Krieg verloren. Im Spätsommer 1918 waren über 10.000 Arbeiter in die Rote Armee einberufen worden. Die Truppenstärke der Armee wuchs stetig, die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder meldete sich. Nachdem die Armee eine feste Grundlage aus den Reihen der Industriearbeiterschaft erhalten hatte, wurden die armen und mittleren Bauern rekrutiert.

1920 zählte die Rote Armee 5 Millionen Mann. Jeder war sich bewusst, dass er einem noch nie dagewesenen Heer angehörte.

Die alte Armee des Zaren verlangte blinden Gehorsam von ihren Soldaten und schickte sie für den Profit der Kapitalisten und die territorialen Gelüste des Monarchen in die Schlacht. Solche Soldaten behandeln die Bevölkerung in ihrem Besatzungsgebiet üblicherweise mit Grausamkeit und Missachtung, stehlen Ernte und Eigentum, vergewaltigten Frauen und errichten eine Schreckensherrschaft.

Die Rote Armee verhielt sich ganz anders. Ihr Soldateneid rief zum revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Armut und enthielt die Verpflichtung, alles zur alten Welt aus Unterdrückung und Barbarei Gehörige zu unterlassen, und für eine neue

Welt der Menschenwürde und -befreiung zu kämpfen.

Massaker an Gefangenen und Sadismus waren streng verboten. Trotzki befahl un-nachsichtige Bestrafung für „jeden Rotarmisten, der sein Messer gegen einen Kriegsgefangenen, Entwaffneten, Kranken oder Verwundeten zückt“.

Obschon die Rote Armee sich oft in bit-teren Kämpfen gegen fremde Truppen aus kapitalistischen Staaten befand, putschten die Bolschewisten nie nationalistische Vorurteile hoch. Sie erinnerten das russische Volk ständig daran, dass die Arbeiter aus anderen Ländern ihre Bundesgenossen waren und dass sie keinen nationalen, sondern einen Klassenkrieg ausfochten.

Das war ein Zeichen für die politische Stärke der Roten Armee. Revolutionäre Flugblätter, die unter die französischen Truppen gestreut wurden, verursachten so viel Unmut und Meuterei in deren Reihen, dass die französische Regierung sie schließlich aus Russland abziehen musste. Britische Hafengesetze in Nordrussland waren erstaunt, von den Bolschewisten Flugblätter zu erhalten, in denen an das revolutionäre Erbe der Chartisten erinnert und worin sie aufgefordert wurden, die Gewehre umzu-drehen - gegen die eigenen Offiziere.

Als die Rote Armee 1920 eine polnische Invasion abwehrte, ordnete Trotzki die Einstellung des Erscheinens einer Militärzeitung an, weil darin die „nationale Würde des polnischen Volkes“ verletzt worden war. Welch ein Gegensatz zwischen dem Arbeiterinternationalismus der Roten Armee und dem widerwärtigen nationalistischen Hass, der bewusst von den kapitalistischen Armeen in Kriegszeiten geschürt wird!

Wie konnte die Rote Armee die Unerfahrenheit ihrer Kämpfer angesichts solch erprobter und gut organisierter Feinde überwinden? Hier kam wiederum der revolutionäre Wirklichkeitssinn zu Hilfe. Trotz tiefen Befremdens mancher Kommunisten stellte Trotzki ehemalige Offiziere der Zarenarmee ein, um ihre fachliche Erfahrung der Revolution nutzbar zu machen. Viele „Linkskommunisten“, darunter etliche, die den Frieden von Brest-Litowsk und alle Kompromisse heftig ablehnten, sprachen sich dafür aus, dass der Indienstnahme dieser Offiziere generell ein Riegel vorgeschoben werden müsse. „Wie kann man solchen Leuten trauen?“ fragten sie.

Trotzki traute ihnen kein bisschen. Aber er wusste, die Revolution konnte solange nicht ohne sie auskommen, ehe sie nicht ihre eigenen Befehlshaber ausgebildet hatte. Zur Vorbeugung gegen Verrat an die Weißen und Schaden für die Revolution stellte er jedem früheren zaristischen Offizier einen kommunistischen Kommissar zur Seite, ohne dessen Zustimmung kein Befehl Gültigkeit hatte. Befehle mussten von beiden unterzeichnet sein. Jeder Einheit wurden junge Kommunisten zugeteilt und mit der Aufgabe betraut, die Truppenmoral zu he-

ben und jeder Form von Disziplinlosigkeit, Antisemitismus, Brutalität und Verzweiflung entgegenzutreten.

Das System bewährte sich; die Rote Armee erwarb sich selbst bei den Weißen Generalen den Ruf einer außerordentlich tüchtigen Kampfmaschine. Aber der Erfolg hatte einen hohen Preis. Über 50.000 der eifrigsten Kommunisten und Kommunistinnen fielen im Bürgerkrieg.

Trotzki selbst war kein Befehlshaber hinter den Linien. Er verabscheute den Gedanken, sich in Sicherheit hinter der Front zu halten, während Arbeiter und Bauern vorn den Kampf führten. Anders als die verhätschelten Offiziere der bürgerlichen Armeen nahm er selbst am Kampfgeschehen voll teil. In der Schlacht von Swiaschk zu Kriegsbeginn schlug Trotzki den Rat seiner Offiziere in den Wind, sich vom Kampfschauplatz fern zu halten.

Stattdessen bestieg er unter Lebensgefahr ein winziges Boot in waghalsiger Mission auf der Wolga. Der nächtliche Überfall gelang, eine Weiße Geschützbatterie am Flussufer wurde vernichtet.

Sein aktiver Kampfeinsatz trug Trotzki die Bewunderung und Hochachtung seiner Truppen ein. Aber das war nicht alles. Darüber hinaus ermöglichte es Trotzki, seine eigenen Truppen und Kommandeure in Aktion zu beobachten, ein unmittelbares Urteil über ihre Stärken und Schwächen selbst zu gewinnen und ihre praktischen Probleme zu begreifen. Zu diesem Zweck richtete er sein Hauptquartier in einem gepanzerten Zug ein, der schnell an alle Brennpunkte des Krieges gelangen konnte und außer Befehlen auch Propagandisten oder sehnlichst erwartete neue Stiefel mitbrachte.

Der Bürgerkrieg erreichte 1919 seinen Höhepunkt. Die Weißen eröffneten größere Offensiven an drei Fronten und wollten Moskau und Petrograd einnehmen.

Die Roten waren schlecht ausgerüstet und überanstrengt. Hunger und Chaos herrschten auf dem Lande, die Städte darben. Demgegenüber konnten die Weißen dank der gewährten Unterstützung durch die imperialistischen Mächte aus dem Vollen schöpfen.

Aber die Weißen Armeen hatten keine Verbindung untereinander. Ihre Führer wetteiferten miteinander um die Position eines „Oberherrschers“ in einem kapitalistischen Russland, das sie wiederherstellen wollten. Aber durch die Wiedereinsetzung der alten Gutsherren in ihrem Einflussbereich trafen sie auf die erbitterte Feindschaft der Bauern, die sie zunächst unterstützt hatten. Mit Plünderungen und Vergewaltigungen in den Dörfern sowie mörderischen Treibjagden auf Juden hinterließen die Weißen eine Spur von Chaos, Hass und Tod in ihren Durchzugsgebieten.

Die Roten verteidigten ein einziges zusammenhängendes Territorium. Die Kommunisten in der Armee sorgten dafür, dass jeder wusste, wofür er kämpfte. Trotzki eilte

von Front zu Front, erfasste die Situation und dirigierte die Roten Streitkräfte immer wieder an die Stellen, wo sie jeweils am meisten gebraucht wurden. Jeder Weiße Vorstoß wurde mit einem besser vorbereiteten und tiefer gehenden Gegenstoß der Roten Streitmacht beantwortet.

Am zweiten Geburtstag der Oktoberrevolution 1919 tobte die Entscheidungsschlacht in den Außenbezirken von Petrograd. Als Trotzki in der Stadt ankam, fand er sie am Rande der Aufgabe. Verzweiflung hatte sich vom Leitungsstab hinunter bis zu den Mannschaften breit gemacht.

Sogar das Zentralkomitee der Partei dachte ernsthaft an die Preisgabe der Stadt.

Trotzki kippte die Stimmung fast im Nu. Er gab eine standhafte Erklärung heraus, wonach die Stadt verteidigt werden würde, auch wenn um jede Straße und jedes Haus eine Schlacht geführt werden müsste. Die gesamte Bevölkerung wurde mobilisiert, Gräben auszuheben und sich auf den Kampf vorzubereiten. In einer seiner großen Ansprachen sagte Trotzki dem versammelten Petrograder Sowjet, welches er ja 1905 und 1917 geführt hatte, dass sie bis zum Ende kämpfen würden.

Von seinem Pferd aus sammelte er im Kampfgetümmel zurückweichende Soldaten und stellte so das Selbstvertrauen und den Kampfgeist der Roten Truppen wieder her. General Judenitschs Vorrücken wurde gestoppt.

Am selben Tag wurde Denikins Armee südlich von Moskau besiegt. Sie floh Hals über Kopf gen Süden. Koltshaks Verbände wurden tief nach Sibirien verfolgt. Der „Oberbefehlshaber der Weißen Armeen“ wurde von den Roten ergriffen, abgeurteilt und erschossen.

Die Hauptkämpfe des Bürgerkriegs waren vorüber. Unter Trotzkis militärischer Leitung hatte Sowjetrussland gewonnen - aber um einen furchtbaren Preis!

Kronstadt 1921

Eine Episode wird immer wieder als Beweis herangezogen, dass Trotzki der direkte Vorläufer von Stalin gewesen wäre und sich nicht um Arbeiterdemokratie gekümmert habe: die Revolte von Kronstadt 1921.

Die Nachwehen des Bürgerkriegs hielten Russland in einem beklagenswerten Zustand. Im Februar 1921 brach eine Streikwelle von hungrigen Arbeitern in Petrograd aus. Sonderrationen von Nahrungsmitteln mussten von der Bauernschaft beschlagnahmt und rasch in die Stadt gebracht werden.

Doch es zeichnete sich ab, dass eine Fortsetzung der bolschewistischen Politik des „Kriegskommunismus“ mit seinen Requirierungen des Getreides die gesamte Bauernschaft gegen den Arbeiterstaat aufzubringen drohte.

Überall in Russland lehnten sich die Bauern auf. Nun, da der Bürgerkrieg vorüber und die Gefahr der Rückkehr der alten

Landbesitzer gebannt war, wandten sich die reicheren Bauern gegen die Roten und wiegelten auch viele kleinere Bauern auf. Südlich von Moskau sammelte sich eine große Bauernarmee unter Führung eines rechten Sozialrevolutionärs, der zur Zerstörung des ganzen Sowjetsystems aufrief.

Kronstadt, auf einer Insel im Finnischen Meerbusen gelegen, überwachte die Einfahrt nach Petrograd. Er war eines der Hauptzentren der Revolution von 1917. Matrosen von dort spielten eine Schlüsselrolle im Oktoberaufstand.

Aber viele von ihnen kamen im Bürgerkrieg an die Front. Die Verbliebenen waren weniger militant, oft von bäuerlicher Herkunft und den Bolschewiki zunehmend feindlich gesonnen. Nun erhoben sich diese Seeleute gegen den Arbeiterstaat, doch nicht mit Forderungen in der Sprache der Konterrevolution, sondern der Revolution.

Viele ihrer Forderungen scheinen heute gerechtfertigt. Sie riefen zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Sowjetsystems auf. Aber zugleich forderten sie, angestachelt von Anarchisten, die gegen jede, auch die auf Räte gegründete Staatsform sind, den Sturz des von Sowjets im ganzen Land gewählten Regimes.

„Lasst alle Welt wissen“, verkündeten die Kronstädter Matrosen, „die Macht der Sowjets befreit die arbeitenden Bauern vom Joch der Kommunisten.“

In Anbetracht der Lage im Süden und auf dem Lande musste dies ungeachtet der Absichten der Matrosen als Aufforderung an

die Bauernschaft zum Aufstand gegen die Arbeitermacht wirken. Der Forderungskatalog der Seeleute enthielt auch eine Ermütigung an die Bauern, mit ihrem Land zu tun, was sie wollten - trotz des Umstands, dass die Städte aus Mangel an Getreide hungerten!

Nachdem Verhandlungen gescheitert waren, zögerten die Bolschewiki nicht und entsandten die Rote Armee nach von Trotzki entworfenen Plänen zur Niederschlagung der Revolte. Das war ohne Zweifel eine tragische Begebenheit. Doch die Staatsmacht der Arbeiterklasse als ganze konnte sich nicht erlauben, von einem einzigen Sowjet, unbeschadet seiner heldenhaften Vergangenheit 1917, als Geisel genommen zu werden. In einem Streik kann eine Minderheit von Arbeitern zurück an die Arbeit gehen, um den Streik zu beenden. Dann hat die Mehrheit das Recht, wenn die Überredungskunst versagt, Gewalt anzuwenden, um dem Zusammenbruch des Streiks vorzubeugen.

Es war die Pflicht der bolschewistischen Regierung, ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs zu verhüten, der Millionen Menschenleben an den Fronten und Millionen Verhungerte in den Städten gekostet hatte. Die Franzosen und die Weißen planten, in Kronstadt zu landen und die Insel als Stützpunkt für eine weitere Invasion zu nutzen. Das Eis um die Inselfestung war am Abtauen und dabei, die Garnison vom Festland zu trennen.

Deshalb war schnelles Reagieren not-

wendig. Die Rebellion wurde mit hohem Blutzoll, besonders auf Regierungsseite, erstickt. Aber wenn die Bolschewiki nicht schnell gehandelt hätten, wäre nicht die von den Matrosen geforderte Freiheit herausgekommen, sondern Chaos und bürgerliche Konterrevolution, unterstützt von den anrückenden Imperialisten. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands war, wie es Trotzki später ausdrückte, „eine tragische Notwendigkeit“.

Ohne sie hätten die Revolution, das Sowjetregime und der erste Arbeiterstaat der Welt in Todesgefahr geschwebt, und die „Ausschreitungen“ der Roten Armee in Kronstadt, die von bürgerlichen Historikern immer als „Beweis“ für die Grausamkeit und Unmenschlichkeit der Bolschewiki angeführt werden, wären bis zur Bedeutungslosigkeit verblasst hinter den barbarischen Exzessen einer Konterrevolution, die die russische Arbeiterklasse in Blut ertränkt hätte.

Weiterführende Literatur:

Victor Serge, Year One of the Russian Revolution

Workers Power (Britain), The Road to Red October, London 1987

Dave Stockton, In Defence of the October Revolution, Trotskyist International Nr. 9, September/Dezember 1992

Kapitel 5

Stalins Aufstieg

Heute beschwört das Wort Kommunismus Vorstellungen von einer grauen Welt herauf, in der alle gleich sind, wo vor den Länden lange Schlangen stehen und niemand aus Angst vor Repression seine Meinung offen sagen kann - ein steriles Bild aus Gleichförmigkeit und Unterdrückung.

Seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten 1989 und dem Ende der Sowjetunion 1991 ist der Begriff Kommunismus zudem mit dem Mal des Scheiterns behaftet.

Hunderttausende kämpferischer ArbeiterInnen hatten die Sowjetunion als Alternative zum Kapitalismus betrachtet. Wenn der Sozialismus als Tagtraum kritisiert wurde, deuteten sie auf die Sowjetunion als Beispiel für ein „real existierendes sozialistisches Land“. Sie wurden bitter enttäuscht. Als die UdSSR zusammenbrach, waren mit ihr zugleich die in sie gesetzten Hoffnungen untergegangen.

Viele haben aus diesem Desaster einen scheinbar logischen Schluß gezogen: wenn

die UdSSR sozialistisch war, wollen wir mit Sozialismus nichts mehr zu tun haben. Der Einsturz des Ostblocks hat sie davon überzeugt, dass der Sozialismus ein gescheitertes Experiment war, das den Ländern, die danach strebten, nur Elend gebracht hat.

Trotzkisten weisen beide Spielarten dieser pessimistischen Sichtweise zurück. Die UdSSR war nicht sozialistisch - sie war stalinistisch.

Leo Trotzki und seine Anhänger haben vor dem Stalinismus als Krankheit in der Sowjetunion und der

sozialistischen Bewegung gewarnt. Die Stalinsche Herrschaft blockierte den Weg zum Sozialismus. Ohne Arbeiterdemokratie, echte Sowjets und die sozialistische Weltrevolution konnte die Sowjetunion auf Dauer nicht überleben.

Ohne eine grundsätzliche Umgestaltung der UdSSR durch die Arbeiterklasse musste sie untergehen und in den Kapitalismus zurück fallen. Als Millionen ArbeiterInnen in den 20er und 30er Jahren den Führern

der UdSSR folgten und sie für sozialistische Helden hielten, traten allein die Trotzkiisten gegen diese Führer auf und brandmarkten sie als Verräter an der Arbeiterklasse.

Die GründerInnen und frühesten Mitglieder der trotzkistischen Bewegung wurden von den Stalinisten verleumdet, verfolgt, inhaftiert und ermordet, weil sie sich nicht zum Schweigen bringen ließen. TrotzkiistInnen sind deshalb wegen der Niederlage des Stalinismus nicht desillusioniert. Im Gegenteil: die Niederlage des Stalinismus bestätigt die Richtigkeit der trotzkistischen Kritik an ihm. Da der Stalinismus, der die Arbeiterbewegung und die Linke jahrzehntelang irreführte und schwächte, überwunden ist, ist mit ihm auch ein wichtiges Hindernis für die internationale Revolution verschwunden.

Der erzwungene Rückzug der Bolschewiki

Russland ging arg geschwächt aus dem Bürgerkrieg hervor. In Petrograd erzeugte

die Industrie bspw. nur ein Achtel ihres Ausstoßes von 1913. Die Zahl der Industriearbeiter fiel hier von 230.000 zwischen 1918 und 1920 auf unter 80.000.

Der verzweifelte militärische Kampf gegen die Weißen hatte den Bolschewiki kaum Chancen gelassen, die Arbeiterdemokratie zu verbreitern und auszudehnen. Im Gegenteil: um den Krieg zu gewinnen, musste oft auf extrem administrative und überzentralistische Methoden zurückgegriffen werden.

In den Fabriken mussten die Befugnisse der örtlichen Arbeiterausschüsse von den Bolschewiki beschnitten werden, damit die Produktion in den von der Regierung kontrollierten Gebieten koordiniert werden konnte. Von den Bauern musste Getreide beschlagnahmt werden, damit die Städte ernährt werden konnten. Militärische Schwächen führten dazu, dass die Sowjetregierung das Recht auf Wahl der Offiziere in der Armee einschränkte. Fachleute mussten in der Industrie zur Hebung der Produktion berufen werden. Die Sowjets selbst wurden kleiner und weniger repräsentativ, weil Millionen ArbeiterInnen und Bauern für die Rote Armee rekrutiert wurden.

Lenin und Trotzki haben nie einen Hehl aus ihren Vorhaben gemacht oder versucht, diese Maßnahmen als sozialistische auszugeben. Lenin schrieb, dass sie „einen Rückschritt in bezug auf unsere sozialistische Sowjetstaatsmacht“ bedeuteten. Er warnte sogar:

„Die Verheimlichung der Tatsache vor der Bevölkerung, dass die Rekrutierung von bürgerlichen Fachleuten mit Mitteln äußerst hoher Gehälter ein Abweichen von den Grundsätzen der Pariser Kommune ist, würde ein Herabsinken auf das Niveau von bürgerlichen Politikern und Betrug am Volk bedeuten.“

Wie konnte Lenin dies sagen und zugleich diese Politik durchführen? Weil er sie als vorübergehende Notwendigkeit ansah. Während des Krieges und kurz danach mussten Sondermaßnahmen zur Überlebenseicherung des Arbeiterstaates ergriffen werden. Aber es handelte sich um Rückzüge, die, wenn der Sozialismus gefestigt werden sollte, nicht lange fortbestehen konnten.

NÖP und Fraktionsverbot

1921 hielten die russischen Bauern ihre Vorräte aus Protest gegen die Requirierung von Getreide zurück. Die Bolschewiki mussten einen neuerlichen Bürgerkrieg gegen die Bauern vermeiden. Der Arbeiterstaat brauchte eine Ruhepause, in der die Wirtschaft wiederaufgebaut werden konnte. Zu diesem Zweck musste eine Kompromiss mit den Bauern her: die Neue Ökonomische Politik (NÖP).

Anstelle der Getreidebeschlagnahme wurden die Bauern besteuert und ein fester Teil der Produktion jedes Bauernhofes abgeführt. Der Rest konnte von den Bauern frei auf dem Markt nach alter kapitalisti-

scher Manier verkauft werden. Damit wurde zwar die Gefahr eines Bauernkrieges abgewendet und die Produktion angekurbelt, aber gleichzeitig wurden Konkurrenz, Ausbeutung und all die für den Kapitalismus typischen Praktiken ermuntert. Dieses Risikos waren sich die führenden Bolschewisten allerdings bewusst.

Gleichzeitig erließ das Sowjetregime Maßnahmen, um zu verhindern, dass die NÖP in eine volle Wiederherstellung des Kapitalismus in Russland umschlug. Den armen und mittleren Bauern ließ man staatliche Zuschüsse angedeihen, um die Bildung von Genossenschaften als Gegengewicht zu den reichen Bauern zu fördern.

Die Kernindustrien blieben ebenso wie der Außenhandel in staatlicher Hand. Anstelle der Produktion nach Profit begann die Sowjetregierung versuchsweise mit der bedürfnisorientierten Erzeugung gemäß einem Plan. 1921 wurde ein staatlicher Planungsausschuss zur Durchführung dieser sozialistischen Aufgabe eingerichtet.

Mittels der NÖP konnte tatsächlich die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden. Das verschaffte der Sowjetunion eine lebenswichtige Atempause, als die Bevölkerung durch Hungersnot und Krieg zermürbt war.

Aber die NÖP gestattete auch einer bestimmten Schicht von Leuten, sich Privilegien zu sichern. Die reichen Bauern, in Russland Kulaken genannt, und viele Zwischenhändler zogen ihren unmittelbaren Vorteil aus der profitorientierten Produktion. Sie wurden immer reicher und verschärften damit die ländliche Klassendifferenzierung. Zugleich wuchs eine Schicht von sogenannten NÖP-Leuten innerhalb der Kommunistischen Partei und dem Staatsapparat heran. Ihre Aufgabe war die Organisation der Verteilung von Produkten und die Funktion als Mittelsmänner zwischen Kulaken und Staat.

Lenin und Trotzki wollten gewährleisten, dass anwachsender Wohlstand und Macht der Kulaken nicht zur Korruption der Kommunistischen Partei führte. Sie fürchteten insbesondere, dass ein Teil der Partei stärker die Interessen der Kulaken vertritt als die der Arbeiterklasse.

Die kommunistischen Führer beschloßen, dem durch Verhängung eines - ausdrücklich als vorübergehend und außerordentlich bezeichneten - Verbots organisierter Fraktionen innerhalb der Partei, das auf dem 10. Parteikongress 1921 eingeführt wurde, einen Riegel vorzuschieben.

Das bedeutete allerdings nicht das Ende jeglicher politischer Diskussion und Debatte in der Partei. Der 10. Kongress betonte, dass Kritik an der Partei „absolut notwendig“ sei und dass diese Kritik „unverzüglich und in möglichst zugespitztester Form vorgelegt“ werden sollte, damit örtliche und zentrale Parteigliederungen notwendige Korrekturen vornehmen könnten. Aber Parteimitglieder sollten keine Fraktionen oder politischen Plattformen auf Grund von Dif-

ferenzen bilden.

Das erwies sich als Fehler und erreichte das Gegenteil von dem, was Lenin und Trotzki beabsichtigt hatten. Eine privilegierte Bürokratie entstand allmählich in den Reihen der Partei. Sie bestand aus und wurde gefördert von Leuten, die ihre Position in der Gesellschaft der führenden Rolle der Partei und ihrer Macht unter der NÖP verdankten. 1923 waren die Altmitglieder aus der Zeit vor der Revolution in der Partei schon eine Minderheit von unter 10%.

Die neue Schicht von Bürokraten - eine „Kaste“, wie Trotzki sie später bezeichnen sollte - hatte einen Anführer in der Parteispitze: Josef Stalin. Nach seiner Berufung zum Generalsekretär der Partei 1922 vereinigte Stalin eine gewaltige Machtfülle in seiner Hand.

Ein riesiger Apparat von ernannten Funktionären ersetzte das alte Regime der frei gewählten Amtsträger innerhalb der Partei und der Sowjets. Jede abweichende Meinung, jede Kritik wurden bald geächtet.

Die Gefahr der Bürokratisierung

Im März 1923 erlitt Lenin seinen dritten Schlaganfall, der seiner aktiven politischen Laufbahn ein Ende setzte und einen Machtkampf in der Parteiführung heraufbeschwor, der nach Lenins Tod im Januar 1924 offen ausbrach.

Stalin, Sinowjew und ein weiterer „alter Bolschewik“ Kamenjew schlossen ein Geheimbündnis. Ihr Ziel war simpel - die Verhinderung von Trotzki in der Nachfolge Lenins als Leitfigur in der Kommunistischen Partei. Aber so einfach war das nicht, immerhin war Trotzki neben Lenin der bekannteste und populärste Sowjetführer. Er war die zentrale Persönlichkeit im Petrograder Sowjet. Er hatte den Aufstand zum Sturz der provisorischen Regierung organisiert und die Rote Armee im Bürgerkrieg befehligt. Lenins Testament beschrieb ihn als begabtesten Mann in der Partei.

Doch viele in der Partei, gerade langgediente Bolschewiki, begegneten Trotzki mit Argwohn. Er stand 1903 auf Seiten der verhassten Menschewiki und hatte vor 1917 einen langen Kampf gegen Lenins Konzept der revolutionären Partei geführt.

Die bürokratische Fraktion in der Parteispitze spielte auf dieses Misstrauen an, als sie nach Lenins Tod ihre Kampagne zur Isolierung Trotzkis entfachte.

In einer Reihe von Briefen, vom Krankenzimmer aus diktiert, warnte Lenin immer wieder vor der Verbürokratisierung der Partei, vor der Aufblähung des Staatsapparates und der wachsenden Entfremdung von den Arbeitern. Er beschrieb den neuen Staat als nicht vollständig sozialistisch, sondern als einen Zwitter zwischen neuem Arbeiterregime und altem Zarenstaat, dessen bürokratische „Experten“ die Bolschewiki im Bürgerkrieg und in der Periode des wirtschaft-

lichen Wiederaufbaus gezwungen waren zu nutzen:

„Der Apparat, den wir unseren nennen, ist uns in der Tat noch ganz fremd; er ist ein bürgerlich-zaristischer Mischmasch, und es ergab sich keine Gelegenheit ihn loszuwerden in den vergangenen 5 Jahren ohne Hilfe anderer Länder und weil wir die meiste Zeit mit militärischen Engagements und dem Kampf gegen den Hunger 'beschäftigt' waren.“

Trotz seines ernsten Zustandes warnte Lenin mit wachsendem Nachdruck vor der Rolle Stalins. Er drängte darauf, ihn seines Postens zu entheben.

„Stalin ist zu ungeschlacht, und dieser Fehler, obwohl recht erträglich in unseren Reihen und im Umgang unter uns Kommunisten, wird untragbar bei einem Generalsekretär. Deswegen, meine ich, sollten sich die Genossen einen Weg überlegen, Stalin aus seinem Amt zu entfernen und einen anderen Mann statt seiner zu berufen, der sich in jeder anderen Hinsicht vom Genossen Stalin abhebt und einen einzigen Vorteil hat, nämlich, duldsamer, loyaler, höflicher und aufmerksamer zu den Genossen ist und weniger launenhaft usw.“

Zur Umsetzung dieses Rates in die Tat wandte sich Lenin an Trotzki mit dem Angebot für einen politischen Block gegen Stalin auf dem 12. Parteikongress im April 1923. Doch Trotzki verschob dessen Durchführung - ein Fehler, den er sein Lebtag bereuen sollte.

Im Herbst 1923 ging die Parteileitung gegen oppositionelle Formationen in der Partei vor. Sie forderte, dass Fraktionsbildung entweder der Parteispitze oder der nun in GPU umbenannten Geheimpolizei gemeldet werden sollte. Anstelle von demokratischer Diskussion sollte die Partei nun einer repressiven Polizeiherrschaft unterworfen werden.

Im Oktober konnte Trotzki nicht länger untätig bleiben. Er begann einen Kampf gegen den Stalinismus, der bis zu seinem Lebensende dauern sollte.

Der Kampf um Parteidemokratie

Im Oktober 1923 unterzeichneten Trotzki und 45 andere führende Parteimitglieder einen Brief an das Zentralkomitee, worin sie gegen die zunehmende Bürokratie in der Partei und die sich verschlechternde Wirtschaftslage protestierten. Die Plattform der 46' zeichnete ein akkurates Bild der Zustände in der Partei:

„Mitglieder der Partei, die mit dieser oder jener Entscheidung des Zentralkomitees oder nur eines Provinzkomitees unzufrieden sind, die diese oder jene Zweifel hegen ... trauen sich nicht, dies auf Parteiversammlungen, ja nicht einmal in Unterhaltungen auszusprechen, es sei denn, ihr Gesprächspartner ist unbedingt vertrauenswürdig in bezug auf 'Geheimhaltung'; freie Diskussion

ist praktisch aus der Partei verschwunden, die öffentliche Meinung der Partei ist erstickt. Heute schlagen nicht die Partei und die breiten Massen Mitglieder für Regional- und Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei (RKP) vor und wählen sie. Im Gegenteil, die Sekretärhierarchie der Partei rekrutiert in immer größerem Maße die Teilnehmer für Konferenzen und Kongresse ...

Die Herrschaft in der Partei ist völlig unerträglich: sie zerstört die Unabhängigkeit der Partei und ersetzt sie durch einen herangezuchteten bürokratischen Apparat ...“

Die Plattform zeigt, dass das Fraktionsverbot fehlgeschlagen und die Parteispitze beherrscht war von einer zentristischen Fraktion unter Führung Stalins. Die soziale Basis dieser Fraktion war der vieltausendköpfige, nach dem Bürgerkrieg in die Staatsmaschine rekrutierten Funktionäre. Trotzki sagte, dass in dem Maße, wie der direkte Einfluß der Arbeiterklasse auf die Bürokratie schwand, sich die Stalin-Fraktion dem Druck von prokapitalistischen Kräften auf dem Lande ausgesetzt war.

Die Opposition forderte ein „Regime der genossenschaftlichen Einheit und inneren Parteidemokratie“, so dass die politischen Meinungsverschiedenheiten angemessen erörtert werden konnten, ohne Angst vor Repressalien durch Führung oder Geheimpolizei.

Zweites Hauptthema der Plattform war die russische Wirtschaftskrise. Die NÖP hatte die landwirtschaftliche Produktion gesteigert, die Preise für Nahrungsmittel waren gefallen. Die Rückständigkeit der russischen Industrie verursachte andererseits einen Mangel an Fertigwaren, deren Preise stiegen. ArbeiterInnen und Bauern bekamen zu spüren, dass es keine billigen gewerblichen Waren gab. In der Folge davon sank ihr Interesse, Agrargüter für den Austausch gegen Industrieprodukte zu erzeugen.

Trotzki und viele der Plattform-Unterzeichner wollten, dass die Partei einen umfassenden Wirtschaftsplan ausarbeitete, wie es von Lenin vorgeschlagen worden war. Damit hätte die Industrie großflächig modernisiert, die Preisspanne zwischen Industrie- und Agrarprodukten verringert und Macht, Wohlstand und Bedeutung der Kulaken schrittweise abgebaut werden können. Dann wiederum konnte die Landwirtschaft erneuert und stetige Fortschritte hin zur Organisierung einer wahrhaft sozialistischen Produktion gemacht werden, die sich an den Bedürfnissen der VerbraucherInnen statt am Profit orientiert.

Diese Vorschläge wurden von der neuen Bürokratie übergangen, bis sich die Krise Ende der 20er Jahre dramatisch zuspitzte hatte. Trotz großen Rückhalts in den Parteilinien, v. a. bei der Jugend, den Studenten und in Moskau, erlitt die Opposition 1923 eine Niederlage.

Die Unterdrückung wirklicher Parteidemokratie ermöglichte der Stalin-Fraktion,

Trotzkis Anschauungen falsch darzustellen und Parteimitglieder in und außerhalb Russlands davon abzuhalten, sich selbst ein Bild über seine Äußerungen zu machen.

Die 1919 als Weltpartei errichtete Kommunistische Internationale, die die revolutionären Kommunisten der ganzen Welt vereinte, war nun demselben bürokratischen Druck ausgesetzt wie die russische Partei. Die Stalinisten forderten von jeder Partei ein Bekenntnis gegen den „Trotzkismus“ sowie die Ablehnung von Trotzki's Argumenten und benutzten dafür ihre Kontrolle über den Apparat, um sicher zu gehen, dass kaum jemand seine Dokumente im Wortlaut kannte.

Die Niederlage der Opposition 1923 signalisierte einen weiteren Schritt im Niedergang der Partei.

Von 1923 an warnten Trotzki und die Opposition vor den Gefahren für den Arbeiterstaat durch Vermehrung von Reichtum und Macht der Kulaken. Die Opposition brachte eingehende Vorschläge für den Aufbau der russischen Industrie nach einem Plan und die Forcierung landwirtschaftlicher Genossenschaften ein. Diese könnten dann billig von den Städten mit industriellen Gütern versorgt, falls nötig sogar subventioniert werden. So könnte die starke Stellung der reichen Bauern allmählich unterhöhlt und das Band zwischen den arbeitenden städtischen und ländlichen Bevölkerungsteilen wieder gefestigt werden.

Stalin schien blind vor der Bedrohung durch die Kulaken zu sein. Sein Verbündeter, der frühere „Linkskommunist“ und Brest-Litowsk Gegner Bucharin, war auf den rechten Flügel der Partei gewechselt. Er und seine Anhänger spiegelten die Interessen der reichsten Bauern wider und traten offen für sie ein. Sein Zuruf an sie lautete „Bereichert euch!“ - das Gegenteil einer sozialistischen Vorgangsweise. Der Präsident der UdSSR Kalinin lobte in seinen Reden sogar die „wirtschaftlich kraftvollen Bauern“ und beschimpfte die armen Bauern als faul!

In Leningrad, dem früheren Petrograd, mit seiner langen revolutionären Tradition wuchs die Besorgnis der Arbeiterklasse über den heraufziehenden „Kulaken-Sozialismus“. Der Parteiführer dieser Stadt Sinowjew geriet unter großen Druck seitens der dortigen Arbeiter. 1925 brach dieser frühere Trotzki-Gegner und mit Stalin.

Ein Jahr darauf gründete er mit Trotzki die „Vereinigte Opposition“. Sie strebten Planwirtschaft, Industrialisierung sowie höhere Steuern und Zwanganleihen für die Kulaken an, traten der reaktionären Theorie vom Sozialismus in einem Land entgegen und pochten auf das Recht, in den Reihen der Partei gehört zu werden.

Die Stalinisten antworteten auf doppelte Weise. Anstelle von Argumenten verhöhn-ten und verleumdeten sie ihre Gegner. Sie behaupteten, die Opposition wären „Konterrevolutionäre“, die die „Bauern berauben“ wollten. Die Kulaken-Gefahr sei „übertrie-

ben“.

Der Stalin-Bucharin-Block geing mit politischen Unterdrückungsmethoden gegen die Opposition vor. Sinowjew wurde von seinen Funktionen in Leningrad und als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale entbunden. Im November 1927 wurden er und Trotzki einen Monat vor der Konferenz aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Die „Vereinte Opposition“ traf der Bannstrahl Stalins. Die Geheimpolizei GPU überfiel die Druckerei, in der Exemplare der politischen Plattform für die Parteimitglieder hergestellt wurden. Ein Drucker wurde als Agent der Weißgardistischen Generäle beschuldigt - eine komplette Lüge.

Die Führer der „Vereinten Opposition“ Trotzki, Sinowjew und Kamenjew waren alle jüdischer Herkunft. Die Stalin-Bucharin Führung schreckte nicht davor zurück, eine antisemitische Kampagne gegen sie anzuzetteln. Gedungene kriminelle Elemente wurden eingesetzt, um oppositionelle Zusammenkünfte aufzulösen. Die Polizei griff Demonstrationen der Opposition an.

1928 waren die Schlüsselfiguren der Opposition sämtlich aus der Partei ausgestoßen. Trotzki wurde in die Verbannung geschickt. Die Bürokratie hatte über die Repräsentanten der Tradition des Oktober 1917 und des Sozialismus gesiegt. Von da an mussten die wahren Hüter von Lenins sozialistischem Programm ihren Kampf gegen Stalin isoliert in Gefangenenlagern weiterführen.

Stalin übernimmt die alleinige Kontrolle

Kaum war die Opposition durch die Stalinsche Repression unterdrückt, schon machten die Kulaken gegen den Arbeiterstaat mobil. Im Winter 1927/28 wollten sie ihr Getreide nur zu höheren Abnahmepreisen an den Staat verkaufen. Von Bucharin zur Selbstbereicherung ermutigt, waren sie jetzt entschlossen, dies auch auf Kosten der Arbeiterklasse zu tun. Trotzkis Prophezeiung erfüllte sich.

Der Stalin-Bucharin-Pakt geriet nun unter großen Druck. Bucharins rechter Flügel verfolgte einen Kurs, der letztlich zur Wiederherstellung des Kapitalismus und des Marktes führen mußte. Dies konnte der größte Teil der KP-Bürokratie, die soziale Basis von Stalins zentristischer Fraktion, nicht hinnehmen. Denn sie verdankten ihre Macht, ihre Privilegien und Positionen letztlich der Existenz des Arbeiterstaats, obwohl ihre Politik diesen letztlich ruinierte.

Nach der Niederlage der Opposition hatte die Bürokratie keine große Gefahr mehr von Seiten der Arbeiterklasse zu fürchten, weil diese nun keine Führung mehr hatte. Sie musste jetzt auf die Gefahr der Kulaken antworten. Wenn der Getreideboykott Erfolg hätte, wer sollte die reichen Bauern davon abhalten, danach auch zu versuchen,

die Bürokratie selbst zu stürzen?

Stalin wandte sich gegen die Bucharin-Fraktion, 10.000 Parteimitglieder wurden ausgeschickt, um das Getreide zu beschlagnahmen, während die Anhänger der Rechten hinausgesäubert wurden. Die Zeit der NÖP war vorüber. Bucharin wurde aus der engeren Leitungszentrale entfernt, blieb aber im Zentralkomitee. Unterdessen wurden die ersten Mitglieder der „Linken Opposition“ Trotzkis erschossen.

Die „Linke Opposition“ war in der revolutionären Arbeiterklasse verankert. Ihr Programm stand für wirklich internationalen Sozialismus. Die Klassenbasis der Bucharinisten lag in der reichen Bauernschaft, bei den NÖP-Leuten und neuen Kapitalistenkreisen. Ihr Programm führte zurück zum Kapitalismus.

Stalins „Zentrums“-Fraktion war dazwischen, an der Spitze der Klassenpyramide angesiedelt. Ihr einziger Stützpfeiler war die Bürokratie des Arbeiterstaates und der Partei. Damit erklärte sich auch ihre Feindschaft zur Arbeiterklasse und zur Weltrevolution, die sie überflüssig gemacht hätte, aber ebenso ihre Weigerung, Bucharin ganz auf dem Weg zum Kapitalismus zu folgen.

Aber Stalin befand sich in einer äußerst heiklen Lage. Die Bürokratie stellte keine unabhängige, rechtmäßige Klasse dar - weder im Kapitalismus noch im Sozialismus konnte sie eine wesentliche Rolle in der Gesellschaft spielen. Sie war ein Schmarotzer am Arbeiterstaat, hervorgebracht durch Isolation, Rückzug und Niederlage. Sie behinderte den Übergang zum Sozialismus, vermochte aber kein eigenes Gesellschaftssystem an dessen Stelle hervorzubringen. Ihre einzige Rolle bestand im Blockieren des Fortgangs der Revolution und der Auspolsterung des eigenen Nestes.

Als Vertreter dieser Bürokratie fand Stalin keine andere Stütze in der Sowjetunion. Diese Instabilität erschreckte ihn und seinen bürokratischen Anhang. Es gab nur einen Weg, die Kontrolle auszuüben: durch Terror. Aber das war nicht der Rote Terror gegen die Bourgeoisie und deren Agenten. Vielmehr zielten die Anschläge der GPU auf jeden Anflug von Opposition und löschten Millionen alter BolschewistInnen, ArbeiterInnen, GegnerInnen der Bürokratie, Minderheiten und sogar unabhängige WissenschaftlerInnen und Fachleute in diesem Prozess aus.

Die Windmühle

George Orwells berühmtes Buch ‚Animal Farm‘ ist eine Fabel, die sich auf die Geschichte der russischen Revolution bezieht. Die Tiere übernehmen die Farm und werfen die kapitalistischen menschlichen Lebewesen hinaus. Zwei Schweine rivalisieren um die Führung der Tiere, Snowball, das Trotzki darstellen soll, und Napoleon, der Stalin dieser Geschichte.

An einer Stelle trägt Snowball Pläne für den Bau einer Windmühle vor, um die Arbeit für alle Tiere zu erleichtern. Napoleon

verrichtet daraufhin kommentarlos sein Geschäft auf den Bauplänen. Er richtet eine Meute von böartigen Hunden ab und lässt Snowball von der Farm vertreiben. Dann schickt er sich an, eine eigene Windmühle zu bauen, und für deren Fertigstellung treibt er die anderen Tiere zu unsäglichem Opfern an.

Stalin hatte über die Pläne der Opposition zur Industrialisierung, Planung und Kollektivierung der Landwirtschaft gespotet. Nach der Niederwerfung der Kulaken-Gefahr startete er wie das Schwein bei Orwell eine Kampagne, die sich der Politik der Opposition bediente. Doch anstelle von vernünftiger, demokratisch abgestimmter Planung für einen stetigen Fortschritt setzte Stalin auf Zwang, Befehle und brutalen Terror, um seine oft unrealistischen, gigantomanischen Pläne durchzusetzen.

Während Lenin und Trotzki für freiwillige Erzeugerzusammenschlüsse auf dem Land plädiert hatten, um die Macht der Kulaken zu untergraben, kollektivierten die Stalinisten die Landwirtschaft nun zwangsweise. Ende Februar 1930 arbeitete mehr als die Hälfte der sowjetischen Bauernschaft auf Kolchosen (Genossenschaften). Jeder der sich der neuen Politik widersetzte, wurde in der öffentlichen Propaganda plötzlich als Kulak bezeichnet; 320.000 wurden in den ersten Monaten des neuen Kurses deportiert.

Aber ohne tauglichen Plan für die industrielle Entwicklung, ohne den Rückhalt der Bauern selbst, verarmte und entfremdete sich die Landbevölkerung. Als Zeichen des Widerstandes schlachteten sie ihr Vieh. Von 1929 bis 1934 sank der Rinderbestand um 40%, der Schafe um 65% und die Getreidernte um ein Viertel. Zwar waren die Kulaken geschlagen, aber um den Preis einer schwer zerrütteten Landwirtschaft.

In der Industrie übernahmen die Stalinisten gleichfalls die Pläne der Opposition, aber wiederum in verdrehter und verzerrter Form. Hatten sie zuvor noch ihren Spott mit dem bloßen Gedanken an einen Wirtschaftsplan getrieben, installierten die Stalinisten nun einen überambitionierten Megaplan, setzten Plansollziffern und einen 5-Jahres-Plan fest. Der Plan war nicht Ergebnis einer demokratischen Debatte, die Bedürfnisse und Möglichkeiten berücksichtigte, sondern ausschließlich von „oben“ vorgegeben. Jede Diskussion oder Kritik wurde unter dem Vorwurf konterrevolutionärer Tätigkeit unterbunden.

Trotzdem wurden wirkliche Fortschritte erzielt, was die Voraussagen der Opposition bestätigte. Während des ersten 5-Jahres-Plans wurden 1500 neue Fabriken gebaut. Ein neues Kohlrevier wurde erschlossen und das Dnjeperstroj-Kraftwerk, das größte Europas, entstand. Aber diese Errungenschaften waren nur erreichbar dank der aufopferungsvollen Tätigkeit der ArbeiterInnen, die mit aller Anstrengung eine Alternative zum Kapitalismus aufbauen wollten.

Das gewaltige Potenzial der Planwirtschaft wurde verdreht und gehemmt durch den Stalinismus, ihre Dynamik gelähmt durch die Bürokratie.

Der Plan wurde von Funktionären ohne Rechenschaftspflicht aufgestellt. Ihr Ziel war nie die Hebung des Lebensstandards der Massen und die Erleichterung ihrer Arbeitslast. Planziele wurden ohne Rücksicht auf ihre Erreichbarkeit gesteckt. Um das Soll zu erfüllen, wurde nicht auf die Qualität der Produkte geachtet. Man vergeudete Riesenkräfte für den aufgeblähten Repressionsapparat.

Die Bürokraten plünderten den Staat, rafften immer mehr Privilegien und Reichtümer und frisierten die Bilanzen, um ihren Raubzug zu vertuschen. Stalin verleugnete das eigentliche Ziel des Sozialismus, die Beseitigung von Ungleichheit und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, indem er erklärte:

„Gleichmacherei hat nichts mit marxistischem Sozialismus gemein. Nur Leute, die nicht vertraut sind mit dem Marxismus, können die primitive Vorstellung haben, dass die russischen Bolschewiki allen Reichtum in einen Topf werfen und ihn gleich verteilen wollen.“

Die verratene Revolution

1932 hatte Stalin seine Herrschaft perfektioniert. Trotzki beschrieb sie als eine Form von Bonapartismus. Dieser Begriff tauchte zuerst bei Karl Marx auf. Er erklärte damit, wie in Krisenzeiten ein sogenannter starker Mann emporkommen, alle gesellschaftlichen Kräfte für sich zu vereinnahmen und scheinbar über den widerstreitenden Klassen stehend deren Gegensätze auszugleichen vermag.

Stalinismus war eine Art Bonapartismus im Arbeiterstaat. Der Diktator thronte über den Widersprüchen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Feinden, aber auf unsicherer Grundlage. „Eine Kugel, balanciert auf der Spitze einer Pyramide, muss unweigerlich auf der einen oder anderen Seite abgleiten“, schrieb Trotzki.

Zur Absicherung ihrer Herrschaft musste die Bürokratenkaste auf jeden möglichen Gegner einschlagen.

Die Großen Säuberungen der 30er Jahre erfassten als Ergebnis Millionen, die Opfer von Verfolgung und Unterdrückung wurden. In ihrer Raserei bedrohte, folterte und erpresste die Bürokratie Widerauffassung oppositioneller Gesinnung. Unter lächerlichen Anschuldigungen wurden Menschen festgenommen, zu Geständnissen durch Vorspiegelung strafmildernder Umstände erpresst und dann nach makabren „Schauprozessen“ hingerichtet.

Ehemalige Mitglieder der „Linken Opposition“ wie Pjatakow und Rakowski legten erzwungene Geständnisse ab und riefen unter Folter zur Ausschaltung ihrer eigenen Bewegung auf. Sinowjew, Kamenjew und Smirnow gestanden, weil sie sich von Stalins

falschem Versprechen täuschen ließen, sie würden dann verschont bleiben. Kurz nach ihrer Aussage aber wurden sie schon von den Wachen zur Hinrichtung abgeführt.

Die Säuberungen waren ziellos. Jeder, der nur einen Deut gefährlich für Stalin schien, wurde umgebracht. Die gesamte alte Garde der Bolschewiki, darunter auch Bucharin, wurde ermordet. Auch die Führung und das Offizierskorps der Roten Armee traf der Terror, machte das sowjetische Militärwesen damit praktisch führungslos und schwächte es dramatisch. WirtschaftlerInnen und wissenschaftliche ExpertInnen, die Fehler im 5-Jahr-Plan aufdeckten, wurden beseitigt. Die Gefangenenlager quollen über. Hunderttausende Gefangene starben für Stalins enorme Sklavenarbeitsunternehmen.

In allen Schauprozessen fehlte jedoch der Hauptangeklagte - Trotzki. Er war ins Ausland verbannt worden. In Abwesenheit wurde er für schuldig befunden, mit Hitler und den Japanern einen Block gebildet sowie Terrorismus und Industriesabotage verübt zu haben. Für jeden Fehler, jede Schwäche des bürokratischen Systems wurde ausgerechnet der frühere Führer der Revolution haftbar gemacht.

Trotzkis jüngster Sohn, ein Ingenieur ohne politische Betätigung, wurde von der GPU ermordet. Seine engsten Mitarbeiter im Westen, Sekretäre und Assistenten wurden gejagt und umgebracht. Trotzkis ältester Sohn Leo Sedow fiel in einem Pariser Krankenhaus Stalins Schergen zum Opfer.

Nichts blieb unversucht, um Stalins ärgste Bedrohung auszurotten: das Überleben des revolutionären Programms des Bolschewismus mit seinem Versprechen der Weltrevolution und der Zerstörung von Macht und Privilegien der Bürokratie. Erst wenn diese Alternative ausgeschaltet war, konnte Stalin hoffen, seine neue reaktionäre UdSSR, in der jede bedeutendere Errungenschaft der Oktoberrevolution 1917 getilgt war, als „real existierenden Sozialismus“ zu präsentieren.

Der degenerierte Arbeiterstaat

Trotzki, der einzig noch verbliebene bolschewistische Führer, kapitulierte nicht vor Stalin. Er kämpfte bis zum Schluss. Er war der einzige Anti-Stalinist, der die marxistische Methode für das Verständnis des Niedergangs der russischen Revolution anwendete. Er analysierte jede Aufstiegsphase und jeden politischen Schwenk der Bürokratie, um sie besser verstehen und die Arbeiterklasse so besser mit dem Programm für deren Sturz wappnen zu können.

Es gab gewichtige materielle und geschichtliche Gründe für den Niedergang der russischen Revolution und den Aufstieg des Stalinismus. Die in den Auseinandersetzungen in der UdSSR beteiligten Persönlichkeiten widerspiegelten auf jeder Ebene Klassendruck und -interessen und handelten in

Überstimmung damit.

Trotzki erklärt dies folgendermaßen:

„Aus dem Westen kam keine Hilfe. Die Macht der Sowjets erwies sich als einengend, sogar unerträglich, als die Aufgabe des Tages lautete, jenen privilegierten Gruppen gefällig zu sein, deren Existenz notwendig war für Verteidigung, Industrie, Technik und Wissenschaft. Bei dieser erwiesenermaßen nicht 'sozialistischen' Operation, von zehn zu nehmen und einem zu geben, kristallisierte sich eine mächtige Kaste von Spezialisten in der Verteilung heraus.“

Die Rückständigkeit und Isolation Russlands waren die Hauptgründe für den Rückzug der Revolution und das Erstarken der Bürokratie.

Wie war der Sowjetstaat einzuordnen? Die Stalinisten bezeichneten ihn standhaft als sozialistisch. Trotzki argumentierte entgegengesetzt. Eine sozialistische Gesellschaft, sagte er,

„...hat als Voraussetzung das Absterben des Staates als Hüter des Eigentums, die Milderung von Ungleichheit und die allmähliche Ablösung des Eigentumsgedankens auch in Moral und Bräuchen der Gesellschaft. Die wirkliche Entwicklung in der Sowjetunion der vergangenen Jahre ist einem genau umgekehrten Weg gefolgt. Die Ungleichheit wächst und mit ihr der staatliche Zwang.“

Sozialismus war das Ziel der frühen Sowjetrepublik. Es war nicht erreicht worden, dazu bedurfte es der Arbeiterdemokratie und der Weltrevolution. In der UdSSR und außerhalb hatte der Stalinismus durch sein konterrevolutionäres Programm der internationalen kommunistischen Bewegung den Zugang zum Sozialismus versperrt und den Rückwärtsgang eingelegt.

War die UdSSR also kapitalistisch? Das schien für viele heute wie damals eine schlüssige Klärung des ganzen Problems zu sein. Trotzki verneinte dies.

Kapitalismus ist ein System, in dem alles für den Verkauf als Ware auf einem Markt produziert wird. Arbeitskraft, die Fähigkeit der Arbeitsbevölkerung zu arbeiten, wird ebenso wie alle anderen Waren auf einem Markt gekauft und verkauft. Die Produktion durchläuft krasse Zyklen von Blüte und Flaute. Arbeitslosigkeit und Inflation zerrütten die Ökonomie. Die herrschende Klasse macht Riesenprofite durch die legale Ausbeutung der Arbeiterschaft.

In der UdSSR war das grundsätzlich anders. Güter wurden nicht wegen des Profits durch Verkauf auf einem Markt erzeugt, sondern die Produktion wurde gemäß dem Bedarf organisiert, den allerdings die Bürokratie in ihrem zentralen Plan festlegten. Statt in privatem Besitz befand sich alles Eigentum in Staatshand. Arbeitskraft wurde nicht frei gehandelt, sondern durch offizielle Planung eingeteilt; die Löhne waren festgesetzt.

Die Wirtschaft entfaltete sich ohne die zyklischen Schwankungen der kapitalisti-

schen Ökonomie. Anstelle von Massenerwerbslosigkeit gab es, wenn überhaupt, Überbelegung in den Großindustrien. Für Jahrzehnte blieb Inflation ein Fremdwort. Die Bürokratie bereicherte sich, jedoch illegal, durch Diebstahl an Staatseigentum und Fälschung von Bilanzen. Sie besaß weder Recht zum Besitz, Kauf oder Verkauf noch zur Vererbung von Fabriken oder von Grund und Boden.

Waren die Stalinisten eine neue herrschende Klasse wie die alte Bourgeoisie? Trotzki verneinte das. Ohne ihren reaktionären Charakter nur für einen Moment aus den Augen zu verlieren, wies Trotzki darauf hin, dass die Bürokratie die Anforderungen der Kategorie Klasse nicht erfüllte. Eine herrschende Klasse prägt notwendigerweise das Gesellschaftssystem, an dessen Spitze sie steht, und bringt diese Gesellschaft voran, bis ihr System sich erschöpft hat und einer anderen Klasse und einer neuen Gesellschaftsordnung Platz machen muss. Aber die Rolle der Stalinisten war zu keiner Zeit notwendig für die Entwicklung der UdSSR:

„Die geschichtliche Rechtfertigung jeder herrschenden Klasse bestand darin, dass sie an der Spitze des Ausbeutungssystems die Entwicklung der Produktivkräfte auf ein höheres Niveau hob. Zweifelsohne verlieh das Sowjetregime der Wirtschaft einen mächtigen Auftrieb. Dessen Ursprung lag jedoch in der Verstaatlichung der Produktionsmittel und im Plan, aber nicht in der Befehlsgewalt der Bürokratie über die Ökonomie. Im Gegenteil, die Bürokratisierung als System bremste den technischen und kulturellen Fortschritt des Landes aufs heftigste ... die Bürokratie ist nicht die Trägerin eines neuen, ihr eigenen und ohne sie undurchführbaren Wirtschaftssystems, sondern sie ist ein parasitäres Geschwür an einem Arbeiterstaat.“

Sie war also keine neue Herrscherklasse, sondern eine bürokratische Kaste. Ohne Kapitalisten kann es keinen Kapitalismus geben. Ohne die stalinistische Bürokratie allerdings könnte die geplante Wirtschaftsgrundlage der UdSSR nicht nur überleben, sie würde sogar in immer höherem Maß voranschreiten. Die Beseitigung der Bürokratie war geradezu eine Voraussetzung für die Entfesselung des wahren Wirtschaftspotenzials des Arbeiterstaats.

Deshalb bezeichnete Trotzki die UdSSR als „degenerierten Arbeiterstaat“. Die Kapitalisten und ihr System waren gestürzt und die nötigen Wirtschaftsgrundlagen für einen Fortschritt zum Sozialismus gelegt: das staatliche Eigentum an Industrie und Landwirtschaft, die zentrale Planung der Produktion sowie die alleinige staatliche Kontrolle über den Außenhandel, um die russischen Kapitalisten und Kaufleute daran zu hindern, sich durch Geschäfte mit ausländischen Kapitalisten wieder Macht zu verschaffen.

Doch der Übergang zum Sozialismus war blockiert durch die stalinistische Bürokratie, die der Arbeiterklasse die politische Macht

mittels massiver Unterdrückung entwendet hatte.

Ein Arbeiterstaat, der nicht unter Leitung von Arbeitern stand? Auf viele wirkte dies wie ein Widerspruch. Aber die Geschichte kennt viele Arten solcher Widersprüche; jede politische Bewegung, Organisation oder Herrschaft in der Geschichte trägt einen Konflikt zwischen konkurrierenden auseinanderstrebenden Kräften in sich. Der wirkliche lebendige Widerspruch in der UdSSR entfaltete sich zwischen den in der russischen Revolution eingeführten proletarischen Eigentumsformen und der konterrevolutionären Bürokratie, die ihre Entfaltung behinderte.

Trotzki demonstrierte dies an einem treffenden Beispiel. Er erklärte, dass die UdSSR als Arbeiterstaat gelten kann

„in ungefähr dem Sinn wie die Gewerkschaften, die geführt und verraten werden von Opportunisten, d.h. Agenten des Kapitals, Arbeiterorganisationen genannt werden können. Genau wie die Gewerkschaften im Kapitalismus von klassenkollaborationistischen Bürokratenkasten geleitete Arbeiterorganisationen sind, bleibt die UdSSR ein Arbeiterstaat, in dem die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist, die Macht jedoch in den Händen einer reaktionären bürokratischen Kaste liegt.“

Die Frage war nicht einfach „Entweder - Oder?“; die UdSSR war weder eine voll ausgebildete sozialistische Gesellschaft noch ein kapitalistischer Staat. Sie war ein Übergangsstaat zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in dem der Übergang blockiert war, ein Arbeiterstaat, der sich in einem Prozess bürokratischer Entartung befand. Diese Entartung führte rückwärts - zum Kapitalismus.

Die Bürokratie nutzte die Theorie vom „Sozialismus in einem Land“, um ihren Frieden mit dem weltweiten Imperialismus zu schließen und agierte auf Grundlage dieses Friedens zusehends als Agentur des Weltimperialismus in der UdSSR und in der Weltarena des Klassenkampfes. Aber sie war noch nur Agentur und kein Teil der Weltbourgeoisie. Sie überwachte die Degeneration, aber hatte sie noch nicht vollendet.

Zunächst hatte Trotzki für die Reform der UdSSR in der Hoffnung plädiert, dass die kommunistische Partei für den revolutionären Kommunismus zurückgewonnen und die Sowjetdemokratie wiedergestellt werden könne. Mit den Großen Säuberungen und der völligen Vernichtung der Opposition revidierte er seine Anschauung und legte dar:

„Zu glauben, dass dieser Staat zum friedlichen 'Absterben' fähig sei, hieße, in einer Welt theoretischen Deliriums zu leben. Die bonapartistische Kaste muss zerschmettert, der Sowjetstaat neu gestaltet werden.“

Trotzki hatte den Schluss gezogen, dass eine neue Revolution notwendig sein würde, um die Stalinisten und ihre Kräfte der Unterdrückung zu schlagen. Sie wäre keine

gesellschaftliche Umwälzung im Sinne der Schaffung eines neuen Gesellschaftssystems wie die Oktoberrevolution 1917. Trotzki nannte sie eine politische Revolution, weil sie die Errungenschaften der russischen Revolution und der staatlichen Planung erhalten und die politischen Kontrolle der Arbeiterklasse wieder herstellen würde. Das wäre allerdings der einzige begrifflich bedeutsame Unterschied. Die politische Revolution wäre nichtsdestotrotz eine Arbeiterrevolution.

Die Verteidigung der Sowjetunion

Trotzki kämpfte nicht nur für die revolutionäre Zerschlagung des Stalinismus, sondern auch für die Verteidigung der UdSSR. Im Fall des Krieges von imperialistischen Armeen gegen die Sowjetunion rief er die Arbeiterbewegung der ganzen Welt auf, der UdSSR beizustehen, weil die Imperialisten im Falle ihres Sieges nicht Arbeiterdemokratie und demokratische Planung wiederherstellen würden.

Im Gegenteil: sie würden die geplante und staatseigene Wirtschaft zerstücken und verkaufen, wie sie es in Osteuropa und Russland heute auch tun. Sie würden den Kapitalismus wieder einführen mit all seinen Folgen: Massenarbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Kriminalität und Hochinflation. Trotzki hatte nicht sein Lebtag gegen den Kapitalismus gekämpft, um dann mit ihm gegen die UdSSR zu Felde zu ziehen. Seine Verteidigung der Sowjetunion war bedingungslos!

Hieß das Stalin zu unterstützen? Nicht einen Augenblick! Er schrieb:

„Wir haben versprochen, die UdSSR nur als Arbeiterstaat und nur solche Inhalte zu verteidigen, die zu einem Arbeiterstaat gehören.“

Stalinismus gehört genauso wenig zum Arbeiterstaat wie ein Krebsgeschwür zum Organismus, den es abtötet. Trotzki sah ihn als gefährlichen Feind des Arbeiterstaats an, eine konterrevolutionäre Kraft, die dessen endgültiger Zerstörung den Weg bereitet.

Zur Illustration, wie antistalinistische Revolutionäre gleichzeitig die UdSSR verteidigen können, gab Trotzki ein weiteres Beispiel. Zwei Jahre vor Hitlers Überfall auf Sowjetrußland erklärte er, dass in einem solchen Fall Revolutionäre in der UdSSR

„ohne die geringste Änderung in der Haltung gegenüber der Kreml-Oligarchie als dringlichste Aufgabe der Stunde der militärische Widerstand gegen Hitler in den Vordergrund rückt. Die Arbeiter werden sagen 'wir können Hitler nicht den Sturz Stalins überlassen, das ist unsere eigene Aufgabe'. Während des militärischen Kampfes gegen Hitler werden die revolutionären Arbeiter danach streben, in engstmöglicher kameradschaftlicher Verbindung mit den Mannschaften der Roten Armee zu treten. Mit der Waffe in der Hand werden die Bol-

schewiki-Leninisten militärische Schläge gegen Hitler austeilten, zugleich aber auch eine revolutionäre Propaganda gegen Stalin entfachten und dessen Sturz in der nächsten und vielleicht sehr nahen Etappe vorbereiteten.

Diese Art Verteidigung der UdSSR wird sich natürlich wie Himmel und Erde von der offiziellen Verteidigung unterscheiden, die nun unter der Losung 'Für das Vaterland! Für Stalin!' durchgeführt wird. Unsere Verteidigung der UdSSR findet unter den Losungen 'Für Sozialismus! Für die Weltrevolution! Gegen Stalin!' statt."

Entlang seiner Verteidigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften von 1917 sah Trotzki die Niederlage des Stalinismus als Vorbedingung zur Rückgewinnung der Arbeiter auf der ganzen Welt für den Kampf um einen wahrhaften Sozialismus an. Bei dieser Aufgabe waren die revolutionären Arbeiter in allen Ländern seine einzigen Bundesgenossen. Er gab niemals auf, gegen die Imperialisten oder ihre Agentur der Reaktion in der UdSSR, die Stalinisten, zu kämpfen.

Ohne die Machtergreifung der Arbeiterklasse würde die UdSSR niemals überleben. Es gab nur zwei Richtungen auf dem Geschichtsweg - vorwärts zum Sozialismus oder zurück zum Kapitalismus. 1936 hatte Trotzki wohl begriffen, dass die stalinistische Bürokratie der Hauptagent für die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion war. Ihre ökonomische Politik trieb die Wirtschaft in Stillstand und Verknappung; ihre Unterdrückungsmaßnahmen erzeugten Bitterkeit und Tatenlosigkeit bei den ArbeiterInnen und schließlich den Glauben, dass der Kapitalismus kaum schlimmer sein könne als dieser „Sozialismus“. Trotzki's Vorhersage erfüllte sich, als Jelzin 1991 zur Macht empor kam.

Wie Trotzki vorhergesagt hatte, „würde die neue prokapitalistische Regierung keine geringe Anzahl von eifertigen Helfern unter den gegenwärtigen Bürokraten, Verwaltern, Technikern, Betriebsleitern, Parteisekretären und privilegierten oberen Kreisen im allgemeinen finden.“

Er erkannte, dass „eine Säuberung des Staatsapparats“, insbesondere von den hartgesotteten stalinistischen Parteispitzen, „naturnotwendig wäre, ... so würde eine bürgerliche Restauration wahrscheinlich doch weniger Leute hinausfegen müssen als eine revolutionäre Partei.“ Wie recht Trotzki doch damit hatte! Unter Jelzin zogen viele altstalinistische Bürokraten wie der Premierminister Tschernomyrdin ihren Vorteil aus der Rückkehr zum Kapitalismus.

Auch Jelzins Privatisierungsprogramm 1992-1993 hat Trotzki quasi vorausgesagt. „Die Hauptaufgabe der neuen Macht wäre die Wiederherstellung des Privateigentums an Produktionsmitteln ... die neue Regierung würde in den Belangen der Eigentumsformen und industriellen Methoden keine Reform, sondern eine soziale Revolu-

tion einführen müssen.“

Mit beträchtlichem Weitblick sah er voraus, dass es Zeit brauchen würde, den Markt zu schaffen, der die Wirkungsweisen der Wirtschaft reguliert, obwohl die Planungsinstrumentarien über Nacht abgeschafft werden könnten. So sagte er:

„Das Planprinzip würde für eine Übergangsperiode in eine Reihe von Kompromissen zwischen der Staatsmacht und den Einzelkonzernen, d.h. den möglichen Besitzern unter den sowjetischen Industriekapitänen, den emigrierten Vorbesitzern und Auslandskapitalisten überführt werden.“

Diese Worte haben auch mehr als 50 Jahre nach ihrer Niederschrift nichts von ihrer Frische verloren angesichts des in Russland nach 1991 ablaufenden Prozesses der kapitalistischen Restauration.

Hat Trotzki verloren?

Oberflächliche Kritiker meinen, dass Trotzki bei korrektem Verständnis der Geschehnisse niemals den Kampf um die Macht hätte verlieren dürfen. Diese Einsicht wäre dahingehend grob interpretierbar, dass Stalin recht behalten hätte, weil er siegreich war. Demnach hätte jeder erfolgreiche Tyrann auf Erden die Gerechtigkeit gepachtet, und die gesamte Geschichte der UdSSR und selbst die Weltrevolution könnte auf die Rivalität zwischen Persönlichkeiten vereinfachend zurückgeführt werden.

Sicher, Trotzki starb 1940 durch die Hand eines stalinistischen Mörders. Vielen muss dies als Zeichen erschienen sein, dass sein Kampf gegen den Verrat der russischen Revolution umsonst gewesen wäre. Trotzki, nicht Stalin, wurde in allen KPen der Welt als Konterrevolutionär und Verräter am Sozialismus übel verleumdet und geschmäht.

Aber die Geschichte ist eine gestrenge Richterin. Stalins gespenstisches Gebäude, gebaut auf rissigen Pfeilern und mit verlogenen Fassaden, ist eingestürzt. Die Wahrheit des Stalinismus mit seiner Verschwendung, seiner Produktion von erbärmlicher Qualität, all der Armut und all den Massenmorden ist nun ans Tageslicht gekommen. Die Berge von stalinistischen amtlichen Statistiken, Akten und Propagandamaterialien modern ungelesen in Moskauer Keller gewölben. Die Ideen und Politik Stalins sind gescheitert.

Aber der Sozialismus ist nicht gescheitert. Der große Anlauf der russischen Revolution hat bewiesen, dass es eine Alternative zum Kapitalismus gibt und dass die Arbeiterklasse eine revolutionäre Kraft ist, die mit dem richtigen programmatisch-politischen Rüstzeug die Welt verändern kann.

Die Kämpfe gegen den Kapitalismus haben nicht aufgehört, werden und können auch nicht aufhören. Denn solange Ausbeutung existiert, wird die Arbeiterklasse dagegen ankämpfen müssen. Die Konzepte aus der Frühzeit der Sowjetrepublik, über Klassenkampf, Sowjets, permanente Revolution, Internationalismus und demokratische

Planung werden eine neue Zuhörerschaft unter den frischen Schichten von Arbeiterschaft und Jugend der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts finden.

Diese Gedanken, die die Zukunft bestimmen werden, hielt Trotzki aufrecht. In diesem entscheidenden Sinn ist sein Sieg über Stalin vollständig und endgültig.

Weiterführende Literatur:

Leo Trotzki, Challenge of the Left Opposition, 3 Bände, New York 1973

Leo Trotzki, Verratene Revolution, in: Trotzki – Schriften, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1936 - 1940, Band 1.2, Seite 687 – 1011, Hamburg 1988

Kapitel 6

Trotzki und die Weltrevolution

Bis 1924 herrschte in der kommunistischen Bewegung die Ansicht, dass der Sieg des Sozialismus in einem Land unmöglich war, erst recht in Ländern, die so isoliert, unterentwickelt und rückständig wie Russland waren.

Deutschland war das industriell entwickeltste Land Europas mit der größten, bestorganisierten und mächtigsten Arbeiterbewegung der Welt. Sie ließ auf eine ungeheure Ausbreitung der wirtschaftlichen, politischen und moralischen Stärke der Revolution hoffen.

Ein Sowjetdeutschland hätte ein unzerbrechliches Bündnis mit Russland geschmiedet und die militärische Bedrohung von Seiten des französischen, britischen und US-Imperialismus massiv eingedämmt. Seine starke Industrie und die riesige Arbeiterklasse würden ein viel rascheres Vorschreiten zum Sozialismus erlaubt haben als dies für Russland allein überhaupt zu hoffen gewesen wäre. Von Deutschland aus hätte sich die Revolution wie ein Steppenbrand über Westeuropa hin ausgebreitet.

Im Oktober 1923 stürzte Deutschland in eine ausgesprochen revolutionäre Krise. Eine Hyperinflation entwertete die Währung und stiftete völliges Chaos in der Gesellschaft. Die herrschende Klasse war ratlos angesichts der Krise. Die Kommunistische Partei wuchs. Ihr Einfluss in den Betriebsräten vergrößerte sich von Tag zu Tag. Die Dringlichkeit der Machtübernahme war so klar wie im Russland von 1917.

Um der herrschenden Klasse wieder zum Zuge zu verhelfen, schritt die Reichswehr ein und setzte eine Koalitionsregierung von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Provinzen Sachsen und Thüringen ab. Doch die Kommunistische Partei ließ die Gunst der Stunde verstreichen und entfachte keinen bewaffneten Arbeiteraufstand gegen diese Gefahr und für die Entmachtung der Unternehmer. Die Massen wurden in die Defensive gedrängt, und in der kommunistischen Partei brach Verwirrung aus.

Stalin und Sinowjew wälzten die Verantwortung für dieses Debakel auf die Führung der deutschen KP, Brandler und Thalheimer, ab. Aber in den Vormonaten hatten sie noch all ihren Einfluss aufgeboten, um jene von der Vorbereitung einer bewaffneten Erhebung abzuhalten. Stalin schrieb an Sinowjew, den Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, dass seiner Meinung nach „die Deutschen gezügelt, nicht angespornt werden müssten“. Trotzki beharrliche Warnungen wurden heftig attackiert, bis es zu spät war.

Trotzki zog die Lehren aus dieser verpasssten Gelegenheit zur Verbreitung der Revo-

lution in seiner Streitschrift „Lehren des Oktober“. Ohne Namen zu nennen, zeigte er, wie das Zögern und der Wankelmut Stalins und Sinowjews ihre Vorläufer hatten. Dieselbe Entschlossenheit legten sie 1917 an den Tag, als Sinowjew gegen den Oktoberaufstand und Stalin ursprünglich für die Unterstützung der Provisorischen Regierung durch die Bolschewiki war. Trotzki betonte, dass Zweifel und Unsicherheit unvermeidbar zum gefährlichsten Zeitpunkt in der Parteiführung auftraten, wies aber auch auf den Unterschied zwischen Deutschland und Russland hin:

„Bei uns wurde 1917 nur eine Minderheit in der Partei von solchen Schwankungen erfasst, die jedoch dank der entschlossenen Energie von Lenin überwunden werden konnten. In Deutschland hingegen schwankte die Führung als ganze, ihre Unsicherheit übertrug sich auf die Partei und durch sie bis in die Arbeiterklasse hinein.“

Die Folgen dieser Niederlage konnten nur verringert werden, wenn die Führung der Kommunistischen Internationale zur offenen Erörterung der deutschen Lehren und den richtigen Schlussfolgerungen dar- aus bereit war.

Aber dazu kam es nicht. Stattdessen hob ein Feldzug gegen den 'Trotzkismus' mit dem Ziel an, Kritiker ein für alle Mal mundtot zu machen. Mit diesen Angriffen auf Trotzki's Anschauungen warf Stalin zugleich einen der wesentlichsten Grundbausteine des Marxismus über Bord.

Stalin und die Weltrevolution

Die „Theorie vom Sozialismus in einem Land“ war Stalins Hauptbeitrag zu Theorie und Programm der internationalen kommunistischen Bewegung. Diese Konzeption führte geradewegs in die Katastrophe, wo immer sie angewandt wurde. Noch heute müssen wir mit der unseligen Tradition dieser Theorie leben.

Nachdem die Stalin-Fraktion die Oktoberniederlage in Deutschland zugegeben hatte, verfiel sie in tiefen Pessimismus über die Aussichten der Revolution in Europa. „Sozialismus in einem Land“ war ein Produkt dieses Pessimismus.

Bis 1924 hatte niemand in der KP je bezweifelt, dass Russland aus eigener Kraft außerstande sein würde, den Sozialismus aufzubauen. Die russische Revolution galt als erstes Aufbrechen der kapitalistischen Kette, dem der Sturz des Kapitalismus in den fortgeschrittensten Ländern folgen musste, ehe eine sozialistische Gesellschaft errichtet werden konnte.

Das Programm der „Liga der Jungen Kommunisten“ hob dies ganz klar hervor: „Der Sozialismus kann in Russland nur durch die proletarische Weltrevolution kommen, in deren Entwicklungsepoche wir nun eingetreten sind.“ Das war eine in der Partei so fest verankerte Auffassung, dass niemand sie je zuvor in Zweifel gezogen hatte. Sogar Stalin schrieb in einem Buch, dessen folgende Passage später herausgesäubert wurde:

„...kann der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Land ohne gemeinsame Anstrengung des Proletariats mehrerer fortgeschrittener Länder erreicht werden? Nein, das ist unmöglich ... für den endgültigen Sieg des Sozialismus, für die Organisation des sozialistischen Aufbaus, sind die Anstrengungen eines Landes, besonders eines bäuerlichen wie Russland, unzureichend. Dazu sind die Anstrengungen mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig.“

Erst nach Lenins Tod schöpfte Stalin den Mut, die internationalistische Grundlage des bolschewistischen Programms offen anzugreifen. Die Theorie vom Sozialismus in einem Land war das Ergebnis.

Im Dezember 1924 attackierte Stalin Trotzki's Theorie der permanenten Revolution in einem Artikel:

„Der Sieg des Sozialismus in einem Land, selbst wenn dieses Land im kapitalistischen Sinn weniger entwickelt ist, während der Kapitalismus in anderen Ländern erhalten bleibt, auch wenn diese Länder im kapitalistischen Sinn weiter entwickelt sind, ist durchaus möglich und wahrscheinlich.“

Trotzki wurde des Defätismus und Menschewismus bezichtigt, weil er abstriet, dass Russland den Sozialismus ohne fremde Hilfe erlangen könnte. Trotzki's Gegnerschaft zum Sozialismus in einem Land hatte allerdings nichts gemein mit jenen menschenwärtigen Theoretikern, die bestritten, dass die Sowjets 1917 jemals die Macht hätten erobern dürfen. Trotzki's gesamtes Wirken im Sowjetregime war auf Bewahrung und Ausbau der Errungenschaften des Arbeiterstaates ausgerichtet.

Der entscheidende Punkt war, argumentierte er, dass Stalin den Begriff des Sozialismus selbst entstellte. Anstelle seiner Bedeutung als klassenlose Gesellschaft, in der die Produktion ein höheres Niveau als in kapitalistischen Staaten erreicht hat und allen arbeitenden Menschen gleiche Rechte an den Produkten der demokratisch geplanten Wirtschaft gewährt, was nur auf Weltebene verwirklichtbar war, bekam er nun eine andere Interpretation, nämlich als Stabilität des bestehenden politischen Systems der UdSSR.

Das war bei weitem nicht die einzige

Auswirkung von Stalins Theorie. Wenn der Sozialismus in Russland verwirklicht werden konnte, mussten sich auch die Aufgaben der Kommunisten in anderen Ländern ändern. Davor verfolgten alle Parteien der Kommunistischen Internationale ein vorrangiges Ziel: den Sturz des Kapitalismus im eigenen Land als Vorstufe zu einer erdumspannenden Föderation von Arbeiterstaaten. Nun bestand ihre Aufgabe darin, den Imperialismus daran zu hindern, weitere militärische Operationen gegen die UdSSR zu unternehmen.

Das Interesse an der Weltrevolution rückte jetzt hinter die Verteidigung der UdSSR ins zweite Glied. Diplomatie und Blöcke mit vermutlichen „Freunden der Sowjetunion“ rund um die Welt wurden nun zur Hauptbeschäftigung von Stalin und der Kommunistischen Internationale. Die Weltpartei des Proletariats wurde in ein Verteidigungsorgan der Stalin-Herrschaft umgemodelt, in ein Werkzeug ihrer zunehmend reaktionären Außenpolitik.

Lenins Warnung, dass die Imperialisten die Existenz der UdSSR niemals hinnehmen werden und „das Nebeneinanderbestehen von Sowjetrepublik und imperialistischen Staaten längerfristig unvorstellbar“ sei, wurde stillschweigend übergangen, und wenn jemand diese Warnung wiederholte, war er ein Menschewik, ein Schwarzseher ... ein Trotzki.

Die Theorie vom Sozialismus in einem Land drückte die konservative Perspektive einer dominanten zentristischen Fraktion innerhalb der herrschenden Bürokratie perfekt aus. Die soziale Basis dieser Fraktion lag in den Tausenden neuer Funktionäre, die nach dem Bürgerkrieg in den Staatsapparat eingestellt worden waren. Trotzki betonte, dass die stalinistische Fraktion, erlöst vom Druck der Arbeiterklasse auf die Bürokratie, sich nunmehr gegenüber dem Druck von prokapitalistischen Kräften auf dem Lande öffnete.

In der Außenpolitik war zwar die Revolution subjektiv erwünscht, aber diese Fraktion steuerte einen internationalen Stabilisierungskurs, so dass Russland weiter „seinen Sozialismus“ in Frieden aufbauen konnte. Objektiv hintertrieb diese Politik jedoch die erfolgreiche Nutzung revolutionärer und vorrevolutionärer Situationen.

Britannien 1926

Die ersten faulen Früchte von Stalins Theorie erntete der britische Generalstreik von 1926.

1924, zwei Jahre vor dem Höhepunkt dieses historischen Kampfes, hatten die russischen und britischen Gewerkschaftsführer ein Bündnis geschlossen, das Anglo-Russische Komitee.

Das war ein richtiger Schritt. Die bürokratischen Spitzen der mächtigen britischen Gewerkschaften waren keinesfalls Revolutionäre. Sie hatten oft genug bewiesen, dass sie bereit waren, die Interessen der

britischen Arbeiter auszuverkaufen, und waren sehr darauf bedacht, ihre in Jahren voller Verhandlungen und Zugeständnisse an die Kapitalisten und die Regierungen erworbenen Privilegien zu erhalten. Nichtsdestotrotz stiegen der Zorn und die Kampfbereitschaft der Arbeiter. Damit erhöhten sie den Druck auf die Gewerkschaftsführer, die „einen Schritt nach links machten, um ihren Einfluss auf die Massen zu wahren“, wie es Trotzki formulierte. Die britischen Gewerkschaftsführer mussten zu konkreten Hilfsaktionen für die Sowjetunion gebracht werden.

Aber Stalin ging noch darüber hinaus, indem er die Interessen der sowjetischen Außenpolitik über die Interessen der sozialistischen Revolution in Britannien stellte. In seinen Schmeicheleien für die neuen Bündnispartner pries er sie als Meister der Arbeiterklasse und Anführer des Kampfes gegen den Kapitalismus in Britannien und im Besonderen als standfeste Widersacher aller imperialistischen Angriffe auf die Sowjetunion.

Trotzki und die Opposition traten dagegen auf. Sie warnten vor den Gewerkschaftsspitzen als Feinde der Revolution und dass diese ihren Einfluss für die Sabotage des Machtkampfes der britischen ArbeiterInnen benutzen würden. Zwar war es für KommunistInnen korrekt, jede Gelegenheit zu praktischen Vereinbarungen mit den Gewerkschaftsbürokraten zu ergreifen, aber statt ihnen Lobeshymnen zu singen, mussten diese Verräter angeprangert und der Kampf für ihre Ablösung organisiert werden.

Jeder Ausdruck von Vertrauen in die Gewerkschaftsbürokratie, jede gezuckerte Phrase von Seiten Stalins und der Kommunistischen Internationale wurde von den Gewerkschaftsführern als Schutzschild vor deren Infragestellung durch die britischen KommunistInnen benutzt.

Bald darauf musste die Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ ihre erste große Probe bestehen. Anlässlich eines Flächenstreiks der machtvollen britischen Bergarbeitergewerkschaft schwoll die Solidaritätswelle aus der übrigen ArbeiterInnenschaft dermaßen an, dass die Gewerkschaftsoberen sie nicht mehr drosseln konnten. Ein Generalstreik lähmte Britannien im Mai 1926 und beschwor die größte Klassenaueinandersetzung seit Jahrzehnten herauf.

Die Regierung steckte in der Zwickmühle; sie hatte nur eine Waffe gegen den Streik - die GewerkschaftsbürokratInnen.

Nach 9 Tagen heldenhaften Kampfes und Kräftezuwachses knickten die Bürokraten vor der Regierung ein und bliesen den Streik ab. Die Sowjetführung hielt jedoch den Block mit diesen Verrätern aufrecht. Das Anglo-Russische Komitee hatte sich als Schleier vor der wahren Rolle der GewerkschaftsbürokratInnen in Britannien entpuppt. Es war kein Instrument zur revolutionären Verteidigung der UdSSR.

Auch nach dem Ausverkauf des General-

streiks ließen die Russen das Komitee fortleben. Unglaublich, aber wahr: sie unterzeichneten ein gemeinsames Abkommen, das den Generalrat als alleinigen Sprecher der britischen Gewerkschaften anerkannte, und verkündeten obendrein ihre „Nichteinmischung“ in die Angelegenheiten der Bewegung des jeweils anderen Landes! Damit verzichtete Moskau auf den Kampf um einen Führungswechsel in der britischen Arbeiterbewegung und verschrieb sich stattdessen einem Handel mit den Ausverkäufern des Streiks auf höchster Ebene.

Die Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ stützte die Rolle der britischen KommunistInnen auf das Anwerben einflussreicher Freunde und Bündnispartner zurecht. Der Kampf für die Revolution außerhalb der UdSSR wurde dem Interesse, dem Ansehen und der Sicherheit der Stalin-Clique im Kreml geopfert.

Desaster in China

Es gab nur eine grundsätzliche Alternative zu Stalins Theorie: Trotzki's Theorie der permanenten Revolution. 1923/1924 wurde sie zur Zielscheibe von gebündelten Angriffen verschiedener führender Mitglieder der KPdSU. Stalin schrieb 1925:

„Der gesamte Verlauf der Oktoberrevolution zeigte und bewies in seiner ganzen Entwicklung den völligen Bankrott der Theorie der permanenten Revolution und ihre absolute Unvereinbarkeit mit den Grundlagen des Leninismus.“

Das war natürlich zynischer Unsinn. Die russische Revolution hatte die Korrektheit von Trotzki's Theorie in vier wesentlichen Punkten nachgewiesen:

- * In einem zurückgebliebenen Land wie Russland war die Kapitalistenklasse zu schwach, um die bürgerliche Revolution zum Sieg zu führen.

- * Diese Aufgabe konnte nur von der Arbeiterklasse erfüllt werden oder gar nicht.

- * Nach der Machtübernahme mussten die Arbeiter mit der sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft beginnen.

- * Der endgültige Sieg des Sozialismus hing von der Ausbreitung der Revolution auf andere Länder sowie der Etablierung einer wirtschaftlich fortgeschritteneren Gesellschaft als der Kapitalismus ab. Nur dies würde die Ersetzung des erdumspannenden Systems des Kapitalismus durch den Weltsozialismus ermöglichen.

Stalin und seine Verbündeten schickten sich an, auf ihre Art einen Beweis für die Richtigkeit der Theorie der permanenten Revolution anzutreten. Aber während Lenins und Trotzki's Politik sie 1917 positiv bestätigten, sollte die Reaktion der stalinisierten Kommunistischen Internationale auf die chinesische Revolution 1925-1927 dies auf negative Weise tun. Durch die Abkehr von der Strategie der permanenten Revolution in China landeten die Stalinisten auf einem identischen Kurs, wie ihn die Menschewiki vor 1917 in Russland eingeschlagen hatten.

Das Resultat war verheerend.

In Kapitel 2 wurde dargelegt, wie vollkommen verschieden der Zugang zur russischen Revolution bei Lenin und den Menschewiki war. In einer bürgerlichen Revolution, worin die bürgerlichen Hauptaufgaben nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Landreform oben auf der Tagesordnung stehen, muss die Arbeiterklasse ihre eigene Rolle klar begreifen. Die Menschewiki meinten, da die russische Revolution als bürgerliche begann, sollten die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen.

Lenin führte dagegen an, da es sich um eine bürgerliche Revolution handelte, sollten die Arbeiter der Bourgeoisie misstrauen und stattdessen auf ihre eigene Stärke bauen. Darin lag der Unterschied zwischen dem bolschewistischen Revolutionsprogramm und Sozialismus und der menschewistischen Reformpolitik und demokratischem Kapitalismus.

Die chinesische Revolution fing als Kampf gegen die Fremdherrschaft imperialistischer Mächte in China an, also mit einer bürgerlich demokratischen Aufgabe. Deswegen traten Stalin und Bucharin, die beiden zentralen Gestalten im herrschenden Block, dafür ein, dass die chinesischen Arbeiter einen Bund mit all jenen Kapitalisten schließen sollten, die bereit wären, um Chinas Unabhängigkeit zu kämpfen.

Aber wie konnte diese Allianz zwischen Klassenfeinden zusammengehalten werden? Stalin erwiderte, dass die Arbeiter und ihre Führung in der Kommunistischen Partei Chinas nicht für sozialistische Ziele in der Bewegung eintreten sollten. Die Revolution müsse zunächst eine Etappe des demokratischen Kapitalismus durchlaufen. Dazu sollt ein Block mit der chinesischen Bourgeoisie gebildet werden.

Stalin und Bucharin schlugen diese „Etapentheorie“ - erst bürgerliche, und vielleicht später proletarische Revolution - unter dem Deckmantel von Lenins veralteter Losung einer „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ vor. Lenin hatte sich schon 1917 davon verabschiedet. Er hatte sogar geäußert, dass man sich mit dieser Parole vom wirklichen Leben entferne, zur Mittelschicht überginge und ins Museum gehöre!

Aber das störte Stalin nicht. Mit dieser Parole konnte er seinem Menschewismus einen „leninistischen“ Anstrich geben und die wahre Politik von Lenin als „Trotzkismus“ verunglimpfen.

Stalin wies die chinesischen Kommunisten an, sich einem „Block der 4 Klassen“ mit dem nationalen Bürgertum, der Bauernschaft, den städtischen Mittelschichten und dem Kleinbürgertum anzuschließen. Anders als die bolschewistische Methode des Kampfes gegen den Einfluss der Kapitalisten- und Bauernparteien und für den Führungsanspruch der Arbeiterklasse, verwendete Stalin seine ganze Autorität für die Fernhaltung der Arbeiter davon. Die Revo-

lution musste einem nicht nach der Logik der Geschichte, sondern gemäß dem Willen der Moskauer Zentrale festgelegten Stufenplan folgen.

Jeder Versuch, die Etappen miteinander zu verknüpfen, wurde von der Kommunistischen Internationale gerügt:

„(es ist) umso schädlicher, weil eine solche Formulierung der Frage die wichtigste nationale Eigenheit der chinesischen Revolution außer Acht lässt, die eine halbkoloniale Revolution ist.“

Das war äußerst gefährlich. Falls eine Revolution in einem formal unabhängigen, doch ökonomisch rückständigen und vom Imperialismus beherrschten Land (eine Halbkolonie) jetzt Stalins und Bucharins Etappentheorie unterworfen wäre, würde der Sozialismus dort von der Tagesordnung verschwinden.

Eine Revolution als bürgerlich, demokratisch oder gar „halbkolonial“ zu beschreiben, sagt nur etwas aus über den Funken aus, der die Massen, die tiefen sozialen Probleme, die die Revolution unvermeidlich machen, entzündet. Aber es verrät uns nicht, welche Klasse die Revolution zum Sieg führen kann. Genau diesen Fehler beging Stalin in China und bei jeder folgenden bürgerlichen Revolution.

Moskau ordnete an, dass die KommunistInnen sich mit der größten bürgerlich-nationalistischen Partei, der Kuomintang unter Tschiang Kai Schek, verbünden sollten. Eine eng auf militärische Zusammenarbeit in bestimmten Gebieten oder Aktionen gegen imperialistische Verbände begrenzte Absprache hätte Sinn und Nutzen gemacht. Aber auch hier hätten Kommunisten zu jeder Zeit ihre Unabhängigkeit wahren und bereit sein müssen, das Bündnis aufzukündigen und die Kuomintang falls nötig zu bekämpfen, genau wie die Bolschewisten sich gegenüber den Sozialrevolutionären und Kerenski im Führungskampf um die russische Revolution verhielten.

Aber auf dem Altar des „Blocks der 4 Klassen“ wurden die Interessen der Arbeiter zugunsten des fortdauernden Klassenbündnisses geopfert. Stalin befahl der KP Chinas, Antistreibgesetzen in den Kuomintang-Gebieten zuzustimmen, nachdem die Befehlshaber das Ergebnis von Arbeitskämpfen bestimmt hatten. Die Unternehmer durften feiern - die KommunistInnen rieten den Arbeitern vom Kampf ab.

Als der revolutionäre Kampf sich auf ganz China ausdehnte und die Arbeitermilanz auf ihrem Höhepunkt angelangt war, verbot die Kommunistische Internationale den Kommunisten die Bildung von Räten, indem sie darauf verwies, dies seien Organisationen für die sozialistische Revolution und nicht notwendig in der demokratischen Etappe. Stalin verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass Sowjets die chinesischen Massen „abschrecken“ würden. Trotzki resümierte später:

„Nur Tschiang Kai Schek wäre davon ab-

geschreckt worden, aber nicht die Arbeiter oder Bauern, denen die Sowjets nach 1917 zum Sinnbild ihrer Selbstbefreiung geworden waren.“

Die KP veröffentlichte eine Stellungnahme, worin sie ihre Differenzen zur Kuomintang für geringfügig erachteten. Sie kritisierte nicht deren Politik, selbst dann nicht, wenn Gewerkschaften und kommunistische Parteizellen in manchen Gegenden unter Kuomintang-Aufsicht illegalisiert wurden. Sie versuchten nicht einmal, die Soldaten der Kuomintang-Armeen für den Kommunismus zu gewinnen. Stattdessen erklärte die Kommunistische Internationale:

„Die chinesische KP darf unter keinen Umständen eine Taktik verfolgen, die die revolutionären Armeen desorganisieren würde, gerade weil der Einfluss der Bourgeoisie dort bis zu einem gewissen Grad stark ist.“

Trotzki und die Linke Opposition traten diesem Verrat entgegen. Ausgerüstet mit der Theorie der permanenten Revolution erbrachten sie den Nachweis, dass die nationale Kapitalistenklasse in China die heimische Arbeiterklasse mehr fürchtete als den fremden Imperialismus. Die Kapitalisten waren durch tausend Finanzfesseln und Interessen an den Großgrundbesitz und die ausländischen Banken gekettet.

Als die Stalinisten Trotzki der „Gering-schätzung der Bauernschaft“ anklagten, legte er dar, dass nur die Arbeiterklasse sich als feste Bundesgenossin für die armen Bauern im Kampf um Land erweisen kann, während die Kapitalisten außerstande und unwillens zum Bruch mit den Grundbesitzern sein würden.

Trotz aller Stalinschen Werbeversuche um die Kuomintang, trotz seiner Zügelung der Arbeiter und KommunistInnen und seines Geschwätzes über den „4-Klassenblock“, die „demokratische Diktatur“ und die „Etapentheorie“ strafte ihn die wahre Geschichtsgesetze Lügen. Am Ende siegte die Klassenwirklichkeit. Die Kuomintang ging, wie Trotzki vorhergesagt hatte, gegen die Arbeiterklasse vor, sobald sie Gelegenheit dazu erhielt.

1927 entsandte Tschiang Kai Schek seine Truppen nach Schanghai und schlachtete alle KommunistInnen, GewerkschafterInnen und militanten ArbeiterInnen, deren er habhaft werden konnte, ab. Die Todesopfer zählten nach Zehntausenden.

Doch Stalin behielt seinen Kurs bei. Zwar beschuldigte man Tschiang Kai Schek der Massaker, aber kein Wort der Selbstkritik wurde laut gegen die Politik, die sogar die eigenen Genossen ihren Mördern wehrlos und unvorbereitet preisgegeben hatte. Nach Tschiangs Verrat wurde eine „linke“ Kuomintang-Regierung in Wuhan gebildet. 2 Kommunisten traten als Minister in dieses bürgerliche Kabinett ein. Aber diese Regierung war nicht minder reaktionär als Tschiangs Kuomintang. Zwecks Erhalt seines Regierungsbündnisses mit diesen „linken“ Nationalisten und in Einklang mit seiner

Etappentheorie schwor Stalin die kommunistischen Kabinettsmitglieder auf die Unterstützung der Politik ihrer Bündnispartner ein.

Der kommunistische Landwirtschaftsminister Tang Ping Schan wurde von der Regierung aufs Land geschickt, um an der Spitze des Heeres einen dortigen Bauernaufstand gegen ihre grundbesitzenden Ausbeuter blutig niederzuwerfen!

Stalins Kampagne gegen die Theorie der permanenten Revolution verführte die

KommunistInnen dazu, sich den Weg der chinesischen Revolution zum eigenen „Oktober“ zu verbauen.

Wie Trotzki bemerkte, war die Parole von der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ zur „Schlinge um den Hals von Proletariat und Bauernschaft“ geworden. Die Etappentheorie hatte die KommunistInnen von einer Kraft für die Arbeiterrevolution in eine Kraft, die unwesentlich der Revolution entgegenarbeitet, verwandelt.

Trotzki und die Linke Opposition argumentierten in der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung gegen Stalins Programm für die chinesische Revolution.

Die verheerende Niederlage in China hatte für Trotzki bewiesen, dass die Theorie der permanenten Revolution nicht nur auf Russland, sondern auf alle anderen rückständigen kolonialen oder halbkolonialen Ländern anwendbar war, in denen die Aufgaben der bürgerlichen Revolution noch nicht vollendet waren.

Kapitel 7

Der Kampf gegen den Faschismus

Der Faschismus hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts mit Blut besudelt. In Deutschland errichtete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter Hitler 1933 bis 1945 die barbarischste und mörderischste Diktatur aller Zeiten. Jede Opposition war verboten. An jedem Arbeitsplatz und in jeder Wohngegend berichteten Spitzel und Informanten die leisesten Anzeichen von Unzufriedenheit der Geheimen Staatspolizei.

Übelster fanatischer Rassismus wurde durch Medien, Schulen und Kirchen verbreitet. Alle Bücher, Filme, Schauspiele, Kunst oder Musik, die originell zu sein oder neue Fragen über Menschenleben und Kultur aufzuwerfen versuchten, wurden verbannt; sogenannte ‚entartete Kunst‘ wurde auf Scheiterhaufen geschichtet und angezündet.

Der große Dichter Heine hatte dereinst gewarnt: wo Bücher verbrannt werden, werden bald auch Menschen brennen. Hunderttausende Roma und Sinti, Homosexuelle, Ausländer und Behinderte wurden von den Nazis in Konzentrationslager gepercht und exekutiert.

Besondere Grausamkeit wurde an den Juden verübt. ‚Mischehen‘ wurden unter Strafe gestellt und aufgelöst. Juden wurden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens entfernt, verloren ihre Anstellung, mussten Schläge und Demütigungen in der Öffentlichkeit hinnehmen; ihre Häuser, Geschäfte und Synagogen wurden beschädigt und eingeäschert. Als ‚Untermenschen‘ beschimpft mussten sie überall einen gelben Stern tragen und wurden in Ghettos und Gefangenenlager getrieben. Als der deutsche Faschismus seine letzte tollwütigste Phase erreicht hatte, gelangte als Barbarei ohnegleichen der Plan für eine ‚Endlösung der Judenfrage‘ zur Ausführung.

Zuerst wurden ihnen zu Hunderttausenden in Aufstellung vor Massengräbern aufzumarschieren befohlen, dann wurden sie von Erschießungskommandos umgebracht. Zahllose andere starben bei Zwangsarbeit

oder man ließ sie an Hunger und Epidemien verrecken. Den Faschisten war diese Form des Massenmordes noch zu zeit- und geldaufwendig. So ersannen sie eine besonders scheußliche Ökonomisierung der Tötungsmaschinerie. In eigens für diesen Zweck gebauten Vernichtungslagern wurden jüdische Männer, Frauen und Kinder in ‚Duschen‘ zusammengepercht und dort mit dem tödlichen Gift Zyklon B vergast.

Insgesamt wurden 6 Millionen Juden durch Nazihand ermordet.

Benebelt durch den eigenen Wahn von der ‚rassischen Überlegenheit‘ des deutschen Volkes überzogen die Nazis ihre europäischen Nachbarstaaten mit einem rücksichtslosen Allfrontenkrieg um ‚Lebensraum‘. Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert wurde ganz Europa in ein einziges Schlachtfeld verwandelt.

Die Sowjetunion trug die Hauptlast der faschistischen Raserei. Als Hitlers Armeen in die UdSSR einfielen, erschossen sie jedes kommunistische Parteimitglied, jeden Politkommissar und Sowjetfunktionär, deren sie habhaft wurden. 20 Millionen Sowjetbürger ließen ihr Leben im 2. Weltkrieg.

Eine weitere Tatsache über die Nazis dürfen wir nie vergessen. Ihnen hätte vorher Einhalt geboten werden können.

Als Hitler die Macht übernahm, war die deutsche Arbeiterklasse in einer größeren, mächtigeren und disziplinierteren Bewegung organisiert als sonst wo in der Welt mit Ausnahme der Sowjetunion. Zwei Parteien, die reformistische Sozialdemokratische Partei (SPD) sowie die Kommunistische Partei (KPD) zählten eine millionenfache Mitgliedschaft und aktiven Anhang.

In den letzten Wahlen vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler betrug die Stimmenzahl für beide Arbeiterparteien zusammen rund 14 Millionen, mehr als die Nationalsozialisten aufbieten konnten. Jede Partei befehligte Zehntausende bewaffneter Milizionäre im Reichsbanner bzw. Rotfrontkämpferbund.

Zwischen Hitler und den Schalthebeln

der Macht stand eine mächtige Kraft, der es weder an zahlenmäßiger Stärke noch an Heldenmut der Basis gebrach. Wenn die deutschen Arbeiterführer mutig und klarsichtig genug gewesen wären, hätten die Faschisten komplett geschlagen werden können. Doch die Schlacht gegen die Faschisten wurde in Deutschland verloren, kaum dass ein Schuss fiel.

Hitler und die Nationalsozialisten

Hitler war ein geschworener Feind der Arbeiterbewegung. Aus der unteren Mittelschicht stammend, fand er in jungen Jahren keine Aufnahme an einer Kunstakademie und sah sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Er arbeitete auch für kurze Zeit auf dem Bau, aber konnte mit seinen Arbeitskollegen nicht auskommen, insbesondere weil er sich weigerte, in ihre Gewerkschaft einzutreten. Isoliert und dünkelfhaft verabscheute und fürchtete er die Arbeiterklasse zutiefst.

Hitler glaubte, dass Gesetz und Polizei nicht ausreichen würden, um eine so machtvolle Arbeiterbewegung wie die deutsche zu besiegen. Der gescheiterte Militärputsch von 1920 überzeugte ihn, dass sogar auf die Armee beim Vorgehen gegen das Volk kein Verlass war. Er erkannte, dass die Schaffung einer politischen Bewegung mit Massenanhang in ganz Deutschland notwendig war. Italien diente ihm hierbei als Vorbild.

Das Zurückweichen der Italienischen Sozialistischen Partei während der Revolutionsjahre 1919-1921 vor der Machtverantwortung brachte Mussolinis Faschistische Partei verstärkten Zulauf, besonders unter den Mittelschichten ein. Sie kam mit Unterstützung der Kapitalisten an die Macht und zerstörte alle Organisationen der Arbeiterklasse und alle demokratischen Freiheiten.

Hitler trat in eine kleine rechte Gruppierung, die Deutsche Arbeiterpartei, bald in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) umbenannt (wovon sich

die Kurzform Nazis ableitet), ein und wurde schnell zur führenden Figur. 1923 hatte seine Bewegung als extreme Reaktion auf die Gefahr des Kommunismus an Statur gewonnen und konnte Kundgebungen mit bis zu 50.000 Leuten abhalten.

Hitler erkannte, dass Marxismus und Sozialdemokratie ihre Stärke aus den Arbeitermassen bezogen, die auf Grund ihrer Lebensumstände zum Kampf gegen das System gezwungen waren. Seine Jugenderfahrungen in Österreich, vor allem die Größe, Disziplin, Militanz und politische Bildung der österreichischen Sozialdemokraten legten ihm die Notwendigkeit einer konterrevolutionären Massenpartei als Gegenpol zur Massenpartei der Arbeiterrevolution nahe. Als verschreckter Zuschauer eines gewaltigen sozialdemokratischen Vorbeimarsches zog Hitler seine eigenen Lehren:

„Die Massen lieben einen Befehlshaber mehr als einen Bittsteller und fühlen sich innerlich stärker befriedigt durch eine Lehre, die keine andere neben sich duldet...wenn der Sozialdemokratie eine Lehre von größerer Wahrheit, aber gleicher Brutalität der Methoden entgegentritt, wird die letztgenannte siegen, obwohl dies den erbittertsten Kampf erfordern kann.“

Dies führte Hitler zu ganz anderen Schlussfolgerungen als die meisten rechten Politiker. Statt seine Klientel passiv und aus der Politik herauszuhalten, trachtete er danach ganze Bevölkerungsteile zum Kampf ...gegen die Arbeiterbewegung aufzuwiegeln. Er wusste genau, wo diese Kräfte zu finden waren: in der zahlenmäßig großen Mittelschicht, dem Kleinbürgertum.

Die Ladenbesitzer, Freiberufler, Anwälte, Ärzte, kleinen Gewerbetreibenden und Händler spürten, wie zusehends unsicherer ihre Stellung wurde, als der deutsche Kapitalismus in die Krise der Zwischenkriegsperiode schlingerte. Hitler und die Nazis begannen diese Leute zu organisieren, zusätzlich Hunderttausende stungsloser und verzweifelter Arbeiter, die vom Rest der Klasse abgetrennt waren. Die Nazis lenkten die Wut dieser Massenbewegung ab vom Großkapital und auf die Arbeiterklasse und die Juden.

Um Massengefolgschaft zu erlangen, musste Hitler seine Ideen als radikal und manchmal antikapitalistisch ausgeben. Aber der Nationalsozialismus war ein zynisches Täuschungsmanöver. 1926 hatten die Nationalsozialisten sich auf die volle Unterstützung des Rechts der Reichen auf Privateigentum verpflichtet. Als sie dann an die Macht kamen, zerschlugen sie die Gewerkschaften und vergrößerten die Profite der Reichen um fast 10 % innerhalb von 5 Jahren, indem sie gleichzeitig die Arbeiterlöhne einfroren.

Während der 20er Jahre, als die Nazis immer mehr Anhang zusammentrommelten, trafen sich Hitler und seine Gefolgsleute regelmäßig mit den Reichen und Mächtigen, v.a. den Schwerindustriellen aus der Eisen-

Stahl- und Kohlebranche. Diese Bosse füllten die Kassen der Nazis.

Eine ökonomische Katastrophe erschütterte 1929 die kapitalistische Welt. Die Mittelschichten wurden immer verzweifelter, als das Kleinkapital zusammenbrach. 1932 gingen 5 Millionen Arbeiter in Deutschland auf dem Arbeitsamt stempeln. Die Gesellschaft spaltete sich tief, und die Menschen suchten in extremer Lage nach extremen Antworten. Als Deutschland immer mehr in eine revolutionäre Krise geriet, schwoll der Anhang der Kommunisten, aber auch jener für die Nationalsozialisten massiv an.

Die Bühne war hergerichtet zum letzten Gefecht. Alles hing davon ab, ob die Arbeiterparteien Kurs auf die Revolution nehmen, die Nazis schlagen und eine sozialistische Republik in Deutschland errichten würden, oder ob die Nazis die Macht ergreifen, die demokratische Republik abschaffen und die Arbeiterbewegung in Blut ertränken würden.

Die Feigheit der deutschen Sozialdemokratie

Ende der 20er Jahre hatte sich die SPD weit von der revolutionären Partei weg bewegt, die einst Marx und Engels so mühevoll geformt und dirigiert hatten.

1914 hatte sie mit dem Internationalismus gebrochen und die Gemetzeln des 1. Weltkrieges gutgeheißen. Die Jahre nach Deutschlands Niederlage im Krieg waren geprägt durch scharfe Auseinandersetzungen und revolutionäre Kämpfe. Die Monarchie Kaiser Wilhelms war gestürzt; Millionen von Arbeitern schauten nun auf die Sozialdemokratie in der Annahme, sie würde die Umwandlung Deutschlands in eine sozialistische Republik in die Wege leiten.

Aber die Führer der SPD hatten längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. Sie gingen eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien ein und taten alles, um eine Machtübernahme von Arbeiter- und Soldatenräten wie in Russland zu verhindern.

Sozialisten, die dem Marxismus treu geblieben waren, hatten eine revolutionäre internationalistische Bewegung, die Spartakisten, gegründet. 1919 errichtete die SPD-Spitze eine rechte Truppe namens Freikorps, die aus ehemaligen Soldaten und Offizieren bestand. Sie gingen äußerst gewalttätig gegen die revolutionären Arbeiter vor. Mit vollem Wissen und Beifall der SPD ergriffen und ermordeten Freikorpsleute Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg kaltblütig.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, dass die breiten Arbeitermassen sich nur langsam von den Organisationen und Parteien lösen, die sie zuerst zum politischen Leben erweckt haben. Trotz ihrer Verbrechen am Sozialismus erfreute sich die SPD weiterhin der Treue und des Zuspruchs

von Millionen Arbeitern, v. a. in den bedeutendsten Unternehmen und industriellen Kernbereichen.

Das Anwachsen des Nationalsozialismus Ende der 20er Jahre geht vornehmlich zu Lasten der SPD-Spitze.

Auf einer Welle von Arbeiterkämpfen landete die Partei im Mai 1928 einen überwältigenden Wahlsieg, während die NSDAP magere 2,6 % der Stimmen erhielt. Aber die SPD bildete ein Koalitionskabinett mit der offen kapitalistischen Deutschen Volkspartei, und jedes ihrer Wahlversprechen zog sie Zug um Zug wieder zurück. Diese Feigheit stieß die Mittelschichten ab, die den Glauben daran verloren, dass diese Arbeitermassenpartei irgendetwas bewirken könnte. Von dieser Desillusionierung profitierte die radikale Rechte.

Bis September 1930 waren die Arbeitslosenzahlen auf über 3 Millionen hochgeschwollen. Die SPD hatte stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Überall verlor sie bei Wahlen. Der Stimmenanteil der KPD erhöhte sich von 10 % auf 13 %, wurde aber weit in den Schatten gestellt von den Nationalsozialisten, deren Wählerschaft in zweieinhalb Jahren von 800000 auf 6 Millionen emporschoss, und die somit nach der SPD zur zweitstärksten Kraft in Deutschland avancierten.

Der Opportunismus und die Kompromisspolitik der SPD verwirrten die Arbeiter und trieben die Mittelschichten und Arbeitslosen in die Arme der Faschisten. Alles hing davon ab, ob die kommunistische Partei das Vertrauen der SPD-Anhänger erringen, sie millionenfach für ein gemeinsames Handeln zur Zerschlagung der Nazi-Banden gewinnen und dann die vereinte Arbeiterbewegung in einen Kampf für die sozialistische Revolution hätte führen können.

Stalin entwaffnet die Kommunisten

Bei korrektem politischen Kurs hätte die KPD durchaus die Chance dazu gehabt. Diese entscheidende Bedingung fehlte aber. Aber unter Führung der stalingetreuen Fraktion um Thälmann, Neumann und Remmele schätzte die KPD jeden Aspekt der Nazi-Gefahr falsch ein.

Sie missverstand den Charakter des Faschismus. Anders als die übrigen Rechtsparteien organisierte er kämpfende Massenverbände zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung auf der Straße. Doch die KPD-Führung sah keinen Unterschied zu allen anderen Formen der kapitalistischen Reaktion, statt hervorstreichend, was am Faschismus distinkt war.

Unfassbar: sie erklärten sogar, dass die Nazis nicht der unmittelbare Feind wäre. Das sei vielmehr die SPD, in Stalins Worten nur 'der gemäßigte Flügel des Faschismus'. Nazis und Sozialdemokraten wären 'keine Gegenspieler, sondern Zwillinge'.

Nach der opportunistischen Phase 1924

bis 1928, als Stalin die kommunistische Internationale zur Niederlagepolitik in Britannien und China geführt hatte, schwenkten die Bürokraten plötzlich heftig nach ultra-links. Stalin verkündete die 'dritte Periode', in der nun der Endkampf gegen den Kapitalismus ausgefochten werden sollte.

Die Sozialdemokraten wurden zu Erzfeinden der Arbeiterklasse, zu 'Sozialfaschisten' gestempelt, die gefährlicher als Hitler und die echten Faschisten wären. Der Sieg über den Sozialfaschismus wurde zur Hauptaufgabe gemacht. Wenn Hitler an die Macht käme, würde er sich, so die Stalinisten, nicht lange dort halten. Nach Hitler, wenn er die SPD abgefertigt hatte, „kommen wir“, tönte die KPD.

Stalins Generallinie hätte für die Arbeiterklasse nicht schädlicher ausfallen können. Die KPD lehnte den Aufruf für einen gemeinsamen Kampf mit der SPD und ihrem massenhaften Arbeiteranhang gegen die Nazis ab.

Trotzki schlägt Alarm

Trotzki war der einzige in der internationalen kommunistischen Bewegung, der den wahren Charakter der faschistischen Gefahr verstanden und einen Aktionsplan entwickelt hatte, mit dem Hitler hätte besiegt werden können. 3 Jahre lang schrieb Trotzki fernab des Geschehens von seiner isolierten türkischen Verbannunginsel Prinkipo mit äußerstem Einsatz eine Reihe von glänzenden Artikeln und Pamphleten, um die KPD wachzurütteln vor der ihr bevorstehenden Todesgefahr und den schrecklichen Auswirkungen von Stalins Politik für die deutschen Arbeiter und die ganze Welt.

Trotzki erklärte die Ursprünge des Faschismus in der niedergehenden kapitalistischen Gesellschaft und seine spezielle Funktion für die Bourgeoisie:

„Die Bourgeoisie führt ihre Gesellschaft in den völligen Bankrott. Sie ist unfähig, dem Volk Brot oder Frieden zu sichern. Genau deswegen kann sie die demokratische Ordnung nicht mehr tolerieren. Sie ist gezwungen, die Arbeiter durch die Anwendung von körperlicher Gewalt zu schlagen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern kann jedoch nicht allein durch die Polizei beendet werden. Es ist darüber hinaus oft unmöglich, die Armee gegen das Volk einzusetzen. Es fängt mit der Auflösung an und endet mit dem Übergang großer Teile der Soldaten auf die Seite des Volkes. Daher muss das Finanzkapital bewaffnete Sondertrupps aufstellen, die zur Bekämpfung von Arbeitern ausgebildet werden wie bestimmte Hundezüchtungen zur Jagd auf Wild abgerichtet werden. Die historische Funktion des Faschismus ist die Zerschlagung der Arbeiterklasse, die Zerstörung ihrer Organisationen und die Erstückung politischer Freiheiten, wenn die Kapitalisten sich selber nicht in der Lage sehen mit Hilfe der demokratischen Maschinerie zu regieren und zu dominieren.“

Die Faschisten finden ihr Menschenmaterial weitgehend im Kleinbürgertum...seine Unzufriedenheit, Empörung und Verzweiflung werden durch die Faschisten weg vom Großkapital abgelenkt auf die Arbeiter.“

Für Trotzki war es eine verbrecherische Abwegigkeit, die Sozialdemokratie als Spielart des Faschismus zu bezeichnen. Die SPD diente zwar den Kapitalisten an der Regierung, aber nur durch den Rückhalt bei der Arbeiterschaft über den Weg von demokratischen Wahlen. Die Faschisten hingegen wären den Kapitalisten nützlich durch die Beseitigung demokratischer Rechte und die Ausschaltung aller unabhängigen Arbeiterorganisationen...einschließlich der SPD.

Millionen von sozialdemokratischen Arbeitern waren sich der tödlichen Bedrohung durch den Faschismus wohl bewusst und bereit, dagegen anzugehen. Die SPD-Führer, stets auf friedliche legale Mittel bedacht, trachteten danach, dies zu unterbinden, denn organisierte Militanz gegen die Nazis hätte leicht in Bürgerkrieg und Revolution enden können. Die Aufgabe der Kommunisten lag in der Erkundung von Wegen, die Mitglieder- und Anhängerschar der SPD gegen ihre Führung und auf einen gemeinsamen Kampf gegen die Nazis einzustellen. Die Schmäherung der SPD als 'sozialfaschistisch' konnte nur das genaue Gegenteil bewirken.

Trotzki argumentierte, dass die KPD mit einem einfachen Aufruf an die Sozialdemokratie herantreten sollte: für eine Arbeiter-einheitsfront gegen den Faschismus.

Dies bedeutete, dass die Kommunisten der SPD Abkommen auf allen Ebenen anbieten sollten, um die praktische Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Terror der Nazi-Banden zu organisieren. Die KPD sollte erklären, dass sie die SPD-Büros, Versammlungen und Presse gegen NS-Angriffe schützen wolle und von den Sozialdemokraten eine gleichlautende Garantie auf Gegenseitigkeit verlangen. In jeder Fabrik, Gemeinde oder Region sollten gemeinsame Parteitreffen - Basis und Führung - zur Beratung darüber stattfinden, wie man es mit den Nationalsozialisten aufnehmen und sie vernichten soll.

Dieser einfache Vorschlag wäre für Millionen sozialdemokratischer Arbeiter sofort verständlich gewesen, und die KPD hätte sich bei ihnen damit auf Dauer Achtung erwerben können. Wenn sich die SPD-Führer einer solchen Einheitsfront verweigert hätten, wäre ihren Anhängern klar geworden, dass nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Faschisten sabotieren würden. Die Kommunisten konnten mit einer solchen Taktik also nur gewinnen. Trotzki erklärte:

„Das Aktionsprogramm muss ganz praktischer Art, streng objektiv sein, ohne einen dieser künstlichen 'Ansprüche', ohne Einschränkungen, so dass die sozialdemokratischen Arbeiter untereinander sagen können: was die Kommunisten vorschlagen, ist

völlig unverzichtbar für den Kampf gegen den Faschismus.“

Die Stalinisten verunglimpften Trotzki's Vorschlag. Sie beschuldigten ihn, er wolle die SPD unterstützen, die Unabhängigkeit der kommunistischen Partei opfern und ein Reformist, ja gar selber ein 'Sozialfaschist' zu sein. Damit bewiesen sie nur ihre völlige Missachtung der Geschichte und Grundsätze des Marxismus.

Die Einheitsfront war eine Taktik, ähnlich der Taktik der Bolschewiki in gemeinsamer Abwehr mit den Kerenski-Anhängern 1917 gegen die Bedrohung durch den Kornilow-Putsch. Die Folge war nicht nur die Niederschlagung des Putsches, sondern auch die Stärkung der Bolschewisten gegenüber Kerenski, der nur schwach und halbherzig gegen Kornilow kämpfte (vgl. Kapitel 2).

In ähnlicher Form war die Einheitsfront gegen den Faschismus nicht nur zur Zerschlagung des Nationalsozialismus gedacht, sondern zugleich für einen Wachstumsschub der KPD auf Kosten der SPD. Deshalb betonte Trotzki die Selbständigkeit der Kommunisten, um zu keiner Zeit die Grenzen zwischen dem reformistischen SPD-Programm und den revolutionären Zielen der Kommunisten zu verwischen:

„...parlamentarische Kompromisse zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie nützen in der Regel der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, Kampfziele nützen immer der revolutionären Partei... Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder mit den Führern der Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, aber vereint schlagen! Abkommen nur darüber, wie, gegen wen und wann loszuschlagen ist! Eine solche Übereinkunft kann mit dem Teufel selber getroffen werden, mit seiner Großmutter und sogar mit [den SPD-Führern] Noske und Grzesinski. Unter einer Bedingung: sich nicht die Hände zu binden.“

Immer aufs Neue wandte sich Trotzki an die millionenstarke KPD-Gefolgschaft und versuchte klar zu machen, dass hinter der stalinistischen Ablehnung der Einheitsfront ein tiefes Misstrauen gegen die Kraft der Arbeiterklasse, die Nationalsozialisten überhaupt bezwingen zu können, steckte, letzten Endes ihre Kampfscheu zu entschuldigen wollen. Trotzki versuchte die KPD-treuen Mitglieder mit leidenschaftlichsten und dringlichsten Aufrufen anzusprechen:

„...unter den kommunistischen Funktionären befinden sich nicht wenige feige Karrieristen und Schwindler, deren Pöstchen, Einkünfte und mehr noch, deren Haut, ihnen teuer sind. Diese Kreaturen sind sehr geneigt, ultraradikale Töne zu spucken, hinter denen jedoch ein elender und verachtungswürdiger Fatalismus hervorlugt. 'Ohne Sieg über die Sozialdemokratie können wir den Faschismus nicht bekämpfen!' sagen solche schrecklichen Revolutionisten, und aus dem

Grund... halten sie ihre Pässe bereit.

Arbeiter-Kommunisten, ihr seid Hunderttausende, Millionen; ihr könnt nirgendwohin abhauen; es gibt nicht genügend Pässe für euch. Sollte der Faschismus an die Macht kommen, wird er über euren Schädel und euer Rückgrat wie ein furchtbarer Panzer hinwegrollen. Euer Heil liegt im unbarmherzigen Kampf. Und nur eine kämpfende Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann den Sieg bringen. Beeilt euch, Arbeiter-Kommunisten, ihr habt nur noch sehr wenig Zeit!“ - Sein Ruf verhallte ungehört.

...und sie weigerten sich, die Reihen zu schließen

Die Sturmtruppen von Hitlers SA verprügelten und schüchterten Sozialisten, Gewerkschaftsaktivisten und Juden ein und hielten ihre eigenen uniformierten Aufmärsche in den Straßen deutscher Städte ab. Auch SPD-Mitglieder konnten die Augen nicht vor der Notwendigkeit zur Selbstverteidigung verschließen. Ende 1931 wurde der Druck aus den eigenen Reihen so groß, dass die Parteiführung etwas unter den Augen ihrer eigenen Reihen unternehmen musste.

Sie starteten eine Kampagne unter dem Namen Eiserne Front, um sich den Anschein des Handelns zu geben, die Aktivitäten aber sämtlich im friedlichen und gesetzlichen Rahmen zu halten. Die Reichsbanner-Miliz wurde ins Bündnis gebracht mit allen möglichen ehrenwerten Prominenten, die sich in irgendeiner Weise gegen die Nazis äußerten, unter einer Bedingung: dass keine militante Aktion stattfand. Trotzki konnte genau sehen, was es mit der Eisernen Front auf sich hatte:

„Die Eiserne Front ist im wesentlichen ein Block von zahlenmäßig machtvollen sozialdemokratischen Gewerkschaften mit machtlosen Gruppen von bürgerlichen ‘Republikanern’... wenn es zum Kampf kommt, sind Leichen unnütz, aber sie kommen gerade richtig, um die Lebenden vom Kampf abzuhalten. Ihre bürgerlichen Verbündeten dienen den sozialdemokratischen Führern als Zügel um den Hals der Arbeiterorganisationen.“

Doch gleichzeitig bekämpften viele SPD-Aktiven in der Eisernen Front die Faschisten und legten Waffenlager an. Ein Reichsbannerhauptmann ließ verlauten, dass unter den Massen eine echte Stimmung für die Bildung einer Einheitsfront herrsche, und falls nötig würde er sie über die Köpfe der Führer hinweg herstellen.

Aber die ultralinke Taktik der KPD lieferte der SPD-Führung die Vorwände zur Sabotage der Einheitsfront frei Haus. Als mit Breitscheid, ein SPD-Führer, die Einheitsfront forderte, wies die KPD dies postwendend zurück. So konnten die SPD-Spitzen natürlich behaupten, dass die Kommunisten den Faschismus gar nicht ernsthaft bekämpfen

würden, sondern lediglich an der Zerschlagung der SPD interessiert wären.

Bestärkt wurden sie darin durch die stalinistische ‘Theorie’ vom Sozialfaschismus. Ein KPD-Häuptling in Chemnitz entblödete sich sogar nicht, zu meinen: „Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel: die Vernichtung des Kapitalismus und der Sozialdemokratischen Partei.“

Anstelle des wirklichen Bemühens um eine Einheitsfront formierte die KPD ihre eigene Frontorganisation, die Antifa (Antifaschistische Aktion). Sie schlug sich wacker in militanten Auseinandersetzungen gegen die Nationalsozialisten, aber KPD-Führer Thälmann erklärte, jedes einheitsfrontwillige SPD-Mitglied solle der Antifa individuell beitreten. Er legte dies als Einheitsfront von unten aus, ohne die SPD-Führer direkt anzusprechen.

Trotzki spottete darüber und sagte, dass die SPD-Mitglieder eine wirkliche Einheitsfront zwischen beiden Parteien wollten und keinen einfachen Aufruf zum Eintritt in eine ‚vorgefertigte‘ KPD-Frontorganisation.

Zur gleichen Zeit unternahm die KPD abscheuliche taktische Manöver, womit sie die SPD-Mitgliedschaft abstieß. 1931 setzte die NSDAP eine Kampagne zum Sturz der SPD-Regierung im Staat [der bei weitem bedeutendsten Provinz Deutschlands] Preußen in Gang. Sie sammelten genügend Unterstützung, um einen Volksentscheid zu diesem Thema zu erwirken.

Die KPD trat zunächst korrekt gegen das Referendum ein. Doch dann leistete sie sich einen verbrecherischen Fehlgriff. Sie schrieb an die SPD-Führung und forderte sie zur Bildung einer Einheitsfront auf, jedoch begleitet von der Drohung, mit den Faschisten zu stimmen, falls die SPD der Forderung nicht nachkäme!

Dieser plötzliche und ungereimte Schwenk von einer Ablehnung der Einheitsfront zu deren Bejahung in Verbindung mit erpresserischen Drohungen fütterte die SPD-Führer mit einem willkommenen Argument, sich einer Einheitsfront mit Kommunisten entziehen zu können. Sie konnten gegenüber ihren Mitgliedern darauf verweisen, dass die KPD nicht vertrauenswürdig sei, wenn sie sich ebenso leicht mit den Nazis wie mit ihnen zusammentun würde. Nach Zurückweisung des Thälmannschen Ansinnens durch die SPD-Spitze wurden die Arbeiter auf das demoralisierende und unwürdige Schauspiel des gemeinsamen Vorstoßes von KPD und NSDAP zur Amtsenthebung der SPD-Regierung zurückverwiesen.

1932 zeigte die verhängnisvolle Politik von SPD- und KPD-Führungen Wirkung. Man ließ jede Gelegenheit zur Zerschlagung des Faschismus verstreichen. Noch im November des Jahres übertraf die Wählerschaft beider Arbeiterparteien die Stimmenzahl der NSDAP. Aber als Präsident Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, hatten die Faschisten die Regierung übernommen, kaum dass

ein Schuss gegen sie gefallen wäre.

Die formale Demokratie bis zum bitteren Ende als Fetisch anbetend erklärte die SPD, Hitlers Ernennung sei nach dem Gesetzesbuchstaben erfolgt. Deswegen rief sie nicht zu Aktionen dagegen auf. Die Führer des Gewerkschaftsverbandes ADGB wurden veranlasst, Bittschriften an die Nazis einzureichen, in denen das Versprechen abgegeben wurde, die Regierung nicht destabilisieren zu wollen, solange ihre Organisationen legal operieren dürften. Sie erhielten den Lohn für ihre Feigheit; innerhalb weniger Monate verbot Hitler die Gewerkschaften [mit dem 1. Mai 1933] und die SPD [als Partei mit deren Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes 1933].

Die KPD durchlief eine Periode wilder politischer Schwenks. Sie beharrte auf ihrer Linie, dass selbst nachdem die Nazis an der Macht waren, weiterhin die SPD die Hauptgefahr darstellen würde. Als schließlich auch Jagd auf die KPD-Führer gemacht wurde [nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933, beginnend mit dem 1. März danach], vollführte Stalin eine politische Wende um 180 Grad. Über die Kommunistische Internationale ließ er eine neue KPD-Linie von oben ausgeben und rief die Führer der SPD zu einer Einheitsfront auf; er ging dabei sogar noch einen Schritt weiter, indem er der KPD dazu nötigte, jegliche politische Kritik an der SPD fallen zu lassen. Lenins und Trotzki Konzept des gemeinsamen Handelns bei politisch getrennten Marschblöcken war für Stalin immer noch ein Buch mit sieben Siegeln.

Dann platzte die Bombe. Die Kommunistische Internationale verkündete unbekümmert am 7. April 1933, die politische Linie der KPD sei ‘bis zu und während Hitlers Staatsstreich vollkommen korrekt gewesen!’ Aus dem kläglichen Zusammenbruch der stärksten Arbeiterbewegung der Welt wurden also keine Lehren gezogen! Trotz der Zickzack-Politik, der zusammenhanglosen und kontraproduktiven Taktiken zum Stopp Hitlers, trotz der gescheiterten Verhinderung von Hitlers Machtantritt, dem totalen Sieg des Nationalsozialismus, ja, dem Verbot der KPD und der Verhaftung Thälmanns behauptete Stalin noch, die KPD hätte jederzeit richtig gehandelt.

Noch besorgniserregender für wahre Kommunisten war der Umstand, dass nicht eine einzige Sektion der Internationale gegen diese Linie stimmte oder gewagt hätte, sie zu kritisieren. Die Todesglocke für die Kommunistische Internationale ertönte.

Wie es hätte anders kommen können...

Wenn Trotzki Politik von den deutschen Kommunisten angenommen worden wäre, hätte das Resultat anders ausgesehen. Die SPD-Führer wären machtlos gewesen, die Bildung einer Einheitsfront zusammen mit der KPD endlos aufzuschieben. Zusammen

hätten Reichsbanner Schwarzrotgold und Rotfrontkämpfer, die Riesenkraft der Gewerkschaften und der 14 Millionen Wähler der Arbeiterparteien im Rücken, die Nazi-Banden aufmischen können.

Die Mittelschichten hätten allmählich das Vertrauen in die Faschisten verloren, weil die Arbeiterparteien ihren Worten auch Taten hätten folgen lassen, indem sie die SA durch unmittelbaren militärischen Masseneinsatz zerschmettert hätten, und den Eindruck erwecken konnten, dass sie imstande wären, Deutschland Frieden und Ordnung zu bringen.

Die SPD-Mitgliedschaft wäre mit dem Geist neuer Achtung und Kameradschaft gegenüber ihren Mitkämpfern von der KPD erfüllt worden. Gemeinsame antifaschistische Komitees in Städten und an den Arbeitsstätten hätten sich daran begeben können, die Geschicke der Arbeiterbewegung in die Hand zu nehmen durch Einbezug von anderen Abordnungen, und hätten allmählich die Gestalt von deutschen Sowjets angenommen. Mit fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit, nachdem die NSDAP zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden wäre, hätte auch einer wachsenden Anzahl von sozialdemokratischen Arbeitern die Notwendigkeit zur Schaffung einer Arbeiterrepublik vor Augen geführt werden können.

Ebenso würde sich die Feigheit der SPD zusehends vor der eigenen Anhängerschaft entlarven, so dass die KPD eine feste Mehrheit unter der deutschen Arbeiterklasse erringen könnte, ähnlich wie die Bolschewiki den Menschewiki von Februar bis Oktober 1917 den Rang abgelaufen hatten. Das Ergebnis wäre die Revolution gewesen, aber diesmal nicht in einem rückständigen halbfeudalen Reich wie Russland, sondern in der europäischen Industriehochburg.

Ein Arbeiterdeutschland wäre auch sofort der Sowjetunion zu Hilfe geeilt, hätte die Isolation aufgebrochen und die ganze soziale Basis von Stalins konservativer Kaste schicksalhaft unterhöhlt. Über die Knochen des Faschismus hinweg hätte die Weltrevolution einen ungeahnten Auftrieb erhalten.

Aber es sollte nicht sein. Anstelle eines Bollwerks für den Sozialismus hatten Sozialdemokratie und Stalinismus ein anderes Schicksal für Europa vorbereitet: eine faschistische Barbarei aus Genoziden an ganzen Völkern, Hunger und Krieg.

Frankreich 1934 - doch noch Einheit?

Der Sieg des Nazismus in Deutschland hinterließ einen tiefen Eindruck auf die Arbeiterbewegungen der übrigen europäischen Staaten. In Österreich kämpfte der Schutzbund, eine Miliz der sozialdemokratischen Massenpartei, tapfer aber vergebens gegen einen Staatsstreich des klerikalfaschistischen Dollfuß. In Frankreich nahmen die Ereignisse einen Verlauf, der die Sozialis-

tische und Kommunistische Partei in eine Einheitsfront gegen den Faschismus wider den Willen ihrer Führer trieb.

Am 6. Februar 1934 brandete eine große faschistische Antikorruptions-Demonstration gegen das französische Parlamentsgebäude und sprengte die Versammlung. Die Parlamentsabgeordneten flohen, und der Premierminister Daladier von der bürgerlichen Radikalen Partei trat zurück.

Der Faschismus war auf dem Vormarsch, und diese Tatsache durchfuhr die französische Arbeiterbewegung wie ein Elektroschock.

Die Kommunistische Partei Frankreichs war brav Stalins sektiererischer 'Sozialfaschismus'-Politik gefolgt. Am 6. Februar hatte sie auch vor dem Parlament demonstriert, und viele ihrer 30.000 Mitglieder hatten sich sogar unter die Faschisten gemischt. Unter Verweigerung einer Einheitsfront mit den Sozialisten hielten sie am 9. Februar eine eigene antifaschistische Kundgebung ab und liefen in eine blutige Polizeifalle, in der 6 kommunistische Arbeiter ihr Leben ließen.

Aber die einfachen Mitglieder unter den Kommunisten begannen diese Erfahrung zu beherzigen. Am 12. Februar setzten sich zwei Marschsäulen, eine kommunistisch, die andere sozialistisch, ins Herz von Paris in Bewegung. Die Ordner der KP versuchten vergebens, die Arbeiter gesondert zu halten. D. Guerin, ein Beobachter der Geschehnisse, beschrieb die Szenerie:

„Der kommunistische Block schwenkte um die zentrale Insel herum in die eine, der sozialistische Block in die andere Richtung. Als ihre Verbände sich begegneten, erscholl der Ruf 'Einheit, Einheit', und die Menschenwogen schlossen sich zusammen und verschmolzen miteinander. Unter Absingen der Internationale bewegten sich die Massen nun gemeinsam vorwärts in dichtgedrängten Reihen quer über die gesamte Trabrennbahn von Vincennes.“

Die Arbeiter hatten die Einheitsfront selber hergestellt. Ihre spontane Vermischung bewies Frankreich und der Welt, dass sie willens und fähig waren, miteinander den Faschismus zu bekämpfen. Damit führten sie Stalins Kurs ad absurdum. Ohne grünes Licht aus ihrer Parteizentrale abzuwarten, formierten KP-Mitglieder in ganz Frankreich Einheitsfrontausschüsse mit den Sozialisten, um der Gefahr des Faschismus entgegen zu stehen.

Wochenlang versuchten die Parteiobere der französischen KP noch, die alte Linie des 'Sozialfaschismus' beizubehalten. Dann wurde im Mai plötzlich die Kehrtwende vollzogen... natürlich aus Moskau. Die französischen Kommunisten sollten also jetzt eine Einheitsfront mit 'Sozialfaschisten' bilden? ! Die Gründe für diesen Sinneswandel hatten kaum etwas mit einem Bedürfnis zur Verteidigung der Arbeiterorganisationen zu schaffen, denn schließlich war Stalin ja auch ungerührt geblieben, als die deutschen

Kommunisten zermalmt worden waren. Der Schlüssel hierzu lag vielmehr in der Außenpolitik der Kreml-Bürokratie.

Die Theorie vom 'Sozialismus in einem Land' bedeutete, dass die Hauptaufgabe kommunistischer Parteien weltweit nicht die Revolution im jeweils eigenen Land, sondern die Verteidigung der Sowjetbürokratie darstellte. Bis zum Frühjahr 1934 hatte Stalin einen Pakt mit Deutschland gesucht und – unfassbar – zunächst nicht glauben wollen, dass Hitlers Machtantritt ein Hindernis dafür wäre:

„Natürlich sind wir nicht gerade begeistert über die faschistische Regierung in Deutschland. Aber es ist keine Frage des Faschismus hier, denn trotz der faschistischen Herrschaft in Italien hat das die UdSSR beispielsweise nicht davon abgehalten, die besten Beziehungen mit diesem Land zu unterhalten. Aber es wäre etwas anderes, wenn Hitler eine ‚neue‘ Politik verfolgen würde, die im wesentlichen den Kurs des deutschen Ex-Kaisers wieder aufnehmen würde, der einst zugleich die Ukraine besetzen und auf Leningrad marschieren ließ...“

Diese 'neue' Politik kam sehr schnell zum Vorschein und zerstörte Stalins Hoffnungen auf 'beste Beziehungen' zu den Nazi-Mördern. Trotz seiner gastfreundlichen Diplomatie gegenüber den Nazis wollten die Deutschen am 14. April 1934 keinen gemeinsamen Pakt mit der UdSSR unterzeichnen.

Stalin musste nun nach neuen imperialistischen Verbündeten für die 'Verteidigung' der Sowjetunion Ausschau halten. Plötzlich, als die UdSSR gerade Verhandlungen mit dem französischen Imperialismus aufgenommen hatte, erhielt der Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den französischen Faschismus einen neuen Aspekt für die Stalinisten.

War die Einheitsfront also ein geeignetes Hilfsmittel für die Kommunisten, um die Massen, die auf die reformistische Sozialistische Partei blickten, vorwärts zu treiben zum Kampf für die Revolution? Bedeutete sie eine Rückkehr zu Lenins Politik der Einheitsfront, die Millionen einstiger Anhänger der Menschewisten zu Gefolgsleuten der Bolschewisten überredet hatte? - Nein. Der Kommunistenführer Thorez, der sich zuvor noch für eine 'unnachsichtige' Kampagne gegen die 'Sozialfaschisten' stark gemacht hatte, versicherte nunmehr, dass es weder in Wort noch Schrift in der kommunistischen Propaganda „die leisesten Angriffe gegen Organisationen oder Führer der Sozialistischen Partei gäbe“.

In Nullkommanichts hatten die Stalinisten wieder einmal von Sektierertum auf weitreichenden Opportunismus umgeschaltet. Während des kommenden Jahres wurde der ständige Abtrieb der französischen Kommunisten nach rechts zu einer Belastung. Die KP erweiterte ihren Bündnisrahmen auf die Hauptvertreterin des demokratischen Kapitalismus in Frankreich, die korrupte und dis-

kreditierte Radikale Partei. Eine neue Politik war geboren: die Volksfront.

Eine Politik mit ungeheuren Auswirkungen. Im Mai 1935 unterschrieb Stalin ein Abkommen mit dem französischen Minister Pierre Laval. In einer amtlichen Verlautbarung dazu bemerkte Stalin, dass er „vollstes Verständnis und Billigung für die nationale Verteidigungspolitik Frankreichs aufbringe, die das Ziel habe, seine Streitkräfte auf einem Standard in Einklang mit seinen Sicherheitsinteressen zu erhalten.“

Kurz, damit billigte Stalin nun die Aufrüstungspolitik des französischen Imperialismus. Die Politik Lenins, Liebknechts und Luxemburgs hingegen lautete 'keinen Groschen, keinen Mann' für die Verteidigung des Imperialismus, Kampf gegen alle Pläne der imperialistischen Mächte, gegen Militarismus und Massenmorde des imperialistischen Krieges – all' dies wurde durch einen einzigen Federstrich ausgemerzt.

Frankreich hatte koloniale Besitzungen in Afrika und Indochina; es unterjochte Kolonialvölker in blutiger rassistischer Unterdrückung zwecks Ausplünderung ihrer Länder. Für die Stalinisten kein Problem! Die französische KP ging auf Linie, sie ließ ihren Feldzug gegen das Rüstungsprogramm der Regierung und im weiteren Verlauf auch jeglichen Anspruch als revolutionäre Partei fallen. Die Kommunistische Internationale war letzten Endes zum Reformismus übergegangen.

Gegen die Volksfront

Die Stalinisten orientierten auf eine Allianz mit den 'demokratischen' Kapitalisten, um den Vormarsch des Faschismus in Frankreich zu unterbinden. Trotzki schaute in die entgegengesetzte Richtung: auf die Arbeiterklasse.

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) besaß eine kleine Anhängerschar in Frankreich, die Kommunistische Liga. Sie zählte kaum mehr als hundert Genossen, aber eine tonnenschwere Verantwortung lastete auf ihren Schultern, nämlich die fortgeschrittensten Teile der französischen Arbeiterklasse als revolutionäre Antwort auf die sich zuspitzende Krise zusammenzuführen.

Der Aufstieg des Faschismus war nicht die einzige Bedrohung für die französischen Arbeiter. Er war ein Anzeichen für ein tiefer sitzendes Problem, den Niedergang des Kapitalismus. Immer größere Teile des Kleinbürgertums wandten sich von der Radikalen Partei ab und strömten den Faschisten zu. Grund dafür waren die furchtbare Wirtschaftskrise, die Korruption von Ministern der Regierungspartei, der Ruin der kleinen Geschäfte und Bauernhöfe durch die Banken sowie die Armut, entstanden aus den Attacken der Regierung auf Löhne und Lebensstandard.

Während dieser Zeit lebte Trotzki in Frankreich. Zwar wollte ihn die französische Regierung im April abschieben, aber kein

anderes Land war bereit, ihn aufzunehmen. Er war unter diesen Umständen in der Lage, einen Großteil seiner Aufmerksamkeit auf den Aufbau der Kommunistischen Liga zu richten. Das geschah in zweifacher Hinsicht. Zunächst half er bei der Erstellung eines neuen Programms für die französischen Revolutionäre. Danach entwickelte er neue Taktiken, um das Bestreben zum Aufbau der Vierten Internationale an breitere Schichten der französischen Arbeiterklasse heranzutragen.

Das 'Aktionsprogramm für Frankreich' wurde im Juni 1934 veröffentlicht. Es war als Anleitung zum Handeln für die gesamte Arbeiterbewegung gedacht.

Zum Ausgangspunkt nahm das Programm die sich verschärfende Krise des Kapitalismus. Es deckte den einzigen Ausweg für die Kapitalisten auf: „noch mehr Elend für die arbeitenden Massen! Unterdrückung aller Reformen, selbst der unbedeutendsten! Unterdrückung des demokratischen Regimes!“ Darum trachtete die Kapitalistenklasse nach dem Faschismus als einziger Möglichkeit, 'die organisierte Arbeiterklasse aus dem Weg zu schaffen'. Am Ende stünde dann, so sagte Trotzki voraus, ein neuer Weltkrieg von weit furchtbarer Zerstörungskraft als der vergangene.

Trotzki zeigte auf, wie die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Selbstverteidigung in die Möglichkeit münden könnten, den Kapitalisten die Macht zu entwenden. Er trug Forderungen vor, die eine Brücke vom Widerstand zur Revolution schlagen und die Arbeiter zur Errichtung ihrer eigenen Kontrolle über die Gesellschaft hinführen würden.

Das Aktionsprogramm wies die reformistische Forderung in die Schranken, dass die bürgerlich-kapitalistische Regierung die Faschisten entwaffnen sollte. Darin stand:

„Wir weigern uns, die verbrecherische Illusion zu verbreiten, dass sich die kapitalistische Regierung wirklich dazu bequem machen kann, die kapitalistischen Banden zu entwaffnen. Die Ausgebeuteten müssen sich selbst gegen die Kapitalisten verteidigen.“

Deshalb erhoben die französischen Trotzlisten die Losung von der Bewaffnung der Arbeiterklasse und dem Aufbau von Arbeitermilizen.

Das Programm schloss mit einem Aufruf an die Arbeiterklasse, nicht bloß die Faschisten zu zerschmettern, sondern das kapitalistische System, das ihnen Waffen und Stärke gibt:

„Die Gesellschaft, die nur mittels eurer Arbeitskraft bestehen kann, fault vor sich hin, weil die herrschende Bourgeoisie keine ihrer verhassten Privilegien aufgeben will. Um sie zu bewahren, hält die Bourgeoisie faschistische Banden bereit, die eure Existenz bedrohen.“

Am 12. Februar habt ihr eure Macht und Entschlossenheit dargestellt, euch dieser Gewalt nicht zu beugen. Aber an jenem Tag haben euch eure Führer verraten: sie

haben euch keine konkrete Losung, keine ernsthafte Kampfperspektive aufgezeigt. Um Stärke zu erreichen, um das Recht auf Leben zu verteidigen, nicht mehr für die Bereicherung einer Minderheit von schamlosen Ausbeutern zu arbeiten - bereitet eure Revolution vor, schließt euch der Aktion der Kommunistischen Liga an!“

Die Stalinisten behandelten das Programm der Trotzlisten voller Verachtung. Sie verteufelten besonders den Aufruf zu Arbeitermilizen als 'Provokation' - als ob die Faschisten von ihren Attacken ablassen würden, wenn die Arbeiter sich nicht mehr dagegen wehren würden! Sie meinten, dass die Bewaffnung der Arbeiter erst in einer revolutionären Situation möglich wäre, was, wie Trotzki ausdrückte, „bedeutet, dass die Arbeiter sich abschlagen lassen müssten, bis die Lage revolutionär wird.“ Für die Stalinisten würde eine Miliz nur die entschlossensten Kämpfer von den Arbeitermassen isolieren, stattdessen riefen sie zur 'massenhaften Selbstverteidigung' auf. Dem entgegenetzte Trotzki:

„Aber was ist diese 'Selbstverteidigung der Massen' ohne Kampforganisationen, ohne spezialisierte Militärkader [Offiziere], ohne Waffen? Mit der Übergabe der Verteidigung gegen den Faschismus an unorganisierte und unvorbereitete, sich selbst überlassenen Massen würde man eine unvergleichlich niedrigere Rolle als Pontius Pilatus spielen...“

Ohne den Rückhalt der Massen ist die Miliz nichts. Aber ohne organisierte Kampf-abteilungen werden selbst die heldenhaftesten Massen Stück für Stück von den faschistischen Banden zerschlagen. Es ist Unsinn, die Miliz der Selbstverteidigung gegenüberzustellen. Die Miliz ist ein Organ der Selbstverteidigung.“

Die spanische Revolution

Die größte Klassenschlacht der 30er Jahre tobte während der Revolution und des Bürgerkriegs in Spanien. Hier fochten die Kräfte der Arbeiterklasse mit der Waffe in der Hand einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Faschismus. Kämpfer von überall her eilten zur Verteidigung der spanischen Republik.

Im Februar 1936 kam die Volksfront unter Beteiligung der Sozialistischen und Kommunistischen Parteien in Spanien an die Macht. Getreu der Politik von Sozialdemokratie und Stalinismus wählten und unterstützten sie einen kapitalistischen Politiker namens Azaña als Regierungschef. Als Azaña mit Prieto ein Mitglied des rechten Flügels der Sozialisten zum Premierminister berufen wollte, begehrte die sozialistische Parteibasis gegen dieses Manöver auf und konnte Prietos Ernennung erfolgreich verhindern.

Im Juni bewiesen die spanischen Arbeiter, dass auch eine Volksfront nicht ausreichen würde, um ihre Kämpfe im Zaum zu halten. Sie führten einige Massenstreiks durch und versetzten die Kapitalisten in Panik. Obwohl die KP der Regierung ihre volle Unterstüt-

zung zusicherte, gelangte die Bourgeoisie zu der Überzeugung, dass sie nur noch durch Faschismus und Diktatur vor der Revolution gerettet werden konnte.

Am 17. Juli 1936 gab General Franco, Befehlshaber der spanischen Armee in Marokko, das Signal zu einer militärischen und faschistischen Erhebung auf breiter Front gegen die Volksfrontregierung. Befangen in ihren reformistischen Ideen, weigerte sich diese, Waffen zu verteilen an die einzige Kraft, die den Faschisten Einhalt gebieten konnte, die Arbeiterklasse. Wie die Unternehmer und Grundbesitzer, die hinter ihr standen, fürchtete die Volksfront die Gefahr der Revolution mehr als die Bedrohung durch den Faschismus. Die Sozialistische und Kommunistische Partei gaben eine gemeinsame Erklärung heraus, wonach die Regierung alles im Griff habe und ihr auch das Handeln allein vorbehalten sein solle.

Aber die Arbeiter hielten nicht still. Mitglieder des linken Flügels der Sozialistischen Partei bewaffneten sich zusammen mit Angehörigen der mächtigen anarchistischen Gewerkschaft CNT. Sie umzingelten Armeekasernen, brachen in Waffenlager ein und erbeuteten Gewehre und Munition aus genau den Fabriken, in denen sie hergestellt wurden.

Kaum zwei Jahre zuvor hatte Trotzki argumentiert:

„Das Proletariat produziert Waffen, transportiert sie, errichtet Bauten, in denen sie gelagert werden, verteidigt diese Gebäude gegen sich selbst, dient in der Armee und schafft ihre ganze Ausrüstung... Es reicht hin, dass das Proletariat sich Waffen wünschen sollte - und es wird sie finden.“

Innerhalb weniger Stunden untermaurten die spanischen Arbeiter Trotzkis Aussage. In einer Reihe von heldenhaften Aktionen blockierten sie den faschistischen Vormarsch. Ein dreijähriger Bürgerkrieg hatte begonnen.

Die Arbeiter nutzten die Gelegenheit, um mit den Unternehmern abzurechnen, von denen sie so lange ausgebeutet worden waren. Sie besetzten die Fabriken. Das gesamte Verkehrswesen wurde einem gemeinsamen Kontrollausschuss von sozialistischen und anarchistischen Gewerkschaften unterstellt. Gleichzeitig nahmen die Bauern das Land unter ihre Kontrolle. Überall entstanden Volkskomitees.

Aber noch lag die politische Macht nicht bei den Arbeiterausschüssen vor Ort, sondern in den Händen der Madrider Volksfrontregierung. Die Sozialdemokraten und Stalinisten erhielten eine Atempause. Sie nutzten diese, um die spanische Revolution zu erwürgen.

Statt die Macht an die Arbeiter- und Bauernausschüsse zu übergeben, war die Volksfrontregierung dazu entschlossen, den Werkstätten die Kontrolle über die Betriebe und das Land wieder zu entreißen. Statt die Arbeiterausschüsse in der Industrie anzuerkennen, ernannte sie Direktoren

als Geschäftsleitung für die Unternehmen. Statt durch Landvergabe an die Besetzer die Zustimmung unter der Bauernschaft zu erringen, sollten die alten Besitzverhältnisse wieder hergestellt werden. Statt der Kolonie Marokko das Recht auf Unabhängigkeit zu gewähren, lehnte die spanische Regierung ein Ende der Kolonialherrschaft ab. Damit konnte sie sich auch nicht den Rückhalt der armen und unterdrückten Völker sichern. Francos faschistische Bastion wurde in ländlichen Gebieten stark, seine Truppen hatten weiterhin in Marokko ihre Basis. Im Laufe der Monate erlahmten Energie und Elan der antifaschistischen Kämpfer allmählich, nachdem die Regierung sie ihrer erkämpften Errungenschaften beraubt hatte.

Die Kommunistische Partei entpuppte sich als vehementeste Verteidigerin der Volksfront und vorrangigste Feindin der Arbeiterrevolution. All' das passte haargenau zu Stalins Theorie vom Sozialismus in einem Land.

Die gesamte Politik beruhte auf Stalins Hoffnungen auf ein Bündnis mit dem französischen, britischen und US-Imperialismus. Alles was diese Mächte erzürnen oder abschrecken könnte, wie bspw. eine Arbeiterrevolution in Spanien, musste unter allen Umständen vermieden werden. Statt auf Revolution setzten die Stalinisten auf einen permanenten Pakt mit den 'antifaschistischen' Sektionen der Kapitalistenklasse, um den Faschismus in Spanien zu besiegen.

Die Kommunistische Partei Spaniens gab die Parole aus 'Zuerst den Krieg gewinnen!'. Das klang sehr praktisch, hieß in Wahrheit aber, dass alle Errungenschaften der spanischen Arbeiter und Bauern rückgängig gemacht werden mussten. Die Stalinisten hofften sich die Unterstützung der 'demokratischen' Kapitalisten durch den Nachweis ihrer Fähigkeit, die Revolution genauso wirkungsvoll wie Franco verhindern zu können, zu erkaufen.

Der Führer der spanischen KP Diaz sagte im März 1937, dass Landnahme, Kollektivierung der Landwirtschaft und Beschlagnahme von Besitz der Reichen 'nicht nur unerwünscht, sondern ausgesprochen unstatthaft' wären. Die KP spielte in Spanien genau die Rolle wie die Menschewisten in Russland oder die Sozialdemokraten in Deutschland. Jede Bewegung über die bürgerliche Demokratie hinaus zur sozialistischen Revolution musste unterbunden werden.

Dies schaufelte dem antifaschistischen Kampf ebenso wie der sozialistischen Revolution das Grab. Am Ende waren die Kapitalisten nur allzu bereit, die Demokratie aufzugeben, um [unter einer anderen Herrschaftsform] ihre Bereicherung mittels Ausbeutung des Proletariats fortsetzen zu können. Nur die Arbeiter und armen Bauern hatten ein echtes und dauerhaftes Interesse an der Niederlage Francos. Durch ihre Sabotage an der Arbeiterrevolution haben die Stalinisten praktisch Francos Sieg im Bürgerkrieg gesichert.

Ausgestattet mit einem Riesenapparat aus Moskau, einem Heer von Komintern-Funktionären, Geheimpolizisten und Propagandisten hielten eigentlich die Stalinisten die Regierungspolitik in den entscheidenden Kriegsmonaten im Griff. Als die regierungsbeteiligten Sozialisten erwogen, Trotzki Asylrecht in Spanien einzuräumen, drohte die UdSSR mit der Rücknahme ihrer Unterstützung für die Republik!

Die spanische KP drängte auf die Auflösung der revolutionären Basiskomitees sowie der demokratischen Strukturen in den Arbeitermilizen und rückverwandelte sie von einer revolutionären Roten Armee in eine bürgerlich geformte Truppe mit Privilegien für Offiziere.

Vor allem zettelten die Stalinisten eine Kampagne zur Liquidierung aller linken Befürworter der Arbeiterrevolution an. Im Dezember 1936 drohte die Sowjetzeitung Prawda, dass in Spanien:

„...die Säuberung von Trotzkiisten und Anarchosyndikalisten begonnen hat: sie wird mit der selben Energie durchgeführt wie in der UdSSR.“

Nach der Verhinderung des vereinten Kampfes gegen den Nationalsozialismus in Deutschland gingen die Stalinisten nun noch einen gewaltigen Schritt weiter. Sie sollten die spanische Revolution in Blut ertränken.

Weiterführende Literatur:

Leo Trotzki: Schriften über Deutschland, 3 Bände, Ffm., o. J.

Leo Trotzki: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien, 2 Bände, Ffm., 1975

Leo Trotzki: Wohin geht Frankreich?, in: ders./Walter Held: Wohin geht Frankreich? / Die Volksfront in Frankreich, o. O., o. J. (Reprint Spartacusbund)

Kapitel 8

Die Vierte Internationale

1923 erhob Trotzki erstmals das Banner der Revolte gegen Stalin. In den nächsten 10 Jahren ermunterte er die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt zum Engagement für eine vollständige Reform der Kommunistischen Internationale (Komintern), die Beseitigung der Stalin-Führung und eine Rückkehr auf den Pfad der Weltrevolution.

Wo kommunistische Gruppen Trotzki zur Seite standen, organisierte er sie als Fraktionen innerhalb der offiziellen KPen. Wo immer sie ihren Kopf erhoben, wurden sie schnell als 'Trotzkisten' aus der Partei ausgeschlossen und von den Stalinisten mit allen nur erdenklichen Verdächtigungen, angefangen von Menschewisten bis zu Faschisten, denunziert.

Doch den verfolgten Sektionen, zusammengeschlossen in der Internationalen Linksoption, die 1930 gegründet wurde, um die Fraktionen länderübergreifend zu organisieren, gelang es, die Ideen des revolutionären Marxismus in kleine, aber bedeutende Abteilungen von Kommunisten vieler Länder hineinzutragen.

Am Vorabend von Hitlers Machtergreifung in Deutschland erklärte Trotzki die Rolle der Internationalen Linksoption:

„...die Linke Opposition sieht das von der stalinistischen Bürokratie errichtete organisatorische Regime nicht als endgültig an. Im Gegenteil, ihr Ziel ist, der unrechtmäßig herrschenden Bürokratie das Banner des Bolschewismus aus den Händen zu entreißen und die Kommunistische Internationale zur Rückkehr zu den Prinzipien von Marx und Lenin zu bewegen.“

Trotzki hoffte, dass sich die Fehlschläge des Stalinismus mit jedem neuen geschichtlichen Ereignis immer stärker enthüllen würden, so dass sich Gräben in den Kommunistischen Parteien und der Internationale aufbauten und der Kampf gegen Stalin an Kraft zunehmen würde. Zugleich war Trotzki sich bewusst, dass Stalins ruinöse Politik die Internationale selbst vernichten konnte.

„Die bolschewistische Partei blieb bis Ende 1914 in der Zweiten Internationale. Die Lehre des [ersten] Weltkriegs war notwendig, um die Frage nach einer neuen Internationale aufzuwerfen; die Oktoberrevolution war nötig, um die neue Internationale ins Leben zu rufen.“

Eine solche historische Katastrophe wie der Untergang des Sowjetstaats würde natürlich damit auch die Dritte Internationale hinwegfegen. In ähnlicher Form würden der Sieg des Faschismus in Deutschland und die Zerschlagung des deutschen Proletariats der Komintern kaum erlauben, die Folgen ihrer verheerenden Politik zu überleben.

Aber wer im Lager der Revolution will heute zu sagen wagen, dass der Zusammenbruch der Sowjetmacht oder der Sieg des Faschismus in Deutschland nicht vermieden oder verhindert werden kann?“

Diese Zeilen wurden im Januar 1933 verfasst. Innerhalb von Monaten wurde die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse zur ebenso schrecklichen wie unwiderleglichen Gewissheit. Die sektiererische Politik der stalinistischen KPD hatte die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt in die Katastrophe geführt. Rasch erkannte Trotzki, dass die KPD nicht mehr reformierbar war:

„Die KPD stellt heute einen Leichnam dar... Die Stunde hat geschlagen! Die Frage der Vorbereitung einer neuen Partei muss offen gestellt werden.“

Die Niederlage und Zerstörung der KPD stellte auch die Komintern vor die einfache Wahl: entweder Anfang einer nachhaltigen Debatte in der ganzen Bewegung über Geschehen und Gründe dieser Katastrophe oder Verhinderung jeglicher Diskussion. Die Komintern-Führer wählten den zweiten Weg und setzten ihn durch.

Wie wir gesehen haben, segnete die Komintern-Spitze die Linie der KPD nachträglich noch in jeder Hinsicht ab. Aber sie wusste, wie schwierig dies zu verteidigen war. Die Stalinisten verboten allen Sektionen der Komintern eine Erörterung dieses Themas und zeigten damit ihre bürokratische Feigheit in vollem Ausmaß. Das Blut der deutschen Kommunisten sollte praktisch kommentarlos fließen. Trotzki war außer sich:

„...dieses schändliche Verbot wurde weder übertreten noch aufgehoben. Keine nationalen Kongresse, kein internationaler Kongress, keine Diskussion auf Parteiversammlungen, keine Diskussion in der Presse!“

Er schloss daraus unausweichlich:

„Eine Organisation, die vom Donner des Faschismus nicht erweckt worden ist und sich fügsam solchen himmelschreienden Akten der Bürokratie unterwirft, zeigt hiermit, dass sie tot ist und dass nichts sie jemals mehr wiederbeleben kann.“

Die Möglichkeiten zur Reform der Komintern waren damit erschöpft. Das Fehlen jeglicher kritischen Bezugnahme auf die deutsche Katastrophe - mit der kleinen Ausnahme einiger tschechoslowakischer Kommunisten - bewies, dass zwar zweifellos ehrliche Arbeiter aus den KPen gewinnbar waren, aber die Parteien als ganze nicht mehr rückverwandelt werden konnten in Werkzeuge der Revolution.

Eine Schlussfolgerung musste allerdings noch gezogen werden. Am 15. Juli 1933 ver-

fasste Trotzki einen Artikel zur Zusammenfassung dieser Lehren und als Wegweiser für die künftige Bewegung. Seine Überschrift hätte nicht einfacher lauten können: „Es ist notwendig, Kommunistische Parteien und eine Internationale neu aufzubauen.“

Eine neue Internationale?

Nach dem Verrat der Zweiten Internationale an der Arbeiterbewegung durch ihre Unterstützung des Kriegsmassakers der Bourgeoisie 1914 unterzogen sich Lenin und die Bolschewisten in Russland im Verein mit Luxemburg und Liebknecht in Deutschland sowie einer Handvoll von Internationalisten aus anderen Staaten der langwierigen Aufgabe zur Organisation einer neuen Internationale. Der Erfolg der Revolution in Russland im Oktober 1917 verlieh ihrem Werk einen mächtigen Schub.

Während die Sozialdemokratie zur Rettung des Kapitalismus in den stürmischen Nachkriegsjahren herbeieilte, strömten Millionen Arbeiter in die neuen kommunistischen Parteien, die offen die russische Revolution verteidigten. 1919 wurde die dritte, die Kommunistische Internationale gegründet, um einen Vorteil aus der tiefen Krise des Kapitalismus seit 1914 zu ziehen und als Führung zur siegreichen Weltrevolution.

Hieß Hitlers erfolgreicher Aufstieg zur Macht und der Zusammenbruch der KPD, dass die Dritte Internationale nun ihren 4. August (1914, dem Tag des Verrats der Zweiten Internationale am internationalen Sozialismus) erreicht hatte? Trotzki bejahte dies. Dennoch gab es einen Unterschied zwischen 1914 und 1933. Damals hatte die Zweite Internationale die Arbeiterklasse bewusst verraten, die Auswirkungen beider Ereignisse waren jedoch ähnlich.

Trotzki beharrte darauf, die deutschen Ereignisse lieferten den endgültigen Beweis, dass die Kommunistische Internationale nicht mehr von Revolutionären zurückerobert werden konnte. Für den eigentlichen Zweck, dem sie ihre Gründung verdankte, die Weltrevolution, war sie unrettbar verloren. Gebraucht wurde eine neue Internationale. Nach langer und demokratischer Diskussion innerhalb der Internationalen Linken Opposition war der Aufbau einer solchen neuen Internationale beschlossene Linie.

Diese Internationale musste einen Namen finden, der ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen widerspiegelte. Auf Grundlage der Politik ihrer Vorgängerinnen in deren jeweiligen revolutionären Perioden musste sie vor allen Arbeitern offen

aussprechen, dass die Zweite und Dritte Internationale den Weg der Revolution verlassen hatten. Nach einer kurzen Phase der Abwägung von Alternativen entschieden sich Trotzki und die Linke Opposition für den Namen, der ihre geschichtliche Erfahrung zusammenfasste und eher nach vorn denn rückwärts blicken ließ. Für den Rest seines Lebens setzte sich Trotzki für den Aufbau der Vierten Internationale ein.

Block der Vier

Die Kräfte der Internationalen Linken Opposition (ILO) waren gering, schätzungsweise damals weniger als 6000 Mitglieder weltweit. Deshalb verbot sich die bloße 'Ausrufung' der Vierten Internationale und ihre Errichtung allein auf den Formationen der ILO. Neue Kräfte mussten für das Vorhaben gewonnen werden.

Auf einer Reihe von internationalen Zusammenkünften änderte die ILO 1933 ihren Namen in Internationale Kommunistische Liga (IKL) ab und widmete sich der 'Umgruppierung von revolutionären Kräften der Weltarbeiterklasse' unter dem Banner der neuen Internationale. Als ersten Schritt wandte die IKL sich an Arbeiter, die nicht an Sozialdemokratie, Stalinismus oder kommunistische Rechte Opposition gebunden waren. Besonders drei wichtige Parteien rückten dabei in den Blickpunkt: die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) aus Deutschland, sowie die RSP und OSP aus den Niederlanden, alle entweder aus der Komintern oder der Sozialdemokratie hervorgegangen.

Die Bedeutung dieser Gruppen lag in ihrer Unabhängigkeit von der Zweiten und Dritten Internationale und ihrem politischen Neuorientierungsprozess nach Verlassen der Masseninternationalen.

Nach breit angelegter Debatte unterzeichneten die drei Parteien am 26. August 1933 eine gemeinsame Erklärung mit der IKL. Sie enthielt alle Grundelemente der IKL-Politik. Die Erklärung der Vier stellte fest, dass der Kapitalismus sich in einer tiefen Krise befand, die nur durch Revolution und Arbeitermacht lösbar war. Sie wies die Hauptfehler des Stalinismus zurück: die Theorie vom Sozialismus in einem Land und das bürokratische Regiment in der Komintern und der UdSSR.

Außerdem lehnte sie den parlamentarischen Reformismus der Zweiten Internationale ab und beharrte auf der Notwendigkeit, die Errungenschaften der russischen Revolution trotz der Stalinschen Verbrechen zu verteidigen. Sie rief zur Bildung einer neuen, Vierten Internationale auf und verpflichtete die vier Gruppen auf die Ausarbeitung und Erörterung eines Programms für die Vierte Internationale, auf eine Kritik an den anderen Strömungen der Arbeiterbewegung sowie auf die Erteilung klarer Antworten zu allen wesentlichen Fragen der Arbeiterklasse im Kampf für die Revolution.

Das war ein gewaltiger Schritt vorwärts in dem Bemühen der IKL, diese Parteien von

Sozialdemokratie und Stalinismus hin zum konsequent revolutionären Marxismus zu bringen. Allerdings stand die Bewährungsprobe für SAP, RSP und OSP erst noch bevor, dass sie die gemeinsame Erklärung auch wirklich umsetzen würden, oder ob jene nur ein Stück wertloses Papier bleiben würde.

Die drei Parteien waren sämtlich Mitglieder des Londoner Büros, einer losen Ansammlung von Parteien mit wenig politischer Übereinstimmung. Auf dem linken Flügel stand die niederländische RSP, die der IKL in allen Hauptpositionen nahe stand, im Zentrum befanden sich die Schwedische Kommunistische Partei und die Independent Labour Party aus Großbritannien, aus deren Reihen Trotzki einige Mitglieder zu beeinflussen und herüberziehen hoffte. Den rechten Flügel repräsentierte die Norwegische Arbeiterpartei.

Sie war die einzige Partei des Londoner Büros mit Massengeltung, aber in ihrer Politik völlig reformistisch. Eine solche Partei musste die norwegische Arbeiterklasse zwangsläufig in den Untergang führen. Im März 1935 übernahm sie tatsächlich die Regierung in Norwegen und setzte die Arbeiterklasse im Sinne des Kapitals unter Druck.

Trotzki forderte die SAP auf, die Erklärung der Vier auf der Konferenz des Londoner Büros im August 1933 vorzulegen, aber die SAP zog sich sogleich zurück. Sie stellte das Dokument aus Furcht vor einer Abschreckung der Norwegischen Arbeiterpartei nicht auf der Konferenz zur Abstimmung. Die SAP war bereits an der ersten Hürde hängen geblieben, sie wollte sich nicht entscheiden zwischen ihren reformistischen Verbündeten und den Revolutionären der IKL. Der SAP-Führer Walcher entwickelte zusehends Widerstände gegen Trotzkis Ansinnen, den Bruch mit der norwegischen Arbeiterpartei zu vollziehen und die Politik ihrer reformistischen Führung zu kritisieren.

Anfang 1934 wurde Trotzki klar, dass die SAP ein Hindernis beim Aufbau der Vierten Internationale geworden war. Kräfte dieser Art nennt man nach marxistischer Begrifflichkeit zentristisch: sie sind instabile Gebilde und zwischen Reformismus und revolutionärem Marxismus angesiedelt. Unter gewissen Umständen können sich Zentrismen weit nach links bewegen, zu anderen Zeiten wiederum nach rechts streben.

Typisch für den Zentrismus sind die Weigerung, der Arbeiterklasse die ungeschminkte Wahrheit zu sagen, eine Neigung, klare Trennungslinien innerhalb der Arbeiterbewegung zu verwischen und wirkliche Differenzen zu verharmlosen. Der Zentrismus will der Arbeiterklasse kein klares Programm vorlegen, sondern wartet auf die 'Geschichte' als Löserin von Problemen, die nur von den Revolutionären selber erledigt werden können.

Die gesamte Taktik des Blocks der Vier war ein notwendiger Schritt zur Vierten Internationale. Sie brachte die RSP und einen großen Teil der OSP zur IKL. Als die SAP

schließlich ihre Linksentwicklung umkehrte und die IKL des 'Sektierertums' beschuldigte, erkannte die IKL, was geschehen war und brach mit der SAP. Trotzki legte die Gründe in einem Artikel überschrieben 'Zentrismus und die Vierte Internationale' dar:

„Die Jagd der extrem linken Zentrismen nach den normal Linken, der Linken nach den Gemäßigten und der Gemäßigten nach den Rechten, wie die Jagd eines Menschen nach seinem eigenen Schatten, kann keine stabile Massenorganisation schaffen.“

Zwar musste selbstredend jenen Zentrismen, die sich auf revolutionäre Ideen zu bewegten, verschärfte Aufmerksamkeit geschenkt werden und ihnen geduldig dabei geholfen werden, Vorbehalte zu überwinden, doch Prinzipien stehen nicht zur Verhandlung, und das revolutionäre Programm darf nicht wie Kleingeld gewechselt werden, als ob es nur einen winzigen Unterschied ausmache. Trotzkis oberste Richtschnur war stets die Treue zu den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse:

„Nicht den geschichtlichen Prozess über-tölpeln, nicht Versteck spielen, sondern sagen, was ist.“

Die Taktik des Blocks der Vier hatte sich nun erschöpft; von der SAP und ihren Anhängern war nichts mehr zu gewinnen. Von 1934 an lenkte Trotzki sein Augenmerk auf die Geschehnisse, die Frankreich bis in die Grundfesten erschütterten, und feilte an neuen Taktiken, die den Aufbau der Vierten Internationale vorantreiben sollten.

Die französische Wende

Ein revolutionäres Programm war unverzichtbar. Ohne ein solches Instrument konnte keine Partei den Anspruch erheben, revolutionär zu sein. Indes ein Programm allein genügte nicht. Akademiker und Tagediebe mögen sich mit den richtigen Antworten zufrieden geben. Revolutionäre aber wollen sie in die Praxis umsetzen. Die Kommunistische Liga stand vor einer weiteren lebenswichtigen Aufgabe: „die korrekten Gedanken mit der Arbeitermassenbewegung zu verschweißen“.

Die ungefähr 100 Mitglieder der Kommunistischen Liga waren isoliert. Sie wurden von den Stalinisten derart feindselig verfolgt, dass sie sich kaum Gehör verschaffen konnten. Vordem lag die Schwierigkeit in der Ablehnung der großen Arbeiterparteien, eine Einheitsfront zu bilden, nunmehr bestand sie in millionenfachen Illusionen der Arbeitenden in die opportunistische Verdrehung der 'Einheitsfront' durch Thorez, die Sozialisten und Radikalen. Die Äußerungen der Trotzkiisten dazu waren unmissverständlich, wurden aber übertönt.

Eines der Unterscheidungsmerkmale der wahrhaft großen Revolutionäre der Geschichte ist ihre Unerschrockenheit auch vor schwierigen Hindernissen und ihre Begabung, neue Wege zu finden. Ohne Prinzipien oder Programm des wahren Marxismus zu verwässern, schlug Trotzki nun eine

neue kühne Taktik für die französischen Revolutionäre vor: Eintritt in die Sozialistische Partei und dortiger Kampf für revolutionäre Ideen.

In die Sozialistische Partei eintreten? Aber das ist doch Verrat, Reformismus, Menschwismus! So dachten viele Kämpfer, sogar Anhänger Trotzki, in dieser Zeit. Immerhin hatten die Sozialdemokraten die Arbeiterklasse 1914 verraten; Rosa Luxemburg hatte die Zweite Internationale einen 'stinkenden Leichnam' getauft und wurde von den deutschen 'Sozialisten' wegen ihrer revolutionären Bestrebungen schließlich ermordet.

In all' diesen Jahren hatte sich die Opposition dafür stark gemacht, den Kommunistischen Parteien Mittel an die Hand zu geben, um die Vorherrschaft des Reformismus zu brechen - und jetzt verlangt Trotzki ausgerechnet von seinen Anhängern, dass sie sich der reformistischen Partei anschließen! Kaum hatte er zum Aufbau der Vierten Internationale aufgerufen, da rät er seinen Gefolgsleuten, in die Zweite einzutreten!

Jedoch ging jede dieser kritischen Anmerkungen voll am Kern der Sache vorbei. Als Fraktion in der Komintern hätte sich die Opposition enger an die Arbeitermassen heranbewegen und in ihnen verankern können. Der stalinistische Apparat verunmöglichte dies praktisch durch seine bürokratischen Verbote gegen 'fraktionelle Umtriebe' und alle abweichlerischen Gedanken. Die Kommunistische Liga wuchs in der Isolation auf und musste sich auf reine Propaganda beschränken.

Dies verlieh ihr eine starke Seite, nämlich eine Ernsthaftigkeit in bezug auf revolutionäre Theorie und Prinzipien, und sie verfügte über eine Mitgliedschaft, die gut ausgebildet war in der Geschichte der Bewegung und für die Aufgaben der Revolution. Aber die KL besaß auch eine schwache Seite, sie beobachtete die Arbeiterbewegung praktisch von außen. Diese Schwäche musste überwunden werden, wenn eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse überhaupt entstehen sollte.

Das gemeinsame Treffen der Kommunistischen und Sozialistischen Parteien vom Juli 1934 wurde von der Masse der Arbeiter mit überwältigender Begeisterung begrüßt. Aber dort erhielten die Trotzkiisten keine Gelegenheit, ihre Sichtweise darzustellen. Die Massen liefen Gefahr, von der Aussicht auf Einheitsfront geblendet die Politik ihrer Parteiobere kritiklos hinzunehmen. Die Liga mussten sich ihren Weg in die Einheitsfront bahnen. Dies konnte nur über die beteiligten Parteien erfolgen. Der Kurs in die Kommunistische Partei war versperrt.

Die französischen Sozialisten zählten 120000 Mitglieder. Der Aufstieg des Faschismus in Deutschland hatte viele Arbeitermitglieder nach links getrieben. Daraufhin hatte sich der offen kapitalistische rechte Flügel 1933 abgespalten. Der linke Flügel lud radikalere sozialistische Elemente zum Eintritt in die Partei ein.

Sicher sollte eine revolutionäre Partei unabhängig sein. Aber Trotzki erinnerte seine Anhänger daran, dass „die Liga noch keine Partei ist. Sie ist ein Embryo und braucht Schutz und Nahrung, wenn sie gedeihen will.“ Die Liga konnte es sich nicht erlauben, untätig auf Zulauf zu warten, sondern musste ihre Botschaft aktiv in die Massen hineintragen.

Trotzki betonte, dass die Liga in die Sozialistische Partei eintreten sollte, um dort für revolutionäre Ideen intervenieren zu können. Die Trotzkiisten sollten von Anfang an eine Fraktion formieren, um die reformistischen Führer ohne Abstriche an der revolutionären Programmatik anzugreifen:

„Eine Kampforganisation ist notwendig; Bataillone aus Stahl sind notwendig; Instrukteure und Offiziere sind notwendig. Es ist notwendig, den Feind zu entwaffnen, ihn von der Straße zu fegen, ihn zu terrorisieren. Die Aufgabe der Liga, gleich ob sie unabhängig bleibt oder sich einer der Einheitsfrontparteien anschließt, erfordert gebieterisch eine Erklärung für die Arbeiter, so unverblümt, klar und ehrlich wie es der Ernst der Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben erfordern.“

Das war kein Absturz in den Reformismus. Der Eintritt der Kommunistischen Liga in die Sozialistische Partei stellte eine revolutionäre Tat dar.

Entrismus in der Praxis

Nach ausgiebiger Debatte nahmen die französischen Trotzkiisten die neue Taktik des Entrismus an. Am 29. August 1934 wurde die Kommunistische Liga aufgelöst, und ihre Mitglieder traten in die Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO) ein. Sie konstituierten sich sogleich als legitimierte Fraktion, die Bolschewistisch Leninistische Gruppe (GBL), innerhalb der Partei.

Eine Gruppierung in der KL unter Führung von Pierre Naville lehnte die französische Wende zunächst mit der Begründung ab, sie erfolge ohne Not und stelle eine Anpassung an die Sozialdemokratie dar. Sie weigerten sich zunächst, sich der SFIO anzuschließen; bald aber änderten sie ihre Auffassung und vereinigten sich wieder mit der GBL. Trotzki glaubte, der wahre Grund für ihren Widerwillen zum Eintritt sei in einer 'literarisch-konservativen' Einstellung zu suchen, die lieber auf Beobachterposten verblieb.

Diese Neigung sollte sich später in ihre gegenteilige Form verkehren; einige unter denjenigen, die sich anfangs gegen den Entrismus gestäubt hatten, versuchten nachher, die Politik der GBL zu entschärfen, um ihren Verbleib in der Partei auf unbestimmte Zeit ausdehnen zu können. Beide Irrtümer hatten eine Gemeinsamkeit: sie vermieden einen unnachsichtigen Kampf gegen die Parteispitze der Sozialisten. Das war gemeint, wenn Trotzki von Sektierertum und Opportunismus als 'zwei Seiten ein und derselben Medaille' sprach.

Die GBL machte rasche Fortschritte in der SFIO und bewies damit den Wert von Trotzki Taktik. Gerüstet mit einem viel klareren Programm als die übrige Linke steigerte die GBL ihre Mitgliedschaft auf über 300 im Sommer 1935. Der Feldzug für den Aufbau einer Arbeitermiliz zeigte Wirkung auf den linken Parteiflügel, der die TPPS (Allzeit bereit zum Dienst)-Schutztruppe der SFIO gründete.

Sie schützte Arbeiterversammlungen gegen faschistische Überfälle und unternahm Aktionen, die Faschisten von der Straße zu vertreiben. Die Mitgliedschaft in einer Massenpartei verschaffte der GBL Zugang zur Gewerkschaftsbewegung und führte dem Trotzkiismus mehr Arbeiter zu. Im Juni 1935 erhielt die GBL einen erheblichen Stimmenanteil für ihre Vorschläge auf der nationalen Parteikonferenz.

In der Jugendarbeit schnitt die GBL am erfolgreichsten ab. Ihre Zeitung 'Revolution' verkaufte sich mit jeder Ausgabe 80000 mal, weit mehr als das offizielle Parteiorgan. Fred Zeller, ein Jugend-Führer der SFIO, erhielt offiziellen Besuch aus Moskau, aber statt für den Stalinismus wurde er für den Trotzkiismus gewonnen.

Aber der Entrismus konnte nicht ewig währen. Die Partei unter Leon Blum war die Volksfront mit den Stalinisten und der Radikalen Partei eingegangen. Als Europa sich zusehends auf einen Krieg zu bewegte, wollten diese Parteien eine Regierung bilden, welche die Armee aufrüstete und die Arbeiterkämpfe eindämmen konnte. Hierbei konnte die Existenz eines starken trotzkiistischen Flügels innerhalb der SFIO nicht geduldet werden.

Die GBL trat offen gegen den absehbaren Massenmord an der Jugend in einem solchen Krieg und für eine Arbeiterfront gegen die Volksfrontregierung auf. V. a. die Stalinisten forderten den Ausschluss der Bolschewiki-Leninisten aus der SFIO als Bedingung für weitere Einheit.

Ende Juli 1935 rührte sich die Bürokratie und schloss 13 führende Mitglieder der SFIO-Jugend aus, darunter etliche Trotzkiisten. Die Reformisten konnten sich nicht länger Demokratie in den eigenen Reihen leisten und schlugen los gegen die revolutionäre Jugend. Wenige Tage später begannen die Arbeiter der Hafenstädte Brest und Toulon Massenstreiks und erhoben sich gegen die Polizei.

Trotzki begriff, dass diese Ereignisse der Arbeit innerhalb der SFIO ein rasches Ende bereiten mussten. Trotz einiger Gegenmeinungen, dass noch mehr aus der Partei herauszuholen war, zeichnete sich klar ab, dass die SFIO-Führung entschlossen war, die Trotzkiisten hinauszuerwerfen. Ein Verbleib in der Partei wäre nur mit Verwässerung und gänzlichem Verzicht auf die Botschaft der Revolution zu erkaufen gewesen. Aber das war nicht hinnehmbar:

„Wenn man fortwährend einer Organisation anhängt, die keine proletarischen

Revolutionäre mehr in ihrer Mitte dulden kann, verkommt man zwangsweise zu einem elenden Werkzeug des Reformismus, Patriotismus und Kapitalismus.“

Deswegen „ist die.. Vorstellung, man müsse auf jeden Fall in der SFIO bleiben, ein Verrat... Diejenigen, die sagen 'wir werden vorpreschen, den Massen die Wahrheit über die jüngsten sozialpatriotischen Machenschaften zu erzählen, so dass man nicht aus der von Sozialpatrioten geführten Partei ausgeschlossen wird', werden zu Mitwissern dieser Verräter.“

Trotsky befürwortete eine kühne Vorgangsweise seitens der GBL. Durch Angriffe auf die Parteiführung und Vorbereitung zum Aufbau einer unabhängigen Partei sollte sich die GBL unmittelbar an die revolutionären Arbeiter wenden können. Eine bedeutende Gruppierung der GBL zauderte allerdings. Unter Führung von Raymond Molinier und Pierre Frank ließ sie bedeutende Teile des trotzkistischen Programms unter den Tisch fallen und ging an die Bildung einer gemeinsamen Gruppe mit Zentristen, die nicht daran dachten, die SFIO zu verlassen. Aber für wirkliche Revolutionäre kam solches Aufgeben nicht in Frage.

Trotsky fasste die Erkenntnisse aus der französischen Wende in seinem Artikel 'Lehren des SFIO-Entrismus' zusammen:

„Der Entrismus in eine reformistisch-zentristische Partei schließt keine langfristige Perspektive ein. Er ist nur eine Etappe, die unter gewissen Umständen auf eine Episode begrenzt sein kann... notwendig, speziell im Licht der französischen Erfahrung, ist die Selbstbefreiung von falschen zeitlichen Vorstellungen, die Erkenntnis, den entscheidenden Stoß der Bürokratie gegen den linken Flügel zu bemerken und die Verteidigung dagegen nicht durch Zugeständnisse, Anpassung oder Versteckspiel, sondern durch eine revolutionäre Offensive.“

Trotzkismus und Zentrismus in Spanien

Die führende Gestalt der spanischen Linken Opposition war Andrés Nin. Als einer der Gründer der Kommunistischen Partei hatte er Trotsky in seinem Kampf gegen Stalin beigestanden und war auch als sein Sekretär tätig gewesen. Mit seinem Ansehen in der Arbeiterbewegung und Bekanntheitsgrad bei Millionen war Nin dazu ausersehen, eine wichtige Rolle in der Spanischen Revolution zu spielen.

Noch vor Ausbruch des Bürgerkriegs hatte Trotsky schon mit Nin gebrochen. Viele sehen darin bis heute ein Beispiel für Trotsky's 'Sektierertum'. Doch dieser Streit drehte sich um Themen, die über Sieg oder Untergang der Spanischen Revolution entscheiden sollten.

Nin führte die bescheidenen Kräfte des spanischen Trotzkismus in eine Fusion mit einer Partei namens Arbeiter und Bauernblock unter Maurin. Sie war eine zentristi-

sche Partei und hatte die pro-Bucharinsche Rechte Opposition unterstützt. Aus dieser Verschmelzung ging eine neue Partei, die POUM (Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung) hervor. Die POUM war dem Stalinismus feindlich gesonnen und erklärte, dass Krieg und Revolution untrennbare Bestandteile voneinander seien. Aber sie besaß kein klares revolutionäres Programm für die spanische Arbeiterklasse. Das war keine akademische Angelegenheit. Es führte zum Fall der POUM und Verderben für die spanische Arbeiterklasse.

Die POUM war die am schärfsten verfolgte Partei der Spanischen Revolution. Die Stalinisten pöbelten sie als 'Trotzkisten' und 'Faschisten' an. Nichts von dem stimmte. In den ersten Wochen des Bürgerkriegs bewies die POUM äußerste Tapferkeit und nahm eine Führungsposition bei den Land- und Fabrikbesetzungen sowie eine wichtige Rolle bei der Bewaffnung der Arbeiterklasse ein. Ihre Mitgliederzahl schnellte von 8000 auf über 35.000 in den ersten Bürgerkriegsmonaten empor, und die Partei rekrutierte über 10.000 Arbeitermilizionäre.

Bei korrekter Politik hätte die POUM ihren Masseneinfluss dazu nützen können, unter den revolutionären Komitees, den Arbeiterparteien und Gewerkschaften für die Schaffung von Räten aus Arbeiterdelegierten zu agitieren. Diese hätten wie die Sowjets in Russland 1917 zu einem alternativen Machtzentrum in Herausforderung der Volksfrontregierung in Madrid ausgebaut werden können. In diesem Sinn hätte der Krieg in eine sozialistische Revolution hinüberwachsen können.

Aber durch ihre für den Zentrismus so typische konfuse Politik war die POUM außerstande, die Gunst der Ausnahmesituation zu nutzen.

Am 7. September 1936 hielt Nin eine Rede vor Tausenden von Arbeitern in Barcelona. Als er korrekterweise die kapitalistischen Minister der Volksfront zum Rücktritt aufforderte, applaudierte die Menge begeistert. Aber als derselbe Nin in das Kabinett von Katalonien eintrat, schlug die POUM eine gemäßigtere Tonart an und erklärte, dass sie 'die Frage offen lassen' wolle, ob Kapitalisten an der Regierung beteiligt werden dürften.

Schlimmer noch, statt den Einfluss der POUM in den revolutionären Ausschüssen des Lerida-Distrikts zum Aufbau von Arbeiterräten zu nutzen, forderte die POUM 'eine echte Volksfrontregierung' und half damit der Regierung praktisch bei der Demobilisierung des Komitees.

Die Verwirrung über den wahren Charakter der Volksfront herrschte auch im Denken der POUM bei der Fusion mit Maurin vor.

Die wenigen Trotsky-Anhänger in Spanien warnten vor der Teilnahme an der Regierung und einer Rücknahme der Räteorientierung. Das hieß, dass die POUM die Chancen zur siegreichen Führung der Revolution unge- nutzt lassen würde. Zwar griff Trotsky die

Politik der POUM an, erkannte zugleich aber die Bedeutung der Partei und versuchte sie bei jeder Gelegenheit zu beeinflussen.

Ein Vertreter der Bewegung für die Vierte Internationale besuchte die POUM im April 1937 zu dringlichen Diskussionen in der Hoffnung, einen Wandel der Parteilinie zur Volksfront anstoßen zu können. Auf Druck von Trotzki-Anhängern, die der POUM mit der Absicht, sie voranzubringen, beigetreten waren, stimmte der Madrider Parteibezirk im April 1937 für ein Programm zum Aufbau von Arbeiterräten. Nin reagierte schändlich mit bürokratischem Parteiausschluss und Fraktionsverbot, nachdem er die Oppositionellen von der Kampffront zurückgerufen hatte.

Aus diesem Oppositionskreis entstand eine Organisation, die dem revolutionären Programm gewidmet war: die Bolschewisten-Leninisten (BL) von Spanien. Aber ihnen blieb kaum Zeit, das Programm von Lenin und Trotsky umzusetzen, zumal die Ereignisse auf einen dramatischen Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Volksfrontregierung zutrieben.

In Barcelona besetzten und verwalteten die anarchistische Gewerkschaft CNT, POUM und viele Anhänger der Sozialisten viele Schlüsselbereiche der Industrie und Gebäude. Zu den wichtigsten gehörte die Telefonzentrale. Im Mai 1937 versuchte die Volksfrontregierung auf Drängen der KP, die Kontrolle über den Komplex mittels Polizei den Arbeitern wieder zu entwenden.

Die Arbeiter errichteten Barrikaden und einfache anarchistische Mitglieder schlugen die Polizei zurück. Gleichzeitig schickten sie einen Hilferuf an die spanische Arbeiterschaft. Kurzfristig bestand sogar die Chance zu einem Generalstreik und einem Aufstand gegen die stalinistisch-bürgerliche Koalition.

Aber das Fehlen einer bolschewistischen Führung in der Arbeiterklasse machte sich bemerkbar. Die Sozialisten wiesen ihre Gewerkschaftsmitglieder an, vom Kampf abzulassen und die Barrikaden abzubauen. Die CNT-Führer folgten ihrem Beispiel.

Die anarchistischen Arbeiter waren empört und zerrissen angewidert ihre CNT-Mitgliedsausweise und Zeitungen. Die POUM-Führer hielten an der Volksfront fest und machten keine Anstalten, die CNT-Führung für ihr Verhalten zu kritisieren und sie zu einer gemeinsamen Front gegen die Regierung aufzurufen. Schließlich verließ auf Anraten der Parteispitze auch die POUM mitten im Gefecht die Barrikaden.

Als einzige für eine revolutionäre Antwort auf die Angriffe der Regierung auf die Arbeiter Barcelonas eintretende Organisation die Bolschewisten-Leninisten darauf hin, dass in Lerida, Taragona und Gerona die Stalinisten und die Polizei ihre Waffen an die Arbeiter ausliefern mussten und mit dem Rückhalt unter den Massen in Barcelona die Stadt hätte erobert und eine Sowjetregierung installiert werden können. Ein Flugblatt der

BL kursierte auf den Barrikaden:

„LANG LEBE DIE REVOLUTIONÄRE OFFENSIVE!

Kein Kompromiss. Entwaffnung der republikanischen Nationalgarde und der reaktionären Überfallkommandos. Jetzt ist der entscheidende Augenblick gekommen. Nächstes Mal ist es zu spät. Generalstreik in allen Industrien außer denen, die mit der Fortsetzung des Krieges zu tun haben, bis zum Rücktritt der reaktionären Regierung. Nur die proletarische Macht kann den militärischen Sieg sichern...“

Obgleich eine kleine Gruppe von Anarchisten, die Freunde Duruttis, mit dieser Perspektive übereinstimmten, waren die revolutionären Kräfte zu gering und isoliert, um das Blatt zu wenden. Im entscheidenden Augenblick hatten die Führungen aller großen spanischen Arbeiterorganisationen einschließlich der POUM versagt. Die Gelegenheit wurde vertan.

Der Preis war die Niederschlagung der Linken. Die stalinistische Polizei, ausgebildet und unter Anleitung der sowjetischen Geheimpolizei, jagte, folterte und ermordete Hunderte von revolutionären Kämpfern. CNT und POUM wurden verboten. Nin wurde verhaftet und in einem stalinistischen Gefängnis eingekerkert. Trotz gnadenloser Folter unterschrieb er kein Zwangsgeständnis, das Hunderte andere in Zelle und frühes Grab geführt hätte. Er starb statt dessen als Held.

Aber Nin hätte kein so vorzeitiges Ende finden müssen. Mit korrekter Strategie hätte er die POUM und die spanische Arbeiterklasse an die Macht führen können. Programm und Perspektiven von Trotzki und seiner Anhängerschaft hatten sich als nicht als ‚sektiererisch‘ erwiesen, sondern vielmehr als Quintessenz der Lehren aus der russischen Revolution. Trotzki hatte recht behalten mit seinem Beharren, den Aufbau der Vierten Internationale nur auf Grundlage einer wirklichen Übereinstimmung im Programm durchzuführen.

Einmal mehr wie in China und Deutschland hatten die Trotzkiisten bewiesen, dass sie Recht hatten, aber um den Preis einer schrecklichen Niederlage für die Arbeiterklasse. In Trotzki's Worten fehlten die drei Dinge, die den Erfolg in Russland gewährleistet hatten: „eine Partei, eine Partei und abermals eine Partei.“

Die Gründung der Vierten Internationale

In den 10 Jahren von 1928 bis 1938 verteidigten Trotzki und seine Genossen allein die revolutionären Ideen von Marx und Lenin und bauten sie aus.

Trotzki wurde durch eine ganze Reihe von Rückschlägen und blutigen Niederlagen für die Arbeiterklasse bestätigt. Die Chinesische Revolution 1925 - 1927 hatte bewiesen, dass Kämpfe für Demokratie in den Kolonialländern ohne die Strategie der

Permanenten Revolution in die blutige Niederlage führen. 1933 wurde die Notwendigkeit der Arbeitereinheitsfronttaktik durch den Aufstieg Hitlers an die Macht erwiesen.

Die Ereignisse in Frankreich und Spanien hatten über jeden Zweifel erhaben die konterrevolutionären Folgen der Theorie der Volksfront vor Augen geführt. Und während der ganzen Periode hatte Stalins Theorie vom Sozialismus in einem Land nicht nur Revolutionäre auf der ganzen Welt entwaffnet, sondern auch die UdSSR isoliert und einer bürokratischen Herrschaft zum Aufstieg verholfen, die jedwede Arbeiterinitiative erstickte. Stalins unkontrollierte Säuberungen köpften die Blüte der alten Bolschewistischen Partei und der Russischen Revolution.

Außerdem hatte sich in jeder dieser aufeinander folgenden Krisen die durch und durch reaktionäre Rolle der Sozialdemokratie und des Stalinismus enthüllt. Der Bankrott der Zweiten und Dritten Internationale war eine unumstößliche Tatsache. Die Zeit war reif für die Gründung einer Vierten Internationale.

Zunächst hatte Trotzki versucht, viele unabhängige linkssozialistische Organisationen für den Aufbau einer neuen Internationale zu versammeln, in der Hoffnung, dass die Erfahrung und der Klassenkampf sie zu revolutionär kommunistischen Schlüssen zwingen helfen würden.

Aber die spanischen Ereignisse zeigten nun, dass die Parteien des Londoner Büros und v. a. die POUM und ihre Gefolgschaft, diese Wandlung niemals vollziehen würden.

Die US-amerikanische Sektion der IKL war durch die Organisation von Massenstreiks in Minneapolis und New York in diesen Jahren zu einer bedeutsamen und einflussreichen Arbeiterformation herangewachsen. Ihr führendes Mitglied James P. Cannon trug in Gesprächen mit Trotzki die Auffassung vor, dass die bevorstehende Weltkonferenz der Bolschewisten - Leninisten 1938 die Vierte Internationale gründen sollte. Seiner Ansicht nach 'hatten sich die Hauptbestandteile der Vierten Internationale nunmehr herauskristallisiert'.

Trotzki stimmte dem zu:

„Diese Internationale wird durch eigene Taten, nicht durch Manöver mit anderen Gruppen stark werden. Natürlich können wir andere nahestehende Gruppen anziehen, doch das wäre zufällig. Die allgemeine Richtschnur ist unsere eigene Entwicklung. In Spanien waren all' diese dazwischen stehenden Organisationen auf dem Prüfstand; die POUM war der wichtigste Teil des Londoner Büros und eben diese POUM hat sich am verheerendsten für die spanische Revolution erwiesen.“

Diese Zwischengruppen waren laut Trotzki „nur ein Hindernis, ein versteinertes Zentrismus ohne Massen.“

Ein anderer wichtiger Grund für das Herangehen an die Gründung der Vierten Inter-

nationale bestand in der heraufziehenden Krise und Kriegsgefahr. Die Revolutionäre mussten durch die eisernste Disziplin zusammengehalten werden, um der ganzen Welt besser ihre Botschaft mitteilen zu können.

Einige Kritiker haben Trotzki vorgehalten, dass die Gründung der Vierten Internationale ein Fehler gewesen sei. Unter Hinweis auf die Zweite und Dritte Internationale, die als Massenorganisationen gegründet worden waren, meinen sie, dass die schwachen Kräfte des Trotzkiismus nicht ausgereicht hätten, um eine wirkliche Weltpartei errichten zu können. Stattdessen hätten zuerst starke nationale Parteien aufgebaut werden müssen und erst danach könne eine Internationale gegründet werden.

Dieses gefährliche Argument lässt einige der wichtigsten Lehren der 30er Jahre außer Betracht. Eine Partei, die ausschließlich auf nationalem Boden gedeiht, wird sich immer dem Druck und den weit verbreiteten Vorurteilen im jeweiligen Staat anpassen. Die POUM glaubte z. B., dass dank besonderer Bedingungen in Spanien ein Kampf für Arbeitererräte nicht vonnöten sei.

Die bestmögliche Art, diese Schwierigkeiten zu vermeiden, liegt für jede Partei darin, ihre Arbeit nicht in nationaler Isolation zu vollführen, sondern als integraler Bestandteil einer demokratisch - zentralistischen internationalen Bewegung, wo jede nationale Sektion derselben Disziplin wie eine Ortsgruppe innerhalb einer nationalen Organisation unterliegt. Die Kapitalisten sind über Trennungslinien und Grenzen hinweg organisiert.

Ohne einen Gegenpol, sogar auf höherer Stufe der Einheitlichkeit, wird die Arbeiterklasse nie in der Lage sein, das System bis zur letzten Konsequenz zu bekämpfen. Der demokratische Zentralismus mit voller Freiheit der Diskussion nach innen bei gleichzeitiger äußerster Geschlossenheit im Handeln nach außen muss nicht nur in jeder einzelnen Partei, sondern auch in der Weltpartei gelten.

Das war eine weitere wesentliche Lehre, die Trotzki aus dem nationalistischen Zusammenbruch der Zweiten Internationale, der bürokratischen Degeneration der Dritten Internationale und der völligen Wirkungslosigkeit des Londoner Büros zog.

Und so nahmen im September 1938 30 Delegierte aus 11 Ländern ein neues internationales Programm an und gründeten auch formal die Vierte Internationale.

Zugleich errichteten Delegierte aus 9 verschiedenen Staaten eine sympathisierende Jugendinternationale. Auf einer feierlichen Massenkundgebung am 28. Oktober in New York wurde dem Publikum die folgende Botschaft Trotzki's durch Fernschreiber übermittelt:

„Nur die Vierte Internationale schaut vertrauensvoll in die Zukunft. Sie ist die Weltpartei der sozialistischen Revolution! Es gab nie eine größere Aufgabe auf der Erde. Auf

jedem von uns lastet eine ungeheure historische Verantwortung.

Unsere Partei fordert jeden von uns, ganz und gar. Lasst die Kleingeister ihrer eigenen Individualität im leeren Raum nachjagen. Für

einen Revolutionär bedeutet seine ganze Hingabe an die Partei die eigene Selbstfindung.

Ja, unsere Partei nimmt jeden von uns ganz in Anspruch.

Aber sie gibt jedem von uns das höchste

Glück zurück: das Bewusstsein, am Aufbau einer besseren Zukunft teilzuhaben, auf den eigenen Schultern ein kleines Stück des Schicksals der Menschheit zu tragen und ein Leben nicht umsonst gelebt zu haben.“

Kapitel 9

Das Übergangsprogramm

Inmitten der Kämpfe der 30er Jahre verlor Trotzki dennoch nie die Grundvoraussetzung für den Aufbau einer neuen Internationale aus dem Blickfeld:

„...es ist notwendig, mit der Verkündung eines Programms zu beginnen, das sich auf der Höhe der Aufgaben unserer Epoche befindet. Auf der Grundlage dieses Programms ist es notwendig, Gesinnungsgenossen, die Pioniere der neuen Internationale, zu mobilisieren. Kein anderer Weg ist möglich.“

Warum diese Betonung des Programms? Das Programm einer politischen Partei ist ihre Botschaft an die eigene Mitgliedschaft und die ganze Welt, welche Ziele sie hat, wofür sie eintritt und was ihre Absichten sind. Es ist die einzige Rechtfertigung für die unabhängige Existenz einer Partei.

Eine revolutionäre marxistische Partei strebt danach, die Welt nicht durch parlamentarische Reformen zu verändern, sondern durch die Aktion der Arbeiterklasse. Ihr Programm ist keine Liste von Versprechen für die Zukunft, sondern eine Anleitung zum Handeln für Millionen Arbeiter in der Gegenwart. Der Gründungskongress der Vierten Internationale verabschiedete einen Programmwurf aus Trotzki's Feder 'Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale'. Diese kurze Schrift wurde eines der wichtigsten Zeugnisse in der Geschichte des Kommunismus. Kein Studium der Ideen Trotzki's wäre vollständig ohne nähere Betrachtung seiner Inhalte und Bedeutung.

Brückenschlag

Die Zweite Internationale entstand in einer Periode langer und verhältnismäßig friedlicher Prosperität des kapitalistischen Systems. Das imperialistische Geflecht des Monopolkapitalismus war noch nicht weltumspannend, die Arbeiterklasse machte ständige Fortschritte bei der Organisierung ihrer Gewerkschaften und sozialdemokratischen Massenparteien in einer Vorbereitungszeit auf große zukünftige Klassenausinandersetzungen.

In dieser Periode nahm die Sozialdemokratie ein Programm an, zweigeteilt in ein Minimal- und ein Maximalprogramm.

Das Minimalprogramm enthielt eine Reihe von Forderungen, die innerhalb des kapitalistischen Systems verwirklicht werden konnten. Es beschäftigte sich mit den

dringendsten Bedürfnissen der Arbeiterklasse und ausgebeuteten Massen - Achtstundentag, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Wohnung und Wohlfahrt für alle, Ende mit Hungerlöhnen.

Es umriss die demokratischen Rechte zur proletarischen Organisationsfreiheit und Verhinderung der ärgsten Missbräuche durch die Kapitalisten - Wahlrecht, souveräne Parlamente, Wahl von Richtern und Tragen von Waffen. Allen diesen Forderungen würden die Kapitalisten sich zu widersetzen suchen, aber sie würden das System nicht antasten. Selbst wenn sie erfüllt werden würden, blieb ein Unternehmer noch ein Boss.

Das Maximalprogramm orientierte zum anderen auf die Ziele Sozialismus und Arbeitermacht. Es war eine Stellungnahme über das Endziel der Bewegung, aber in keiner Weise über praktische Schritte mit dem übrigen Programm verknüpft.

Von daher war die opportunistische Richtung in der Zweiten Internationale in der Lage, das Ziel des Sozialismus als eine in ferner Zukunft liegende Vision ohne praktische Bedeutung für die Alltagsauseinandersetzungen der Arbeiter und ihrer Partei zu behandeln..

Diese Teilung des Parteiprogramms in Minimal- und Maximalelemente gestattete dem rechten Flügel der Sozialdemokratie, all' seine Anstrengungen auf rein reformpolitische Kampagnen zu konzentrieren. Es überrascht deshalb nicht, dass die russischen Kommunisten und die Kommunistische Internationale den ersten bedeutenden Anstoß zur Überwindung dieser programmatischen Auftrennung gaben.

In seiner Streitschrift 'Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll' vom Vorabend der Oktoberrevolution brachte Lenin eine Reihe von Forderungen vor, womit die unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiterklasse angesprochen wurden, und deren Erfüllung zugleich den Bruch mit dem kapitalistischen System beinhaltete.

In der Glut einer revolutionären Krise und des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft wirkte Lenins Programm durchschlagend. Doch es war undurchführbar ohne die Beschlagnahme des Privateigentums der Reichen und die Übergabe der politischen Macht an die Arbeiterklasse. Das Programm diente als Brücke zwischen Nah-

zielen und den revolutionären Aufgaben der Arbeiter.

Diese Methode wurde daraufhin von der Kommunistischen Internationale zur Grundlage genommen, um die Programme aller einzelnen Kommunistischen Parteien nach dem 1. Weltkrieg zu beeinflussen. Der dritte Komintern-Kongress nahm ein Paket von 'Thesen zur Taktik' an, die das alte Minimalprogramm der Reformisten als 'eine konterrevolutionäre Täuschung' bezeichneten. Ferner wurde erklärt, dass Kommunisten zwar weiterhin für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter kämpfen sollten, gleichgültig wie begrenzt sie auch sein mochten, dies aber nicht tun dürften, um den Kapitalismus zu retten, sondern ihn zu vernichten.

Das Übergangsprogramm

Auf dem 6. Kongress der Komintern 1928 war das Abgleiten in bürokratischen Zentrismus in vollem Gange. Mit Stalins Hilfe schrieb Bucharin einen völlig abstrakten Programmwurf. Die alte Trennung in Minimal- und Maximalprogramm, die die revolutionäre Komintern abzuschaufen versucht hatte, kam hier wieder zum Vorschein. Trotzki übte harsche Kritik an dem Entwurf:

„Die proletarische Vorhut braucht keinen Katalog von Binsenweisheiten, sondern ein Handbuch zur Aktion.“

Aus dem Grund nahm das Programm der Vierten Internationale von 1938 die reale Lage für die Weltarbeiterklasse zum Ausgangspunkt. Danach entwickelt es eine Reihe von Übergangsforderungen als Brücke zwischen den Kämpfen der Gegenwart und dem Ringen um Revolution und Sozialismus.

Trotzki verfasste den Programmwurf nach Prüfung der Lehren aus der gesamten Geschichte der Bewegung und den Fortschritten der Komintern 1919 bis 1924. In diesem Sinn war das neue Übergangsprogramm 'die Zusammenfassung der kollektiven Arbeit bis heute'.

Das Übergangsprogramm fängt mit der Zusammenfassung der Hauptlehren aus der Gesamtperiode seit dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale 1914 an:

„Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist v. a. gekennzeichnet durch die historische Krise der proletarischen Führung.“

Der Kapitalismus hatte bereits die Be-

dingungen geschaffen, unter denen eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden konnte. Die Welt war nicht nur reif für den Sozialismus, sondern diese Reife 'war allmählich fast in Fäulnis übergegangen'. Nur eines hatte den Kapitalismus in den krisengeschüttelten 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhundert überleben lassen - das Fehlen einer revolutionären Führung für die Arbeiterklasse. Sie hatte in der Machtfrage versagt und damit die Welt an den Rand von ökonomischer Katastrophe, faschistischer Barbarei und Krieg gebracht.

Die Hauptarbeit von Revolutionären bestand darin, die Kluft zwischen der Reife in den Bedingungen für den Sozialismus und dem Mangel an politischer Vorbereitung für die Machtübernahme der Arbeiterklasse zu überbrücken. Der Schlüssel hierzu lag in einem 'System von Übergangsforderungen, deren Dynamik sich immer offener und entschiedener gegen die bürgerlichen Herrschaftsgrundlagen selbst entfalten wird'. Dieses Übergangsprogramm ersetzte das alte Minimalprogramm der Sozialdemokratie.

Die ökonomischen Hauptübel der kapitalistischen Gesellschaft im Vorfeld des 2. Weltkrieges waren Arbeitslosigkeit und Teuerung. Das Programm der Vierten Internationale legte Antworten auf diese Probleme vor, die somit die Selbstorganisation der arbeitenden Klasse stärkten und ihre Machtperspektive voranbrachten. Es forderte Arbeit für alle, einen garantierten Mindestlohn und streng begrenzte Arbeitszeiten.

Um diese Forderungen nicht von den Kapitalisten untergraben zu lassen, sollten die Arbeiterorganisationen selbst Ausschüsse mit dem Ziel gründen, einen Plan aufzustellen, wonach die gesamte notwendige Arbeit auf alle verfügbaren Hände ohne Lohn- einbuße verteilt werden sollte. Löhne sollten sich gleitend an die Preiserhöhungen anpassen. Wenn die Unternehmer sich die Entlohnung nicht 'leisten' könnten, müssten sie enteignet werden:

„Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Bedürfnisse zu befriedigen, die unausweichlich aus den von ihm selbst erzeugten Übeln hervorgehen, dann soll er untergehen.“

Das Programm untersuchte die Lage der Arbeiterorganisationen. Unabdingbar für Kommunisten war eine Mitarbeit in den Gewerkschaften, um sie zu stärken, ihre Kampfkraft zu heben und allen Bestrebungen der Kapitalisten entgegenzuwirken, sie zu kontrollieren oder zu schwächen, gleich ob durch polizeiliche Unterdrückung oder eine verfeinerte Diktatur in Form von 'Zwangsschlichtungsverfahren'.

Das Programm verurteilte das Sektierertum des Stalinismus der 'Dritten Periode', als die Kommunistischen Parteien sich aus den Massengewerkschaften zurückzogen, und bezeichnete dieses selbstisolationistische Verhalten als 'gleichbedeutend mit einem Verrat an der Revolution'. Allerdings berücksichtigte das Übergangsprogramm auch die

Grenzen der Gewerkschaften und rief zum Kampf gegen die konservativen Gewerkschaftsbürokraten und zur Schaffung von allumfassenden Kampforganen der Arbeitermassen auf, für 'Streik- und Fabrikkomitees und schließlich Sowjets'.

Es wäre kriminell, den Massengewerkschaften den Rücken zu kehren, aber genauso wenig sollten Revolutionäre vor dem Bruch mit dem Gewerkschaftsapparat zurückscheuen, falls notwendig, um den Kampf zu gegebener Zeit voranzutreiben:

„Die Gewerkschaft ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel auf dem Weg zur proletarischen Revolution.“

Im nächsten Abschnitt argumentiert das Programm für Arbeiterkontrolle in der Produktion, die Offenlegung aller Geschäftsgeheimnisse der Kapitalisten vor einer Arbeiterinspektion und für den Entwurf eines allgemeinen Plans zur Umgestaltung des Wirtschaftslebens durch die Arbeiter. Dieser Kampf um Kontrolle wäre eine Kriegserklärung an die Unternehmer, die sich diesen Maßnahmen auf jeden Fall widersetzen würden. Zugleich wäre das die beste Vorbereitung für die Arbeiter zur eigenen Führung der Gesellschaft als „erster Schritt auf dem Weg zu einer sozialistischen Leitung der Wirtschaft“.

Das Programm rief zur Enteignung der Schlüsselindustrien und Banken auf, die aus den Händen der Privatkapitalisten der Kontrolle des Staates unterstellt werden müssten; es stellte allerdings klar, dass dies „nur vorteilhafte Ergebnisse bringen könnte, wenn die Staatsmacht selber aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Werktätigen übergeht.“

Das Übergangsprogramm beschäftigte sich mit der Frage der Selbstverteidigung ebenso pragmatisch wie revolutionär. Die Arbeiterklasse begegnete nicht bloß der Gewalt von Streikbrechern und Polizei, sondern zunehmend auch den gedungenen Knüttelgardien der Bosse sowie faschistischen Banden. Überzeugungsarbeit reichte da allein nicht aus:

„Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in liberalen Redaktionsstuben, sondern in der Fabrik - und endet auf der Straße.“

Ausgehend von den Streikposten plädierte das Programm für die militärische Ausbildung, Erlernung des Waffenhandwerks durch Jugendgruppen und Gewerkschaftler und die Organisierung in Arbeitereinheiten zur Selbstverteidigung. Das Endziel dieses Vorhabens sollte der Aufbau einer Arbeitermiliz sein:

„...die Gewohnheiten der Fügsamkeit und Passivität vertreiben, heldenmütige Einheiten von Kämpfern erziehen, die allen Werktätigen ein Beispiel zu geben vermögen, den Banden der Konterrevolution eine Reihe von taktischen Niederlagen zufügen, das Selbstbewusstsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten stärken, den Faschismus in den Augen des Kleinbürgertums diskredi-

tieren und der Eroberung der Macht durch das Proletariat den Weg bahnen.“

Das Übergangsprogramm behandelte auch die Aufgaben der Arbeiter unter besonderen Bedingungen in Teilen der Welt. In Kolonialländern hielt es sich an die Schlussfolgerungen aus der Theorie der permanenten Revolution, wonach der Kampf für nationale Befreiung und Demokratie nur unter Führung der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann.

Es wandte sich offen an die Arbeiter unter faschistischer Herrschaft. In Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, verfolgt durch Geheimpolizei, den Kampf zu führen, empfahl es geduldige Propagandaarbeit, die Früchte in der Zukunft tragen könnte, sobald der Klassenkampf mit doppelter Wucht wieder aufflammte würde.

Für die Arbeiterklasse in der UdSSR urteilte das Übergangsprogramm korrekt, ein revolutionäres Aufwallen gegen die stalinistische Bürokratie beginne mit „dem Kampf gegen soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung“. Freiheit der Gewerkschaften und Presse, Recht auf Massenversammlungen als wesentliche Schritte zur Wiederschaffung von echten Arbeiterräten und wahrer Sowjetdemokratie waren weitere Programmpunkte.

Gekrönt wurde dies durch den Aufruf zu einer vollständigen Neugestaltung der Planwirtschaft; es verband eine revolutionäre Verteidigung der Errungenschaften von 1917 mit der Aufforderung zu einer „siegreichen Erhebung der unterdrückten Massen“ in einer Revolte gegen Stalin und die Diktatur der privilegierten bürokratischen Elite.

Angeichts des drohenden Weltkrieges griff das Programm der IV. Internationale den Kampf für den revolutionären Internationalismus Lenins, Liebknechts und Luxemburgs auf, rief zur Arbeiterkontrolle über die Kriegsindustrie, zur Beschlagnahme von Rüstungsprofiten sowie zur Aufhebung aller Geheimverträge und diplomatischen Winkelzüge auf.

Für den imperialistischen Krieg durfte kein einziger Pfennig zur Verfügung gestellt und keine Person eingezogen oder in den Tod geschickt werden. Aber Pazifismus wurde als eine nutzlose Illusion ebenfalls abgelehnt:

„Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Aber um die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selber bewaffnen.“

Die Wehrerziehung musste unter Arbeiterkontrolle gestellt werden. Die Vierte Internationale hatte die Pflicht, die Kolonialländer sowie die UdSSR gegen den Imperialismus mit Klassenkampfmethoden wie Boykott und Streik zu verteidigen.

Die sich ergänzenden Krebsgeschwüre Sektierertum und Opportunismus haben die sozialistische Bewegung zu Trotzki's Zeiten ebenso wie heute heimgesucht.

Das Übergangsprogramm nahm beide aufs Korn. Es verspottete schonungslos die Zurückhaltung sektiererischer Gruppierungen von den Kämpfen um die elementaren Interessen der Arbeiterklasse:

„Eine Brücke, in Form von Übergangsforderungen, erscheint ihnen überflüssig, weil sie gar nicht beabsichtigen, ans andere Ufer zu kommen. Sie treten einfach auf der Stelle und begnügen sich damit, ihre immer gleichen hohlen Abstraktionen herunterzuleiern.“

Das Programm strafte diejenigen mit Verachtung, die nicht den Zugang zu den Massen suchen und die nichts als diskutieren wollen, indem es sie als „Ballast für die Partei“ bezeichnete.

Es galt, alle Kraft für die Hebung des Bewusstseins und Opfermuts der Arbeiterschaft einzusetzen. Das folgende Programmzitat sprach sich gegen den Opportunismus aus:

„Der Wirklichkeit ins Auge sehen, nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen, die Dinge beim Namen nennen, den Massen die Wahrheit sagen, so bitter sie auch sein mag, Hindernisse nicht fürchten, genau sein in kleinen wie in großen Angelegenheiten, das Programm auf die Logik des Klassenkampfes stützen, wagemutig sein, wenn die Zeit fürs Handeln gekommen ist - das sind die Regeln der Vierten Internationale.“

Zum Schluss wendete sich das Übergangsprogramm gezielt an jene Schichten der Arbeiterklasse, die von den Opportunisten links liegen gelassen worden waren, weil diese sich naturgemäß stets auf die obersten Arbeiterschichten konzentrieren, in denen neue Karrieristen und Funktionäre anzutreffen sind. Den unterdrückten Sektoren der Klasse, v. a. Frauen und Jugend, wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt - der Jugend wegen ihrer „frischen Begeisterungsfähigkeit und Angriffslust“ und den Arbeiterinnen als „unerschöpflicher Quell von Ergebenheit, Selbstlosigkeit und Opfermut“.

Das Programm schloss mit einer Verteidigung der Vierten Internationale selbst. Ob schon zahlenmäßig schwach, war sie stark in Ideen, Programm und Kaderisierung der Mitgliedschaft und Führung. Nur die Vierte Internationale bot ein Programm, das einen Ausweg aus der menschenbedrohenden Krise wies. Die Schlussfolgerung klang klar:

„Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, stellt euch unter das Banner der IV. Internationale. Es ist das Banner eures kommenden Sieges!“

Das Übergangsprogramm heute

Ist das Übergangsprogramm wirklichkeitsfremd? Wäre es nicht besser, nur Forderungen aufzustellen, die dem vorherrschenden Bewusstsein der Klasse angemessen wären?

In Gesprächen mit Mitgliedern der Vierten Internationale entgegnete Trotzki auf genau diese Einwände:

„Unsere Aufgaben hängen nicht von der Mentalität der Arbeiter ab. Es gehört zu unseren Aufgaben, das Bewusstsein der Arbeiter zu entwickeln... Einige werden sagen: gut, das Programm ist ein wissenschaftliches, es entspricht der objektiven Lage, aber wenn die Arbeiter es nicht annehmen, bleibt es steril. Möglich. Aber das besagt nur, dass die Arbeiter zermalmt werden, denn die Krise kann außer durch sozialistische Revolution unmöglich gelöst werden... selbst im schlimmsten Fall, wenn die Arbeiterklasse zur Zeit ihren Mut und ihre Stärke nicht genügend für die sozialistische Revolution einsetzt... werden die besten Elemente sagen 'Diese Partei hat uns gewarnt, es war eine gute Partei.' Und ein großes Vermächtnis wird in der Arbeiterklasse fortleben... Natürlich kann ich, wenn ich die Augen schließe, ein gutes, rosiges Programm schreiben, das jedermann akzeptiert. Aber es wird der Situation nicht angemessen sein, und das Programm muss der Situation angemessen sein.“

Das Übergangsprogramm wurde am Vorabend des 2. Weltkriegs zu Papier gebracht. 1938 erwartete Trotzki, dass der Krieg entweder in eine sozialistische Revolution oder in der Zerschlagung der Sowjetunion und dem Sieg des Faschismus in allen fortgeschrittenen Staaten münden würde. Es gab jedoch eine dritte Möglichkeit, die er nicht bedacht hatte: das Überleben und die Ausdehnung des Stalinismus in Osteuropa und lange Jahrzehnte relativer Stabilität und Demokratie in den entwickelten kapitalistischen westlichen Ländern.

Einige glauben, dass dieser perspektivische Irrtum das ganze Programm entwertet, dennoch war Trotzki's programmatische Methode korrekt. Das Programm muss der Lage angemessen sein. Die programmatische Perspektive entsprach aus Sicht von 1938 der Situation. Immerhin wurde die UdSSR überfallen und große Teile der rücksichtslosen Rekapitalisierung unter der Nazi - Besatzung ausgeliefert. In Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und ganz Osteuropa regierten faschistische Diktaturen. Mit diesen Fakten im Hinterkopf scheint Trotzki's Perspektive, selbst wenn sie den Kriegsausgang nicht richtig vorhersah, doch nicht so weit hergeholt. Auf den Großteil Europas traf sie bis 1943 zu.

Falsch jedoch ist ein Festhalten an überholten Perspektiven, und das sollte Trotzki's Nachahmer nach dem Krieg die politische Existenzberechtigung kosten. Jedes Programm ist eine Anleitung zum Handeln unter konkreten Umständen. Kein Programm kann ewige Gültigkeit haben und muss an neue Voraussetzungen angepasst werden. Deshalb schrieb auch Trotzki ein neues, das Übergangsprogramm, statt das alte bolschewistische Parteiprogramm wiederaufzulegen.

Revolutionäre der Gegenwart schieben weder das Übergangsprogramm beiseite noch behandeln sie es wie ein ehernes Gesetz. Wie Trotzki verwenden sie seine Methode als Anleitung zur Beleuchtung jeder geschichtlichen Wende - und seit 1938 gab es viele davon - durch das Programm der Revolution. Wie könnte es anders sein?

Die Methode des Übergangsprogramms muss bei jedem neuen Problem angewendet werden, sie muss eine Brücke schlagen zwischen den unmittelbaren Aufgaben der Bewegung bis zum Kampf um die Arbeitermacht.

Das hebt das trotzkistische Programm aus anderen Strömungen der Arbeiterbewegung heraus.

Kapitel 10

Das Leben ist schön...

In seinem Exil in Mexiko musste Trotzki zusammen mit seiner Frau Natalja tatenlos die täglichen Berichte über Grausamkeiten und Morde des Stalin-Regimes in der UdSSR mit anhören.

„Wir gingen in unserm kleinen tropischen Garten in Coyoacan spazieren, umgeben von fernen Gespenstern, jedes mit einem Loch in der Stirn.“

Es gab viele dieser Gespenster. Tausende alter Bolschewisten, darunter viele, die als Genossen mit Trotzki im Bürgerkrieg gekämpft hatten, fielen den Säuberungen zum Opfer. Der Schatten von Stalins Verbrechen holte Trotzki und seine Genossen immer mehr ein. Ignaz Reiß, ehemals führender sowjetischer Geheimpolizist, war zur Vierten Internationale gestoßen. Er wurde an einer Schweizer Straße von Geschossen durchsiebt aufgefunden. In Paris wurde Rudolf Klement, einer von Trotzkis begabtesten jungen Sekretären, von Stalinisten entführt, umgebracht und in die Seine geworfen.

Für Trotzki und Natalja wurde der Schmerz fast unerträglich, als sie nach und nach ihre Kinder verloren. Ihre Tochter Zina, der die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt worden war und die nicht mehr nach Russland zurück durfte, verfiel in tiefe Depression und verübte in Berlin Selbstmord.

Ihr Sohn Leo Sedow, ein führender Kämpfer der Vierten Internationale, der einen scharf anklagenden Bericht über die Moskauer Schauprozesse geschrieben hatte, wurde von einem stalinistischen Agenten verraten, dem er vertraut hatte, und starb im Krankenhaus unter seltsamen Umständen an einer eigentlich harmlosen Krankheit. Selbst Trotzkis Sohn Sergej, ein sowjetischer Ingenieur ohne Interesse an Politik, wurde eines versuchten Anschlags mit Gas auf Arbeiter seines Betriebes beschuldigt. Er verschwand und man hörte nie wieder etwas von ihm.

Im Angesicht solcher seelischen Gefühlsqualen ist kaum vorstellbar, wie das jemand durchstehen kann. Doch in diesen Jahren vollendete Trotzki das seiner Meinung nach wichtigste Werk seines Lebens. Er alleine von allen russischen Revolutionsführern legte den Grundstein für eine neue Internationale. Er alleine bewahrte das Erbe des Bolschewismus und entwickelte den revolutionären Marxismus als Anleitung zum Handeln für künftige Geschlechter fort.

Aber das war nicht alles. Der große General, der eingeschlossen in seinem gepanzerten Zug Zeit und Energie erübrigt hatte, französische Literatur zu studieren, bewahrte sich zeitlebens ein ernsthaftes und gut unterrichtetes Interesse an einer ganzen Palette von Themen.

Jedes neue Klassenkampfgeschehen regte ihn zu ausgiebigen Studien an: über verschiedene Länder, Wirtschaftsdaten, Berichte über die politische Lage, die Geschichte der Arbeiterbewegung auf der ganzen Erde. Trotzkis Geist arbeitete sich vom Besonderen zum Allgemeinen vor, wenn er sich in philosophische und ethische Debatten seiner Zeit einschaltete und die Ideen der bürgerlich liberalen Intelligenz einer marxistischen Kritik unterzog.

Sein Interesse beschränkte sich nicht auf Politik im engeren Wortsinn. Die bahnbrechenden Entdeckungen von Freud über die Natur des Unterbewusstseins beeindruckten und faszinierten ihn. Zusammen mit Pionieren der surrealistischen Bewegung wie dem französischen Künstler André Breton verfasste Trotzki ein 'Manifest für revolutionäre Kunst'.

Gleichzeitig war ihm kein Problem der Bewegung zu gering und wertlos, als dass es nicht Trotzkis Aufmerksamkeit und Rat gefunden hätte. Seine Schriften sind randvoll von Briefen an Freunde und Genossen mit Ratschlägen zu Tageskämpfen, Gewerkschaftsangelegenheiten, parteiorganisatorischen Problemen, finanziellen und redaktionellen Vorgängen.

Ein Trotzki-Biograf hat ihn als Beispiel für den 'universellen Menschen' beschrieben, den wir mit dem Zeitalter der Renaissance in Verbindung bringen, als Menschen, der seine Arbeit allen Bereichen widmete, der sich anschnitt, auf möglichst vielen Wissensgebieten Fachmann zu werden, und der vor nichts Halt machte, sich voll in alles einzubringen, was dem menschlichen Streben möglich schien.

Diese Beschreibung trifft auf Mensch und Werk zu, denn Trotzki verschrieb sich mit Leib und Seele der Wissenschaft, dem Fortschritt und den unausgeschöpften Möglichkeiten der Menschheit, der stetigen Ausweitung von Wissen und Kultur.

Gegenwärtig wird dieses Vorbild als veraltet angesehen; der Glaube an Wissenschaft und Fortschritt wird den überholten Idealen des 19. Jahrhunderts zugerechnet. Die Hohepriester der Postmoderne lehren ihre Studenten an den Universitäten der ganzen Welt, dass alle 'großen Entwürfe', alle Denksysteme mit dem Anspruch die Welt verstehen, erklären oder gar verändern zu wollen, nichts als Illusionen der Vergangenheit wären. Der bloße Gedanke an den 'allseits gebildeten Menschen' mit dem Glauben an den Fortschritt der Menschheit erscheint in diesem Licht als altmodisch oder gar wunderlich.

Doch dass Trotzki und seiner Weltanschauung ein solcher Vorwurf überhaupt

gemacht werden kann, verrät uns eine bestürzende Tatsache über die Zeit, in der wir jetzt leben. Theorien können heute anscheinend schon deswegen abgeschrieben werden, weil sie es wagen, eine Erklärung anzubieten für den Fortgang der Geschichte und die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung.

Daher haben unsere Herrscher des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts keine eigene Theorie. Ihre ökonomischen Heilslehren haben Massenarbeitslosigkeit, sinkenden Lebensstandard und immer schrecklichere Schocks für die Wirtschaften der Dritten Welt verursacht; ihre nationalistischen Ideologien haben eine blutige Abwärtsspirale von Völkermord, ethnischer Säuberung und Barbarei in Gang gesetzt. Im Angesicht des Untergangs ihrer eigenen Theorien hat die Kapitalistenklasse samt ihrer angeheuerten Intellektuellen schon allein den Gedanken an Theorie veräußert.

Dass der Fortschritts- und Menschheitsentwicklungsgedanke unter Beschuss geraten ist, stellt das größtmögliche Eingeständnis der intellektuellen und moralischen Verkommenheit durch die kapitalistische Gesellschaft selbst dar. Der herrschenden Klasse fehlt das Vertrauen in die Zukunft der Menschheit, weil sie ihr keine Zukunft bieten kann.

Das Ende des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet von der Erschöpfung bürgerlichen Gedankenguts, vom Todeskampf der bürgerlichen Ideologie.

In der größten siegreichen Revolution der Geschichte an die Macht gelangt, an der Spitze einer mächtigen Internationale, gebildet von Parteien mit millionenfachem Zulauf, musste Lenin und Trotzki das 20. Jahrhundert als geprägt von revolutionären Siegen und Sozialismus erscheinen.

Wie bitter waren dann die Niederlagen und Rückzüge der Arbeiterbewegung im Sog der Isolation der russischen Revolution. Aber Trotzkis Vision und Glaube an die Menschheit gab ihm eine Motivation jenseits von persönlicher Macht und Berühmtheit.

Um Mitternacht des Jahrhunderts, als die Versprechen des damaligen revolutionären Sieges zu Staub zerfielen, verzweifelte Trotzki trotzdem nicht. Er kämpfte weiter, bahnte den Weg auch bei schwierigsten Wendungen, gab nie auf, überlegte immer den nächsten Schritt, suchte die nächste Erschütterung der internationalen Lage, die nächste Gelegenheit zum revolutionären Fortschritt.

Er arbeitete die Lehren jeder Niederlage auf, suchte die Arbeiter auf die kommenden

Kämpfe vorzubereiten, führte Krieg gegen die Korruption, den Zynismus und die falschen Führer der Arbeiterklasse, ermutigte die Arbeiter zu mehr Selbstvertrauen, Kampfgeist und Glaube an die eigene Zielsetzung. In jenen schweren Jahren konnte sich kein anderer Parteigänger der Arbeiterklasse mit seiner Leistung messen. Er gab nie auf.

Doch er wurde durch feigen Mord niedergestreckt. Am 19. August 1940 erwachte Trotzki mit außergewöhnlichem Wohlfühl. Er schrieb einige Briefe, unternahm einen kurzen Spaziergang im Garten und kehrte dann zu seiner dringlichsten Arbeit, einem Artikel über den Krieg, zurück. Am späten Nachmittag empfing er einen Besucher, den Freund einer Sekretärin, der ihm angeblich einen Artikel zur Begutachtung vorlegen wollte. Trotzki bemerkte an diesem Mann ein scheinbares Unwohlsein und bat ihn in sein Arbeitszimmer.

Die wahre Identität dieses Mannes entpuppte sich als Ramon Mercader, eines Agenten im Sold der Stalinschen Geheimpolizei. Als Trotzki sich an den Schreibtisch setzte, um den Artikel zu lesen, holte Mercader einen Eispickel aus seiner Manteltasche und versenkte ihn in Trotzkis Schädel.

Trotzki entfuhr ein lauter Schrei, er schlug zurück und warf schwere Gegenstände von seinem Tisch nach dem Mörder. Schließlich bekam er ihn zu fassen und versuchte, ihn zu Boden zu ringen. Nachdem die Wachen hereingekommen waren und der Angreifer dingfest gemacht werden konnte, wurde Trotzki eilig ins Krankenhaus gebracht. Natalja blieb an seiner Seite. Dort diktierte er seinem Sekretär Joseph Hansen einige Worte, die mit der Erklärung endeten:

„Ich bin des Sieges der Vierten Internationalen gewiss... vorwärts.“

Er verlor das Bewusstsein und erlag noch in der Nacht seinen schweren Verletzungen.

Trotzkis zuversichtliche Vorhersage über den Erfolg der Vierten Internationale traf nicht ein. Obgleich sie im 2. Weltkrieg tapfer gegen den Strom schwamm, begann nach dem Krieg für den Kapitalismus in den imperialistischen Kernländern unter Dominanz der USA eine lange Periode relativer Stabilität und größeren Wirtschaftswachstums.

Konkurrenz unter den imperialistischen Mächten wurde angesichts der neuen 'sowjetischen Bedrohung' hintangestellt, da die UdSSR ihr System und ihren politischen Einfluss auf Osteuropa ausdehnen konnte und der Stalinismus auch in China triumphierte.

Diese Entwicklungen waren von den Revolutionären der Vierten Internationale nicht erwartet worden; sie ließen sich auch bald davon irreleiten. Da sie an den Perspektiven des Übergangsprogramms festhielten, statt sich auf die veränderten Umstände einzustellen, degenerierte die Vierte Internationale in den Nachkriegsjahren, um 1953 endgültig auseinander zu brechen.

In Erwartung eines neuen revolutionären

Ansturms klebte die Vierte Internationale weiter an den irrigen Einschätzungen Trotzki und verließ stattdessen den Boden seiner für das Programm letztendlich wirklich ausschlaggebenden revolutionären Methode. Als die Jugoslawische Kommunistische Partei und ihr bürokratischer Führer Tito 1948 mit Stalin brachen in einem dem Wesen nach nationalistischen Streit, erklärten die jungen Führer der Vierten Internationale Tito zum Antistalinisten.

Sie entschieden, der Aufbau einer revolutionären Partei in Jugoslawien sei nicht mehr erforderlich. Stattdessen setzte die Vierte Internationale ihre Hoffnung auf einen automatischen Linksruck der stalinistischen Partei unter dem Druck der Massen.

Das war ein klarer Bruch mit dem methodischen Vermächtnis Trotzki und keine Fortsetzung seines Werks. Dieser Fehler markiert auch die entscheidende Abkehr der Vierten Internationale vom Programm des revolutionären Marxismus. 1951 wurde die 'Wende' zum Stalinismus vom Gesamtkongress der Vierten Internationale gebilligt.

Diesem politischen Zusammenbruch folgte innerhalb von zwei Jahren der organisatorische. 1953 spaltete sich die Internationale in zwei rivalisierende Hälften, aber beide hielten sich an die neue zentristische Linie. Viele weitere Spaltungen folgten diesem ersten Bruch. Die Splitter der Vierten Internationale hielten zunehmend Ausschau nach anderen Kräften innerhalb von Stalinismus und Sozialdemokratie als Träger der revolutionären Aufgaben, die nur die Arbeiterklasse selber lösen kann.

Sie vergruben sich tief in sozialdemokratischen oder stalinistischen Parteien, verbargen das revolutionäre Programm und vertrauten auf den 'historischen Prozess', der die Arbeitermassenparteien revolutionären Konsequenzen entgegenreiben würde.

Sie passten sich je nach Lage dem Stalinismus, der Sozialdemokratie oder dem Nationalismus antikolonialer Bewegungen an. Sie entkernten den Trotzkiismus seines revolutionären Inhalts. Von Trotzki Kampf für die permanente Revolution blieb nur noch der Name übrig. Revolutionäre Gelegenheiten wurden verpasst, die Avantgardeparteien wurden nicht aufgebaut.

Aber die Ankunft des neuen Jahrhunderts hat den langen Jahren des Kalten Krieges und seiner alten Weltordnung ein abruptes Ende gesetzt. Lange vorausgesagt von Trotzki, hat die stalinistische Bürokratie schließlich die UdSSR und die degenerierten Arbeiterstaaten Osteuropas ruiniert.

Unfähig ihre Gesellschaften aus der Stagnation zu führen, gingen die Massen auf die Straße und brachten das ganze Gebäude aus stalinistischer Partei- und Polizeidiktatur zum Einsturz. Aber 1989 hatte die Vierte Internationale aufgehört, als revolutionäre Kraft zu existieren.

Das Programm des Trotzkiismus war der arbeitenden Bevölkerung, die Jahrzehnte der Unterdrückung im Namen des 'Sozia-

lismus' durchlitten hatte, unbekannt. Sie wandten sich an die Kräfte der kapitalistischen Demokratie als Retter.

Der 'Sieg' des Imperialismus im Kalten Krieg ist jedoch schnell geschrumpft. Nach den anfänglichen betrunkenen Siegesfeiern hat sich bei der Bourgeoisie Katerstimmung breit gemacht. Wenig Vertrauen ist zurückgeblieben in die herrschenden Kreise von Washington, Tokio, London, Paris und Berlin.

Im Osten entdecken die Arbeiter allmählich wieder die großen 'Vorzüge' des Marktes - Massenarbeitslosigkeit, Zerschlagung der Sozialsysteme, Kriminalität, Korruption, Ausbeutung und Krieg. In der halbkolonialen Welt wird die Wut der unterworfenen Nationalitäten angestachelt, wenn die imperialistischen Mächte ihnen 'Friedensabkommen' verkaufen wollen, die ihre bedingungslose Kapitulation ohne erwähnenswerte Gegenleistung fordern.

Und in den entwickelten kapitalistischen Staaten hat uns das System Minicomputer und Raumfahrt beschert, aber es kann Millionen Arbeitern nicht einmal den Mindestlebensstandard gewährleisten. Anstelle eines Anteils am Produkt von ganzen Arbeitergenerationen werden den Lohnabhängigen in Europa, Japan und USA nur Kürzungen im Sozialwesen, weniger Krankenhäuser, Schulen und Sozialunterstützung, Massenentlassungen und Unsicherheit zugemutet.

In einer Welt, wo 250 Leute mehr als das Gesamtvermögen der Hälfte aller Nationen besitzen, ist das Bedürfnis nach einem sozialistischen System der Planwirtschaft und gleicher Verteilung niemals größer gewesen. Der Marxismus bleibt die einzige wissenschaftliche Theorie, wie dies erreicht werden kann - niemand hat jemals eine Alternative dazu erarbeitet.

Nur eine Theorie hat den Marxismus in revolutionärer Weise auf die heutigen Verhältnisse angewendet. Gegnern wie Anhängern ist sie unter einem Namen bekannt: Trotzkiismus.

Die Arbeiterklasse und insbesondere die Jugend haben keinen Anlass, den Ideologen der Kapitalisten in Zweifel und Verzweiflung zu folgen.

Für uns ist die Auffassung von der Ausschöpfung menschlichen Potenzials, das Verständnis unserer Geschichte und unseres Planeten und das Streben, sie zu verändern, keine Wahnvorstellungen, die der fernen Vergangenheit angehören, sondern die Erfordernisse der Zukunft, große Ziele, ohne die wir unser Leben nicht aufrecht und erfüllt gestalten können.

Wenn die schwerwiegendste Anklage gegen den Trotzkiismus heute lautet, dass er an die Zukunft glaubt, so kann er sich mit Stolz für schuldig befinden.

1901 schrieb der junge Trotzki ein kleines Stück über den Optimismus und das 20. Jahrhundert. Viele hatten gehofft, dass mit dem neuen Jahrhundert eine Morgenröte von Frieden und Liebe heraufziehen wür-

de. Stattdessen brachte es 'Hass und Mord, Hunger und Blut'.

Aber das erschütterte Trotzki's revolutionären Optimismus keineswegs:

„Tod der Utopie! Tod dem Glauben! Tod der Liebe! Tod der Hoffnung! So donnert das 20. Jahrhundert in Feuersalven und Geschützhagel.

Gib auf, du pathetischer Träumer. Hier bin ich, das lang erwartete 20. Jahrhundert, deine 'Zukunft'.

Nein, antwortet der ungebrochene Optimist: du - du bist nur die Gegenwart.“

Bis zum Tod und trotz aller Schicksals-

schläge, die er hatte hinnehmen müssen, bewahrte sich Trotzki diesen unverrückbaren Glauben an die Zukunft. Er schrieb die folgenden Zeilen als sein Vermächtnis:

„43 Jahre meines bewussten Lebens bin ich Revolutionär geblieben, 42 Jahre davon habe ich unter dem Banner des Marxismus gekämpft. Wenn alles noch einmal von vorn anfangen würde, hätte ich natürlich versucht, diesen oder jeden Fehler zu vermeiden, aber der Hauptkurs meines Lebens wäre unverändert geblieben. Ich werde als proletarischer Revolutionär, als Marxist, als dialektischer Materialist und folglich als un-

beugsamer Atheist sterben. Mein Glaube an die kommunistische Zukunft der Menschheit ist nicht weniger glühend, sogar heute noch fester als in meinen Jugendtagen.

Natascha kommt gerade aus dem Hof ans Fenster und hat es weiter geöffnet, so dass die Luft freier in mein Zimmer hineinströmen kann. Ich kann den sattgrünen Grasstreifen unter und den klaren Himmel über der Mauer und überall Sonnenlicht sehen. Das Leben ist schön. Lasst die künftigen Generationen es von allem Übel, aller Unterdrückung und Gewalt säubern und es in vollen Zügen genießen.“

Leo Trotzki:

Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der 4. Internationale

(Das Übergangsprogramm)

Die objektiven Voraussetzungen der sozialistischen Revolution

Die weltpolitische Lage in ihrer Gesamtheit ist vor allem gekennzeichnet durch die historische Krise der Führung des Proletariats.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der proletarischen Revolution ist schon seit langem am höchsten Punkt angelangt, der unter dem Kapitalismus erreicht werden kann. Die Produktivkräfte der Menschheit stagnieren. Die neuen Erfindungen und die technischen Fortschritte dienen nicht mehr dazu, das Niveau des materiellen Reichtums zu erhöhen. Unter den Bedingungen der sozialen Krise des ganzen kapitalistischen Systems laden die Konjunkturkrisen den Massen immer größere Entbehrungen und Leiden auf. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit vertieft wiederum die finanzielle Krise des Staates und unterhöhlt die erschütterten Geldsysteme. Die Regime – die demokratischen wie die faschistischen – taumeln von Bankrott zu Bankrott.

Die Bourgeoisie selbst sieht keinen Ausweg. In den Ländern, wo sie sich gezwungen fand, ihr letztes Spiel auf die Karte des Faschismus zu setzen, schlittert sie jetzt mit geschlossenen Augen der wirtschaftlichen und militärischen Katastrophe entgegen. In den historisch privilegierten Ländern, d.h. dort, wo sich die Bourgeoisie noch eine Zeitlang den Luxus der Demokratie leisten kann (Großbritannien, Frankreich, Vereinigte Staaten usw.), befinden sich alle traditionellen Parteien des Kapitals in einem Zustand der Verwirrung, der gelegentlich an Willenslähmung grenzt. Trotz seiner Entschlossenheit, die er in seiner ersten Phase vorgetäuscht hat, repräsentiert der New Deal nichts anderes als eine besondere Form der Verwirrung, wie sie nur in einem Land möglich ist, wo die Bourgeoisie Reichtümer ohne Zahl anhäufen konnte. Die gegenwärtige Krise, die noch lange nicht ihr letztes Wort gesprochen hat, konnte bereits zeigen, daß die Politik des „New Deal“ in den Vereinigten Staaten ebensowenig wie die Politik der Volksfront in Frankreich irgendei-

nen Ausweg aus der wirtschaftlichen Sackgasse eröffnet.

Die internationalen Beziehungen bieten kein besseres Bild. Unter dem wachsenden Druck des kapitalistischen Niedergangs haben die imperialistischen Widersprüche die Grenze erreicht, jenseits derer die einzelnen Konflikte und blutigen Explosionen (Äthiopien, Spanien, Ferner Osten, Mitteleuropa) unausweichlich in einem Weltbrand münden. Gewiß, die Bourgeoisie ist sich klar über die tödliche Gefahr, die ein neuer Krieg für ihre Herrschaft bedeutet. Aber diese Klasse ist augenblicklich noch tausendmal unfähiger, den Krieg zu verhindern, als am Vorabend von 1914.

Das ganze Gerede, wonach die geschichtlichen Bedingungen noch nicht „reif“ genug seien für den Sozialismus, ist nur das Produkt der Unwissenheit oder eines bewußten Betrugs. Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind nicht nur schon „reif“, sie haben sogar bereits begonnen zu verfaulen. Ohne sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode, droht die ganze menschliche Kultur in einer Katastrophe unterzugehen. Alles hängt ab vom Proletariat, d.h. in erster Linie von seiner revolutionären Vorhut. Die historische Krise der Menschheit ist zurückzuführen auf die Krise der revolutionären Führung.

Das Proletariat und seine Führung

Die Ökonomie, der Staat, die Politik der Bourgeoisie und ihre internationalen Beziehungen sind tiefgreifend von der sozialen Krise erfaßt, die die vorrevolutionäre Lage der Gesellschaft kennzeichnet. Das Haupthindernis auf dem Wege der Umwandlung der vorrevolutionären in eine revolutionäre Lage ist der opportunistische Charakter der proletarischen Führung, ihre kleinbürgerliche Feigheit gegenüber der großen Bourgeoisie und ihre verräterischen Verbindungen, die sie mit dieser selbst in deren Todeskampf noch aufrechterhält.

In allen Ländern ist das Proletariat von tiefer Angst erfaßt. Millionenmassen bewegen sich ohne Unterlaß in Richtung auf den Weg

revolutionärer Ausbrüche. Aber jedesmal werden sie von ihren eigenen konservativen bürokratischen Apparaten abgeblockt.

Das Spanische Proletariat hat seit April 1931 eine Reihe heroischer Versuche unternommen, die Macht in seine Hände zu nehmen und die Geschicke der Gesellschaft zu führen. Jedoch seine eigenen Parteien – Sozialdemokraten, Stalinisten, Anarchisten und die POUM – haben jede auf ihre Weise die Rolle eines Bremsklotzes gespielt und damit den Triumph Francos vorbereitet.

In Frankreich hat die mächtige Streikwelle mit Fabrikbesetzungen – insbesondere im Juni 1936 – die ernsthafte Entschlossenheit des Proletariats zum Ausdruck gebracht das kapitalistische System zu stürzen. Jedoch ist es den führenden Organisationen – Sozialisten, Stalinisten und Syndikalisten – gelungen, unter dem Etikett der Volksfront den revolutionären Strom zu kanalisieren und zumindest momentan aufzuhalten.

Die beispiellose Streikwelle mit Fabrikbesetzungen und das erstaunlich rasche Wachstum der Industriegewerkschaften in den Vereinigten Staaten (CIO) sind der deutlichste Ausdruck des instinktiven Strebens der amerikanischen Arbeiter, sich auf die Höhe der Aufgaben zu erheben, die Ihnen die Geschichte auferlegt hat. Jedoch machen hier tun die führenden Organisationen, einschließlich der neugeschaffenen CIO, alles, was in ihren Kräften steht, um die revolutionäre Offensive der Massen in Schach zu halten und zu lähmen.

Der endgültige Übergang der kommunistischen Internationale auf die Seite der bürgerlichen Ordnung, ihre zynisch konterrevolutionäre Rolle in der ganzen Welt – insbesondere in Spanien, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und den anderen „demokratischen Ländern“ – hat dem Weltproletariat zusätzlich außerordentliche Schwierigkeiten auferlegt. Unter dem Banner der Oktoberrevolution verurteilt die versöhnlerische „Volksfront“-Politik die Arbeiterklasse zur Ohnmacht und bahnt dem Faschismus den Weg.

Die „Volksfronten“ auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten politischen Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische

Revolution. Vom historischen Standpunkt aus sind diese beiden Hilfsquellen allerdings nichts anderes als Fiktionen. Die Fäulnis des Kapitalismus hält an, sowohl unter dem Zeichen der phrygischen Mütze in Frankreich wie unter dem Zeichen des Hakenkreuzes in Deutschland. Allein der Sturz der Bourgeoisie kann einen Ausweg eröffnen.

Die Orientierung der Massen ist einerseits durch die objektiven Bedingungen des verfallenden Kapitalismus, andererseits durch die Politik des Verrats der alten Arbeiterorganisationen bestimmt. Entscheidend von diesen beiden Faktoren ist selbstverständlich der erste: die Gesetze der Geschichte sind mächtiger als die bürokratischen Apparate. Wie verschieden auch die Methoden der Sozialverräter sein mögen – von der „Sozial“-Gesetzgebund Leons Blums ist zu den Justizfälschungen Stalins –, es wird ihnen niemals gelingen, den revolutionären Willen des Proletariats zu brechen. Je weiter die Zeit fortschreitet, desto klarer werden ihre verzweifelten Anstrengungen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, den Massen demonstrieren, daß die Krise der proletarischen Führung, die zur Krise der menschlichen Kuh tur geworden ist, nur von der IV. Internationale gelöst werden kann.

Minimalprogramm und Übergangsprogramm

Die strategische Aufgabe der nächsten Periode – der vorrevolutionären Periode der Agitation, Propaganda und Organisation – besteht darin, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Bedingungen der Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut (Verwirrung und Entmutigung der alten Generation, mangelnde Erfahrung der Jungen) zu überwinden. Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke muß in einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unabänderlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.

Die klassische Sozialdemokratie, die ihre Tätigkeit in der Epoche des Kapitalismus entfaltete, als er noch progressiv war, teilte ihr Programm in zwei voneinander unabhängige Teile: das Minimalprogramm, das sich auf Reformen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft beschränkte, und das Maximalprogramm, das für eine unbestimmte Zukunft die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus versprach. Zwischen dem Minimalprogramm und dem Maximalprogramm gab es keine Brücke. Und in der Tat, die Sozialdemokratie brauchte keine solche Brücke, denn von Sozialismus sprach sie nur am Feiertag.

Die Kommunistische Internationale hat den Weg der Sozialdemokratie in der Epoche des faulenden Kapitalismus beschränkt, wo nicht mehr die Rede sein kann von systematischen Sozialreformen noch von der Hebung des Lebensstandards der Massen; wo die Bourgeoisie sich jedesmal mit der rechten Hand das Doppelte von dem nimmt, was sie mit der linken Hand gegeben hat (Steuern, Zölle, Inflation, „Deflation“, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Schlichtung des Streiks durch Polizei usw.); wo jede ernsthafte Forderung des Proletariats und sogar jede fortschrittliche Forderung des Kleinbürgertums unausweichlich über die Grenzen des kapitalistischen Eigentums und des bürgerlichen Staates hinausführt.

Die strategische Aufgabe der IV. Internationale besteht nicht darin den Kapitalismus zu reformieren, sondern darin, ihn zu stürzen. Ihr politisches Ziel ist die Eroberung der Macht durch das Proletariat, um die Enteignung der Bourgeoisie durchzuführen. Die Lösung dieser strategischen Aufgabe ist jedoch undenkbar ohne die sorgfältigste Aufmerksamkeit gegenüber allen Fragen der Taktik, selbst den geringfügigen und partiellen.

Alle Teile des Proletariats, alle seine Schichten, Berufe und Gruppen müssen in die revolutionäre Bewegung hineingezogen werden. Was die Besonderheit der gegenwärtigen Epoche ausmacht, ist nicht, daß sie die revolutionäre Partei von der prosaischen Arbeit des Alltags befreit, sondern daß sie erlaubt, diesen alltäglichen Kampf in unauflösbare Verbindung mit den Aufgaben der Revolution zu führen.

Die IV. Internationale verwirft nicht die Forderungen des alten „Minimal“-Programms, soweit sie noch einige Lebenskraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdet die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihre sozialen Errungenschaften. Aber sie führt diese Tagesarbeit aus im Rahmen einer richtigen, aktuellen, d.h. revolutionären Perspektive. In dem Maße wie die alten partiellen „Minimal“-Forderungen der Massen auf die zerstörerischen und erniedrigenden Tendenzen des verfallenden Kapitalismus stoßen – und das geschieht auf Schritt und Tritt – stellt die IV. Internationale eine System von Übergangsforderungen auf, dessen Sinn es ist, sich immer offener und entschlossener gegen die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft selbst zu richten. Das alte „Minimalprogramm“ wird ständig überholt vom Übergangsprogramm, dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren.

Gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit

Unter den Bedingungen des sich zersetzenden Kapitalismus führen die Massen weiter das düstere Leben von Unterdrückten, die jetzt mehr denn je von der Gefahr

bedroht sind, in den Abgrund des Pauperismus geworfen zu werden. Sie sind gezwungen, ihr Stück Brot zu verteidigen, wenn sie es schon nicht vergrößern oder verbessern können. Es besteht weder Möglichkeit noch Notwendigkeit, hier all die verschiedenen partiellen Forderungen aufzuzählen, die jeweils aus den konkreten nationalen, lokalen und beruflichen Bedingungen hervorgehen. Aber zwei wirtschaftliche Grundübel, in denen sich die wachsende Sinnlosigkeit des kapitalistischen Systems zusammenfaßt, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung des Lebens, erfordern verallgemeinerte Lösungen und Kampfmethoden.

Die IV. Internationale erklärt die Politik der Kapitalisten einen unversöhnlichen Krieg, einer Politik, die zu einem beträchtlichen Teil – genauso wie die Politik ihrer Agenten, der Reformisten, – in dem Versuch besteht, auf die Arbeiterschaft die ganze Last des Militarismus, der Krise, der Zerrüttung der Geldsysteme und andere Übel des kapitalistischen Niedergangs abzuwälzen. Sie fordert Arbeit und eine würdige Existenz für alle.

Weder Inflation der Währung noch Stabilisierung können dem Proletariat als Lösungen dienen, denn das sind nur die zwei Gesichter ein und derselben Medaille. Gegen die Teuerung, die mit dem Herannahen des Krieges einen immer zügelloseren Charakter annehmen wird, kann man nur kämpfen mit der Losung der Gleitenden Lohnskala. Die Tarifverträge müssen die automatische Erhöhung der Löhne gleichlaufend mit den Preissteigerungen der Verbrauchsgüter garantieren.

Will es sich nicht selbst dem Untergang ausliefern, dann darf das Proletariat nicht dulden, daß ein wachsender Teil der Arbeiterschaft zu chronisch Arbeitslosen, zu Elenden gemacht wird, die von den Krümeln einer sich zersetzenden Gesellschaft leben. Das Recht auf Arbeit ist das einzig ernsthafte Recht, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft besitzt. Ihm wird jedoch in jedem Augenblick dieses Recht genommen. Gegen die Arbeitslosigkeit – sowohl die strukturelle wie die konjunkturelle – ist es an der Zeit, neben der Parole der öffentlichen Arbeiten die Losung der Gleitenden Skala der Arbeitszeit auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen diejenigen, die Arbeit haben, und diejenigen, die keine haben, durch die gegenseitige Verpflichtung zur Solidarität verbinden. Auf dieser Basis muß die verfügbare Arbeit unter alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt und so die Dauer der Arbeitswoche bestimmt werden. Der Durchschnittslohn jedes Arbeiters bleibt der gleiche wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Kein anderes Programm ist für die jetzige Periode der Katastrophen annehmbar.

Die Besitzenden und ihre Anwälte wer-

den die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ dieser Forderungen darlegen. Die Kapitalisten von geringerer Statur, insbesondere diejenigen, die dem Ruin entgegengehen, werden außerdem auf ihre Buchführung verweisen. Die Arbeiter werden kategorisch diese Argumente und Empfehlungen abweisen. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß entgegengesetzter materieller Interessen. Es geht darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Ruin zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit selbst. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu befriedigen, die unausweichlich aus den Übeln hervorgehen, die er selbst erzeugt hat, dann soll er untergehen! Die „Möglichkeit“ oder „Unmöglichkeit“, diese Forderungen zu verwirklichen, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses, die nur durch den Kampf gelöst werden kann. Auf der Grundlage dieses Kampfes werden die Arbeiter – was auch immer seine unmittelbaren praktischen Erfolge sein mögen – am besten die Notwendigkeit begreifen, die kapitalistische Sklaverei zu liquidieren.

Die Gewerkschaften in der Übergangsepoche

Im Kampf für die Teil- und Übergangsforderungen benötigen die Arbeiter mehr denn je Massenorganisationen, vor allem Gewerkschaften. Der mächtige Anstieg der Gewerkschaften in Frankreich und den Vereinigten Staaten ist die beste Antwort an die ultralinken Doktrinen der Passivität, die gepredigt haben, die Gewerkschaften seien „überholt“.

Die Bolschewiki-Leninisten stehen in der vordersten Reihe aller Kämpfe der verschiedensten Formen, selbst wenn es sich um die bescheidensten materiellen Interessen oder demokratischen Rechte der Arbeiterklasse handelt. Sie nehmen aktiv teil am Leben der Massengewerkschaften und bemühen sich, sie zu stärken und ihren Kampfgeist zu erhöhen. Sie kämpfen unversöhnlich gegen jeglichen Versuch, die Gewerkschaften dem bürgerlichen Staat zu unterwerfen und das Proletariat durch die „Zwangsschlichtung“ und alle anderen Formen polizeilicher Intervention zu binden, und zwar nicht nur der faschistischen, sondern auch „demokratischen“. Nur auf der Grundlage dieser Arbeit ist es möglich, innerhalb der Gewerkschaften mit Erfolg gegen die reformistische Bürokratie zu kämpfen, insbesondere gegen die stalinistische Bürokratie. Die sektiererischen Versuche, kleine „revolutionäre“ Gewerkschaften aufzubauen oder aufrechtzuerhalten als eine zweite Ausgabe der Partei, bedeutet in Wirklichkeit den Verzicht auf den Kampf um die Führung der Arbeiterklasse. Hier muß als unumstößlicher Grundsatz gelten: die kapitulierende Selbstisolierung außerhalb der Massenge-

werkschaften, gleichbedeutend mit dem Verrat der Revolution, ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur IV. Internationale.

Zugleich verwirft und verurteilt die IV. Internationale entschieden jeglichen Gewerkschaftsfetischismus, wie er gleichermaßen Tradeunionisten und Syndikalisten eigen ist:

a. Die Gewerkschaften haben kein vollkommenes revolutionäres Programm und können es angesichts ihrer Aufgaben, ihrer Zusammensetzung und der Art und Weise ihrer Mitgliederaufnahme auch gar nicht haben; deshalb können sie die Partei nicht ersetzen. Der Aufbau nationaler revolutionärer Parteien als Sektionen der IV. Internationale ist die zentrale Aufgabe der Übergangsepoche.

b. Die Gewerkschaften, selbst die mächtigsten, umfassen nicht mehr als 20-25% der Arbeiterklasse und im übrigen nur ihre qualifiziertesten bestbezahlten Schichten. Die am meisten unterdrückte Mehrheit der Arbeiterklasse wird nur episodisch in den Kampf hineingezogen, in den Perioden eines außergewöhnlichen Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Denn muß man darangehen, ad hoc – der Notwendigkeit des Augenblicks entsprechende – Organisationen zu schaffen, die die gesamte Masse im Kampf umfassen: die Streikausschüsse, die Fabrikkomitees und schließlich die Sowjets.

c. Als Organisationen der oberen Schichten des Proletariats entwickeln die Gewerkschaften, wie es die gesamte historische Erfahrung – einschließlich der noch ganz frischen Erfahrung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften Spaniens – bezeugt, mächtige Tendenzen zur Versöhnung mit dem demokratisch-bürgerlichen Regime. In Perioden zugespitzter Klassenkämpfe bemühen sich die Gewerkschaften krampfhaft, der Massenbewegung Herr zu werden, um sie zu neutralisieren. Das geschieht schon bei einfachen Streiks, wieviel mehr bei Massenstreiks mit Fabrikbesetzungen. In Zeiten des Krieges oder der Revolution, wenn die Lage der Bourgeoisie besonders schwierig wird, steigen die Gewerkschaftsführer gewöhnlich zu bürgerlichen Ministern auf.

Deshalb müssen sich die Sektionen der IV. Internationale ständig bemühen, nicht nur den Gewerkschaftsapparat zu erneuern, in dem sie in kritischen Augenblicken anstelle der routinierten Funktionäre Karrieristen mutig und entschlossen neue kämpferische Führer vorschlagen, sondern auch überall da, wo es möglich ist, eigenständige Kampforganisationen zu schaffen, die besser den Aufgaben des Kampfes der Massen gegen die bürgerliche Gesellschaft entsprechen, sie dürfen notfalls auch nicht davor haltmachen, mit dem konservativen Gewerkschaftsapparat offen zu brechen. Wenn es verbrecherisch ist, den Massenorganisationen den Rücken zu kehren, um sich mit sektiererischen Fiktionen zu begnügen, so ist es nicht weniger verbrecherisch, passiv die Unterordnung der revolutionären Mas-

senbewegung unter die Kontrolle der offen reaktionären oder verhüllt konservativen („progressiven“) bürokratischen Cliquen zu dulden. Die Gewerkschaft ist kein Ziel an sich, sondern nur eines der Mittel auf dem Weg zur proletarischen Revolution.

Die Fabrikkomitees

Die Arbeiterbewegung der Übergangsepoche hat keinen regelmäßigen und gleichförmigen, sondern einen fieberhaften und explosiven Charakter. Die Losungen sowie die Organisationsformen müssen diesem Charakter der Bewegung untergeordnet werden. Die Routine wie die Pest verabscheuend muß die Führung auf die Initiative der Massen mit höchster Sensibilität antworten.

Die Streiks mit Fabrikbesetzungen, eine der jüngsten Äußerungen dieser Initiative, sprengen die Grenzen der „normalen“ kapitalistischen Herrschaft. Unabhängig von den Forderungen der Streikenden versetzt die zeitweilige Besetzung der Unternehmen dem Götzenbild des kapitalistischen Eigentums einen schweren Schlag. Jeder Besetzungstreik stellt praktisch die Frage, wer der Herr in der Fabrik ist: der Kapitalist oder die Arbeiter.

Wenn der Besetzungstreik diese Frage vorübergehend stellt, so gibt das Fabrikkomitee derselben Frage einen organisierten Ausdruck. Von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebes gewählt, schafft das Fabrikkomitee mit einem Schlag ein Gegengewicht gegen den Willen der Verwaltung.

Dem reformistischen Kritizismus an den Bossen alten Schlags wie Ford – jenen, die man die „Unternehmer von Gottes Gnaden“ nennt und denen sie die „guten demokratischen“ Ausbeuter entgegenhalten – stellen wir die Losung der Fabrikkomitees als Zentren des Kampfes gegen die eine wie die andere Sort entgegen.

Die Gewerkschaftsbürokraten werden sich in der Regel der Bildung von Fabrikkomitees widersetzen, ebenso wie sie sich jedem kühnen Schritt auf dem Weg zu Mobilisierung der Massen entgegenstellen werden. Es wird jedoch um so leichter sein, ihren Widerstand zu brechen, je weiter die Bewegung um sich greift. Dort, wo die Arbeiter des Betriebes bereits in den „ruhigen“ Zeiten vollständig in der Gewerkschaft organisiert sind (closed shop), wird das Komitee formal mit dem Gewerkschaftsorgan zusammenfallen, aber seine Zusammensetzung erneuern, und seinen Wirkungsbereich erweitern. Die zentrale Bedeutung des Komitees liegt jedoch darin, im Kampf einen Generalstab zu bilden für diejenigen Arbeiterschichten, die gewöhnlich von der Gewerkschaft nicht erfaßt werden. Es werden gerade aus diesen besonders ausgebeuteten Schichten die der Revolution ergebensten Truppen hervorgehen.

Sobald ein solches Komitee entsteht, ergibt sich in der Fabrik tatsächlich eine Situation der Doppelherrschaft. Ihrem Wesen

nach ist diese Doppelherrschaft eine Übergangssituation, denn sie schließt zwei unversöhnliche Herrschaftsformen in sich ein: das kapitalistische und das proletarische Regime. Die grundsätzliche Bedeutung der Fabrikkomitees besteht genau darin, eine vorrevolutionäre wenn nicht gar revolutionäre Periode zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Herrschaft zu eröffnen. Das die Propaganda für die Fabrikkomitees weder verfrüht noch künstlich ist, bezeugt am deutlichsten die Welle der Fabrikkbesetzungen, die über eine Reihe von Ländern hinweggegangen ist. Weitere Wellen dieser Art sind in naher Zukunft unausweichlich. Es ist notwendig, rechtzeitig eine Kampagne für die Fabrikkomitees zu beginnen, um nicht von den Ereignissen unvorbereitet überrascht zu werden.

Das „Geschäftsgeheimnis“ und Arbeiterkontrolle über die Industrie

Der liberale Kapitalismus, der auf der freien Konkurrenz und der Handelsfreiheit beruhte, ist weit in der Vergangenheit versunken. Der monopolistische Kapitalismus, der an seine Stelle geraten ist, hat nicht nur die Anarchie des Marktes eingeschränkt, sondern ihr im Gegenteil sogar einen besonders krampfhaften Charakter verliehen. Die Notwendigkeit einer „Kontrolle“ über die Wirtschaft, einer staatlichen „Führung“, einer „Planung“ wird nunmehr – zumindest in Worten – von fast allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Denkrichtungen anerkannt, vom Faschismus bis hin zur Sozialdemokratie. Für die Faschisten handelt es sich vor allem um eine „geplante“ Plünderung des Volkes für militärische Zwecke. Die Sozialdemokraten versuchen, den Ozean der Anarchie mit dem Löffel einer bürokratischen „Planung“ auszuschöpfen. Ingenieure und Professoren schreiben Artikel über die „Technokratie“. Die demokratischen Regierungen stoßen bei ihren feigen Versuchen der „Regulierung“ auf die unüberwindliche Sabotage des Großkapitals.

Die wahre Beziehung zwischen Ausbeutern und demokratischen „Kontrollleuten“ enthüllt am deutlichsten die Tatsache, daß die Herren „Reformer“ – gepackt vom Schauer heiliger Ehrfurcht – vor der Schwelle der Trusts mit ihre industriellen und geschäftlichen „Geheimnissen“ haltmachen. Hier herrscht der Grundsatz der „Nichteinmischung“. Die Rechnungslegung zwischen dem einzelnen Kapitalisten und der Gesellschaft bleibt das Geheimnis des Kapitalisten: die Gesellschaft geht das nichts an. Das Geschäftsgeheimnis wird noch heute mit den Erfordernissen der „Konkurrenz“ gerechtfertigt – wie in der Epoche des liberalen Industriekapitalismus. In Wirklichkeit haben die Trusts keine Geheimnisse voreinander. In der gegenwärtigen Epoche ist das Geschäftsgeheimnis eine ständige Ver-

schwörung des Monopolkapitals gegen die Gesellschaft. Die Pläne zur Beschränkung des Absolutismus der „Unternehmer von Gottes Gnaden“ bleiben klägliche Farcen, solange die Privateigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel den Erzeugern und Verbrauchern die Mechanismen der Ausbeutung, der Plünderung und des Betrugs verbergen können. Die Aufhebung des „Geschäftsgeheimnisses“ ist der erste Schritt zu einer wirklichen Kontrolle über die Industrie.

Die Arbeiter sind nicht weniger berechtigt als die Kapitalisten, die „Geheimnisse“ des Betriebs, des Trusts, des Industriezweigs, der gesamten Volkswirtschaft zu kennen. Die Banken, die Schwerindustrie und das zentralisierte Transportwesen müssen als erstes unter die Lupe genommen werden.

Die ersten Aufgaben der Arbeiterkontrolle bestehen darin, das Einkommen und den Kostenaufwand der Gesellschaft aufzuhellen, angefangen beim einzelnen Unternehmer; den wirklichen Anteil des Einzelkapitalisten und aller Ausbeuter in ihrer Gesamtheit am Nationaleinkommen zu bestimmen; die Kulissenschiebereien und den Schwindel der Banken und Trusts bloßzustellen und schließlich, vor den Augen der Gesellschaft, die gewissenlose Vergeudung menschlicher Arbeitskraft zu enthüllen, die das Ergebnis kapitalistischer Anarchie und Profitjagd ist.

Kein Beamter des bürgerlichen Staates kann diese Aufgabe durchführen, welche Vollmachten man ihm auch geben mag. Die ganze Welt hat die Ohnmacht Präsident Roosevelts und des Ministerpräsidenten Leon Blum gegenüber der Verschwörung der „60“ oder der „200“ Familien miterlebt. Um den Widerstand der Arbeiter zu brechen, bedarf es des Drucks von seiten des Proletariats. Die Fabrikkomitees, und nur sie, können eine wirkliche Kontrolle über die Produktion garantieren, indem sie die ehrlichen und dem Volk ergebenden Fachleute – als Berater und nicht als „Technokraten“ – heranziehen: Buchhalter, Statistiker, Ingenieure, Wissenschaftler usw.

Insbesondere ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht denkbar ohne eine breite und kühne Organisation großer öffentlicher Arbeiten. Aber die öffentlichen Arbeiten können nur dann eine dauerhafte und fortschrittliche Bedeutung haben, sowohl klar die Gesellschaft wie für die Arbeitslosen selbst, wenn sie Teil eines allgemeinen Plans sind, der für eine Reihe von Jahren entworfen ist. Im Rahmen eines solchen Plans werden die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit in den infolge der Krise geschlossenen privaten Betrieben auf Kosten der Gesellschaft fordern. In diesen Fällen wird die Arbeiterkontrolle einer unmittelbaren Verwaltung durch die Arbeiter Platz machen.

Die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplans, selbst des elementarsten, – vom Standpunkt der Arbeiterinteressen und nicht der Ausbeuter – ist undenkbar ohne Arbeiterkont-

rolle, ohne die Einsichtnahme des Arbeiters in alle offenen und geheimen Branchen der kapitalistischen Ökonomie. Die Komitees der verschiedenen Unternehmen müssen auf entsprechenden Konferenzen neue Ausschüsse wählen, die jeweils die Trusts, die Industriezweige, die Wirtschaftsgebiete und schließlich die nationale Industrie in ihrer Gesamtheit umfassen. So wird die Arbeiterkontrolle zur Schule der Planwirtschaft. Durch die Erfahrung der Kontrolle bereitet sich das Proletariat darauf vor, unmittelbar die Führung der nationalisierten Industrie zu übernehmen, wenn die Stunde dafür geschlagen hat.

Den Kapitalisten, vor allem denen kleinerer und mittlerer Statur, die gelegentlich selbst anbieten, den Arbeitern ihre Buchführung darzulegen – vor allem, um ihnen die Notwendigkeit einer Lohnkürzung zu beweisen – werden die Arbeiter antworten, daß sie die Buchführung von einzelnen angehenden oder vollständigen Bankrottmachern nicht interessiert, sondern nur die Buchführung aller Ausbeuter. Die Arbeiter können und wollen ihren Lebensstandard nicht den Erfordernissen einzelner Kapitalisten anpassen, die ihrem eigenen System zum Opfer gefallen sind. Die Aufgabe besteht darin, das ganze Produktions- und Verteilungssystem auf rationelleren und würdigeren Grundlagen zu reorganisieren. Wie die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses die notwendige Bedingung der Arbeiterkontrolle ist, so ist diese Kontrolle der erste Schritt auf dem Wege zu sozialistischer Lenkung der Wirtschaft.

Die Enteignung bestimmter Gruppen von Kapitalisten

Das sozialistische Programm der Enteignung – d.h. des politischen Sturzes der Bourgeoisie und der Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Herrschaft – darf uns auf keinen Fall in der gegenwärtigen Übergangsperiode, wenn die Gelegenheit sich bietet, davon abhalten zu fordern, daß bestimmte Industriezweige, die für die nationale Existenz am wichtigsten sind, oder bestimmte Gruppen der Bourgeoisie, die am parasitärsten sind, enteignet werden.

So stellen wir den wimmernden Predigten der Herren Demokraten über die Diktatur der „60“ Familien in den Vereinigten Staaten oder der „200“ Familien in Frankreich die Forderung nach Enteignung dieser 60 oder 200 Feudalkapitalisten entgegen. Genauso fordern wir die Enteignung der monopolistischen Gesellschaften der Kriegsindustrie, der Eisenbahnen, der wichtigsten Rohstoffquellen usw.

Der Unterschied zwischen diesen Forderungen und der verwaschenen reformistischen Losung der „Nationalisierung“ besteht in folgendem:

1. Wir lehnen die Entschädigung ab;

2. Wir warnen die Massen vor den Scharlatanen der Volksfront, die zwar ein Lippenbekenntnis für die Nationalisierung abgeben, in Wirklichkeit aber Agenten des Kapitals bleiben;

3. Wir rufen die Massen dazu auf, nur auf ihre revolutionäre Kraft zu vertrauen;

4. Wir verbinden die Frage der Enteignung mit der Frage der Arbeiter und Bauernmacht.

Die Notwendigkeit, die Losung der Enteignung in der täglichen Agitation, und demzufolge bruchstückhaft, und nicht nur von einem propagandistischen Gesichtspunkt aus unter ihrer verallgemeinerten Form auszugeben, ergibt sich aus der Tatsache, daß die verschiedenen Industriezweige unterschiedliche Entwicklungsstufen erreicht haben, im Leben der Gesellschaft von unterschiedlicher Bedeutung sind und unterschiedliche Stadien im Klassenkampf durchlaufen. Nur der allgemeine revolutionäre Aufschwung des Proletariats kann die allgemeine Enteignung der Bourgeoisie auf die Tagesordnung setzen. Es ist Ziel der Übergangsforderungen, daß Proletariat auf die Lösung dieses Problems vorzubereiten.

Die Enteignung der Privatbanken und die Verstaatlichung des Kreditsystems

Der Imperialismus bedeutet die Herrschaft des Finanzkapitals. Neben den Konzernen und Trusts, und oft über ihnen, konzentrieren die Banken in ihren Händen die wirkliche Befehlsgewalt über die Wirtschaft. In ihrer Struktur spiegeln die Banden in konzentrierter Form die ganze Struktur des heutigen Kapitalismus wider: sie verbinden die Tendenzen zur Monopolbildung mit den Tendenzen zur Anarchie. Sie organisieren technische Wunder, gigantische Unternehmen, mächtige Trusts, und sie organisieren auch die Teuerung, die Krisen und die Arbeitslosigkeit. Unmöglich, auch nur einen ernsthaften Schritt vorwärts zu tun im Kampf gegen die Despotie der Monopole und die kapitalistische Anarchie (die sich gegenseitig in ihrem Zerstörungswerk ergänzen), wenn man die Steuerhebel der Banken in den Händen raubgieriger Finanzmagnaten beläßt.

Um ein einheitliches Investitions- und Kreditsystem zu schaffen, das nach einem rationellen Plan arbeitet, der den Bedürfnissen des ganzen Volkes entspricht, muß man alle Banken in einer einzigen nationalen Institution zusammenfassen. Erst die Enteignung der Privatbanken und Vereinigung des Kreditsystems in Staatshand verschaffen dem Staat die notwendigen, wirksamen – und d.h. materiellen und nicht nur erdachten bürokratischen – Mittel für die wirtschaftliche Planung.

Die Enteignung der Banken bedeutet auf keinen Fall die Enteignung der kleinen

Bankeinlagen. Im Gegenteil: für die kleinen Sparer kann die Vereinigte Staatsbank günstigere Bedingungen schaffen als die Privatbanken. Ebenso kann nur die Staatsbank den Bauern, den Handwerkern und kleinen Kaufleuten bevorzugten, d.h. billigen Kredit verschaffen.

Wichtiger aber ist noch, daß die ganze Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie und die Transporte, – von einem einzigen Finanzstab geführt – den grundlegenden Bedürfnissen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen dienen wird.

Die Verstaatlichung der Banken bringt jedoch nur dann diese günstigen Ergebnisse, wenn die Staatsmacht selbst aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Arbeiter übergeht.

Streikposten – Verteidigungskommandos – Arbeitermiliz – Die Bewaffnung des Proletariats

Die Streiks mit Fabrikbesetzungen sind eine sehr ernste Warnung der Massen an die Adresse nicht nur der Bourgeoisie, sondern auf der Arbeiterorganisationen, einschließlich der IV. Internationale. 1919-1920 besetzten die italienischen Arbeiter aus eigener Initiative die Betriebe und zeigten damit ihren eigenen „Führern“ die Ankunft der sozialen Revolution. Die „Führer“ beachteten das Zeichen nicht. Der Sieg des Faschismus war das Resultat.

Die Besetzungstreik sind noch keine Inbesitznahme der Fabriken nach italienischer Art, aber sie stellen einen entscheidenden Schütt auf diesem Weg dar. Die aktuelle Krise kann den Rhythmus des Klassenkampfes bis zu einem Höhepunkt zuspitzen und die Entscheidung beschleunigen. Man darf jedoch nicht glauben, daß eine revolutionäre Situation auf einen Schlag entsteht. In Wirklichkeit wird ihr Herannahen durch eine Reihe von gewaltigen Unruhen gekennzeichnet sein. Die Streikwelle mit Fabrikbesetzungen ist eines dieser Vorzeichen. Es ist die Aufgabe der Sektionen der IV. Internationale, der proletarischen Vorhut zu helfen, den allgemeinen Charakter und die Bewegungsabläufe unserer Epoche zu verstehen und rechtzeitig den Kampf der Massen durch immer entschiedeneren Lösungen und organisatorische Kampfmaßnahmen zu befruchten.

Die Verschärfung des Kampfes des Proletariats bedeutet die Verschärfung der Methoden des Gegenangriffs von seiten des Kapitals. Die neuen Streikwellen mit Fabrikbesetzungen können und werden unausweichlich energische Gegenmaßnahmen der Bourgeoisie als Reaktion hervorrufen. Die Vorbereitungen dazu werden schon jetzt in den Generalstäben der Trusts getroffen.

Wehe den revolutionären Organisationen, wehe dem Proletariat, wenn sie wieder unvorbereitet überrascht werden und sich auf Improvisationen verlassen!

Die Bourgeoisie gibt sich nirgendwo mit der offiziellen Polizei und Armee zufrieden. In den Vereinigten Staaten unterhält sie selbst in „ruhigen“ Zeiten paramilitärische gelbe Streikbrecher-Truppen und private bewaffnete Banden in den Fabriken. Hinzu kommen noch die Banden der amerikanischen Nazis. Die französische Bourgeoisie hat beim ersten Herannahen der Gefahr halblegale und illegale faschistische Abteilungen bis in die offizielle Armee hinein mobilisiert. So braucht nur der Druck der englischen Arbeiter wieder zuzunehmen, und schon verdoppeln, verdreifachen, verzehnfachen sich die Banden Mosleys und beginnen einen blutigen Kreuzzug gegen die Arbeiter. Die Bourgeoisie ist sich vollkommen klar darüber, daß der Klassenkampf in der gegenwärtigen Epoche unausweichlich in einen Bürgerkrieg umzuschlagen droht. Aus den Beispielen Italiens, Deutschlands, Österreichs, Spaniens und anderer Länder haben die Magnaten und Lakaien des Kapitals viel mehr gelernt als die offiziellen Führer des Proletariats.

Die Politiker der II; und III. Internationale, desgleichen die Gewerkschaftsbürokraten schließen mit vollem Bewußtsein die Augen vor der Privatarmee der Bourgeoisie; sonst könnten sie nicht einen Tag lang ihr Bündnis mit der Bourgeoisie aufrechterhalten. Die Reformisten hämmern den Arbeitern systematisch die Vorstellung ein, daß die hochheilige Demokratie dann am besten gesichert ist, wenn die Bourgeoisie bis an die Zähne bewaffnet ist und die Arbeiter entwaffnet.

Es ist die Pflicht der IV. Internationale, ein für allemal mit dieser unterwürfigen Politik Schluß zu machen. Die kleinbürgerlichen Demokraten – einschließlich der Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten – schreien um so lauter vom Kampf gegen den Faschismus, je feiger sie in Wirklichkeit vor ihm kapitulieren. Den Banden des Faschismus können erfolgreich nur bewaffnete Arbeiterabteilungen standhalten, die die Unterstützung von Millionen Werktätigen hinter ihrem Rücken fehlen. Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in der Redaktionsstube eines liberalen Blattes, sondern in der Fabrik und endet auf der Straße. Die Streikbrecher und die Privatgendarmen in den Fabriken sind die Grundzellen der Armee des Faschismus. Die Streikposten sind die Grundzellen der Armee des Proletariats. Hiervon muß man ausgehen. Bei jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man die Notwendigkeit propagieren, Arbeiterkommandos der Selbstverteidigung zu schaffen. Man muß diese Lösung in das Programm des revolutionären Flügels der Gewerkschaften einbringen. Man muß überall, wo es möglich ist – angefangen bei den Jugendorganisationen – die Organisie-

rung von Selbstverteidigungskommandos praktisch in die Hand nehmen und sie im Gebrauch von Waffen üben.

Der neue Aufschwung der Massenbewegung muß dazu dienen, nicht nur die Zahl dieser Einheiten zu vergrößern, sondern auch sie zu vereinheitlichen – nach Stadtvierteln, Städten und Regionen. Man muß dem berechtigten Haß der Arbeiter auf die Gelben, die Gangster- und Faschistenbanden einen organisierten Ausdruck geben. Man muß die Losung der Arbeitermiliz ausgeben als der einzig ernstzunehmenden Garantie für die Unverletzlichkeit der Arbeiterorganisationen, ihrer Versammlungen und der Arbeiterpresse.

Nur eine systematische, beharrliche, unermüdete und mutige Arbeit in der Agitation und Propaganda, die immer in Verbindung stehen muß mit der Erfahrung der Massen selbst, kann aus ihrem Bewußtsein die Gewohnheiten der Fügsamkeit und Passivität vertreiben, heldenmütige Einheiten von Kämpfern erziehen, die fähig sind, allen Arbeitern ein Beispiel zu geben; den Banden der Konterrevolution eine Reihe von taktischen Niederlagen beibringen; das Selbstbewußtsein der Ausgebeuteten und Unterdrückten stärken; den Faschismus in den Augen des Kleinbürgertums zu diskreditieren und der Eroberung der Macht durch das Proletariat den Weg bahnen.

Engels definierte den Staat als „besondere Formation bewaffneter Menschen“. Die Bewaffnung des Proletariats ist ein unabdingbarer wesentlicher Teil seines Befreiungskampfes. Wenn das Proletariat es will, findet es Mittel und Wege, sich zu bewaffnen. Auch auf diesem Gebiet fällt die Führung natürlich den Sektionen der IV. Internationale zu.

Das Bündnis der Arbeiter und Bauern

Der Landarbeiter ist der Waffenbruder und Gefährte des Industriearbeiters auf dem Dorf. Sie bilden zwei Teile ein und derselben Klasse. Ihre Interessen sind nicht zu trennen. Das Programm der Übergangsforderungen der Industriearbeiter ist (mit Modifikationen) auch das Programm des Landproletariats.

Die Bauern (Farmer) repräsentieren eine andere Klasse: das ist das Kleinbürgertum des Dorfes. Das Kleinbürgertum setzt sich aus verschiedenen Schichten zusammen, von den Halbproletariern bis hin zu den Ausbeutern. Deshalb besteht die politische Aufgabe des Industrieproletariats darin, den Klassenkampf in das Dorf zu tragen: nur so kann es seine Verbündeten von seinen Feinden trennen.

Die Besonderheiten der nationalen Entwicklung eines jeden Landes finden ihren schärfsten Ausdruck in der Lage der Bauern und teilweise in der des städtischen Kleinbürgertums (Handwerker und Kaufleute), denn diese Klassen – wie stark sie zahlen-

mäßig auch sein mögen – stellen im Grund Überbleibsel vorkapitalistischer Produktionsformen dar. Die Sektionen der IV. Internationale müssen so konkret wie möglich Programme von Übergangsforderungen für die Bauern und das städtische Kleinbürgertum ausarbeiten, die den Bedingungen des jeweiligen Landes entsprechen. Die fortgeschrittenen Arbeiter müssen es lernen, den Fragen ihrer künftigen Verbündeten klare und korrekte Antworten zu geben.

Solange der Bauer ein „unabhängiger“ Kleinproduzent bleibt, braucht er billige Kredite, erschwingliche Preise für Landmaschinen und Dünger, günstige Transportbedingungen, eine reelle Organisation für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Doch die Banken, die Trusts und die Kaufleute plündern den Bauern von allen Seiten. Nur die Bauern selbst können mit Hilfe der Arbeiter diesem Raub Einhalt gebieten. Es ist notwendig, daß Ausschüsse der Kleinbauern gebildet werden, die gemeinsam mit den Arbeiterkomitees und den Ausschüssen der Bankangestellten die Kontrolle der Transport-, Kredit und Handelsoperationen in die Hand nehmen, die die Landwirtschaft betreffen.

In dem die Großbourgeoisie verlogen die „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter hochspielt, benutzt sie die Frage der Warenpreise künstlich als Keil, den sie zwischen die Arbeiter und Bauern ebenso wie zwischen die Arbeiter und das Kleinbürgertum der Städte treibt. Der Bauer, der Handwerker, der kleine Händler können im Unterschied zum Arbeiter, zum Angestellten, zum kleinen Beamten keine Lohnerhöhungen parallel zum Ansteigen der Preise fordern. Der offizielle bürokratische Kampf gegen die Teuerung dient nur dazu, die Masse zu betrügen. Die Bauern, die Handwerker, die Kaufleute müssen sich jedoch in ihrer Eigenschaft als Verbraucher Hand in Hand mit den Arbeitern aktiv in die Preispolitik einschalten. Auf das Gejammer der Kapitalisten über die Produktions-, Transport- und Handelskosten antworten die Verbraucher: „Zeigt uns eure Buchführung; wir verlangen die Kontrolle über die Preispolitik“. Die Organe dieser Kontrolle müssen die Preisüberwachungsausschüsse sein, gebildet aus Delegierten der Fabriken, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Bauernorganisationen, der „kleinen Leute“ der Städte, der Hausfrauen usw. Auf diesem Wege werden die Arbeiter den Bauern zeigen können, daß die wahre Ursache für die überhöhten Preise nicht in den hohen Löhnen liegt, sondern in maßlosen Profiten der Kapitalisten und in den toten Kosten der kapitalistischen Anarchie.

Das Programm der Nationalisierung des Bodens und der Kollektivierung der Landwirtschaft muß so gefaßt sein, daß daraus der Gedanke der Enteignung der Kleinbauern oder ihrer zwangsweisen Kollektivierung absolut ausgeschlossen bleibt. Der Bauer bleibt der Besitzer seines Stückchen Landes, solange er es für notwendig und

möglich hält. Um in den Augen der Bauern das sozialistische Programm wieder zu Ehren zu bringen, muß man unbarmherzig die stalinistischen Methoden der Kollektivierung brandmarken, die von den Interessen der Bürokratie diktiert sind und nicht von denen der Bauern oder Arbeiter.

Die Expropriation der Expropriateure bedeutet auch nicht die zwangsweise Enteignung der kleinen Handwerker und der kleinen Landbesitzer. Im Gegenteil, die Arbeiterkontrolle über die Banken und Trusts, erst recht die Nationalisierung dieser Unternehmen, können für das städtische Kleinbürgertum unvergleichlich günstigere Kredit-, Einkaufs- und Verkaufsbedingungen schaffen als unter der uneingeschränkten Herrschaft der Monopole. An die Stelle der Abhängigkeit vom Privatkapital wird die Abhängigkeit vom Staat treten, der seinen sozial schwachen Mitarbeitern und Vertretern gegenüber um so aufmerksamer sein wird, je fester die Werktätigen selbst den Staat in der Hand haben.

Die praktische Teilnahme der ausgebeuteten Bauern an der Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftsbereiche wird es den Bauern erlauben, selbst zu entscheiden, ob sie es für günstiger halten oder nicht, zur kollektiven Bearbeitung des Bodens überzugehen – in welchen Fristen und in welchem Umfang. Die Industriearbeiter verpflichten sich, den Bauern auf diesem Wege ihre volle Unterstützung zu geben: über die Gewerkschaften, die Fabrikkomitees und vor allem die Arbeiter- und Bauernregierung.

Das Bündnis, welches das Proletariat nicht den „Mittelklassen“ im allgemeinen, sondern den ausgebeuteten Schichten in Stadt und Land gegen alle Ausbeuter – einschließlich denjenigen der „Mittelklassen“ – vorschlägt, kann sich nicht auf Zwang gründen, sondern nur auf eine freie Vereinbarung, die in einem besonderen „Pakt“ bekräftigt werden muß. Bei diesem „Pakt“ handelt es sich genau um das Programm der Übergangsforderungen, das beide Seiten freiwillig angenommen haben.

Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg

Die ganze Weltlage und demzufolge auch das innere politische Leben der einzelnen Länder stehen unter der Drohung des Weltkriegs. Die bevorstehende Katastrophe durchdringt schon die tiefsten Schichten der Menschheit mit Angst.

Die II. Internationale wiederholt ihre Politik des Verrats von 1914 mit umso größerer Zuversicht, als die „Kommunistische“ Internationale jetzt die erste Geige des Chauvinismus spielt. Kaum hatte die Kriegsgefahr eine konkrete Gestalt angenommen, machten sich die Stalinisten zu den eifrigsten Verfechtern der sogenannten „Nationalen Verteidigung“ und ließen dabei die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Pazifisten weit hinter sich. Von Politik nehmen sie nur die

faschistischen Länder aus, d.h. diejenigen Ländern, wo sie selbst überhaupt keine Rolle spielen. Der revolutionäre Kampf gegen den Krieg ruht somit alleine auf den Schultern der IV. Internationale.

Die Politik der Bolschewiki-Leninisten in dieser Frage wurde in den programmatischen Thesen des Internationalen Sekretariats formuliert, die noch heute ihre volle Gültigkeit besitzen (Die IV. Internationale und der Krieg, 1. Mai 1934). Der Erfolg der revolutionären Partei wird in der nächsten Periode vor allem von ihrer Politik in der Kriegsfrage abhängen. Eine korrekte Politik umfaßt zwei Elemente: die Unerbittlichkeit gegenüber dem Imperialismus und seinen Kriegen und die Fähigkeit sich auf die Erfahrung der Massen selbst zu stützen.

In der Kriegsfrage wird das Volk schlimmer als in jeder anderen Frage von der Bourgeoisie und ihren Agenten mit Hilfe von Abstraktionen, Leerformeln und pathetischen Phrasen irreführt. „Neutralität“, „Nationale Verteidigung“, „Kampf gegen den Faschismus“ usw. Alle diese Formeln enthalten letztlich nichts anderes, als die Entscheidung über Krieg und Frieden – d.h. das Schicksal der Völker – in den Händen der Imperialisten, ihrer Regierungen, ihrer Diplomatie, ihrer Generalstäbe mit all ihren Intrigen und Anschlägen gegen die Völker zu bleiben habe.

Die IV. Internationale weist empört all diese Abstraktionen zurück, die bei den Demokraten die gleiche Rolle spielen wie „Ehre“, „Blut“, „Rasse“ bei den Faschisten. Aber Empörung genügt nicht. Es ist notwendig, mit Hilfe eindeutiger Kriterien, geeigneter Parolen und Übergangsforderungen die Massen instand zu setzen, den konkreten Tatbestand hinter diesen trügerischen Abstraktionen zu erkennen.

„Abrüstung“? Aber alles dreht sich um die Frage, wer entwaffnet und wem die Waffen abgenommen werden. Die einzige Form der Abrüstung, die den Krieg verhindern oder aufhalten kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Aber um die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen die Arbeiter selbst bewaffnet sein.

„Neutralität“? Aber das Proletariat ist auf keinen Fall neutral in einem Krieg zwischen Japan und China oder zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Bedeutet das die Verteidigung Chinas und der Sowjetunion? Selbstverständlich!, aber nicht durch die Vermittlung der Imperialisten, die China und die Sowjetunion erdrosseln würden.

„Verteidigung des Vaterlandes“? Aber unter dieser Abstraktion versteht die Bourgeoisie die Verteidigung ihrer Profite und Plünderungen. Wir sind dazu bereit, das Vaterland gegen die ausländischen Kapitalisten zu verteidigen, wenn wir zuvor unseren eigenen Kapitalisten die Hände gebunden haben und sie daran hindern, das Vaterland anderer anzugreifen; wenn die Arbeiter und Bauern unseres Landes seine wirklichen Herren werden; wenn die Reichtümer des

Landes aus den Händen einer verschwindenden Minderheit in die Hände des Volkes übergehen; wenn die Armee aus dem Werkzeug der Ausbeuter zum Werkzeug der Ausgebeuteten wird.

Man muß diese Grundsätze in einzelne konkrete Gedanken zu übersetzen verstehen, die dem Verlauf der Ereignisse sowie der Orientierung und dem Bewußtseinsgrad der Massen entsprechen. Außerdem muß man streng unterscheiden zwischen dem Pazifismus des Diplomaten, des Professors, des Journalisten und dem Pazifismus des Zimmermanns, des Landarbeiters und der Wäscherin. Im ersten Fall ist der Pazifismus nichts anderes als der Deckmantel des Imperialismus; im zweiten der verworrene Ausdruck des Mißtrauens gegenüber dem Imperialismus.

Wenn ein Kleinbauer oder Arbeiter von der Verteidigung des Vaterlandes spricht, denkt er dabei an die Verteidigung seines Hauses, seiner Familie und der Familien anderer gegen Invasion, gegen Bomben, gegen Giftgase. Der Kapitalist und sein Journalist verstehen unter Verteidigung des Vaterlandes die Eroberung von Kolonien und Märkten, die Ausdehnung des „nationalen“ Anteils am Welteinkommen durch Plünderung. Der bürgerliche Pazifismus und Patriotismus sind reine Lüge. Im Pazifismus und selbst im Patriotismus der Unterdrückten sind Elemente enthalten, die einerseits den Haß gegen zerstörerischen Krieg und andererseits ihre Anhänglichkeit an das, was sie für ihre Habe halten, ausdrücken und die man erfassen muß, um daraus die notwendigen revolutionären Konsequenzen zu ziehen. Man muß diese beiden Formen des Pazifismus und des Patriotismus einander gegenüber stellen.

Ausgehend von diesen Überlegungen unterstützt die IV. Internationale jede selbst unzureichende Forderung, wenn sie geeignet ist, auch nur zu einem geringen Grad die Massen in die aktive Politik hineinzuziehen, ihre Kritik zu wecken und ihre Kontrolle über die Machenschaften der Bourgeoisie zu verstärken.

In diesem Sinne unterstützt unsere amerikanische Sektion zum Beispiel kritisch den Vorschlag, einen Volksentscheid über die Frage der Kriegserklärung durchzuführen. Keine demokratische Reform an sich kann selbstverständlich die Herrschenden daran hindern, einen Krieg vom Zaun zu brechen, wann immer sie wollen. Davor muß man offen warnen. Aber welche Illusionen auch die Massen bezüglich des Volksentscheids haben mögen, diese Forderung spiegelt das Mißtrauen der Arbeiter und der Bauern gegenüber der Regierung und dem Parlament wider. Ohne die Illusionen zu unterstützen, aber auch ohne sie links liegen zu lassen, muß man mit allen Kräften das fortschreitende Mißtrauen der Unterdrückten gegen die Unterdrücker stärken. Je mächtiger die Bewegung für den Volksentscheid um sich greift, um so schneller trennen sich von ihr

die bürgerlichen Pazifisten, um so eindeutiger werden sich die Verräter der „Kommunistischen“ Internationale bloßgestellt sehen, umso kraftvoller äußert sich das Mißtrauen der Werktätigen gegen die Imperialisten.

Vom gleichen Gesichtspunkt aus muß die Forderung nach dem Wahlrecht für Männer und Frauen ab 18 Jahren vorgebracht werden. Wen man morgen dazu ruft, für das „Vaterland“ zu sterben, der muß das Recht haben, heute seine Stimme hören zu lassen. Der Kampf gegen den Krieg muß vor allem mit der revolutionären Mobilisierung der Jugend beginnen.

Man muß das Problem des Krieges von allen Seiten beleuchten, dabei aber immer den Aspekt herausstellen, unter dem die Massen jeweils mit dem Krieg konfrontiert sind.

Der Krieg ist ein gigantisches kommerzielles Unternehmen, vor allem für die Kriegsindustrie. Deshalb sind die „200 Familien“ die ersten Patrioten und die hauptsächlichsten Kriegstreiber. Die Arbeiterkontrolle über die Kriegsindustrie ist der erste Schritt im Kampf gegen die Fabrikanten des Krieges.

Der Losung der Reformisten nach Besteuerung der Kriegsgewinne setzten wir die Losung entgegen: Beschlagnahme der Kriegsgewinne und Enteignung der für den Krieg arbeitenden Betriebe.

Wo – wie in Frankreich die Kriegsindustrie bereits „nationalisiert“ ist, behält die Losung der Arbeiterkontrolle ihre volle Geltung: das Proletariat vertraut dem Staat der Bourgeoisie ebensowenig wie dem einzelnen Bourgeois.

- Keinen Mann, keinen Groschen für die bürgerliche Regierung!

- Kein Aufrüstungsprogramm, sondern ein Programm öffentlicher gemeinnütziger Arbeiten!

- Vollkommene Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen von militärischer und polizeilicher Kontrolle!

Es muß ein für allemal die freie Entscheidung über das Schicksal der Völker den Händen der raubgierigen und unerbittlichen imperialistischen Cliquen entrissen werden, die hinter dem Rücken der Völker handeln. In Übereinstimmung damit fordern wir:

- Vollständige Abschaffung der Geheimdiplomatie; alle Verträge und Übereinkünfte müssen jedem Arbeiter und Bauern zugänglich sein;

- Militärische Ausbildung und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern unter der unmittelbaren Kontrolle der Arbeiter- und Bauernkomitees;

- Schaffung von Militärschulen für die Ausbildung von Offizieren, die aus den Reihen der Arbeiterschaft kommen und von den Arbeiterorganisationen gewählt werden;

- Ersetzung des stehenden Heeres, d.h. der Armee der Kasernen, durch eine untrennbar mit den Fabriken, Bergwerken, Bauernhöfen usw. verbundene Volksmiliz.

Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung der Raubpolitik der Bourgeoisie; der Kampf des Proletariats gegen den Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung seines Klassenkampfes. Der Ausbruch des Krieges verändert die Lage und zum Teil die Methoden des Klassenkampfes, nicht aber die Ziele noch die Grundrichtung desselben.

Deshalb wird der nächste Krieg wesentlich ein imperialistischer Krieg sein. Der fundamentale Inhalt der Politik des internationalen Proletariats wird demzufolge der Kampf gegen den Imperialismus und seinen Krieg sein. Der Grundsatz dieses Kampfes lautet: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ oder „Die Niederlage unserer eigenen (imperialistischen) Regierungen ist das kleinere Übel“.

Aber nicht alle Länder der Welt sind imperialistisch. Im Gegenteil, die Mehrzahl der Länder sind Opfer des Imperialismus. Bestimmte koloniale oder halbkoloniale Länder werden ohne Zweifel versuchen, den Krieg auszunützen, um das Sklavenjoch abzuwerfen. Auf ihrer Seite wird der Krieg kein imperialistischer, sondern ein Befreiungskrieg sein. Es ist die Pflicht des internationalen Proletariats, unterdrückten Ländern im Krieg gegen die Unterdrücker zu helfen. Dieselbe Pflicht erstreckt sich auch auf die Sowjetunion oder jeden anderen Arbeiterstaat, der vor oder während des Krieges entstehen mag. Die Niederlage jeder imperialistischen Regierung im Kampf gegen einen Arbeiterstaat oder ein Kolonialland ist das kleinere Übel.

Die Arbeiter eines imperialistischen Landes können jedoch einem antiimperialistischen Land nicht über die Vermittlung ihrer eigenen Regierung helfen gleichgültig, welche diplomatischen und militärischen Beziehungen die beiden Länder gerade unterhalten. Wenn die Regierungen ein zeitweiliges und letztlich unsicheres Bündnis geschlossen haben, bleibt das Proletariat des imperialistischen Landes in Klassenopposition gegenüber seiner Regierung und unterstützt seinen nicht-imperialistischen „Verbündeten“ durch seine eigenen Methoden, d.h. durch die Methoden des internationalen Klassenkampfes (Agitation zugunsten des Arbeiterstaates und des Koloniallandes nicht nur gegenüber seinen Feinden, sondern auch gegenüber seinen falschen Verbündeten: Boykott und Streik in bestimmten Fällen, Verzicht auf Streik und Boykott in anderen usw.).

Wenn das Proletariat ein Kolonialland oder die Sowjetunion im Krieg unterstützt, solidarisiert es sich nicht im geringsten mit der bürgerlichen Regierung des Koloniallandes oder der thermidorischen Bürokratie in der Sowjetunion. Im Gegenteil, es wahrt seine völlige politische Unabhängigkeit sowohl der einen wie der anderen gegenüber. Indem das revolutionäre Proletariat einen gerechten und fortschrittlichen Krieg unterstützt, erobert es sich die Sympathi-

en der Werktätigen der Kolonien und der Sowjetunion, festigt so die Autorität und den Einfluß der IV. Internationale und kann umso besser den Sturz der bürgerlichen Regierung im Kolonialland, der reaktionäre Bürokratie in der Sowjetunion fördern.

Am Anfang des Krieges werden sich die Sektionen der IV. Internationale unvermeidlich isoliert fühlen: jeder Krieg überrascht die Volksmassen und drängt sie an die Seite des Regierungsapparates. Die Internationalisten werden gegen den Strom schwimmen müssen. Doch werden die Verwüstungen und Leiden des neuen Krieges, die schon in den ersten Monaten die blutigen Schrecken von 1914-18 weit hinter sich lassen werden, die Massen bald ernüchtern haben. Die Unzufriedenheit der Massen und ihr Aufruhr wird sprunghaft wachsen. Die Sektionen der IV. Internationale werden sich an der Spitze der revolutionären Strömung befinden. Das Programm der Übergangsforderungen wird eine brennende Aktualität gewinnen. Das Problem der Machteroberung durch das Proletariat wird sich in seiner ganzen Schwere stellen.

Bevor er die Menschheit völlig auszehrt oder in Blut ertränkt, vergiftet der Kapitalismus die Weltatmosphäre mit dem verderblichen Dunst der Völker- und Rassenhasses. Der Antisemitismus ist heute eine der bösesten Zuckungen des kapitalistischen Todeskampfes.

Die unerbittliche Brandmarkung aller Rassenvorurteile und aller Schattierungen nationaler Anmassung und des Chauvinismus, insbesondere den Antisemitismus, muß in tägliche Arbeit aller Sektionen der IV. Internationale als grundlegende Erziehungstätigkeit im Kampf gegen Imperialismus und Krieg eingehen. Unsere Grundlosung ist und bleibt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Die Arbeiter- und Bauernregierung

Die Formel der „Arbeiter- und Bauernregierung“ tauchte zum ersten Mal 1917 in der Agitation der Bolschewiki auf und wurde endgültig nach dem Oktoberaufstand angenommen. In diesem Falle stellte sie nur eine populäre Bezeichnung der bereits errichteten Diktatur des Proletariats dar. Die Bedeutung dieser Benennung bestand darin, die Idee des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft als Grundlage der Sowjetmacht in den Vordergrund zu stellen.

Als die Kommunistische Internationale der Epigonen versuchte, die von der Geschichte längst begrabene Formel der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ wieder aufleben zu lassen, gab sie der Formel der „Arbeiter- und Bauernregierung“ einen völlig verschiedenen, rein „demokratischen“, d.h. bürgerlichen Inhalt, indem sie sie der Diktatur des Proletariats entgegenstellte. Die Bolschewiki-Leninisten

haben die Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ in ihrer bürgerlich-demokratischen Umdeutung entschieden verworfen. Sie haben erklärt und erklären, daß – wenn die Partei des Proletariats darauf verzichtet, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu überschreiten – ihr Bündnis mit dem Bauertum bloß auf eine Unterstützung des Kapitals hinausläuft. So war es bei den Menschewiki und den Sozial-Revolutionären 1917, bei der Kommunistischen Partei Chinas in den Jahren 1925-27, und so ist es jetzt bei den „Volksfronten“ Spaniens, Frankreichs und anderer Länder.

Von April bis September 1918 forderten die Bolschewiki, die Sozial-Revolutionäre und die Menschewiki sollten mit der liberalen Bourgeoisie brechen und die Macht in ihre eigenen Hände nehmen. Unter dieser Bedingung versprachen die Bolschewiki den Menschewiki und den Sozial-Revolutionären, als den kleinbürgerlichen Vertretern der Arbeiter und Bauern ihre revolutionäre Unterstützung gegen die Bourgeoisie; sie lehnten es jedoch kategorisch ab, sowohl in die Regierung der Menschewiki und Sozial-Revolutionäre einzutreten, als auch die politische Verantwortung für ihre Handlungen zu übernehmen. Wenn die Menschewiki und die Sozial-Revolutionäre wirklich mit den (liberalen) Kadetten und dem ausländischen Imperialismus gebrochen hätte, dann hätte die von ihnen geschaffene „Arbeiter- und Bauernregierung“ nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats beschleunigen und erleichtern können. Aber gerade aus diesem Grund stemmten sich ja die Spitzen der kleinbürgerlichen Demokratie mit aller Gewalt gegen die Errichtung ihrer eigenen Regierung. Die Erfahrung Rußlands hat gezeigt, und die Erfahrung Spaniens und Frankreichs bestätigt es von neuem, daß selbst unter günstigsten Bedingungen die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten) unfähig sind, eine Arbeiter- und Bauernregierung, d.h. eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung, zu schaffen.

Trotzdem hatte die an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gerichtete Forderung der Bolschewiki: „Brecht mit der Bourgeoisie, nehmt die Macht in eure eigenen Hände!“ einen unschätzbaren erzieherischen Wert für die Massen. Die hartnäckige Weigerung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Macht zu ergreifen, die in den Julitagen auf so tragische Weise offenbar wurde, verurteilte sie endgültig in der Meinung des Volkes und bereitete den Sieg der Bolschewiki vor.

Die Hauptaufgabe der IV. Internationale besteht darin, das Proletariat von der alten Führung zu befreien, deren Konservatismus der katastrophalen Lage des niedergehenden Kapitalismus völlig widerspricht und das stärkste Hindernis für den geschichtlichen Fortschritt bildet. Die Hauptanklage, welche die IV. Internationale gegen die tra-

ditionellen Organisationen des Proletariats erhebt, besteht darin, daß sie sich nicht von dem politischen Halbkadaver der Bourgeoisie trennen wollen.

Unter diesen Bedingungen ist die systematisch an die alte Führung gerichtete Forderung: „Brecht mit der Bourgeoisie, übernehmt selbst die Macht!“ ein äußerst wichtiges Werkzeug, um den verräterischen Charakter der Parteien und Organisationen der II. und III. Internationale sowie der Internationale von Amsterdam zu entlarven.

Die Losung der „Arbeiter und Bauernregierung“ wird von uns einzig und allein in dem Sinne gebraucht, den sie 1917 im Munde der Bolschewiki hatte, d.h. als eine antibürgerliche Losung, aber auf keinen Fall im „demokratischen“ Sinn, den ihr später die Epigonen unterlegen. Damit haben sie die Losung, die eine Brücke zur sozialistischen Revolution darstellt, zur Hauptbarriere auf diesem Weg gemacht.

Von allen Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiter und auf die Bauern stützen und in ihrem Namen sprechen, verlangen wird, daß sie politisch mit der Bourgeoisie brechen und den Weg des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernregierung einschlagen. Auf diesem Weg versprechen wir ihnen volle Unterstützung gegenüber der kapitalistischen Reaktion. Gleichzeitig entfalten wir eine unermüdliche Agitation um die Übergangsforderungen, die nach unserem Urteil das Programm der „Arbeiter- und Bauernregierung“ ausmachen sollten.

Ist die Errichtung einer solchen Regierung durch die traditionellen Arbeiterorganisationen möglich? Die bisherige Erfahrung zeigt uns, wie gesagt, daß dies zumindest unwahrscheinlich ist. Man kann jedoch nicht von vornherein kategorisch die theoretische Möglichkeit ausschließen, daß unter dem Einfluß eines außergewöhnlichen Zusammentreffens bestimmter Umstände (Krieg, Niederlage, Finanzkrach, revolutionäre Offensive der Massen usw.) kleinbürgerliche Parteien – die Stalinisten eingeschlossen – auf dem Weg des Bruchs mit der Bourgeoisie weiter gehen können, als ihnen selbst lieb ist. Jedenfalls steht eines außer Zweifel: selbst wenn diese wenig wahrscheinliche Variante irgendwann und irgendwo verwirklicht und eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ im oben bezeichneten Sinn tatsächlich gebildet würde, so stellte sie nur ein kurzes Zwischenspiel auf dem Wege zur wirklichen Diktatur des Proletariats dar.

Es ist jedoch müßig, sich in Mutmaßungen zu verlieren. Die Agitation unter der Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“ behält unter allen Umständen einen großen erzieherischen Wert. Und das nicht zufällig: diese verallgemeinernde Losung entspricht tatsächlich der Richtung der politischen Entwicklung unserer Epoche (Bankrott und Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien, Versagen der Demokratie, Aufstieg des Faschismus, wachsendes Verlangen der

Werkträgigen nach einer aktiveren und offensiveren Politik). Deshalb muß jede unserer Übergangsforderungen zu ein und derselben politischen Konsequenz führen: die Arbeiter müssen mit den traditionellen Parteien der Bourgeoisie brechen, um zusammen mit den Bauern ihre eigene Macht zu errichten.

Es ist unmöglich, die konkreten Stadien der revolutionären Mobilisierung der Massen vorauszusehen. Die Sektionen der IV. Internationale müssen sich in jedem neuen Stadium kritisch orientieren und diejenigen Losungen ausgeben, welche die Hinwendung der Arbeiter zu einer unabhängigen Politik fördern, den Klassencharakter dieser Politik vertiefen, die reformistischen und pazifistischen Illusionen zerstören, die Verbindung der Vorhut mit den Massen festigen und die revolutionäre Machtergreifung vorbereiten.

Die Sowjets

Die Fabrikkomitees sind, wie schon gesagt, ein Element der Doppelherrschaft in der Fabrik. Deshalb ist ihr Bestehen an den wachsenden Druck der Massen gebunden. Dies gilt ebenso für die besonderen Massengruppierungen für den Kampf gegen den Krieg, für die Preisüberwachungsausschüsse und für alle neuen Zentren der Bewegung, deren Auftauchen selbst bezeugt, daß der Klassenkampf den Rahmen der traditionellen Organisationen des Proletariats überschritten hat.

Jedoch werden diese neuen Organe und Zentren bald ihren mangelnden Zusammenhalt und ihr Ungenügen spüren. Keine der Übergangsforderungen kann bei Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft vollständig verwirklicht werden. Nun wird die Vertiefung der sozialen Krise aber nicht nur die Leiden der Massen vergrößern, sondern auch ihre Ungeduld, ihre Entschlossenheit und ihren Angriffsgeist. Immer neue Schichten von Unterdrückten werden sich erheben und ihre Forderungen aufstellen. Millionen Bedürftiger, an die die reformistischen Führer niemals denken, beginnen an die Pforten der Arbeiterorganisationen zu klopfen. Die Arbeitslosen werden in die Bewegung eintreten. Die Landarbeiter, die ruinierten und fast ruinierten Bauern, die niederen Schichten der Stadt, die Arbeiterinnen, die Hausfrauen, die proletarischen Schichten der Intelligenz, – sie alle werden nach einem Zusammenhalt und einer Führung suchen.

Wie sind diese verschiedenen Forderungen und Kampfformen in Einklang zu bringen, sei es auch nur in den Grenzen einer einzigen Stadt? Die Geschichte hat auf diese Frage bereits eine Antwort gegeben: durch Sowjets, die die Vertreter aller kämpfenden Schichten vereinen. Niemand hat bisher eine andere Organisationsform vorschlagen können, und es ist zweifelhaft, daß man eine finden kann. Die Sowjets sind a priori an kein Programm gebunden. Sie öffnen

allen Ausgebeuteten ihre Türen. Die Vertreter aller Schichten, die in den allgemeinen Strom des Kampfes hineingezogen werden, finden Eingang in sie. Die Organisation erweitert sich mit der Bewegung und erneuert sich dadurch ständig. Alle politischen Richtungen des Proletariats können um die Führung der Sowjets auf der Basis der breitesten Demokratie kämpfen. Deshalb krönt die Losung der Sowjets das Programm der Übergangsforderungen.

Sowjets können nur dort entstehen, wo die Massenbewegung in ein offen revolutionäres Stadium eintritt. Als Angelpunkt, um den sich Millionen von Arbeitern in ihrem Kampf gegen die Ausbeuter sammeln, werden die Sowjets vom ersten Augenblick ihres Erscheinens an zu Rivalen und Gegnern der örtlichen Behörden und schließlich der Zentralregierung selbst. Wenn das Fabrikkomitee Elemente der Doppelherrschaft in der Fabrik herstellt, so eröffnen die Sowjets eine Periode der Doppelherrschaft im ganzen Land.

Die Doppelherrschaft ist ihrerseits der Höhepunkt der Übergangsperiode. Zwei Herrschaftsformen; die bürgerliche Herrschaft und die proletarische Herrschaft, stehen einander unversöhnlich gegenüber. Der Zusammenstoß zwischen beiden ist unvermeidlich. Von seinem Ausgang hängt das Los der Gesellschaft ab: im Falle der Niederlage der Revolution – die faschistische Diktatur der Bourgeoisie; im Falle ihres Sieges – die Sowjetmacht, d.h. die Diktatur des Proletariats und der sozialistische Wiederaufbau der Gesellschaft.

Die unterentwickelten Länder und das Programm der Übergangsforderungen

Die kolonialen und halbkolonialen Ländern sind ihrer Natur nach rückständige Länder. Aber diese rückständigen Länder leben unter den Bedingungen der Weltherrschaft des Imperialismus. Deshalb hat ihre Entwicklung einen kombinierten Charakter: sie vereinigt die primitivsten Wirtschaftsformen mit der letzten Errungenschaften der kapitalistischen Technik und Zivilisation. Diese Tatsache bestimmt eben die Politik des Proletariats der rückständigen Länder: es ist gezwungen, den Kampf um die elementarsten Aufgaben der nationalen Unabhängigkeit und der bürgerlichen Demokratie mit dem sozialistischen Kampf gegen den Weltimperialismus zu kombinieren. In diesem Kampf sind die demokratischen Forderungen, die Übergangsforderungen und die Aufgaben der sozialistischen Revolution nicht in besondere historische Epoche geschieden, sondern gehen unmittelbar auseinander hervor. Kaum hatte das chinesische Proletariat begonnen Gewerkschaften aufzubauen, war es schon gezwungen, an Sowjets zu denken. In diesem Sinne ist

das vorliegende Programm vollständig auf die kolonialen und halbkolonialen Länder anwendbar, zumindest auf jene, wo das Proletariat bereits fähig ist, eine unabhängige Politik zu führen.

Die zentralen Fragen der kolonialen und halbkolonialen Länder sind: die Agrarrevolution, d.h. die Abschaffung des Feudalwesens, und die Nationale Unabhängigkeit, d.h. das Abwerfen des imperialistischen Jochs. Diese beiden Aufgaben sind eng miteinander verbunden.

Es ist nicht möglich, das demokratische Programm schlicht und einfach zu verwerfen: die Massen selbst müssen dieses Programm im Kampf überwinden. Die Losung der Nationalversammlung (oder Konstituante) bewahrt in Ländern wie China oder Indien ihre volle Gültigkeit. Man muß diese Losung mit den Aufgaben der nationalen Befreiung und der Agrarreform verknüpfen. Man muß vor allem die Arbeiter mit diesem demokratischen Programm bewaffnen. Sie allein können die Bauern erheben und sammeln. Auf der Grundlage des revolutionär-demokratischen Programms müssen die Arbeiter der „nationalen“ Bourgeoisie entgegengestellt werden.

Auf einer gewissen Stufe der Massenmobilisierung unter den Losungen der revolutionären Demokratie können und müssen Sowjets entstehen. Ihre geschichtliche Rolle, insbesondere ihr Verhältnis zur Nationalversammlung, ist in der jeweils gegebenen Periode bestimmt durch die politische Reife des Proletariats, seine Verbindung mit der bäuerlichen Klasse und durch den bäuerlichen Charakter der Politik der proletarischen Partei. Früher oder später müssen die Sowjets die bürgerliche Demokratie stürzen. Nur sie sind fähig die demokratische Revolution zu Ende zu führen und so die Ära der sozialistischen Revolution zu eröffnen.

Das besondere Gewicht der verschiedenen demokratischen- und Übergangslösungen im Kampf des Proletariats, ihre wechselseitige Verbindung und ihre Aufeinanderfolge sind durch die Besonderheiten und Eigenheiten des jeweiligen rückständigen Landes bestimmt und zu einem beträchtlichen Teil durch den Grad seiner Rückständigkeit. Jedoch kann die allgemeine Richtung der revolutionäre Entwicklung gefaßt werden in der Formel der Permanenten Revolution – in dem Sinn, der ihr durch drei Revolutionen in Rußland (1905, Februar 1917, Oktober 1917) endgültig gegeben worden ist.

Die „Kommunistische“ Internationale hat den rückständigen Ländern das klassische Beispiel dafür geliefert, wie man eine kraft- und hoffnungsvolle Revolution zum Scheitern bringen kann. Während des stürmischen Aufschwungs der Massenbewegung in China 1925-27 gab die KI nicht die Losung der Nationalversammlung aus und verbot gleichzeitig die Bildung von Sowjets. Die bürgerliche Partei der Kuomintang organisierte die KI in Kanton die Karrikatur

eines Sowjets. Nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch des Kantoner Aufstands schlug die KI den Kurs des Partisanenkrieges und der Bauernsowjets ein – bei völliger Passivität des Industrieproletariats. Als sie so in einer Sackgasse angelangt war, benutzte die KI den japanisch-chinesischen Krieg, um mit einem Federstrich das „sowjetische“ China auszulöschen, indem sie nicht nur die „Rote Armee“ Bauern, sondern auch die sogenannte „Kommunistische Partei“ selbst der Kuomintang, d.h. der Bourgeoisie unterordnete.

Nachdem die Komintern die internationale proletarische Revolution im Namen der Freundschaft mit den „demokratischen“ Sklavenhaltern verraten hatte, konnte sie nicht anders als auch den Befreiungskampf der Kolonialvölker verraten, übrigens mit noch größerem Zynismus als die II. Internationale vor ihr. Die Politik der Volksfronten und der nationalen Verteidigung“ erfüllt unter anderem die Aufgabe, die Hunderte Millionen der Kolonialbevölkerung zum Kanonenfutter für den demokratischen“ Imperialismus zu machen. Die Fahne des Befreiungskampfes der kolonialen und halbkolonialen Völker, d.h. von mehr als der Hälfte der Menschheit, ist endgültig in die Hände der IV. Internationale übergegangen.

Das Programm der Übergangsforderungen in den faschistischen Ländern

Die Tage, da die Strategen der KI verkündeten, daß der Sieg Hitlers nur ein Schritt auf dem Weg zum Siege Thälmanns sei, liegen weit zurück. Thälmann ist aus den Gefängnissen Hitlers seit fünf Jahren nicht wieder herausgekommen. Mussolini hält Italien seit mehr als sechzehn Jahren in den Ketten des Faschismus. Während all dieser Jahre sahen sich die Parteien der II. und III. Internationale nicht nur außerstande, eine Massenbewegung einzuleiten, sondern auch ernsthaftere illegale Organisationen zu schaffen, die sich auch nur im geringsten mit den russischen revolutionären Parteien der Zarenzeit vergleichen ließen.

Es gibt nicht den geringsten Grund, die Ursache für dieses Scheitern in der Wirkungskraft der faschistischen Ideologie zu sehen. Mussolini hat im Grunde nie irgendeine Ideologie gehabt. Die „Ideologie“ Hitlers hat die Arbeiter nie ernsthaft ergriffen. Die Schichten der Bevölkerung, denen der Faschismus zeitweilig den Kopf verdreht hat, d.h. vor allem die Mittelklassen, haben Zeit genug gehabt, um ihre Augen zu öffnen. Wenn sich eine auch nur im geringsten bemerkenswerte Opposition auf die klerikalen protestantischen wie „katholischen“ Kreise beschränkt, so liegt der Grund nicht in der Macht der halb irren, halb scharlatanischen Theorien von „Rasse“ und „Blut“, sondern im schrecklichen Versagen der Ideologie der

Demokratie, der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Internationale.

Nach der Niederwerfung der Pariser Kommune hielt sich eine erstickende Reaktion etwa acht Jahre. Nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905 verhaute die Arbeitermassen fast ebenso lange im Zustand der Betäubung. Jedoch handelte es sich in diesen beiden Fällen nur um physische Niederlagen, die durch das Kräfteverhältnis bedingt waren. In Rußland war das Proletariat außerdem fast unberührt. Die Fraktion der Bolschewiki bestand damals erst drei Jahre. Ganz anders war die Situation in Deutschland, wo die Führung in den Händen mächtiger Parteien lag, wovon die eine sechzig, die andere ungefähr fünfzehn Jahre alt war. Diese beiden Parteien, die eine Millionenwählerschaft hatten, waren vor dem Kampf moralisch gelähmt und haben sich kampfflos ergeben. In der Geschichte gab es niemals eine vergleichbare Katastrophe. Das deutsche Proletariat ist nicht vom Feind im Kampf geschlagen worden: es ist zerbrochen worden durch die Feigheit, Niedertracht, den Verrat seiner eigenen Parteien. Kein Wunder, daß es den Glauben verloren hat an alles, was es seit drei Generationen zu glauben gewohnt war. Der Sieg Hitlers hat wiederum Mussolini gestärkt.

Die Erfolglosigkeit der revolutionären Arbeit in Italien und Deutschlands ist nichts anderes als der Preis für die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie und der Komintern. Die illegale Arbeit erfordert nicht nur die Sympathie der Massen, sondern darüberhinaus Begeisterung ihrer fortgeschrittensten Schichten. Aber kann man Begeisterung für geschichtlich bankrotte Organisationen erwarten? Die emigrierten Führer sind Agenten des Kreml und der GPU, demoralisiert bis auf die Knochen, oder ehemalige sozialdemokratische Minister der Bourgeoisie, die hoffen, daß die Arbeiter ihnen durch ein Wunder ihre verlorenen Posten wieder verschaffen. Kann man sich nur einen Augenblick diese Herren als Führer der kommenden „antifaschistischen“ Revolution vorstellen?

Die Ereignisse auf dem Weltschauplatz haben bisher ebenfalls keinen revolutionären Aufschwung in Italien und Deutschland begünstigen können: Niederwerfung der österreichischen Arbeiter, Niederlage der spanischen Revolution, Entartung des Sowjetstaates. In dem Maße wie die italienischen und deutschen Arbeiter in ihren politischen Informationen vom Radio abhängen, kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die Sendungen aus Moskau, die die thermidorianische Lüge mit Dummheit und Schamlosigkeit verbinden, zu einem mächtigen Faktor der Demoralisierung der Arbeiter in den totalitären Staaten geworden sind. In dieser wie in anderer Hinsicht ist Stalin nur ein Helfershelfer Goebbels.

Jedoch setzen die Klassengegensätze, die zum Sieg des Faschismus geführt haben, ihr Werk auch unter der Herrschaft des

Faschismus fort und untergraben sie nach und nach. Die Massen werden immer unzufriedener, Hunderte und Tausende von ergebenden Arbeiter leisten trotz allem weiterhin ihre umsichtige Arbeit als revolutionäre Maulwürfe. Neue Generationen erheben sich, die nicht unmittelbar den Zusammenbruch der großen Traditionen und großen Hoffnungen erfahren haben. In beschwerlicher Kleinarbeit wird die Proletarische Revolution unter der schweren Grabplatte des totalitären Regimes vorbereitet. Aber damit die verborgene Energie sich in einen Arbeiteraufstand verwandeln kann, muß die Vorhut des Proletariats eine neue Perspektive, ein neues Programm und ein neues makelloses Banner gefunden haben.

Hierin liegt die Hauptschwierigkeit. Es ist außerordentlich schwer für die Arbeiter der faschistischen Länder, sich in den neuen Programmen zurechtzufinden. Ein Programm läßt sich nur durch die Erfahrung bewahrheiten. Nun ist es gerade die Erfahrung der Massenbewegung, die in den Ländern der totalitären Willkürherrschaft fehlt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Proletariat in einem der „demokratischen“ Länder einen großen Erfolg haben muß, um der revolutionären Bewegung auf dem Boden des Faschismus einen Anstoß zu geben. Eine finanzielle oder militärische Katastrophe kann die gleiche Wirkung haben. Man muß heute Vorbereitungsarbeit, vor allem Propaganda, leisten, die erst in Zukunft reiche Früchte tragen wird.

Schon jetzt kann man mit aller Bestimmtheit sagen: wenn die revolutionäre Bewegung in den faschistischen Ländern einmal an den hellen Tag getreten ist, dann wird sie schlagartig ein gewaltiges Ausmaß annehmen und sich auf keinen Fall bei Versuchen aufhalten, irgendeine Leiche von Weimar wieder zum Leben zu erwecken.

An diesem Punkt beginnt der unversöhnliche Gegensatz zwischen der IV. Internationale und den alten Parteien, die ihren Bankrott physisch überlebt haben. Die „Volksfront“ in der Emigration ist eine der verheerendsten und verräterischsten Varianten aller möglichen Volksfronten. Sie bedeutet im Grunde die ohnmächtige Sehnsucht nach einer Koalition mit einer nicht vorhandenen liberalen Bourgeoisie. Wenn sie überhaupt Erfolg haben sollte, dann nur den, eine Reihe von neuen Niederlagen des Proletariats, wie in Spanien, zu bewirken. Deshalb ist die unerbittliche Brandmarkung der Theorie und Praxis der „Volksfront“ die erste Bedingung eines revolutionären Kampfes gegen den Faschismus.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die IV. Internationale demokratische Losungen (als Mittel zur Mobilisierung der Massen gegen den Faschismus) verwirft. Im Gegenteil, sie können in gewissen Augenblicken eine gewaltige Rolle spielen. Aber die Formeln der Demokratie (Koalitions-, Pressefreiheit usw.) sind für uns nur vorübergehende oder episodische Losungen in

der unabhängigen Bewegung des Proletariats, und nicht eine demokratische Schlinge, welche die Agenten der Bourgeoisie dem Proletariat um den Hals legen. (Spanien!) Kaum nimmt die Bewegung nur etwas Massencharakter an, und schon mischen sich die Übergangslösungen mit den demokratischen: Fabrikkomitees werden sicherlich entstehen, bevor sich die alten Bonzen aus ihren Büros an den Aufbau von Gewerkschaften begeben haben; die Räte werden Deutschland überziehen, bevor in Weimar eine neue Konstituierende Versammlung zusammengetreten ist. Dasselbe gilt für Italien und die anderen totalitären und halbtotalitären Länder.

Der Faschismus hat diese Länder in politische Barbarei zurückgeworfen. Aber er hat ihren sozialen Charakter nicht verändert. Der Faschismus ist ein Werkzeug des Finanzkapitals und nicht des feudalen Großgrundbesitzes. Das revolutionäre Programm muß sich auf die Dialektik des Klassenkampfes stützen, die auch für die faschistischen Länder gilt, und nicht auf die Psychologie erschreckter Bankrottmacher. Die IV. Internationale verwirft mit Abscheu die Methoden politischen Mummenschanzes, zu denen die Stalinisten, die ehemaligen Helden der „Dritten Periode“, greifen, um von Fall zu Fall unter der Maske von Katholiken, von Protestanten, von Juden, von deutschen Nationalisten, von Liberalen aufzutreten – nur um ihr eigenes wenig anziehendes Gesicht zu verbergen. Die IV. Internationale erscheint immer und überall unter ihrer eigenen Fahne. Sie legt ihr Programm offen dem Proletariat der faschistischen Länder dar. Schon jetzt sind die bewußtesten Arbeiter der ganzen Welt fest überzeugt, daß sich der Sturz Mussolinis und Hitlers sowie ihrer Handlanger und Nachahmer nur unter der Führung der IV. Internationale vollziehen wird.

Die UdSSR und die Aufgaben der Übergangsperiode

Die Sowjetunion ist aus der Oktoberrevolution als ein Arbeiterstaat hervorgegangen. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel als notwendige Voraussetzung der sozialistischen Entwicklung hat die Möglichkeit eines raschen Anwachsens der Produktivkräfte ermöglicht. Der Apparat des Arbeiterstaates hat unterdessen eine völlige Entartung durchgemacht, wobei er sich von einem Werkzeug der Arbeiterklasse zu einem Werkzeug der bürokratischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse und mehr und mehr zu einem Werkzeug der Sabotage der Wirtschaft verwandelt hat. Die Bürokratisierung eines rückständigen und isolierten Arbeiterstaates und die Verwandlung der Bürokratie in eine allmächtige privilegierte Kaste sind die überzeugendste – nicht nur theoretische, sondern praktische Widerlegung der Theorie des Sozialismus in einem

Land.

So schließt die Herrschaftsform der Sowjetunion bedrohliche Widersprüche ein. Aber sie bleibt immer noch die Herrschaftsform eines Entarteten Arbeiterstaates. Das ist die soziale Diagnose.

Die politische Prognose stellt sich als Alternative: entweder beseitigt die Bürokratie, die immer mehr zum Organ der Weltbourgeoisie in dem Arbeiterstaat wird, die neuen Eigentumsformen und wirft das Land in den Kapitalismus zurück; oder die Arbeiterklasse stürzt die Bürokratie und öffnet den Weg zum Sozialismus.

Für die Sektionen der IV. Internationale sind die Moskauer Prozesse keine Überraschung, auch nicht das Ergebnis des persönlichen Wahnsinns des Diktators im Kreml, sondern gesetzmäßige Folgen des Thermidor. Sie sind aus den unerträglichen Spannungen innerhalb der Sowjetbürokratie hervorgegangen, die ihrerseits die Widersprüche zwischen der Bürokratie und dem Volk widerspiegeln sowie die Antagonismen, die sich innerhalb des „Volkes“ selbst vertiefen. Das blutige „Schauspiel“ der Moskauer Prozesse zeigt in welcher Schärfe sich so die Widersprüche zugespitzt haben und kündigt so die nahende Entscheidung an.

Die öffentlichen Erklärungen ehemaliger Kreml-Agenten im Ausland, die sich gewiegert haben, nach Moskau zurückzukehren, haben auf ihre Weise unwiderlegbar bestätigt, daß innerhalb der Bürokratie alle Schattierungen politischen Denkens vorhanden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) bis zum vollendeten Faschismus (Th. Butenko). Die revolutionären Elemente in der Bürokratie, die in verschwindender Minderheit sind spiegeln – allerdings nur passiv – die sozialistischen Interessen des Proletariats wieder. Die faschistischen und allgemein konterrevolutionären Elemente, deren Zahl ständig wächst, bringen in immer klarerer Folgerichtigkeit die Interessen des Weltimperialismus zum Ausdruck. Diese Anwärter auf die Rolle von Kompradoren denken nicht grundlos, daß sich die neue führende Schicht ihre privilegierte Stellung nur durch das Aufgeben der Nationalisierung, der Kollektivierung und des Außenhandelsmonopols im Namen der „westlichen Zivilisation“, d.h. das Kapitalismus, sichern kann. Zwischen diesen beiden Polen gruppieren sich mittlere Richtungen von mehr oder minder ausgesprochen menschwissenschaftlichen, sozialrevolutionären oder liberalen Charakter, die zur bürgerlichen Demokratie tendieren.

In der Gesellschaft selbst, die als „klassenlos“ ausgegeben wird, gibt es ohne Zweifel die gleichen Gruppierungen wie Bürokratie, aber weniger klar ausgeprägt und in umgekehrtem Verhältnis: die bewußten kapitalistischen Tendenzen, wie sie vor allem von der begünstigten Schicht der Kolchosen vertreten wird, sind nur für eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung kennzeichnend. Aber sie finden breite Grundlage in den kleinbürgerlichen Tendenzen zu pri-

vater Akkumulation, die aus dem allgemeinen Elend und von der Bürokratie bewußt ermutigt werden.

Über dieses System wachsender Gegensätze, die immer mehr das soziale Gleichgewicht zerstören, hält sich durch Terrormethoden eine Thermidorianische Oligarchie, die sich heute in der Hauptsache auf die bonapartistische Clique Stalins beschränkt.

Die jüngsten Prozesse waren ein Schlag gegen die Linke. Das gilt auch für die Unterdrückung der Führer der rechten Opposition, denn von den Interessen und den Tendenzen der Bürokratie her gesehen stellt auch die rechte Gruppe der alten bolschewistischen Partei eine Gefahr von links dar. Die Tatsache, daß sich die bonapartistische Clique, die auch ihre rechten Verbündeten vom Schlage Butenkos fürchtete, in ihrem Selbsterhaltungstrieb gezwungen sieht, zur nahezu vollständigen Vernichtung der alten Garde der Bolschewiki überzugehen, ist der untrügliche Beweis für die Lebenskraft der revolutionären Traditionen in den Massen wie für deren wachsende Unzufriedenheit.

Die kleinbürgerlichen Demokraten des Westens, die gestern noch die Moskauer Prozesse für bare Münze nahmen, wiederholen heute beharrlich, daß es „in der Sowjetunion weder Trotzkiismus noch Trotzkiisten“ gäbe ... Sie erklären jedoch nicht, warum sich die ganze Säuberung unter dem Zeichen des Kampfes gegen diese Gefahr vollzieht. Wenn man unter „Trotzkismus“ ein vollendetes Programm versteht oder eine Organisation, dann ist der „Trotzkismus“ zweifellos äußerst schwach in der Sowjetunion. Die unbesiegbare Stärke besteht jedoch darin, daß er nicht nur der revolutionären Tradition, sondern auch der gegenwärtigen Opposition der Arbeiterklasse Ausdruck gibt. Der soziale Haß der Arbeiter gegen die Bürokratie – genau das ist eben in den Augen der Kremlclique der „Trotzkismus“. Sie hat mit Recht eine tödliche Angst davor, daß das stumme Aufbegehren der Arbeiter mit der Organisation der IV. Internationale zusammentrifft.

Die Vernichtung der Generation der alten Bolschewiki und der revolutionären Vertreter der mittleren und jungen Generation hat das politische Gleichgewicht noch weiter zugunsten des rechten, bürgerlichen Flügels der Bürokratie und ihre Verbündeten im Lande zerstört. Von daher, d.h. von der Rechten, muß man sich in der nächsten Periode auf immer entschlosseneren Versuche gefaßt machen, die Gesellschaftsform der Sowjetunion zu revidieren, und zwar durch ihre Annäherung an die „westliche Zivilisation“, vor allem in ihrer faschistischen Form.

Aufgrund dieser Perspektive stellt sich die Frage der „Verteidigung der Sowjetunion“ ganz konkret. Wenn morgen die bürgerlich-faschistische Gruppierung, kurz: die „Fraktion Butenko“, den Kampf um die Macht aufnimmt, dann wird die Fraktion Reiss“ unausweichlich ihren Platz auf der anderen Seite der Barrikade einnehmen.

Auch wenn sie so zeitweilig zum Verbündeten Stalins wird, so verteidigt sie jedoch nicht dessen bonapartistische Clique, sondern die sozialen Grundlagen der UdSSR, d.h. das den Kapitalisten entrissene und verstaatlichte Eigentum. Wenn die „Fraktion Butenko“ ein militärisches Bündnis mit Hitler eingeht, wird die „Fraktion Reiss“ die Sowjetunion gegen die militärische Intervention verteidigen, sowohl im Innern der UdSSR wie auf Weltebene. Jede andere Haltung wäre Verrat.

Wenn sich also die Möglichkeit einer „Einheitsfront“ mit dem Thermidorianischen Teil der Bürokratie gegen den offenen Angriff der kapitalistischen Konterrevolution – in streng begrenzten Fällen – nicht von vornherein ausschließen läßt, so bleibt dennoch die politische Hauptaufgabe in der UdSSR der Sturz der Thermidorianischen Bürokratie selbst. Die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erschüttert mit jedem Tag weiter die sozialistischen Elemente der Wirtschaft und vergrößert die Chancen kapitalistischer Restauration. In der gleichen Richtung handelt auch die Kommunistische Internationale, Handlanger und Komplize der stalinistischen Clique bei der Erdrosselung der spanischen Revolution und der Demoralisierung des internationalen Proletariats.

Ebenso wie in den faschistischen Ländern liegt die Hauptstärke der Bürokratie nicht in ihr selbst, sondern in der Entmutigung der Massen, denen eine neue Perspektive fehlt. Ebenso wie in den faschistischen Ländern, von deren politischem Apparat sich der Stalins in nichts unterscheidet, es sei denn durch noch größere Raserei, ist in der UdSSR augenblicklich nur eine vorbereitende Propagandaarbeit möglich. Ebenso wie in den faschistischen Ländern werden wahrscheinlich die Ereignisse außerhalb des Landes den Anstoß für eine revolutionäre Bewegung der sowjetischen Arbeiter geben. Der Kampf gegen die Komintern auf Weltebene ist zur Zeit der wichtigste Teil des Kampfes gegen die stalinistische Diktatur. Vieles deutet darauf hin, daß das Zerbröckeln der Komintern, die keine unmittelbare Stütze in der GPU hat, dem Sturz der bonapartistischen Clique und der ganzen thermidorianischen Bürokratie in allgemeinen vorausgehen wird.

Der neue Aufschwung der Revolution in der UdSSR wird ohne jeden Zweifel unter dem Banner des Kampfes gegen die soziale Ungleichheit und die politische Unterdrückung beginnen. Nieder mit den Privilegien der Bürokratie! Nieder mit dem Stachanow-system! Nieder mit der Sowjetaristokratie und ihren Rangstufen und Orden! Angleichung der Löhne für alle Arten der Löhne!

Der Kampf für die Freiheit der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees für die Presse- und Versammlungsfreiheit wird sich weiterentwickeln zum Kampf um das Wiedererwachen und die Entfaltung der Sowjetdemokratie.

Die Bürokratie hat die Sowjets als Klas-

senorgane durch den Schwindel der allgemeinen Wahl im Stile von Hitler/Goebbels ersetzt. Es ist notwendig, den Sowjets nicht nur ihre freie demokratische Form, sondern auch ihren Klasseninhalt wiederzugeben. So wie früher die Bourgeoisie und die Kulaken nicht zu den Sowjets zugelassen waren, ebenso müssen jetzt die Bürokratie und die neue Aristokratie aus den Sowjets verjagt werden. In den Sowjets ist nur Platz für die Vertreter der Arbeiter, der Kolchosexarbeiter, der Bauern und der roten Soldaten.

Die Demokratisierung der Sowjets ist undurchführbar ohne die Zulassung von sowjetischen Parteien. Die Arbeiter und Bauern selbst werden durch ihre freie Stimmabgabe zeigen, welche Parteien sowjetisch sind.

Reorganisation der Planwirtschaft von oben bis unten gemäß dem Interesse der Produzenten und Konsumenten! Die Fabrikkomitees müssen die Kontrolle der Produktion wieder übernehmen. Die demokratisch organisierten Konsumgenossenschaften müssen die Qualität der Erzeugnisse und ihre Preise kontrollieren.

Neuorganisation der Kolchosen in Übereinstimmung mit dem Willen der Kolchosbewohner und nach ihren Interessen!

Die konservative internationale Politik der Bürokratie muß der Politik des proletarischen Internationalismus Platz machen. Die ganze diplomatische Korrespondenz des Kreml muß veröffentlicht werden. Nieder mit der Geheimdiplomatie!

Alle von der thermidorianischen Bürokratie inszenierten politischen Prozesse müssen unter den Bedingungen vollständiger Öffentlichkeit und freier Erforschung überprüft werden. Die Organisatoren der Fälschungen müssen ihre verdienten Strafen erhalten.

Ohne den Sturz der Bürokratie, die sich durch Zwang und Fälschung hält, kann dieses Programm nicht verwirklicht werden. Nur die siegreiche revolutionäre Erhebung der unterdrückten Massen kann die Sowjetherrschaft erneuern und ihre Weiterentwicklung zum Sozialismus sichern. Allein die Partei der IV. Internationale ist in der Lage, die sowjetischen Massen zum Aufstand zu führen.

- Nieder mit der bonapartistischen Bande des Kain Stalin!

- Es lebe die Sowjetdemokratie!

- Es lebe die internationale sozialistische Revolution!

Gegen Opportunismus und prinzipienlosen Revisionismus

Die Politik der Partei Leon Blums in Frankreich beweist von neuem, daß die Reformisten unfähig sind, irgendetwas aus den noch so tragischen Lektionen der Geschichte zu lernen. Die französische Sozialdemokratie ahmt sklavisch die Politik der deutschen Sozialdemokratie nach und schreitet der

gleichen Katastrophe entgegen. Im Laufe einiger Jahrzehnte ist die II. Internationale in den Rahmen der bürgerlichen Demokratie hineingewachsen ist zu einem untrennbaren Bestandteil derselben geworden verfault mit ihr.

Die III. Internationale hat den Weg des Reformismus in der Epoche betreten, wo die Krise des Kapitalismus die proletarische Revolution endgültig auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Die gegenwärtige Politik der Komintern in Spanien und China – eine Politik, die darin besteht, vor der „demokratischen“ und „nationalen“ Bourgeoisie zu kriechen – beweist, daß auch die Komintern nicht mehr fähig ist, etwas zu lernen oder umzusteigen. Die Bürokratie, die zu einer reaktionären Kraft in der UdSSR geworden ist, kann auf dem Weltchauplatz keine revolutionäre Rolle spielen.

Der Anarcho-Syndikalismus hat insgesamt dieselbe Entwicklung erfahren. In Frankreich ist die Gewerkschaftsbürokratie von Leon Jouhaux seit langem ein Agent der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse geworden. In Spanien hat der Anarcho-Syndikalismus seine revolutionäre Fassade abgelegt, als die Revolution begann, und wurde zum fünften Rad am Wagen der bürgerlichen Demokratie.

Die zentristischen Zwischengruppen, die sich um das Londoner Büro scharen, sind nichts anderes als „linkes“ Zubehör der Sozialdemokratie und der Komintern. Sie haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, sich in einer historischen Situation zurechtzufinden und revolutionäre Schlußfolgerungen aus ihr zu ziehen. Ihr Höhepunkt wurde von der spanischen POUM erreicht, die sich unter den Bedingungen der Revolution als absolut unfähig erwies, revolutionäre Politik zu machen.

Die tragischen Niederlagen, die das Weltproletariat eine lange Reihe von Jahren durchstehen mußte, haben die offiziellen Organisationen in einen noch größeren Konservatismus gedrängt und haben gleichzeitig die enttäuschten kleinbürgerlichen „Revolutionäre“ dazu gebracht, „neue Wege“ zu suchen. Wie immer in den Zeiten der Reaktion und des Niedergangs tauchen überall Quacksalber und Scharlatane auf. Sie wollen den Gang des revolutionären Gedankens rückgängig machen. Anstatt aus der Vergangenheit zu lernen, „korrigieren“ sie sie.

Die einen entdecken die Unhaltbarkeit des Marxismus, die anderen verkünden den Bankrott des Bolschewismus. Die einen schieben der revolutionären Doktrin die Verantwortung für die Fehler und Verbrechen derer zu, die sie verraten haben; die anderen verdammen die Medizin, weil die keine sofortige wundertätige Heilung garantiert. Die Kühnsten versprechen, ein Allheilmittel zu entdecken und empfehlen, unterdessen den Klassenkampf anzuhalten. Zahlreiche Propheten der neuen Moral schicken sich an, die Arbeiterbewegung mit Hilfe eines

ethischen Heilverfahrens zu erneuern. Die Mehrzahl dieser Apostel hat es geschafft, selbst moralische Invaliden zu werden ohne jemals auf das Schlachtfeld herabzusteigen. So bietet man dem Proletariat als scheinbar „neue Wege“ nur alte Rezepte an, die schon längst in den Archiven des Sozialismus vor Marx begraben liegen.

Die IV. Internationale erklärt der Bürokratie der II. und III. Internationale, der Internationale von Amsterdam und der Anarcho-syndikalistischen Internationale sowie ihren zentristischen Satelliten einen unversöhnlichen Krieg; ebenso dem Reformismus ohne Reformen, dem mit der GPU verbündeten Demokratismus, dem Pazifismus ohne Frieden, dem Anarchismus im Dienst der Bourgeoisie, den „Revolutionären“, die die Revolution tödlich fürchten. All diese Organisationen sind nicht Bürgen der Zukunft, sondern faulende Überbleibsel der Vergangenheit. Die Epoche der Kriege und Revolutionen wird von ihnen keinen Stein auf dem anderen lassen.

Die IV. Internationale sucht kein Allheilmittel noch erfindet sie irgendeines. Sie steht voll und ganz auf dem Boden des Marxismus, der einzigen revolutionären Doktrin, die es erlaubt, die Wirklichkeit zu verstehen, die Ursachen der Niederlagen zu erkennen und bewußt den Sieg vorzubereiten. Die IV. Internationale setzt die Tradition des Bolschewismus fort, der dem Proletariat zum ersten Mal gezeigt hat, wie die Macht zu erobern ist. Die IV. Internationale feigt die Quacksalber, Scharlatane und ungebetene Moralprediger hinweg. In einer auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaft ist die oberste Moral, die Moral der sozialistischen Revolution. Gut sind die Mittel und Methoden, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter, ihr Vertrauen auf ihre eigene Kräfte und ihre Opferbereitschaft für den Kampf erhöhen. Unzulässig sind die Methoden, die den Unterdrückten Furcht und Unterwürfigkeit einflößen, den Geist des Protestes und der Revolte ersticken oder den Willen der Massen durch den Willen der Führer, die Überzeugungskraft durch den Zwang und die Analyse der Wirklichkeit durch Demagogie und Fälschung ersetzen. Genau deshalb sind die Sozialdemokratie, die den Marxismus substituiert hat, wie auch der Stalinismus, Antithese des Bolschewismus, Todfeind der proletarischen Revolution und ihrer Moral.

Der Wirklichkeit ins Auge sehen; nicht den Weg des geringsten Widerstandes suchen; die Dinge beim Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, so bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; streng sein in den kleinen Dingen wie in den großen; Wagemut, wenn die Stunde der Aktion kommt; das sind die Regeln der IV. Internationale. Sie hat bewiesen, daß sie gegen den Strom zu schwimmen versteht. Die nächste geschichtliche Welle wird sie auf ihren Gipfel heben.

Gegen Sektierertum

Unter dem Einfluß des Verrats und der Entartung der historischen Organisationen des Proletariats entstehen oder erneuern sich im Umkreis der IV. Internationale sektiererische Gruppierungen und Einstellungen verschiedenster Art. Ihre gemeinsame Basis ist die Weigerung, für Teil- und Übergangsforderungen zu kämpfen, d.h. für die elementaren Interessen und Bedürfnisse der Massen, so wie sie einmal sind. Sich auf die Revolution vorzubereiten, heißt für die Sektierer, sich selbst von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen. Sie schlagen vor, den „alten“ Gewerkschaften den Rücken zu kehren, d.h. Millionen von organisierten Arbeitern – als ob die Massen außerhalb der Bedingungen des wirklichen Klassenkampfes leben könnten! Sie bleiben gleichgültig gegenüber dem Kampf, der sich im Innern der reformistischen Organisationen abspielt, – als ob man die Massen für sich gewinnen könnte, ohne in diesen Kampf einzugreifen! Sie weigern sich, in der Praxis einen Unterschied zwischen der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus zu machen, – als ob die Massen diesen Unterschied nicht auf Schritt und Tritt zu spüren bekämen!

Die Sektierer sind unfähig, mehr als zwei Farben zu unterscheiden: schwarz und weiß. Um sich nicht der Versuchung auszusetzen, versimpeln sie die Wirklichkeit. Sie weigern sich, die beiden in Spanien kämpfenden Lager zu unterscheiden, nur weil beide einen bürgerlichen Charakter haben. Aus dem gleichen Grund glauben sie, daß man im Krieg zwischen Japan und China neutral bleiben muß. Sie leugnen den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und den bürgerlichen Ländern und weigern sich angesichts der reaktionären Politik der sowjetischen Bürokratie, die durch die Oktoberrevolution geschaffenen Eigentumsformen gegen den Imperialismus zu verteidigen.

Unfähig, Zugang zu den Massen zu finden, beschuldigen sie diese deshalb gern der Unfähigkeit sich auf die Höhe der revolutionären Ideen zu erheben.

Eine Brücke – in Form von Übergangsforderungen – erscheint diesen sterilen Propheten völlig überflüssig, weil sie gar nicht beabsichtigen, aufs andere Ufer zu kommen. Sie treten auf der Stelle und begnügen sich damit, immer die gleichen leeren Abstraktionen zu wiederholen. Die politischen Ereignisse sind für sie nur eine Gelegenheit, Kommentare abzugeben, aber nicht zu handeln. Da nun die Sektierer – ebenso wie die Wirtköpfe und Wundertäter aller Art – in jedem Augenblick von der Wirklichkeit Nasenstüber erhalten, leben sie in einem Zustand ständiger Aufregung, beklagen sich unaufhörlich über das „Regime“ und seine „Methoden“ und geben sich kleinlichen Intrigen hin. In ihren eigenen Reihen führen sie gewöhnlich ein despotisches Regiment. Die politische Entkräftigung des Sektierertums ergänzt nur – wie sein Schatten – die Hinfälligkeit des Opportunismus, ohne revolutio-

näre Perspektiven zu eröffnen. In der praktischen Politik verbinden sich die Sektierer auf Schritt und Tritt mit den Opportunisten, insbesondere mit den Zentristen, um gegen den Marxismus zu kämpfen.

Die Mehrzahl der sektiererischen Gruppen und Cliquen dieser Art, die sich von den Brotkrumen der IV. Internationale ernähren, führen eine organisatorisch „unabhängige“ Existenz, voll höchster Ansprüche, aber ohne geringste Aussicht auf Erfolg. Die Bolschewiki-Leninisten können, ohne ihre Zeit zu verlieren, diese Gruppen ruhig ihrem eigenen Schicksal überlassen.

Jedoch befinden sich sektiererische Tendenzen in unseren eigenen Reihen und üben auf die Arbeit bestimmter Sektionen einen verhängnisvollen Einfluß aus. Das ist eine Sache, die keinen Tag länger geduldet werden darf. Eine richtige Politik in bezug auf die Gewerkschaften ist eine Grundvoraussetzung für die Zugehörigkeit zur IV. Internationale. Wer den Weg der Massenbewegung weder sucht noch findet, der ist kein Kämpfer, sondern eine Belastung für die Partei. Ein Programm wird nicht für eine Redaktionsstube gemacht, sondern für die revolutionäre Aktion von Millionen Menschen. Die Säuberung der Reihen der IV. Internationale vom Sektierertum und den unverbesserlichen Sektierern ist die wichtigste Voraussetzung für revolutionäre Erfolge.

Macht den Weg frei für die Jugend!

Macht den Weg frei für die werktätigen Frauen!

Die Niederlage der spanischen Revolution, für die ihre „Führer“ verantwortlich sind, der schändliche Bankrott der Volksfront in Frankreich und das Ans-Licht-Treten der Verfälschungen der Moskauer Prozesse: diese drei Tatsachen zusammen versetzen der Komintern einen Schlag, von dem sie sich nicht wieder erholen wird, und bringen dabei ihren Verbündeten, den Sozialdemokraten und Anarchosyndikalisten, tiefe Wunden bei. Das heißt natürlich nicht, daß sich die Mitglieder dieser Organisationen auf einen Schlag der IV. Internationale zuwenden werden. Die ältere Generation, die schreckliche Niederlagen durchgemacht hat, wird zum großen Teil den Kampf aufgeben. Im übrigen legt die IV. Internationale keinen Wert darauf, zu einem Zufluchtsort für invalide Revolutionäre und enttäuschte Bürokraten und Karrieremacher zu werden. Im Gegenteil: gegen den Zustrom kleinbürgerlicher Elemente, die gegenwärtig in den Apparaten der alten Organisationen vorherrschen, müssen wir strenge Vorkehrungen treffen: eine Prüfungszeit für Kandidaten, die keine Arbeiter sind, vor allem, wenn es sich um ehemalige Bürokraten handelt; für diese das Verbot, während der ersten drei Jahre verantwortliche Posten in der Partei zu übernehmen usw. In der IV.

Internationale ist und wird keine Platz sein für den Karrierismus, dieses Krebsgeschwür der alten Internationalen. Nur diejenigen werden Zugang zu uns finden, die für und nicht von der Bewegung leben wollen. Die revolutionären Arbeiter müssen sich als die Herren fühlen. Für sie stehen die Tore unserer Organisation weit offen.

Selbstverständlich gibt es auch unter den Arbeitern, die früher in der ersten Reihe standen, heute eine ganze Menge, die müde geworden und enttäuscht sind. Sie werden, zumindest in der nächsten Periode, abseits bleiben. Wenn sich ein Programm oder eine Organisation verbraucht hat, verbraucht sich auch die Generation, die sie auf ihren Schultern trug. Die Erneuerung der Bewegung vollzieht sich durch die Jugend, die frei ist von aller Verantwortung für die Vergangenheit. Die IV. Internationale wendet der jungen Generation des Proletariats besondere Aufmerksamkeit zu. In ihrer ganzen Politik bemüht sie sich darum, das Vertrauen der Jugend in ihre eigenen Kräfte und in ihre Zukunft zu erwecken. Nur die frische Begeisterung und die Angriffslust der Jugend können die ersten Erfolge im Kampf sichern; nur diese Erfolge können die besten Elemente der alten Generation auf den Weg der Revolution zurückkehren lassen. So war es bisher und so wird es immer sein.

Alle opportunistischen Organisationen konzentrieren ihrer Natur nach ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die oberen Schichten der Arbeiterklasse und ignorieren demzufolge die Jugend genauso wie die werktätigen Frauen. Nun versetzt aber die Epoche des kapitalistischen Zerfalls der Frau die härtesten Schläge – als Arbeiterin wie als Hausfrau. Die Sektionen der IV. Internationale müssen bei den unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse und demnach bei den werktätigen Frauen Unterstützung suchen. Sie werden dort unerschöpfliche Quellen der Ergebenheit, der Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft finden.

Nieder mit Bürokratismus und Karrieremachertum! Macht den Weg frei für die Jugend! Macht den Weg frei für die werktätigen Frauen! Das sind die Losungen, die auf dem Banner der IV. Internationale stehen.

Unter dem Banner der IV. Internationale

Skeptiker fragen: aber ist denn der Augenblick gekommen, eine neue Internationale zu gründen? Es ist unmöglich, sagen sie, eine Internationale künstlich zu gründen; nur große Ereignisse können sie entstehen lassen usw.. All diese Einwürfe beweisen nur, daß Skeptiker für die Gründung einer neuen Internationale nichts taugen. Überhaupt taugen sie nichts.

Die IV. Internationale hat sich bereits aus großen Ereignissen erhoben: den größten Niederlagen des Proletariats in der Geschichte. Die Ursache dieser Niederlagen ist die Entartung und der Verrat der alten

Führung. Der Klassenkampf duldet keine Unterbrechung. Die III. Internationale ist – nach der II. – für die Revolution gestorben. Es lebe die IV. Internationale!

Aber die Skeptiker sind noch nicht zum Schweigen gebracht: ist denn schon der Augenblick gekommen, sie zu proklamieren? – „Die IV. Internationale“ – antworten wir – „braucht nicht, proklamiert“ zu werden. Sie ist da und sie kämpft. Sie ist schwach? Ja, sie zählt noch nicht sehr viele Reihen, denn sie ist noch jung. Es sind bis jetzt vor allem Kader. Aber diese Kader sind der einzige Bürge der Zukunft. Außerhalb dieser Kader gibt es auf diesem Planeten keine einzige revolutionäre Strömung, die diesen Namen wirklich verdient. Wenn unsere Internationale zahlenmäßig auch noch schwach ist, so ist sie doch stark durch die Doktrin, das Programm, die Tradition und die unvergleichliche Festigkeit ihrer Kader. Wer das heute noch nicht erkennt, der mag weiter abseits stehen. Morgen wird das deutlicher werden.“

Die IV. Internationale erfreut sich schon seit heute des verdienten Hasses der Stalinisten, der Sozialdemokraten, der bürgerlichen Liberalen und der Faschisten. Sie hat und wird keinen Platz in irgendeiner Volksfront haben. Sie kämpft unerbittlich gegen alle politischen Gruppierungen, die mit der Bourgeoisie verbündet sind. Ihre Aufgabe ist es, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen. Ihr Ziel ist der Sozialismus. Ihre Methode ist die proletarische Revolution.

Ohne innere Demokratie gibt es keine revolutionäre Erziehung. Ohne Disziplin gibt es keine revolutionäre Aktion. Die innere Struktur der IV. Internationale fußt auf den Prinzipien des demokratischen Zentralismus: volle Freiheit in der Diskussion, volle Einheit im Handeln.

Die gegenwärtige Krise der menschlichen Zivilisation ist die Krise der proletarischen Führung. Die fortgeschrittenen Arbeiter, die in der IV. Internationale vereinigt sind, zeigen ihrer Klasse den Ausweg aus dieser Krise. Sie legen ihr ein Programm vor, das sich auf die internationale Erfahrung des Befreiungskampfes des Proletariats und aller Unterdrückten der Welt gründet. Sie bieten ihr ein unbeschmutztes Banner.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder:

Versammelt euch unter dem Banner der IV. Internationale!

Es ist das Banner eures kommenden Sieges!

<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1938/uebergang/index.htm>

